

# 46. Sitzung

am Donnerstag, dem 28. September 2000, 9.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches . . . . .	3065	<b>und 2002 (Haushaltsgesetz 2001/2002)</b> (Drs. 14/4164)
Nachruf auf die ehem. Abg. <b>Fritz Weber</b> und <b>Dr. Siegfried Pöhlmann</b> . . . . .	3065	– Erste Lesung –
Geburtstagswünsche für die Abg. <b>Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber, Helmut Guckert, Peter Hufe, Eberhard Irlinger, Alfred Sauter, Georg Stahl, Josef Göppel, Frau Staatssekretärin Christa Stewens, Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltlhauser, Manfred Ach, Dr. Franz Götz</b> und <b>Dr. Gerhard Merkl</b> . . . . .	3065	hierzu <b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Maget, Biedefeld, Gartzke u. Frakt. (SPD) <b>Umwandlung der Kilometer- in eine Entfernungspauschale</b> (Drs. 14/4242)
Glückwünsche für Abg. <b>Wolfgang Hoderlein</b> zu dessen Wahl zum Vorsitzenden der Bayern-SPD, für Abg. <b>Frau Susann Biedefeld</b> zu deren Wahl in das Amt der Generalsekretärin der Bayern-SPD und für Abg. <b>Franz Maget</b> zum Antritt seines neuen Amtes als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion . . . . .	3065	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Paulig, Kellner, Dr. Runge u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) <b>Mit der ökologischen Steuerreform werden die Weichen für eine zukunftsweisende Energiepolitik gestellt</b> (Drs. 14/4243)
Dank und Anerkennung für Frau Abg. <b>Renate Schmidt</b> für deren Wirken als Landes- und Fraktionsvorsitzende der SPD in Bayern . . . . .	3065	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Glück, Dr. Bernhard, Ach, Dinglreiter u. Frakt. (CSU) <b>Ökosteuer abschaffen</b> (Drs. 14/4244)
Zur Geschäftsordnung		und Mitteilung betr. Zurückziehung des SPD-Dringlichkeitsantrags 14/4245, betr. Kfz-Steuersteigerung stoppen
Änderung des § 116 durch Anfügung eines Absatzes 4 – Einführung einer sogenannten Zwischenbemerkung oder Kurzintervention		<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Paulig, Scharfenberg, Dr. Runge, Schammann u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Präsident Böhm . . . . .	3065	<b>Entlastung von Pendlerinnen und Pendlern und einkommensschwachen Haushalten unterstützen!</b> (Drs. 14/4246)
<b>Gesetzentwurf</b> der Staatsregierung		<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Glück, Dr. Bernhard, Ach u. Frakt. (CSU)
zur <b>Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und zur Aufhebung des Gesetzes über Beihilfen des Bayerischen Staates für den kommunalen Schulhausbau (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2001)</b> (Drs. 14/4163)		<b>Faire und gerechte Teilhabe der Länder und Kommunen an den UMTS-Linzenz-Erlösen</b> (Drs. 14/4247)
– Erste Lesung –		
und		
<b>Gesetzentwurf</b> der Staatsregierung		<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Kellner, Dr. Runge u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
über <b>die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2001</b>		<b>Verwendung der UMTS-Erlöse</b> (Drs. 14/4252) (s. Seite 3073)

Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser . . .	3066,3103
Strasser (SPD) . . . . .	3073
Ach (CSU) . . . . .	3079
Frau Kellner (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN) . . . . .	3086, 3092, 3093
Dr. Gröber (CSU) . . . . .	3092
Meyer (CSU) . . . . .	3093
Dr. Bernhard (CSU) . . . . .	3094
Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . .	3096
Dinglreiter (CSU) . . . . .	3097
Hartenstein (fraktionslos) . . . . .	3099
Hoderlein (SPD) . . . . .	3100

Beschlüsse . . . . . 3106, 3107

#### Mündliche Anfragen gemäß § 73 Abs. 1 GeschO

1. ÖPNV-Semesterticket in Würzburg  
Boutter (SPD) . . . . . 3107, 3108  
Staatsminister Zehetmair . . . . . 3107, 3108
2. Aufnahme der Sanierung der Fahrleitung auf der Strecke Garmisch-Griesen in die „Plazierende Liste“  
Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . 3108  
Staatssekretär Spitzner . . . . . 3108, 3109  
Rotter (CSU) . . . . . 3109
3. Einschränkung der IC-Verbindung Nürnberg-Regensburg-Passau  
Dr. Waschler (CSU) . . . . . 3109, 3110  
Staatssekretär Spitzner . . . . . 3109, 3110  
Frau Peters (SPD) . . . . . 3110
4. Aufspaltung der Atecs und Integration der Mannesmann Rexroth AG, Lohr am Main, in die Robert-Bosch GmbH, Stuttgart  
Dr. Kaiser (SPD) . . . . . 3111  
Staatssekretär Spitzner . . . . . 3111
5. Maßnahmen zur Erhaltung der Fahrleitung auf der Außerfernbahn  
Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . 3112  
Staatssekretär Spitzner . . . . . 3112
6. Veränderungen der Verkehrsanbindung Hof durch die Bahn zum Inkrafttreten des Sommerfahrplans 2001  
König (CSU) . . . . . 3112, 3113  
Staatssekretär Spitzner . . . . . 3113, 3114  
Willi Müller (CSU) . . . . . 3113  
Schläger (SPD) . . . . . 3114
7. Zusätzliche Fahrten der S-Bahn-Züge und Zahl der zusätzlichen Fahrten insgesamt auf allen Linien während des Oktoberfestes in München  
Wörner (SPD) . . . . . 3114  
Staatssekretär Spitzner . . . . . 3114  
Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . 3114

#### Mündliche Anfragen gemäß § 73 Abs. 2 Satz 2 GeschO (Anlage 1)

8. Gesetzliche Umweltentlastung für die Neue Maxhütte (NMH Stahl- und Rohrwerke)  
Nentwig (SPD) . . . . . 3147
9. Eventuelle Einsparungen beim Budget der Fachoberschulen, Berufsoberschulen und Gymnasien  
Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . 3147
10. Weiterführung des innovativen Projekts „Virtuelle Berufsoberschule im Internet“ (VIBOS) in Erlangen  
Frau Pranghofer (SPD) . . . . . 3148
11. Mangel an Lehrerstunden in den mittelfränkischen Förderzentren  
Irlinger (SPD) . . . . . 3148
12. Eventuelles drittes Gymnasium für den Landkreis Erding  
Frau Dr. Kronawitter (SPD) . . . . . 3148
13. Aufwendungen von Lehrkräften für Multimediacomputer und ähnliches  
Knauer (CSU) . . . . . 3148
14. Zuschüsse an die Gemeinde Grub am Forst für den Schulhausbau  
Frau Biedefeld (SPD) . . . . . 3149
15. Flüchtlingsunterkunft Schwankhardtweg in München  
Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) . . . . . 3149
16. Baubeginn 2001 für das Gemeinschaftshaus Schönwind in der Stadt Vilseck (Landkreis Amberg-Sulzbach)  
Frau Marianne Schieder (SPD) . . . . . 3149
17. Einführung einer Asyl-Card  
Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN) . . . . . 3150
18. Eventuelle Verschiebung der geplanten Umgehungsstraße Memmelsdorf nach Norden  
Odenbach (SPD) . . . . . 3150
19. Gewaltdelikte gegen Frauen auf dem diesjährigen Oktoberfest  
Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . 3150

20. Mit- bzw. Vorfinanzierung der Bundesregierung bei Baumaßnahmen an Bundesautobahnen, insbesondere für die A 94		Unterbrechung der Sitzung wegen Einberufung des Ältestenrates von 17.22 bis 18.14 Uhr	
Frau Peters (SPD) . . . . .	3151	Beschluss . . . . .	3141, 3142
21. Creutzfeldt-Jakob-Erkrankungen bzw. Todesfälle; davon erkrankte Personen unter 40 Jahren		Persönliche Bemerkung gemäß § 110 GeschO	
Frau Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	3151	Maget (SPD) . . . . .	3142
22. Untersuchung auf Neue-Variante-Creutzfeldt-Jakob-Krankheiten (nv-CJD)		Glück (CSU) . . . . .	3143
Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	3151	<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Glück, Loscher-Frühwald, Kaul u. Frakt. (CSU)	
23. Schwangerschaftskonfliktberatungen in Unterfranken		<b>Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes</b> (Drs. 14/4250)	
Frau Radermacher (SPD) . . . . .	3152	Verweisung in den Umweltausschuss . . . . .	3143
24. Bewilligung von gesetzlicher Förderung für die Beratungsstelle von „pro familia“ in Regensburg		<b>Antrag</b> der Staatsregierung	
Wahnschaffe (SPD) . . . . .	3152	<b>Vertrag vom 3. Juni 1999 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik über das Grenzkundenwerk der gemeinsamen Staatsgrenze</b> (Drs. 14/3953)	
25. Förderprogramme der EU für die grenznahen Regionen		– Zweite Lesung –	
Dr. Heinz Köhler (SPD) . . . . .	3152	Beschlussempfehlung des Bundesangelegenheitenausschusses (Drs. 14/4253)	
26. Gentechnisch veränderter Raps		Beschluss . . . . .	3144
Hartenstein (fraktionslos) . . . . .	3152	Schlussabstimmung . . . . .	3144
<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Maget, Herbert Müller, Werner-Muggendorfer u. a. u. Frakt. (SPD)		<b>Anträge</b> , die gem. § 63 Abs. 6 GeschO <b>nicht einzeln beraten</b> werden (s. a. Anlage 3)	
<b>Kampf dem Rechtsextremismus; Für Toleranz und Zivilcourage – gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit</b> (Drs. 14/4248)		Beschluss . . . . .	3144, 3159
<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Bestellung von Mitgliedern für den <b>Landesdenkmalrat</b>	
<b>Bayern zeigt Flagge; Für ein weltoffenes Bayern – gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt</b> (Drs. 14/4249)		Beschluss . . . . .	3144
<b>Dringlichkeitsantrag</b> der Abg. Glück, Herrmann, Dr. Kempfner u.a. u. Frakt. (CSU)		Bestätigung eines Mitglieds für den <b>Landesgesundheitsrat</b>	
<b>Entschließung gegen Extremismus und Gewalt</b> (Drs. 14/4251)		Beschluss . . . . .	3144
Maget (SPD) . . . . .	3115	<b>Gesetzentwurf</b> der Abg. Glück u. Frakt. (CSU), Maget u. Frakt. (SPD) u. Paulig u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Glück (CSU) . . . . .	3118	<b>zur Änderung des Bayerischen Abgeordneten-gesetzes</b> (Drs. 14/4217)	
Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	3124	– Erste Lesung –	
Staatsminister Dr. Beckstein . . . . .	3129	Dr. Bernhard (CSU) . . . . .	3145
Dr. Jung (SPD) . . . . .	3136	Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . .	3145
Herrmann (CSU) . . . . .	3137	Verweisung in den Verfassungsausschuss . . . . .	3145
Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . . . .	3138	<b>Antrag</b> der Staatsregierung	
Staatssekretär Freller (zu Protokoll gegebene Ausführungen s. Anlage 2) . . . . .	3141, 3155	<b>Staatsvertrag über die Bildung einer gemein-</b>	

**samen Einrichtung nach § 6 Abs. 1 Satz 7 des Abfallverbringungsgesetzes (Drs. 14/4118)**

– Erste Lesung –

Verweisung in den Umweltausschuss . . . . . 3146

**Antrag** der Staatsregierung**Fünfter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Fünfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) (Drs. 14/4192)**

– Erste Lesung –

Verweisung in den Hochschulausschuss . . . . . 3146

**Gesetzentwurf** der Abg. Kellner, Dr. Runge u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**zur Änderung des Gesetzes über die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (Drs. 14/4201)**

– Erste Lesung –

und

**Gesetzentwurf** der Staatsregierung**zur Änderung des Gesetzes über die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (Drs. 14/4227)**

– Erste Lesung –

Verweisung in den Haushaltsausschuss . . . . . 3146

Schluss der Sitzung . . . . . 3146

(Beginn: 9.04 Uhr)

**Präsident Böhm:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 46. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde, Ihre Zustimmung vorausgesetzt, erteilt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Sie zunächst bitten, zweier ehemaliger Kollegen zu gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 11. Juli verstarb Herr Fritz Weber kur vor Vollendung seines 80. Lebensjahres. Er war von 1966 bis 1970 und von 1972 bis 1974 Mitglied des Bayerischen Landtags und vertrat für die Fraktion der SPD den Wahlkreis Niederbayern und anschließend den Stimmkreis Kötzing-Regen-Viechtach.

Als erfahrener Kommunalpolitiker engagierte er sich in den Ausschüssen für Grenzlandfragen und für Sozialpolitische Angelegenheiten. Sein Einsatz für die Menschen in seiner niederbayerischen Heimat prägte seine parlamentarische Arbeit.

Am 17. Juli verstarb Herr Dr. Siegfried Pöhlmann im Alter von 77 Jahren. Er gehörte dem Bayerischen Landtag von 1966 bis 1970 als Abgeordneter des Stimmkreises Miesbach-Wolfratshausen an und war im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Kommunalfragen tätig.

Der Bayerische Landtag wird den beiden Verstorbenen ein ehrendes Gedenken bewahren. Sie haben sich zu Ehren der Toten von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Meine Damen, meine Herren! Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich eine Reihe von Glückwünschen aussprechen.

Heute feiert Herr Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber seinen Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Ich darf Ihnen, Herr Ministerpräsident, im Namen des gesamten Hauses und persönlich meine herzliche Gratulation aussprechen, und ich wünsche Ihnen für das neue Lebensjahr weiterhin Gesundheit und Erfolg bei Ihrem Einsatz für den Freistaat Bayern und Gottes Segen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CSU)

Ebenfalls heute haben Herr Kollege Helmut Guckert und Herr Kollege Peter Hufe Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Auch ihnen gratuliere ich im Namen der Kolleginnen und Kollegen sowie persönlich sehr herzlich und wünsche ihnen alles Gute für ihre parlamentarische Arbeit.

Während der sitzungsfreien Zeit feierten folgende Kolleginnen und Kollegen runde oder halbrunde Geburtstage: Herr Eberhard Irlinger, Herr Alfred Sauter, Herr Georg Stahl, Herr Josef Göppel, Frau Staatssekretärin Christa Stewens, Herr Staatsminister Prof. Dr. Kurt Faltthäuser, Herr Manfred Ach, Herr Dr. Franz Götz sowie Herr Dr. Gerhard Merkl.

All den Genannten gelten die Gratulation und die Glückwünsche des Hauses und unsere guten Wünsche für ihre Aufgaben im Parlament, vor allem Gesundheit und Energie.

Einen weiteren Glückwunsch spreche ich Herrn Kollegen Wolfgang Hoderlein und Frau Kollegin Susann Biedefeld aus, die vor wenigen Tagen in das Amt des Vorsitzenden bzw. der Generalsekretärin der Bayern-SPD gewählt wurden, sowie Herrn Kollegen Franz Maget, der sein neues Amt als Fraktionsvorsitzender der SPD angetreten hat.

(Allgemeiner Beifall)

Ich verbinde damit meinen Dank und meine Anerkennung für Frau Kollegin Renate Schmidt. Sie hat in den vergangenen neun Jahren als Landesvorsitzende ihrer Partei und seit 1994 als Fraktionsvorsitzende mit Engagement und Tatkraft ihren Beitrag zur parlamentarischen Demokratie in Bayern geleistet. Ich danke ihr besonders für die kollegiale Zusammenarbeit im Ältestenrat und wünsche ihr für ihre weiteren politischen Aufgaben und ihr persönliches Leben alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, weise ich darauf hin, dass wir bereits vor der Sommerpause im Rahmen einer umfangreichen Geschäftsordnungsänderung beschlossen haben, das Instrument der sogenannten Zwischenbemerkung oder Kurzintervention in den § 116 der Geschäftsordnung aufzunehmen. Im dort neu angefügten Absatz 4 heißt es nun:

Im Anschluss an einen Debattenbeitrag, jedoch nicht vor Abschluss der ersten Rednerrunde, kann der Präsident das Wort zu einer Zwischenbemerkung von höchstens zwei Minuten erteilen; der Redner darf hierauf noch einmal antworten.

Hierzu ist aus meiner Sicht Folgendes anzumerken: Die Aufnahme des parlamentarischen Mittels der Zwischenbemerkung in die Geschäftsordnung erfolgte in dem Bestreben, die Plenardebatten zu beleben und den spontanen Austausch von Argumenten und Positionen zu fördern. Über das bereits bestehende Instrument der Zwischenfrage hinaus, die nur eine direkte Frage an die Rednerin oder den Redner zulässt, kann bei der Kurzintervention eine Frage durch eine kurze Erklärung eingeleitet oder aber eine Erklärung unabhängig von einer Frage abgegeben werden.

Nach unserer Geschäftsordnung darf das Wort zu einer Zwischenbemerkung nicht vor Abschluss der ersten Rednerrunde erteilt werden. Dies ist so zu interpretieren, dass zu den Redebeiträgen in der ersten Rednerrunde

eine Zwischenbemerkung nicht möglich ist, also auch nicht zu den Ausführungen des letzten Redners der ersten Runde. Das Wort zu einer Zwischenbemerkung, also nicht mehrerer, kann vom Präsidenten frühestens zu einem Redebeitrag in der zweiten Rednerrunde erteilt werden.

Die Mitglieder des Hohen Hauses melden sich zu Zwischenbemerkungen wie bei Zwischenfragen über die Saalmikrophone zu Wort. Die auf höchstens zwei Minuten Redezeit beschränkte Zwischenbemerkung darf erst nach der Worterteilung durch den Präsidenten abgegeben werden. Die Rednerin bzw. der Redner darf darauf noch einmal antworten. Aus Gründen der Chancengleichheit sollte hierfür ebenfalls eine Redezeit von bis zu zwei Minuten eingeräumt werden.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die CSU-Fraktion hat auf die Aktuelle Stunde verzichtet. Damit entfällt der Tagesordnungspunkt 1.

Ich rufe deshalb nun zur gemeinsamen Beratung auf:

#### **Tagesordnungspunkt 2 a**

##### **Gesetzentwurf der Staatsregierung**

**zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes und zur Aufhebung des Gesetzes über Beihilfen des Bayerischen Staates für den kommunalen Schulhausbau**

**(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2001) (Drucksache 14/4163)**

– Erste Lesung –

#### **Tagesordnung 2 b**

##### **Gesetzentwurf der Staatsregierung**

**über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2001 und 2002 (Haushaltsgesetz 2001/2002) (Drucksache 14/4164)**

– Erste Lesung –

In die Beratung beziehe ich folgende zum Plenum eingebrachten Dringlichkeitsanträge ein:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Biedefeld, Gartzke und Fraktion (SPD)**

**Umwandlung der Kilometer- in eine Entfernungspauschale (Drucksache 14/4242)**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Paulig, Kellner, Dr. Runge und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Mit der ökologischen Steuerreform werden die Weichen für eine zukunftsweisende Energiepolitik gestellt (Drucksache 14/4243)**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Dr. Bernhard, Ach und anderer und Fraktion (CSU)**

**Ökosteuern abschaffen (Drucksache 14/4244)**

Vorgesehen war auch noch ein Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Wörner und Fraktion (SPD), Kfz-Steuer-Steigerung stoppen (Drucksache 14/4245). Soeben wurde mir gesagt, dass dieser Antrag zurückgezogen ist.

(Lachen des Abgeordneten Glück (CSU))

Trotzdem kommen noch zwei weitere Dringlichkeitsanträge.

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Paulig, Scharfenberg, Dr. Runge und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Entlastung von Pendlerinnen und Pendlern und einkommensschwachen Haushalten unterstützen! (Drucksache 14/4246)**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Dr. Bernhard, Ach und Fraktion (CSU)**

**Faire und gerechte Teilhabe der Länder und Kommunen an den UMTS-Erlösen (Drucksache 14/4247)**

Dies sind die zu behandelnden Gesetzentwürfe und Dringlichkeitsanträge. Jetzt steigen wir in die Diskussion ein.

Das Wort hat der Staatsminister der Finanzen, Herr Professor Faltlhauser.

**Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser** (Finanzministerium): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich lege Ihnen heute den Entwurf des Doppelhaushaltes 2001/2002 vor. Dieser erste Doppelhaushalt des neuen Jahrtausends ist zugleich der letzte Doppelhaushalt des Freistaates, der noch in DM aufgestellt wird – im Entwurf, der Ihnen vorliegt, sind bereits die Euro-Vergleichsbeträge ausgewiesen, gewissermaßen zur Eingewöhnung. Hauptkennzeichen dieses Haushaltes ist der konsequente und fortschreitende Abbau der Neuverschuldung. Die veranschlagte Neuverschuldung wird erstmals seit 1974 unter 1 Milliarde DM sinken. Damit kommt der Freistaat dem Haushalt ohne Neuverschuldung ein wesentliches, ein entscheidendes Stück näher. Der Freistaat leistet dadurch einen wichtigen Beitrag zur Nachhaltigkeit der Finanzpolitik. Aus dem Teufelskreis steigender Staatsverschuldung und steigender Zinsbelastung auszubrechen, ist zentrale Herausforderung der Finanzpolitik. Der Abbau der Neuverschuldung ist dringend erforderlich. Dazu nenne ich nur drei Gründe – es gibt noch viele andere, aber das sind drei zentrale Gründe –:

Der erste Grund ist die Geldwertstabilität. Der Außenwert des Euro hat seit seiner Einführung um rund ein Viertel nachgegeben. Eine wesentliche Ursache hierfür liegt im fehlenden Vertrauen in die Finanzpolitik der wichtigsten Mitgliedstaaten der Wirtschafts- und Wäh-

rungsunion. Der Abbau der Haushaltsdefizite der Teilnehmerstaaten an dieser Wirtschafts- und Währungsunion geht viel zu langsam voran. Zur stabilitätsorientierten Geldpolitik muss zwingend eine solide Finanzpolitik hinzukommen. Sie unterstützt die Notenbank in ihrer Aufgabe, für stabile Preise zu sorgen. Deshalb muss Ziel der Finanzpolitik auch sein, das Defizit der öffentlichen Haushalte abzubauen. Der Freistaat geht, wie ich deutlich sagen will, wie immer als Vorreiter bei der soliden Haushaltspolitik voran.

(Beifall bei der CSU)

Der zweite Grund eine stabile Haushaltspolitik zu betreiben, ist der demographische Wandel. Meine Damen und Herren, die steigende Lebenserwartung und der zu erwartende Rückgang des Potenzials an Erwerbstätigen verändern die Relation der Beitragszahler und Leistungsempfänger in den Sozialsystemen auf dramatische Weise. Trotz steigender Beitragsbelastungen können die Leistungen für den Einzelnen daher nicht mehr steigen wie bisher. Bei dieser Ausgangslage verbieten sich weitere Lastenverschiebungen über die Haushalte in die Zukunft. Wir dürfen der Jugend keinen unüberwindbaren Schuldenberg überlassen, und wir müssen verhindern, dass die nächste Generation der Politiker, die schon in diesem Haus sitzt, aufgrund der Zinsbelastungen keinen Gestaltungsspielraum mehr hat. Der finanzielle Gestaltungsspielraum für die Bewältigung zukünftiger Herausforderungen muss erhalten bleiben. Das Prinzip der Nachhaltigkeit, das sich in der Umweltpolitik bereits durchgesetzt hat und selbstverständlich ist, muss auch zur Handlungsmaxime in der Finanzpolitik werden.

Bei uns im Freistaat Bayern ist diese nachhaltige Politik bereits Eckstein und mit Zahlen, nicht nur durch Ankündigungen belegbar und nachweisbar. Mit dem Abbau der Neuverschuldung setzen wir diesen Kurs entschlossen fort.

Ein drittes Argument, warum wir diese Politik gestalten, ist die Zinsbelastung. Meine Damen und Herren, die Gesamtschulden aller öffentlichen Haushalte mit 2,3 Billionen DM verursachen Zinsbelastungen pro Jahr in Höhe von 140 Milliarden DM. Jeder weitere Anstieg der Schulden schränkt den politischen Handlungsraum weiter ein. Hinzu kommen die Risiken im Falle eines Zinsanstiegs. Wir sind derzeit in einer Anfangsphase, aber stellen Sie sich einmal vor, die Zinsen würden deutlich steigen: Von einem Tag auf den anderen hätten Sie auf allen Ebenen der öffentlichen Hand weit höhere Belastungen.

Deshalb wollen Staatsregierung und Mehrheitsfraktion ab dem Jahr 2006 ganz auf neue Schulden verzichten. Mit dem Doppelhaushalt, den ich Ihnen heute vorlege, wird die Neuverschuldung in zwei Schritten um jeweils 229 Millionen DM reduziert.

Der Zustand der Verschuldung stellt sich für Bayern im Vergleich mit anderen Ländern schon heute deutlich besser dar. Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt bei uns 2950 DM. Sie ist die mit Abstand geringste in Deutschland. Die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung der Länder lag 1999 mit 7689 DM mehr als doppelt so hoch. Daraus resultiert eine vergleichsweise niedrige Zinsaus-

gabenquote von 3,4%. Das entspricht ebenfalls weniger als der Hälfte des Durchschnitts der alten Länder. Ich erinnere daran, dass der leider verstorbene Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Heinz Schleußer, zu mir immer sagte: „Ich habe eine drei Mal so hohe Zinsquote; dieser Abstand von 6%-Punkten ist Dein bayerischer Gestaltungsvorteil.“ Der wurde durch eine solide Finanzpolitik geschaffen, auf die wir stolz sind.

(Beifall bei der CSU)

3,4% Zinsausgabenquote sind der Bayerischen Staatsregierung aber immer noch zu viel. Mit der Festschreibung eines Haushalts ohne Neuverschuldung wollen wir sowohl ein Zeichen setzen als auch uns selbst, nachfolgende Regierungen und Landtage binden. Ausnahmen sollen nur noch aufgrund der Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts oder bei vergleichbar schwer wiegenden Fällen möglich sein. Der Haushalt mit Neuverschuldung wird damit, anders als nach Artikel 115 des Grundgesetzes, künftig nicht mehr der Regelfall, sondern nur noch ein extremer Ausnahmefall sein. Im Grundgesetz ist Neuverschuldung noch der Regelfall; begrenzt wird nur die Größenordnung der Überschreitung des Haushalts durch Neuverschuldung. Die von uns gewollte klare Begrenzung der Verschuldungsmöglichkeit und deren Festschreibung in der Haushaltsordnung sind einzigartige Vorhaben in Deutschland. Weder der Bund noch irgendein anderes Land bindet sich so stark an eine Finanzpolitik.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Mit dem Gesetzentwurf zur Änderung der Bayerischen Haushaltsordnung, den die Staatsregierung im Sommer dieses Jahres im Landtag eingebracht hat, ist die gesetzliche Verankerung des Haushalts ohne Neuverschuldung bereits auf den Weg gebracht. Mit dem vorliegenden Doppelhaushalt beginnt die konkrete Umsetzung. Der Abbau der für das Jahr 2000 veranschlagten Neuverschuldung von 1,37 Milliarden DM geht planmäßig voran. Im nächsten Jahr werden wir diese Neuverschuldung um 229 Millionen DM auf dann 1,14 Milliarden DM abzusenken, um im Jahr 2002 erstmals seit 1974 die Ein-Milliarden-Grenze zu unterschreiten. Dann werden wir einen Betrag von 0,91 Milliarden DM, sprich 910 Millionen DM, erreichen. Das ist ein Markenzeichen bayerischer Finanzpolitik und ein Signal an den Bund: nicht Ankündigungen, sondern nur konkrete Haushaltszahlen zählen, wie ich sie Ihnen heute vorlege.

Wir müssen noch einen zweiten Schritt tun. Der Abbau der Neuverschuldung kann nur der erste Schritt einer Politik der Entlastung künftiger Generationen sein. Wir dürfen uns nicht allein mit dem Abbau der Neuverschuldung begnügen. Das Ende der Neuverschuldung bedeutet nämlich nur, dass zu den bestehenden Schulden keine neuen mehr hinzu kommen. Die Schulden selbst werden durch den Verzicht auf Neuverschuldung noch um keine Mark weniger. Beunruhigte Bürger stellen uns immer wieder die Frage, was mit dem bis jetzt angehäuften großen Schuldenberg selbst sei. Der Schuldenberg des Freistaats Bayern beträgt über 36 Milliarden DM. Wir müssen die politischen Handlungsräume, die durch Zinsbelastungen verloren gegangen sind, wieder zu-

rückgewinnen. Langfristig müssen die bestehenden Staatsschulden abgetragen werden. Die Bayerische Staatsregierung hat einen klaren Kurs eingeschlagen. So wurde zum Beispiel die Kreditemächtigung des Jahres 1999 in der Größenordnung von 1,84 Milliarden DM im Ist nicht in Anspruch genommen. Mehr noch: Wir haben im Jahr 1999 über 400 Millionen DM an bestehenden Schulden zurückgezahlt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Widerspruch bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viel Steuermehreinnahmen haben Sie denn in diesem Jahr gehabt?)

Eine solche echte Tilgung hat es in den letzten 30 Jahren nur zwei Mal gegeben. 1973 wurden rund 30 Millionen DM und 1989 wurden rund 110 Millionen DM Schulden zurückgezahlt. Die Tilgung von über 400 Millionen DM Schulden aus Steuermehreinnahmen des Jahres 1999, die im Übrigen andere Länder auch hatten, ist deshalb ein bedeutender Schritt zur Entlastung zukünftiger Generationen und ein Markstein sparsamer Haushaltspolitik. Darüber hinaus hat der Freistaat Bayern die guten Ergebnisse in der Vergangenheit genutzt, um eine Rücklage zu bilden, mit deren Hilfe die Steuerausfälle aufgrund der Steuerreform in der Anfangsphase aufgefangen werden können.

Über die Steuerreform der Bundesregierung wurde im Landtag schon wiederholt diskutiert. Am kommenden Freitag wird im Plenum des Bundesrats eine Ergänzung dieser Reform in zwei Punkten zur Abstimmung stehen. Der Freistaat Bayern wird dieser Ergänzung nicht zustimmen. Denn die Steuerreform der Bundesregierung greift nach unserer Auffassung nach wie vor zu kurz. Erstens kommt die Entlastung zu spät. Erst im Jahr 2005 wird ein entscheidender Entlastungsschritt getan. Innerhalb von fünf Jahren steigen aber Einkommen und Progression, und deshalb gibt es bei vielen nur eine Entlastungssillusion. Zweitens wird der Mittelstand, die Basis unseres wirtschaftlichen Erfolgs, benachteiligt. Und drittens wird das Steuerrecht aufgrund des unnötigen Systemwechsels bei der Körperschaftsteuer noch komplizierter. Meine Gespräche mit Finanzamtsvorstehern sind immer wieder ernüchternd. Diese sagen, sie hätten keine Ahnung in welcher Zeit, wie und mit welchem Personal sie die Umstellung bewältigen könnten.

Hinzu kommt, dass die Ökosteuer mit zusätzlichen Belastungen für Bürger und Unternehmen in Milliardenhöhe aufwartet. Was dem Bürger aufgrund der Steuerreform in der einen Tasche belassen wird, wird ihm durch die hohen Energiepreise aus der anderen Tasche herausgezogen. Der Steueranteil beim Benzin beträgt 66%. Die Ökosteuer trägt entscheidend zum starken Anstieg der Energiepreise bei. Deshalb muss sie abgeschafft werden.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keinesfalls dürfen weitere Erhöhungsstufen realisiert werden. Im Bundesrat wird am Freitag ein Antrag auf

sofortige Abschaffung der Ökosteuer vorliegen, dem wir zustimmen werden.

(Beifall bei der CSU)

„6 Pfennig sind das Ende der Fahnenstange“, hat Kanzler Schröder versprochen. Jetzt soll der Benzinpreis nur in einer Stufe um 7 Pfennig erhöht werden, dann weiter in den anderen Stufen, die Mehrwertsteuer eingerechnet, um insgesamt 35 Pfennig. Selten hat es einen so offenen Bruch eines Versprechens wie hier gegeben, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Lebhafter Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bis zum Jahr 2003 wird die Ökosteuer ein Aufkommen von 33 Milliarden DM erreichen. Hinzu kommt, sozusagen oben drauf, die Mehrwertsteuerbelastung.

Dies sind noch einmal 5,3 Milliarden DM, also insgesamt 38 Milliarden DM zusätzlicher Steuerbelastung. Meine Damen und Herren, wenn Sie dies im Zeitablauf verfolgen, werden Sie feststellen: Bei einer Personengruppe wird die so genannte Entlastung nach der Steuerreform weggenommen und kompensiert, bei anderen, die kaum oder überhaupt nicht entlastet werden, besteht eine dramatische, zusätzliche Belastung, insbesondere bei den sozial Schwächsten wie den Rentnern. Dass diese Personengruppe die Zeche bezahlt, halte ich für einen ungeheuren Vorgang.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, wie ich schon häufig auch an dieser Stelle festgestellt habe, halte ich die Verknüpfung der Ökosteuer mit der Entlastung bei den Rentenbeiträgen seit jeher für einen systematischen Fehler und Verschiebepolitik. Jetzt ist Bundesfinanzminister Eichel offenbar auch die Erkenntnis gekommen und er sagt, diese Verknüpfung sei offenbar nicht richtig, da müsse man wohl etwas anderes machen, etwa Initiativen und Investitionen im Umweltbereich. Diese Richtung ist gar nicht so falsch. Aber gestern und vorgestern hat ihm der Bundeskanzler in diesem Punkt das Wort verboten. Das heißt, SPD und Grüne bleiben auf dem falschen Weg, den wir immer schon als falsch bezeichnet haben.

(Beifall bei der CSU)

Was dies bedeutet, will ich anhand zweier Beispiele – viele andere Beispiele wären anfügbar – darlegen. Ein Spediteur zahlt für seinen 40-Tonner dieses Jahr allein an Steuern 6000 DM mehr. Hinzu kommen die Preissteigerungen am Markt, gleichgültig wer diese verursacht hat. Gleichzeitig erhalten die Konkurrenten dieses Spediteurs draußen in anderen Ländern der Europäischen Union deutliche, neue Vergünstigungen. Im Jahr 2003 soll allein die Belastung durch die Ökosteuer für einen Lastkraftwagen auf über 14000 DM steigen, während andere entlastet werden, mit denen dieser Spediteur in Europa über die Grenzen hinweg konkurrieren muss. So kann dies doch nicht weitergehen. Mit der Ökosteuer werden die ohnehin schon bestehenden Wettbewerbs-

nachteile der deutschen Transportunternehmer weiter verschärft. Deshalb sind heute schon rund die Hälfte von 42 000 Transportunternehmen in den roten Zahlen. Ich frage SPD und Grüne: Wollen Sie denn diesen Mittelstand kaputtmachen?

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Ein zweites Beispiel. Der durchschnittliche Pendler mit einer täglichen Fahrstrecke von 50 km – die meisten Pendler draußen in Niederbayern fahren länger zu BMW – zahlt 320 DM allein an Ökosteuer auf das Benzin.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich verstehe, dass bei Grünen und SPD Aufregung herrscht, denn diese Zahlen und Fakten tun weh. Die Wahrheit ist, dies sind Fakten der Ungerechtigkeit, der Überforderung und der Dreistigkeit des Abkassierens.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD und der Frau Abgeordneten Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Selbst wenn man annimmt, dass der Pendler bei den Rentenbeiträgen als Arbeitnehmer entlastet wird, bleibt unter dem Strich ein dickes Minus von 300 DM. Im Jahr 2003 wird es noch toller, denn dann hat der einzelne ein Minus von 800 DM. Für einen normalen Einkommensbezieher, einen Familienvater mit 60 000 DM Einkommen unter dem Strich 800 DM – warum verteidigen Sie nicht diese Menschen? Warum verteidigen Sie diese unsinnigen Steuern aus Berlin?

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Zuruf der Frau Abgeordneten Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Jetzt kommt das Wundermittel: die Entfernungspauschale. Heute liegt ein Antrag vor, in dem Sie diese Entfernungspauschale ausdrücklich begrüßen. Diese entlastet die Bürger im ersten Jahr um insgesamt 2 Milliarden DM. Der Ökosteuer von insgesamt 25 Milliarden DM im Jahr 2001 setzen Sie 2 Milliarden DM, also nicht einmal zehn Prozent, entgegen. Dies ist eine Bagatelldröckchenordnung.

Aber das ist nicht meine Hauptkritik. Bei denjenigen, die durch die Ökosteuer besonders belastet sind, etwa die Hausfrauen, Studenten und Sozialhilfeempfänger, ist auch diese Entlastung wirkungslos. Das heißt, durch diese Entfernungspauschale verschärfen Sie die soziale Schieflage Ihrer Ökosteuer. Sie verschärfen das Problem, aber lindern es nicht.

Die Verwendung ist eine zweite Frage. Die Entfernungspauschale kostet. Der Bund nimmt die Ökosteuer allein für sich ein. Doch die Entfernungspauschale zahlen Bund, Länder und Kommunen. Für Bayern kostet diese so genannte Ausgleichsmaßnahme „Entfernungspauschale plus Heizkostenzuschuss“ 210 Millionen DM. Die bayerischen Kommunen kostet diese so genannte Entlastungsmaßnahme 47 Millionen DM.

(Frau Abgeordnete Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie sind gegen die Entfernungspauschale!)

Dies ist eine zusätzliche Belastung ohne irgendwelchen Ausgleich. So geht Eichel im Bundeshaushalt, der am Freitag im Bundesrat behandelt wird, vor: Entlastung und Sparen auf Kosten Anderer. Rot-Grün macht es auch hier wiederum so.

(Beifall bei der CSU)

Ich lese heute in den Zeitungen: Der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen fordert den Bund auf, Ausgleich für die Entfernungspauschale zu bezahlen. „Eine Ausgleichsmaßnahme gegen den Benzinpreis“, so der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Clement, SPD. Seinem Land fehlen durch diese Entfernungspauschale bis zu 300 Millionen DM. Dies müsse der Bund ausgleichen, sonst könne man im Bundesrat nicht zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Ich fordere Sie – gleichgültig, wer in dieser Fraktion – auf: Gehen Sie an das Rednerpult und sagen Sie: Wir unterstützen die Bemühungen von Ministerpräsident Clement um einen vollen Ausgleich.

(Maget (SPD): Das habe ich gestern im Rahmen unserer Pressekonferenz getan!)

Dann sagen Sie es hier noch einmal und unterstützen Sie uns täglich nachhaltig in diesem Verlangen. Herr Maget, außerdem haben Sie, kaum waren Sie Fraktionsvorsitzender, gesagt, dass die Kfz-Steuer bitte schön abgeschafft werden solle. Erstens aber steht die Kfz-Steuer, wie Sie wissen, voll den Ländern zu. Das heißt, zunächst wird die Ökosteuer zugunsten des Bundes in massiver Weise durchgesetzt. Dann protestieren draußen mit Recht die betroffenen Bürger: Bauern, Spediteure und Pendler. Dann sagen Sie: Eigentlich haben die Betroffenen doch ein bisschen Recht, es muss eine Entlastung geben, doch bitte schön nicht vom Bund in Berlin. Die Rechnung sollen vielmehr die Länder und Kommunen zahlen, deshalb soll die Kfz-Steuer abgeschafft werden.

Meine Damen und Herren, Herr Maget, in welchem Parlament sitzen Sie denn? Sie sitzen im bayerischen Parlament.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Ich höre hier immer wieder, dass der Freistaat Bayern die Kommunen nicht so gut behandelt, wie Sie es meinen.

(Zuruf des Abgeordneten Mehrlich (SPD))

Ich werde die Zahlen nennen, die das Gegenteil belegen. Aber wissen Sie, Herr Fraktionsvorsitzender Maget, nicht, dass 65 % des Kfz-Steueraufkommens vom Freistaat Bayern unmittelbar an die Kommunen geht? Mit Ihrer Forderung schädigen Sie vor allem die Kommunen, und dies ist ein Skandal.

(Beifall bei der CSU)

Das ist genau dasselbe Strickmuster, meine Damen und Herren, wie beim Haushalt. Man spart, aber bei den anderen, etwa bei der Krankenversicherung 1,2 Milliarden DM, und man spart nicht zuletzt auch bei den Investitionen. Man kürzt einfach. Nicht nur in einem Jahr, 2001, sondern mittelfristig wird diese Bundesregierung das Kennzeichen der Zukunftsfähigkeit, nämlich die Investitionsquote, auf 10,4% herunterfahren. Das ist ein historischer Tiefstand. Das ist keine Leistung, sondern ein Streichen zulasten der Zukunft. Genau das machen wir mit diesem Haushalt nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Ich will noch einen dramatischen Haushaltsvorgang nennen. Deshalb greife ich das Thema UMTS-Lizenzen auf, ein ungeheurer Ertrag, 80 Milliarden DM höher als ursprünglich geplant, fast 100 Milliarden DM für den Bund.

(Frau Biedefeld (SPD): Toll, nicht?)

Ganz selbstverständlich sagt der Bund: Das bleibt alles bei uns. Ich bin damit einverstanden, dass Herr Eichel mit diesem Ertrag, diesem einmaligen Windfall Profit aus technologischen Gründen, Schulden tilgt und keine langfristigen Entlastungen vornimmt. Das ist richtig. Aber es kann doch nicht sein, dass damit allein die Schulden des Bundes getilgt werden. Es gibt den Fonds Deutsche Einheit, genau 78 Milliarden DM schwer. Wir haben am 3. Oktober den zehnten Jahrestag der Einheit. Es wäre staatspolitisch ein fantastisches, die Nation tief einigendes Signal, wenn wir die Aufbauleistung, die alle drei Ebenen erbracht haben, Kommunen, Länder und Bund, mit diesen Mitteln von 100 Milliarden DM mit einem Schlag tilgen würden. Das wäre ein großes staatspolitisches Signal.

(Beifall bei der CSU)

Das wäre nicht ein rhetorischer, sondern ein tatsächlicher Beitrag zum 3. Oktober, zehn Jahre nach der Einheit.

Gleichzeitig, meine Damen und Herren, wäre es ein Akt der Gerechtigkeit. Auf diese Weise würden auch die Länder und Kommunen entlastet werden. Dies muss aus Gerechtigkeitsgründen und aus Rechtsgründen erfolgen.

Warum muss das passieren? Meine Damen und Herren, diese Lizenzen für 100 Milliarden DM sind ein Wirtschaftsgut, das in den Bilanzen den Firmen aktiviert und deshalb auch abgeschrieben werden muss. Die Bundesregierung sagt: etwa 20 Jahre lang, es kann aber genauso auch in 10 Jahren abgeschrieben werden. Die Kosten jedenfalls stehen fest, die Länder haben die Zahlen ausgetauscht. Es sind etwa 27 Milliarden DM Verluste auf der Ebene der Länder und der Kommunen, bei den Kommunen allein 17 Milliarden DM, bei einigen von ihnen besonders viel, und bei den Ländern 10 Milliarden DM. Das heißt, der Bund nimmt 100 Milliarden DM ein,

und die Länder erzielen 10 Milliarden DM weniger Steuereinnahmen. Das ist völlig unmöglich, das kann man nicht so stehen lassen. Ich werde rechtlich prüfen lassen, ob das verfassungsgemäß ist, und zwar im Blick auf Artikel 106 Absatz 4 des Grundgesetzes. Ich hätte eigentlich erwartet, dass endlich jemand aus den Reihen der Opposition aufsteht und sagt: Das ist richtig. Es kann nicht sein, dass alles nur nach Berlin fließt

(Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tut es doch nicht!)

und Bayern und die anderen Ländern bezahlen. Eichel verkauft den weiß-blauen Himmel, und wir kriegen keinen Pfennig davon. Das kann doch nicht sein, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie, Herr Maget, endlich bayerische Opposition werden wollen, dann helfen Sie Bayern und dem bayerischen Haushalt. Das ist meine Forderung.

(Beifall bei der CSU)

Sie werden in diesem Land nicht auf die Beine kommen, solange Sie permanent vorauseilenden Gehorsam gegenüber der Berliner Führung zeigen.

(Beifall bei der CSU – Maget (SPD): Das scheinen ja ernste Sorgen zu sein!)

Meine Damen und Herren, der Ausgabenzuwachs

(Maget (SPD): Sie haben scheinbar die Gefahr erkannt! So viel Ehre!)

– das tut weh, ich weiß – hält sich nach dem Entwurf des Doppelhaushalts im Rahmen der Vorgaben des Finanzplanungsrates. Bereinigt um die Privatisierungserlöse und die EU-Mittel, steigt das Haushaltsvolumen des Doppelhaushalts, den ich Ihnen heute vorlege, um 1,8% im ersten und 2,2% im zweiten Jahr, im Jahresdurchschnitt also um 2%.

Mit großer Anstrengung ist es gelungen, dem nachhaltigen Wunsch der Mehrheitsfraktion nachzukommen, Herr Kollege Ach, die Investitionsquote über 15% zu halten.

(Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Für den Straßenbau, gell?)

Das war in den Verhandlungen nicht einfach, dass muss ich zugeben, aber wir haben es erreicht: 15,5% im Jahr 2001, 15,2% im Jahr 2002. Wenn ich die Privatisierungserlöse einbeziehe, sind es 16,6% bzw. 16,1%.

Erstmals seit 1996 steigen also die absoluten Zahlen bei den Investitionen wieder deutlich an. Die Investitionssumme beträgt im nächsten Jahr über 10 Milliarden DM, und damit investiert der Freistaat Bayern 3 Milliarden DM pro Jahr mehr als der Durchschnitt aller Länder. Das sind 3 Milliarden DM Zukunftsvorsprung, den Bayern hat, Gott sei Dank. Von nichts kommt nichts, auch nicht unsere deutlich geringere Arbeitslosenquote.

(Beifall bei der CSU)

Der bayerische Investitionsvorsprung spiegelt sich insbesondere in den Hochbaumaßnahmen wieder. Wir haben die Hochbauausgaben auf 1,25 Milliarden DM im Jahr 2001 heraufgehoben und gehen im Jahr 2002 noch einmal höher, nämlich auf 1,33 Milliarden DM. Einen besonderen Schwerpunkt bildet dabei die Sanierung der Universitätskliniken mit insgesamt 450 Millionen DM.

Im Personalbereich sind neue Stellen vorgesehen, meine Damen und Herren, für den Lehrerbereich, die Justizvollzugsanstalten, die Gerichtsvollzieher, die Polizei und im Wissenschaftsressort, insbesondere für neue Fachhochschulen und Museen. Die Gesamtrechnung beim Personal sieht wie folgt aus: 3150 Stelleneinsparungen stehen in diesem Doppelhaushalt die angesprochenen Stellenmehrungen gegenüber, eben für Polizisten, Justizvollzugsbeamte und Lehrer. Damit kommen wir in diesem Doppelhaushalt auf einen Saldo von insgesamt 1650 Stellen weniger. Das heißt, wir sparen ordentlich, auch im Personalbereich, machen aber dann Schwerpunktsetzungen. Diese politischen Schwerpunktsetzungen kann ich auch mit Personalstellen beweisen.

Meine Damen und Herren, die veranschlagten Steuereinnahmen sinken im Entwurf für das erste Jahr des Doppelhaushalts um 0,8% auf 49,2 Milliarden DM und steigen im zweiten Jahr auf 52 Milliarden DM. Diese Annahmen beruhen auf der Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres und würden für 2001 ein Wachstum der Steuereinnahmen um 2,5 Milliarden DM ergeben, wenn ich die Steuerreform nicht rechne. Aufgrund des Steuerentwurfes muss jedoch für 2001 mit Steuerausfällen von 2,9 Milliarden DM für Bayern gerechnet werden. Die erste Stufe des Steuerentwurfes bedeutet also für Bayern 2,9 Milliarden DM weniger Steuern,

(Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie viel wären es denn bei Ihrem Konzept gewesen, Herr Faltlhauser?)

so dass unter dem Strich ein Minus von knapp 400 Millionen DM verbleibt. Die Steuerausfälle für Bayern werden in den nächsten Jahren zum Teil durch die Auflösung von Rücklagen aus den Jahren 1998 und 1999 kompensiert, wie es andere Länder auch gemacht haben. Das haben die Finanzminister untereinander technisch so abgesprochen.

Der Schwerpunkt dieses Haushalts, meine Damen und Herren, ist eindeutig die Schule,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

ist eindeutig die Bildung. Der Einzelplan des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus steigt überdurchschnittlich, nämlich um weit über eine Milliarde DM im Doppelhaushalt 2001/2002. Ich wiederhole: In einem einzigen Doppelhaushalt steigt ein einziger Haushalt, der Schulhaushalt, um eine Milliarde DM. Wenn man die Gesamtsteigerung mit 100% annimmt, so liegt die Stei-

gerung des Schulhaushalts bei 40% davon. Das heißt, 40% der Gesamtsteigerung nimmt die Bildung ein.

Das ist eine Schwerpunktsetzung, die es in dieser Ausprägung noch nie gegeben hat.

(Beifall bei der CSU)

Mit Blick auf einige Verbandsvertreter habe ich deshalb gestern vor dem Bayerischen Beamtenbund in aller Deutlichkeit gesagt: Wenn man derartige Steigerungen nachweisen kann, derartige Schwerpunktsetzungen zugunsten der Schulen, ist es fast unerträglich, dass Vertreter einiger Verbände immer noch die Mundwinkel nach unten ziehen und kritisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Dank der genannten Steigerungen werden wir insgesamt 1350 Vollzeitlehrkräfte zusätzlich anstellen können. Andere Bundesländer bauen ab, streichen Lehrerstellen. Wir aber wollen im Rahmen des nächsten Doppelhaushalts 1350 Vollzeitlehrkräfte zusätzlich einstellen. Das sind rein haushaltstechnisch 923 zusätzlichen Stellen. Die übrigen Stellen werden mit ergänzenden Personalmitteln finanziert werden. Damit werden wir an unseren Schulen seit 1989 die Personalkapazität um mehr als 6000 Lehrkräfte aufgestockt haben – in einer Zeit, in der andere Länder Lehrerstellen streichen.

Damit werden wir erstens die steigenden Schülerzahlen bewältigen und zweitens beschlossene Schulreformen auf das Jahr 2003/2004 vorziehen können. Außerdem werden wir unter anderem ein Aktionsprogramm für die Förderschulen finanzieren können.

Einen weiteren Schwerpunkt stellt die innere Sicherheit dar. Bayern soll auch in Zukunft das sicherste Land in Deutschland sein. Wie Sie gestern und vorgestern der Presse entnehmen konnten, stieg die Verbrechensaufklärungsquote in Bayern 1999 auf den Spitzenwert von 65,3%. Alle Zeitungen, gleichgültig, welcher politischen Richtung sie zuneigen, haben berichtet, Bayern sei das sicherste Land, und die entsprechenden Zahlen veröffentlicht. Ich sage Ihnen: Einen solchen Spitzenwert zu erreichen, das kostet auch Geld. So haben wir im vorliegenden Entwurf für den nächsten Doppelhaushalt Akzente gesetzt, um unseren Spitzenplatz zu erhalten, und um sogar noch besser zu werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Die Haushaltsansätze zugunsten der inneren Sicherheit sollen sich im Jahr 2002 auf rund 3,2 Milliarden DM erhöhen. Damit werden sie um 97 Millionen DM über den Ansätzen des Jahres 2000 liegen. Somit wird die Polizei noch besser mit modernster Informations- und Kommunikationstechnologie ausgestattet werden. Auch der Fuhrpark, in unserer heutigen mobilen Gesellschaft besonders wichtig, wird erweitert werden können.

Herr Kollege Dr. Weiß, wir werden auch zugunsten der Justiz einen deutlichen Akzent setzen. So sollen für die neuen Justizvollzugsanstalten in Kempten und in Lands- hut 219 und für sozialtherapeutische Abteilungen wei-

tere 15 Stellen geschaffen werden. Wir haben hier darüber debattiert, warum das notwendig ist. Was ich Ihnen jetzt präsentiere, sind die personalwirtschaftlichen Konsequenzen aus den Problemen, die wir etwa mit Triebtätern haben; diese machen uns sehr viele Sorgen und kosten uns sehr viel.

Ein nächster Schwerpunkt: EDV. Wenn wir unsere Verwaltung modern halten wollen, müssen wir sie bürgerfreundlicher gestalten und technisch hervorragend ausstatten. Mit dem Doppelhaushalt 2001/2002 werden wir erneut einen wichtigen Beitrag zum Ausbau der Informations- und Kommunikationstechnik in der Verwaltung leisten. Eine gut funktionierende Verwaltung braucht eine leistungsfähige EDV-Infrastruktur. Die Ausgaben für die Datenverarbeitung sollen bis zum Jahr 2002 auf mehr als 402 Millionen DM jährlich steigen. Ich glaube, damit können wir uns auch im Ländervergleich sehen lassen. Nach meiner Kenntnis nehmen wir damit einen Spitzenplatz ein.

Die EDV-Ausstattung der Justizbehörden ist in dem Zusammenhang besonders wichtig, aber auch die des Finanzressorts. So sollen der Finanzverwaltung in den Jahren 2001 und 2002 allein für EDV-Ausgaben insgesamt 242 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden. Damit wird die Ausstattung der Finanzämter mit modernsten PCs abgeschlossen werden können. Die Leistungsfähigkeit der Finanzämter gegenüber Steuerberatern und anderen Stellen wird dann sichergestellt sein. Besonders wichtig ist mir die Bürgerfreundlichkeit. Ich glaube, wir setzen ein besonderes Zeichen der Bürgerfreundlichkeit, wenn bis Ende nächsten Jahres an mehr als 90% aller bayerischen Finanzämter so genannte Servicezentren eingerichtet sein werden, in denen dann bis zu 80% der Rat suchenden Bürger abschließend beraten werden können. Die Servicezentren der Finanzämter werden längere Öffnungszeiten haben. Das ist bürgernahe Verwaltung; das ist Service. So etwas kostet Geld. Die erforderlichen Mittel werden aber im nächsten Doppelhaushalt bereitgestellt werden. Ich glaube, das ist ein großer Sprung nach vorne – zugunsten des Bürgers.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

In gleicher Weise wollen wir die Öffnungszeiten der bayerischen Schlösser bürgerfreundlicher gestalten. So soll es künftig nicht mehr 55 verschiedene Regelungen geben, sondern nur noch eine. Wir wollen für die Bürger aus Bayern, aber auch für die vielen Fremden, die zu uns kommen, Serviceeinrichtungen schaffen. Diese wollen wir durch zusätzliche Investitionen und durch das Sonderprogramm finanzieren, für das ich Herrn Kollegen Manfred Ach und dem Haushaltsausschuss besonders danke. Mit 42 Millionen DM zugunsten der bayerischen Schlösser und der entsprechenden Serviceeinrichtungen werden wir einen praktischen Beitrag zur Stärkung des Fremdenverkehrslandes Bayern leisten. Meiner Meinung nach machen wir damit einen großen Sprung nach vorn, und zwar nicht nur im Hinblick auf die großen Schlösser, sondern auch hinsichtlich der Sehenswürdigkeiten im ganzen Land. Überall soll es mehr Service geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Beim Agrarhaushalt wollen wir einen wichtigen Akzent zugunsten der Bauern setzen. Besonders hinweisen will ich auf die vorgesehenen Zuschüsse zur Abfinanzierung der Altfälle im Agrarinvestitionsförderprogramm. Ich habe lange mit Herrn Kollegen Miller gerungen. Schließlich sind wir uns einig geworden. Die schnelle Abfinanzierung wird gelingen.

Schwerpunkt bei der Wirtschaftsförderung ist der Mittelstand. Der Ansatz für das Mittelstandskreditprogramm soll um 5 Millionen DM erhöht werden. Ebenfalls eine deutliche Erhöhung um annähernd 10% ist für die Technologieförderung vorgesehen. Dank der guten Wirtschaftspolitik und der Akzentsetzung auch im kommenden Doppelhaushalt und dank der unermüdlichen Arbeit von Herrn Kollegen Dr. Otto Wiesheu kann Bayern ein reales Wirtschaftswachstum von 4,8% im ersten Halbjahr vorweisen, während der Bundesdurchschnitt bei 3,3% liegt. Das kommt nicht von ungefähr, sondern ist Ergebnis großer Anstrengungen und entsprechender Haushaltsansätze.

Meine Damen und Herren, auch bei der Familienförderung setzen wir Akzente. So sollen zusätzlich 36 Millionen DM für Personalkostenzuschüsse für die Kindergärten, 10 Millionen DM für Kinderhorte und 2 Millionen DM für die Jugendhilfe bereitgestellt werden. In den kommenden zwei Jahren sollen zusätzlich 37 Millionen DM für freiwillige Leistungen zugunsten sozial Schwacher zur Verfügung gestellt werden. Das ist ein wichtiger Akzent, um den die Sozialministerin heftig gerungen hat. Die Ausgaben auf diesem Gebiet steigen überdurchschnittlich. Während sich das Haushaltsvolumen um 2% erhöhen wird, werden die Ansätze zugunsten sozial Schwacher um 5% erhöht werden, also um mehr als das Doppelte.

Mit dem kommenden Doppelhaushalt sollen weitere Konsequenzen aus der Hochwasserkatastrophe des letzten Jahres gezogen werden. So sollen die Ansätze für Maßnahmen des Hochwasserschutzes um 16,3% erhöht werden. Die Mittel für die Förderung der Wasserversorgung werden auf dem hohen Niveau bleiben, das die Mehrheitsfraktion beschlossen hat. So werden im neuen Doppelhaushalt insgesamt etwa 750 Millionen DM jährlich zur Förderung von Maßnahmen der Wasserversorgung und der Abwasserentsorgung bereitgestellt werden.

Die Stärkung der Universitäten steht im Mittelpunkt des geplanten Wissenschaftsetats. So sind zur Finanzierung der Sanierung der Universitätskliniken 450 Millionen DM vorgesehen. Der vorliegende Entwurf sieht für 2001 für Hochbaumaßnahmen im Wissenschaftsetat 610 Millionen DM vor. Die Ansätze waren noch nie so hoch. Im Jahr 2002 sollen 600 Millionen DM zur Verfügung gestellt werden. Wir finanzieren ständig vor. Ich hoffe, dass wir die Bundeszuschüsse erhalten, wie vom Bund versprochen. Das ist eine Frage der Glaubwürdigkeit. Hierauf werde ich vielleicht zurückkommen.

An der Finanzierung der Nachfolgeprogramme des Hochschulsonderprogramms III will sich Bayern mit 28,2

bzw. 31 Millionen DM beteiligen. Außerdem wollen wir zur Verbesserung des Informatikstudiums jährlich 2,8 Millionen DM investieren. Bei den Fachhochschulen sollen 110 Stellen geschaffen werden. Auch das ist ein wichtiger Schwerpunkt.

Zum kommunalen Finanzausgleich: Wir fahren insgesamt einen sehr sparsamen und konsequenten Kurs. Diejenigen aber, die sagen, dass wir das zulasten der Kommunen tun würden, werden durch die Zahlen widerlegt. Wir hatten bereits im letzten Doppelhaushalt deutlich überproportionale Steigerungen für die Kommunen. Wir haben auch in diesem Doppelhaushalt wieder eine höhere Steigerung für die Kommunen. Die kommunalen Mittel steigen nicht um 2%, sondern um 2,2% im Jahresdurchschnitt. Das ist für 2001 ein Zuwachs von 288 Millionen DM. Die reinen Landesleistungen erhöhen sich um 130 Millionen DM. Es war ein hartes Ringen. Die kommunalen Spitzenverbände haben mir schwer zugesetzt. Ich habe Ihnen aber noch einmal zusätzliche Mittel zugestanden, denn das ist gut für unsere Kommunen, besonders weil sie von unserer Bundesregierung so miserabel behandelt werden.

(Beifall bei der CSU)

Bisher hat uns der Bund z.B. beim Unterhaltsvorschussgesetz einen Zuschuss von 50% gezahlt. Diesen hat er mit einem einzigen Federstrich auf ein Drittel gekürzt.

(Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das haben Sie auch schon einmal geplant! Sie haben es dann aber zurückgenommen!)

Nachdem wir uns dagegen gewehrt haben, hat uns der Bund schriftlich aufgefordert, wir sollten uns über die Kommunen refinanzieren und die Belastungen auf die Kommunen abwälzen. Das ist doch ein typisches Beispiel für die Dreistigkeit von Rot-Grün im Bund gegenüber den Kommunen. Wir machen da nicht mit. Wir zahlen das, und nicht die Kommunen.

(Beifall bei der CSU – Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie war denn das bei Ihnen? Fragen Sie doch einmal Ihren Vorgänger!)

Wir haben die Kommunen insbesondere im Verwaltungshaushalt entlastet. Sie können damit selbst gestalten und werden nicht durch unsere Mittel gegängelt. Wir haben die Investitionskraft der Kommunen gestärkt. Die Mittel für den kommunalen Hochbau haben wir um 33,2 Millionen DM erhöht. Die Investitionspauschale haben wir um 50 Millionen DM angehoben. Damit können die Kommunen vor allem die Schulen mit PCs ausstatten. Das ist auch der richtige Weg. Wir wollen die PC-Ausstattung der Schulen nicht direkt finanzieren, sondern die Investitionshaushalte der Kommunen stärken. Dann nämlich sind die Kommunen kräftig genug, diese Leistungen zu erbringen.

Meine Damen und Herren, mit dem Entwurf des Doppelhaushaltes 2001/2002 handeln wir weiter getreu dem Motto „Konsolidieren und Gestalten“. Wir setzen dabei drei Schwerpunkte:

Erstens: Wir bringen erstmalig seit 1974 die Neuverschuldung unter eine Milliarde.

Zweitens: Wir erhöhen die Investitionen auf über 10 Milliarden DM.

Drittens: Wir setzen mit 1.350 zusätzlichen Lehrern einen Schwerpunkt auf die Schulen. Ich glaube, das ist ein sparsamer Haushalt und ein Haushalt mit Akzenten und Schwerpunkten.

Ich bedanke mich dafür, dass Sie mir zugehört haben, und ich bitte den Landtag, dieses umfängliche Haushaltswerk wohlwollend zu beraten.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

**Präsident Böhm:** Vielen Dank, Herr Staatsminister. Zwischenzeitlich wurde nachgereicht:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Kellner, Dr. Runge und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Verwendung der UMTS-Erlöse (Drucksache 14/4252).**

Diesen Dringlichkeitsantrag beziehe ich ebenfalls in die Beratung ein.

(Alois Glück (CSU): Dazu haben wir auch einen Antrag eingebracht!)

– Der Antrag der Grünen ist der korrespondierende Antrag zum CSU-Antrag, deswegen durfte er nachgereicht werden.

Nun eröffne ich die gemeinsame Aussprache. Die Fraktionen haben vereinbart, dass jeder Fraktion 60 Minuten Redezeit zur Verfügung stehen. Es bleibt Sache der Fraktionen, die ihnen zustehende Redezeit auf die einzelnen Redner zu verteilen. Als erster hat Herr Kollege Strasser das Wort.

**Strasser (SPD):** Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! So wie Sie, Herr Minister, jetzt einen Haushalt eingebracht haben, haben es vor Ihnen auch schon andere Minister getan, so z. B. Erwin Huber am 9. Oktober 1996. Ich darf aus seiner Haushaltsrede von damals einige Zitate bringen. Der damalige Finanzminister Erwin Huber sagte vor diesem Hause:

Angesichts der äußerst schwierigen finanzwirtschaftlichen Situation war die Aufstellung des Haushaltsentwurfs nicht einfach und hat allen Opfer abverlangt. Der Entwurf beruht auf einem einstimmigen Beschluss der Staatsregierung.

Weiter führte der Finanzminister aus, dass Bayern 1995 einen Steuerausfall von 1,2 Milliarden DM verkraften musste und dass auch 1996 die Steuereinnahmen deutlich hinter den Schätzungen vom Herbst 1995 zurückbleiben werden. Damals, 1996, hatten wir eine schwierige finanzwirtschaftliche Situation. So hat der Finanzminister Erwin Huber damals gesprochen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, in welcher guten Zeit leben wir dagegen heute?

(Beifall bei der SPD)

Wir leben in einer Zeit, in der es uns gelungen ist, die Arbeitslosenzahlen um eine Million zu reduzieren. Eine großartige Leistung ist das.

(Beifall bei der SPD)

Wir leben in einer Zeit, in der es uns aufgrund einer guten Bundespolitik gelungen ist – und das sind Fakten –, die Steuereinnahmen ständig zu erhöhen.

(Lachen und Zurufe bei der CSU: Das darf doch nicht wahr sein!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, haben Sie Ihrem Finanzminister nicht richtig zugehört?

(Beifall bei der SPD)

Er hat doch die Zahlen genannt. Die Steuereinnahmen liegen im Plus. Im Jahr 2002 werden es 52 Milliarden DM sein. Diese Zahl hat es noch nie gegeben. Sie sollten auch Ihrem Finanzminister zuhören, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Wir leben in einer Zeit, in der die Rentenversicherungsbeiträge endlich von 20,3% auf 19,3% gesunken sind. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Es ist unwahrscheinlich interessant, wie der Finanzminister über den Kreditabbau philosophiert hat. Darauf werde ich später zurückkommen. Wir leben in einer Zeit, in der es uns gelungen ist, in Bund, Ländern und Kommunen die Schulden endlich zu begrenzen. Es ist doch großartig, wenn solche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Wir leben auch in einer Zeit, in der das Bruttoinlandsprodukt gestiegen ist und weiter steigen wird, wie es in den letzten zehn Jahren nicht mehr der Fall war. Ich glaube, unsere Bundesregierung leistet eine hervorragende Politik, auf die wir insgesamt aufbauen können. Es muss auch in diesem Hause endlich einmal anerkannt werden, dass die Bundesregierung eine hervorragende Finanz- und Wirtschaftspolitik auch zugunsten der Länder betreibt und dass auch Bayern davon profitiert.

(Beifall bei der SPD)

Eine zweite Vorbemerkung, Herr Finanzminister. Es ist immer wieder rührend, wie Sie Versprechungen von Politikern erwähnen. Dabei kommt Ihr Gedächtnis allerdings deutlich zu kurz. Sie sollten sich endlich einmal daran erinnern, was in den 16 Jahren Ihrer Bundesregierung alles so war. Es war einmal ein Bundeskanzler namens Helmut Kohl, und dieser Bundeskanzler hat wortwörtlich gesagt: „Ich sage, es gibt keine Steuererhöhung im Hinblick auf Probleme mit der Deutschen Einheit.“ Das war doch Ihr Bundeskanzler, den Sie unterstützt haben. Er hat etwas versprochen, aber ganz

anders gehandelt. Herr Finanzminister, das sind keine Märchen, sondern das sind Fakten; Sie müssen endlich einmal zur Kenntnis nehmen, dass in der Zeit, in der Sie im Bund Verantwortung getragen haben, die Steuern insgesamt um jährlich 116 Milliarden DM erhöht worden sind.

Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. In der Zeit Ihrer Bonner Regierungsverantwortung – in der Sie als Staatssekretär Verantwortung getragen haben – wurden Schulden in Höhe von 1,5 Billionen DM angehäuft. Wenn Sie jetzt von Schuldenabbau reden, ist das unredlich.

(Beifall bei der SPD)

In Ihrer Regierungszeit wurden die Rentenversicherungsbeiträge von 17% auf 20,3% hoch geschraubt. Sie haben zu verantworten, dass die Arbeit immer teurer gemacht worden ist. Sie haben zu verantworten, dass es immer schwieriger wurde, in Bund, Ländern und Kommunen ausgeglichene Haushalte zu schaffen. Es ist unredlich, wenn Sie hier von Versprechungen reden. Von dem, was Sie versprochen haben, haben Sie 16 Jahre lang nichts gehalten. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Die Sozialdemokraten haben vor der Sommerpause in diesem Hause Dringlichkeitsanträge eingereicht, in denen gefordert wurde, dass sich der Landtag früher mit dem Haushalt befassen sollte. Bereits vor der Einreichung eines Haushalts sollten wesentliche Eckdaten dem Parlament mitgeteilt werden. Sie haben diese Dringlichkeitsanträge immer wieder abgelehnt. Wir fordern immer wieder das Budgetrecht des Parlaments ein. Dieses Budgetrecht darf nicht auf ein Minimum zurückgeschraubt werden. Es kann nicht damit getan sein, dass wir einen großen Stoß von Büchern bekommen, in denen viele Zahlen stehen, und wir dann von Verbänden erfahren müssen, dass diese schon im Juni, Juli oder August wussten, wie der Haushalt aussieht. Weder die Kollegen der CSU, noch die Kollegen von den GRÜNEN oder von der SPD hatten diese Informationen. Das Parlament muss früher in die Haushaltsberatungen eingebunden werden.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben damals auf die uns bekannten Eckdaten hingewiesen. Wir haben auf die Rücklagen hingewiesen und auf den tatsächlichen Spielraum, den das Parlament noch hat. Wir haben damals die Zahl von 2 Milliarden DM genannt. Der Minister hat sich seinerzeit nicht dazu geäußert. Wenn sich der Minister nicht äußert, gehen wir davon aus, dass unsere Informationen richtig sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe bereits angedeutet, dass es nichts nützt, wenn die CSU als Oppositionspartei die Bundespolitik schlecht macht. Wir haben eine positive Bundespolitik, die sich im Haushalt des Freistaats Bayern auswirkt. Steuerermehreinnahmen in Höhe von 1,5 Milliarden DM im Jahr 1999 sind kein Pappentstiel, ebenso Rücklagen von 3,5 Milliarden DM. Das gab es in der Vergangenheit nicht. Sie sollten das zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Wir gehen davon aus, dass sich diese positive Steuerentwicklung auch in diesem Jahr fortsetzen wird. Wir haben darüber bereits mit Finanzpolitikern und den Finanzministern der Bundesländer gesprochen. In der Vergangenheit wurde in diesem Haus immer, wenn es Steuerausfälle gab, von der Staatsregierung ein Nachtragshaushalt vorgelegt. Deshalb fordern wir die Staatsregierung auf, in diesem Jahr dem Parlament einen Nachtragshaushalt vorzulegen, wenn es Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe gibt. Meine Damen und Herren, das ist Ihre Aufgabe und Ihre Pflicht. Wir werden im Zusammenhang mit der Verwendung dieser Steuermehreinnahmen unsere Schwerpunkte zum Ausdruck bringen. Herr Minister und liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU-Fraktion, wenn Sie es nicht tun, werden wir dem Bundeskanzler und der Bundesregierung für diese hervorragende Politik danken.

(Kaul (CSU): Sie könnten doch die Ökosteuer zurücknehmen, wenn Sie so viel Steuern einnehmen!)

Wir werden in diesem Jahr über gewaltige Steuermehreinnahmen verfügen können. Dafür werden wir der Bundesregierung danken.

(Beifall bei der SPD – Kaul (CSU): Nehmen Sie doch die Ökosteuer zurück!)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich werde noch auf die Ökosteuer eingehen. Bei der Ökosteuer müssen Sie genau rechnen. Wir haben 16 Jahre lang erfahren, dass Sie mit dem Rechnen und der Finanzpolitik Schwierigkeiten haben. Sie rechnen nämlich immer wieder falsch.

(Beifall bei der SPD)

Ob im Großen oder im Kleinen: Sie rechnen bei der Pinakothek und bei der sechsstufigen Realschule falsch. Jetzt behaupten Sie, Sie würden bei der Ökosteuer richtig rechnen.

(Beifall bei der SPD)

Nun zur Steuerreform: Der Bundesrat hat eine hervorragende Entscheidung getroffen, als er dem Steuerreformkonzept dieser Bundesregierung zustimmte. Wenn er dem Konzept von Herrn Prof. Dr. Falthäuser, Herrn Merz und der CSU zugestimmt hätte, wäre die Folge eine Riesenbelastung für den Freistaat Bayern, die Kommunen und die Länder gewesen. Meine Damen und Herren von der CSU, man müsste Sie an Ihre Pressekonferenz erinnern. Darauf werde ich aber später noch einmal zurückkommen. Seit die SPD im Bund regiert, gibt es eine positive Entwicklung. Seither spricht niemand mehr von einer Krankheit in Deutschland. Es geht aufwärts. Der Reformstau ist weg. Die Finanzen stimmen. Es läuft einfach hervorragend. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte ein paar Gedanken zu den Eckdaten im Zusammenhang mit dem Länderfinanzausgleich formulieren. Im letzten Jahr haben wir dafür im Haushalt 3,35 Milliarden DM eingesetzt. Davon wurden aber nur 3,047 Milliarden DM ausgegeben. Wir haben damals gesagt, dass es eigentlich Ihrer Klage nicht bedurft hätte, weil die CSU und die damaligen Finanzminister gesagt haben, dass sie den Länderfinanzausgleich neu geordnet hätten. Damals hat der Finanzminister im Haushaltsausschuss darauf hingewiesen, dass wir etwa 3 Milliarden DM bezahlen müssen. Genau diese 3 Milliarden DM haben Sie kurze Zeit später beklagt. Dies ist eine unredliche Politik.

Herr Finanzminister, ich bitte Sie, dem Haushaltsausschuss detaillierte Rechnungen aus Ihrem Haus vorzulegen. Uns ist signalisiert worden, dass im Länderfinanzausgleich, dem Sie damals zugestimmt haben, nicht 3,35 Milliarden DM, sondern 4 Milliarden DM aufgrund der Steuerentwicklung zu zahlen gewesen wären. Ich möchte dem Herrn Ministerpräsidenten eine kleine Empfehlung auf den Weg geben: Wir kennen die ganze Diskussion um den Länderfinanzausgleich. Zunächst wurde behauptet, die reichen Bayern müssten den schlimmen Saarländern helfen, die das Geld für unnötige Dinge ausgaben. Dazu kann ich nur sagen, der Ministerpräsident hätte längst mit seinem Kollegen im Saarland verhandeln müssen. Wir sehen nicht ein, dass wir in Bayern Gebühren für den Besuch der Kindergärten bezahlen müssen. Weil wir dem Saarland hohe Beträge über den Länderfinanzausgleich geben, können die saarländischen Eltern von Kindergartengebühren freigestellt werden. Dies ist ungerecht. Herr Ministerpräsident, hierüber sollten Sie einmal mit Ihrem Kollegen im Saarland reden.

(Beifall bei der SPD – Maget (SPD): Früher wollten Sie das Saarland doch abschaffen!)

Herr Finanzminister, ich schätze Sie persönlich sehr. Aber als Politiker haben Sie doch einmal Verantwortung in Bonn getragen. Sie stellen sich an dieses Rednerpult und halten einen Vortrag über die Zukunft der Verschuldung und über das, was man nicht machen darf. Ich fand diesen Vortrag großartig. Sie sind offenbar ein sehr lernfähiger Mensch. Als Sie in Bonn Verantwortung trugen, haben Sie immer wieder begründet, warum die Schulden nach oben gehen müssten. Sie haben einen Schuldenberg von 1,5 Billionen DM mitzuverantworten. Als Staatssekretär im Bundesfinanzministerium habe ich von Ihnen nie etwas über die Zukunft der Generationen und über den Gestaltungsspielraum gehört. Sie haben dem damaligen Finanzminister Dr. Theo Waigel nie gesagt, dass er keine Schulden mehr machen dürfe. Sie haben stattdessen draufgesattelt. Jetzt erzählen Sie dem Landtag, dass wir keine Schulden mehr machen dürfen.

(Beifall bei der SPD)

In Ihrer Rednevorgabe steht, was Sie machen wollen. Auf der Seite 3 ist beispielsweise zu lesen:

Der Haushaltsentwurf ist geprägt von einem deutlichen Abbau der Neuverschuldung. Die veran-

schlagte Neuverschuldung wird erstmals seit 1974 wieder unter eine Milliarde DM sinken.

Die Staatsregierung rühmt sich vor der bayerischen Bevölkerung, dass es endlich gelinge, die Neuverschuldung unter eine Milliarde DM zu bringen. Das ist unredlich. Herr Finanzminister, Sie haben in einer Pressekonferenz im Juli dieses Jahres zusammen mit dem Haushaltsausschussvorsitzenden erklärt, dass die Neuverschuldung des Freistaates Bayern im Jahr 2002 nicht unter einer Milliarde DM liegen sollte. Das war Ihre Argumentation.

Das können Sie in der Presseerklärung und in den Medien nachlesen. Damals wollten Sie die Verschuldung nicht unter eine Milliarde DM drücken. Ich habe die Zahlen und Ihre Unterlagen da. Wenn Sie sie nicht haben, Herr Minister, kann ich sie Ihnen geben.

(Heiterkeit bei der SPD)

In der Vorlage der CSU zum Jahr 2002 steht: 915 Millionen DM plus 800 Millionen DM = 1,7 Milliarden DM Schulden. Das steht in Ihrer Übersicht. In dieser Presseerklärung haben Sie der Bevölkerung erklärt: Im Jahr 2002 werden im Haushalt des Freistaates Bayern 1,7 Milliarden DM Schulden gemacht. In der jetzigen Rednervorlage rühmen Sie sich, dass Sie nur 900 Millionen DM Schulden machen müssten. Ich frage: Was hat sich abgespielt, was ist in der Zwischenzeit geschehen, Herr Minister? Was ist vom Juli 2000 bis zum Entstehen Ihrer Rednervorlage geschehen? Wäre das Steuerkonzept der CSU in Kraft getreten, hätte der Freistaat Bayern im Jahr 2002 1,7 Milliarden DM aufnehmen müssen. Ihr Steuerkonzept ist nicht in Kraft getreten, weil der Bundesrat der Steuerreform von Bundeskanzler Schröder zugestimmt hat. Das Lob gilt also nicht der Staatsregierung, sondern Sie müssen das Lob der Bundesregierung zugestehen.

(Beifall bei der SPD)

Die CSU hat noch im Juli 2000 erklärt, dass 1,7 Milliarden DM Schulden aufgenommen werden müssten. Die Bundesregierung hat es gegen den Willen der CSU geschafft, die Steuerreform durchzusetzen. Deshalb müssen nur 900 Millionen DM Schulden aufgenommen werden. Es ist unredlich, das als Erfolg der Staatsregierung zu verkünden. Diese Politik ist nicht nur unredlich, sondern auch scheinheilig.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD hat Schwerpunkte gesetzt. Einer ist die Informations- und Kommunikationstechnik. Hier befindet sich Bayern noch in der „Steinzeit“. Wir sind der Meinung, dass Familie und Beruf in Einklang gebracht werden müssen. Die Sozialdemokraten haben immer wieder Vorstöße gemacht, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Die Kolleginnen und Kollegen der SPD haben sich unwahrscheinlich stark engagiert. Die Sozialdemokraten haben anlässlich der Haushaltsberatungen immer wieder gefordert, dass die Mittagsbetreuung ausgeweitet werden müsse. 4,8 Millionen DM Haushaltsansatz sind zu wenig. Wir haben Vorschläge gemacht. Sie

haben diese abgelehnt und darauf hingewiesen, dass unsere Vorschläge nicht finanzierbar seien. Jetzt plötzlich steht in den Unterlagen für die über- und außerplanmäßigen Ausgaben, dass der überplanmäßige Bedarf 2,2 Millionen DM betrage. Wir hatten also Recht. Lediglich die CSU meinte, dass nichts getan werden müsse. Wir müssen Sie immer schieben. Wir sind froh, dass Sie endlich begriffen haben, dass man viel tun muss, um Familie und Beruf in Einklang zu bringen.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiterer Schwerpunkt der SPD bei den Haushaltsberatungen wird die Energieeinsparung sein. Die staatlichen Gebäude müssen Vorzeigemodelle werden. Bisher ist noch viel zu viel Energiesparpotenzial vorhanden. Wir müssen nach vorne blicken und die Entwicklung der Wasserstofftechniken verstärken. Der Pflegeschlüssel ist ebenfalls ein Thema für die Haushaltsberatungen. Die SPD muss sich im Gegensatz zur CSU nicht vorwerfen lassen, untätig gewesen zu sein. Kollege Wahnschaffe hat immer wieder darauf hingewiesen, dass es sehr wichtig sei, etwas zu tun. Nur reden – so wie Sie das tun – nützt nichts. Das Anliegen muss im Haushalt zum Ausdruck gebracht werden. Sie lagen immer wieder falsch. Wir haben immer wieder Anträge gestellt. Sie haben diese immer wieder abgelehnt. Wir hoffen, dass Sie diesmal zustimmen werden.

(Beifall bei der SPD)

Herr Minister, Sie haben vorhin darüber gesprochen, wie gut Sie mit den Kommunen verhandelt hätten und wie kommunalfreundlich die Staatsregierung sei. Wie ist es wirklich? In unseren Gesprächen mit den Spitzenverbänden hören wir einiges. Wir fragen nach und stellen fest, dass deren Aussagen stimmen. Herr Deimer zum Beispiel hat von 6 Milliarden DM gesprochen.

(Hoderlein (SPD): Welcher Partei gehört er an?)

Er ist Vorsitzender eines kommunalen Spitzenverbandes, Oberbürgermeister, er gehört nicht der SPD, sondern der CSU an, und er sagt, die Zuschüsse für die Abfinanzierung von Maßnahmen seien viel zu gering.

(Ach (CSU): Wann hat er das gesagt?)

Im Schriftverkehr des Bayerischen Gemeindetags sind Fakten aufgeführt. Dort steht, dass allein für die Abwasserbeseitigung der Zuschussbedarf 4,2 Milliarden DM betrage, aber im Haushalt nur 700 Millionen DM angesetzt seien. Die Wartezeit betrage sechs bis sieben Jahre. Interessant ist, dass inzwischen berichtet wird, die Zuschüsse müssten schneller gewährt werden. Wir wissen, dass nicht alles in einem Jahr abfinanziert werden kann, sondern dass zwei bis drei Jahre Wartezeit bestehen. Sie haben stets gesagt, das stimme nicht, die Sozialdemokraten würden übertreiben, denn die Kommunen seien zufrieden. Plötzlich äußern CSU-Abgeordnete den Medien gegenüber, dass die Zuschüsse noch spärlicher fließen, sodass bei den Behörden nachgehakt werden müsse. Das wird nichts nützen, meine Damen und Herren. Wir müssen im Haushalt Farbe bekennen

und mehr Mittel für die Kommunen einstellen. Nur dadurch wird das Problem gelöst.

(Beifall bei der SPD)

Ich könnte weitermachen und die Förderung der Sportvereine und weiteres ansprechen. Ich möchte aber zu einem Thema kommen, das seit einigen Tagen unwahrscheinlich emotionsgeladen diskutiert wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen die Proteste der Spediteure, der Landwirte und der Gartenbaubetreiber ernst.

(Ach (CSU): Bis jetzt noch nicht!)

– Im Vergleich zu Ihnen nehmen wir sie ernst. Sie missbrauchen die Sorgen und Nöte der Bauern und Spediteure, um Ihr parteipolitisches Süppchen zu kochen.

(Beifall bei der SPD)

Wir wissen alle, dass wir einen solchen Ölpreisschock schon einmal in den siebziger Jahren erlebt haben. Die CSU im Bayerischen Landtag hat jetzt erst die Pendler entdeckt. Es gehört unwahrscheinlich großer Mut dazu, dies zu äußern. In Niederbayern, Herr Staatsminister Huber, gibt es Pendler. Das hätten Sie früher bemerken müssen, nicht erst jetzt. Sie haben plötzlich die Pendler entdeckt.

(Willi Müller (CSU): Sie haben sie vergessen!)

Jemand, der hier über die Belastungen der Ökosteuern redet, sollte sich erinnern. Nicht nur der frühere Bundeskanzler, sondern viele von der CDU und der CSU haben ein kurzes oder gar kein Gedächtnis. Sie können sich nicht daran erinnern, dass die CSU am 1. Juli 1991 die Mineralölsteuer für Benzin von 60 Pfennig um 22 Pfennig auf 82 Pfennig und für Diesel um 10 Pfennig erhöht hat. Das muss man den Menschen sagen. Das machte 14 Milliarden DM Mehreinnahmen aus. Jemand, der die Steuern für das Auto ständig erhöht hat, hat nicht das Recht, uns zu belehren.

(Beifall bei der SPD)

Gelinde ausgedrückt ist das unredlich, eigentlich ist es noch viel mehr. Überlegen Sie sich, was Sie machen: Sie hetzen Menschen auf. Ich hatte vor drei Tagen ein Gespräch mit Kreisobmännern des Bauernverbandes. Sie waren von diesen Zahlen überrascht, dass die Ursache für die hohe Mineralölsteuer bei CSU und CDU liegt. Ich habe niemals vernommen, dass Sie, Herr Faltlhauser, damals nein gesagt hätten. Sie haben die Mineralölsteuer dazu benützt, die Löcher im Haushalt zu schließen. Das war Ihre Politik.

(Beifall bei der SPD)

Sehen Sie sich diese Haushaltslöcher doch an. Meine Partei hat gesagt: Wir nehmen das Geld, um die Arbeit billiger zu machen. Wir haben versprochen, die Lohnnebenkosten zu senken. Das war ein Signal für die Wirtschaft und für die wirtschaftliche Entwicklung. Wir haben die Rentenversicherungsbeiträge von 20,3% auf 19,3% reduziert. Wir haben dieses Versprechen eingelöst, um

die Wirtschaft anzukurbeln, um dem Mittelstand zu helfen. Das sollten Sie endlich zur Kenntnis nehmen. Wir haben unser Versprechen eingelöst, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Ich würde mir bei diesem Thema mehr Gelassenheit wünschen. Wir nehmen die Sorgen im Übrigen ernster, als Sie das tun.

(Willi Müller (CSU): Also wird die Ökosteuern wieder abgeschafft!)

Die Ökosteuern sind kein Teil des christlichen Glaubensbekenntnisses und sie stehen nicht im Grundgesetz. Sie sind ein Instrument, zur Senkung der Lohnnebenkosten. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, eines sollten Sie sich aber merken: Dieses Thema taugt nicht als Schwerpunktthema für die nächste Bundestagswahl, das können wir Ihnen heute schon versichern.

(Ach (CSU): Dann schaffen Sie sie wieder ab!)

Wenn Sie, Herr Minister, hier an diesem Pult aufzählten, was man alles tun muss, dann kann ich Ihnen nur entgegenhalten: Unser Kurs ist der Richtige. Wir müssen den Kurs von Hans Eichel und der Bundesregierung unterstützen und deshalb gilt als Allererstes: Wir müssen die Bundesfinanzen gründlich konsolidieren.

(Herbert Müller (SPD): Jawohl!)

Es geht nicht an, dass wir in einem Jahr 82 Milliarden DM an Zinsen für die Schulden ausgeben müssen, die die CSU angerichtet hat.

(Herbert Müller (SPD): So ist es! – Beifall bei der SPD)

Deshalb müssen Sie konsequenterweise auch hier hergehen und zugeben, dass die Entscheidung der SPD-Bundestagsfraktion, die Entscheidung des SPD-Bundesfinanzministers richtig war, die 100 Milliarden DM aus UMTS-Erlösen herzunehmen, um die Schulden zu tilgen. Eine Milliarde Schulden bedeutet 50 Millionen DM an Zinsausgaben. Deshalb ist es auch richtig, 5 Milliarden DM aus Zinseinsparungen herzunehmen, um etwas anderes damit zu tun.

Meine Damen und Herren von der CSU, Sie kommen jetzt und sagen, da wird vom Bund privatisiert. Herr Minister Faltlhauser, ich habe Sie vermisst, als die Bundesregierung damals unter dem CSU-Landesvorsitzenden Theo Waigel im Bund ganz lustig privatisiert und Milliardenbeträge einkassiert hat, um die Haushaltslöcher zu stopfen. Ab 1994 wurde die Lufthansa privatisiert, die Telekom ab 1997. Tankstellen und Raststätten – Sie haben alles privatisiert. Wo waren denn damals die Ansprüche der Länder? Damals haben Sie diese Privatisierungen stillschweigend zur Kenntnis genommen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind von unserem Kurs überzeugt. Er ist richtig. Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU sind im Grunde schlechte Verlierer.

(Zuruf von der SPD: Aber Verlierer sind sie!)

Sie sollten endlich das Signal der Bundesregierung ernst nehmen und es entsprechend umsetzen. Wenn Sie davon sprechen, dass wir einen Gestaltungsspielraum für künftige Generationen schaffen und dass die Schulen abgebaut werden müssen, dann müssten Sie, Herr Faltlhauser, im Grunde hier sagen: Herr Finanzminister Eichel, Sie haben richtig gehandelt. Die Bundesschulden, für die ich mitverantwortlich bin, müssen abgebaut werden. Das wäre der richtige Weg, wenn man wirklich glaubhafte Politik machen will.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden unsere Anträge für den nächsten Doppelhaushalt einbringen. Dabei ist einer unserer Schwerpunkte, die Kommunen endlich zu entlasten. Herr Minister, Sie haben den Finanzausgleich in Bayern angesprochen. Wir fordern eine Kommunalmilliarde. Das ist nichts Unanständiges, denn es ist einfach nicht in Ordnung, wenn die Kommunen oder die Sportvereine acht, neun oder gar zehn Jahre warten müssen, bis sie ihr Geld bekommen. Es ist nicht in Ordnung, eine Politik zu machen, die die Banken fördert und nicht die Kommunen, denn die Kommunen müssen die Zinsen zahlen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ihre Forderungen hingegen sind unglaubwürdig. Gestern tritt Ministerpräsident Stoiber einer Initiative bei, um die Familien zu stärken. Wie wichtig die Familien sind, das höre ich von Ihnen in letzter Zeit immer wieder. Diese Forderung ist in Ordnung, Sie haben sie von uns abgeschrieben, denn wir fordern das schon lange. Wenn man das fordert, muss man aber auch eine entsprechende Politik machen. Doch gerade in diesem Haushaltsgesetz erhöhen Sie die Eigenbeteiligung der Eltern bei den Schulwegkosten um 20%, während Sie gleichzeitig ständig betonen, wie wichtig die Familien sind. Damit muten Sie den Eltern aber 14 Millionen DM an Mehrausgaben zu.

(Frau Radermacher (SPD): Pfui!)

Wir sind entschieden dagegen, dass die Eltern zusätzlich belastet werden, wenn sie ihre Kinder auf die Schulen schicken. Das ist nicht in Ordnung. 14 Millionen DM sind nicht hinnehmbar. Wir werden dafür sorgen, dass das wieder zurückgenommen wird.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der SPD: Bravo!)

Auf Ihrer Klausurtagung im Kloster Banz haben Sie offensichtlich wieder ein paar Entdeckungen gemacht. Ich habe nachgeblättert, was wir in den letzten Jahren als Schwerpunkte genannt haben. Dabei habe ich festgestellt, dass die CSU die Bildungspolitik entdeckt hat.

Dazu kann ich nur sagen: Guten Morgen, CSU. Es ist wirklich unglaublich: Plötzlich bezeichnet die CSU die Bildungspolitik als Schwerpunkt. Wir Sozialdemokraten haben schon immer darauf hingewiesen, wie enorm wichtig die Bildungspolitik für die ganze Entwicklung ist. Sie aber haben sie sträflich vernachlässigt. Deshalb ist es nur richtig, wenn Sie jetzt endlich unsere Positionen in der Bildungspolitik übernehmen.

Ich möchte jetzt noch auf ein paar Kleinigkeiten und Aspekte hinweisen, die uns hinsichtlich des Haushalts Sorgen machen. Die Personalkosten steigen ständig. Im Freistaat Bayern ist man nach der Rasenmähermethode vorgegangen und hat Stellen abgebaut. Wir meinen, wir brauchen auch hier ein sorgfältiges Konzept. Noch vor zehn Jahren wurden im Haushalt des Freistaats Bayern für die Personalkosten etwa 19 Milliarden DM veranschlagt. Jetzt liegen sie bei 27 Milliarden DM. Wir brauchen ein ordentliches Personalentwicklungsgesetz. Es dürfen nicht nur die unteren Stellen eingespart werden, sondern das Sparkonzept muss in allen Bereichen angewandt werden; es muss auch für die oberen Etagen Lösungsansätze geben. Das ist unsere Forderung.

(Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser (Finanzministerium): Das machen wir doch!)

Ein zweiter, ganz wichtiger Punkt ist die Personalpolitik ganz allgemein. Die Vermessungsämter waren die ersten, die den Stellenabbau konsequent durchgezogen haben. Dort wurden überall Stellen eingespart. Ich habe den Haushaltsplan wiederholt durchgearbeitet, ich habe Kolleginnen und Kollegen zu Rate gezogen. Es ist eine Tatsache: Im ganzen Freistaat wurden Stellen reduziert und abgebaut. Aber wer genehmigt sich mehr Stellen, wer will seinen Machtapparat ausbauen? Das ist die Staatskanzlei mit Ministerpräsident Stoiber. Für die Staatskanzlei wollen Sie in diesem Haushalt mehr Stellen ausweisen. Es ist doch nicht in Ordnung, wenn der Bayerische Kreml immer mehr Machtzuwachs bekommt.

(Beifall bei der SPD)

Folgender Vergleich sollte uns ein wenig zum Nachdenken bewegen: Der Landtag hat 217 Stellen, die Staatskanzlei hingegen 380.

Nun noch einige Anmerkungen zur Kraftfahrzeugsteuer. Sie sprechen immer wieder davon, dass der Autofahrer zusätzlich belastet werde. Dabei begreife ich etwas nicht, und vielleicht können Sie, Herr Finanzminister, mir das erklären. Bei dem Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden hat sich gezeigt, dass diese Verbände von der Rückläufigkeit der Kraftfahrzeugsteuer ausgehen. Wenn ich aber den Haushalt betrachte, dann haben wir bei der Kraftfahrzeugsteuer mehr eingestellt und Mehreinnahmen zu verzeichnen. Die Mehreinnahmen erhöhen sich um etwa 29%. Angesichts dessen kann man doch nicht behaupten, dass es weniger Geld bei der Kraftfahrzeugsteuer gibt. Ich stelle hingegen fest, im Jahr 2000 werden für die Kraftfahrzeugsteuer 1,2 Milliarden DM angesetzt, im Jahr 2001 2,5 Milliarden DM und im Jahr 2002 2,6 Milliarden DM. Die Bayerische Staatsregierung geht also davon aus, dass sie aufgrund der Kraftfahrzeugsteuer, die den Ländern zufließt, Mehr-

einnahmen verzeichnen wird. Das ist das Resultat eines von Ihnen im Jahr 1997 beschlossenen Gesetzes, wonach die Autofahrer am 01.01.2001 mehr Geld zu bezahlen haben. Das muss genau geprüft werden. Wenn Sie schon jemandem entgegenkommen wollen und der Auffassung sind, dass die bayerischen Speditoren zu große Probleme haben, dann können Sie doch diese Einnahmen dazu hernehmen.

(Beifall bei der SPD – Alois Glück (CSU): Das ist bayerische Interessensvertretung!)

Sie von der CSU, haben 1997 ein Gesetz beschlossen, das den Ländern ab 2001 einen größeren Anteil an der Kraftfahrzeugsteuer gibt. Sie sollten nicht nur vom Föderalismus reden, sondern auch Überlegungen anstellen, wo man ihn praktizieren kann.

Ich möchte das Thema „R 6“ inhaltlich nicht vertiefen. Ich weiß noch den Zeitpunkt, als Frau Staatsministerin Hohlmeier hier erklärt hat, die R 6 werde nichts kosten, sie werde kostenneutral umgesetzt.

(Frau Radermacher (SPD): Das war noch Herr Zehetmair! – Hofmann (CSU): Das hat sie nicht gesagt!)

– Das steht im Protokoll drin; schauen Sie nach; wir können es Ihnen jederzeit geben. Sie haben Schwierigkeiten mit dem Einzelfall, denn daran wird Ihr System deutlich. Sie sagen am Anfang nicht, was wirklich Sache ist. Sie sagen, das kostet nichts, aber später kostet es doch etwas. Ich könnte Ihnen ein Dutzend Fälle nennen, in denen Sie in diesem Stil vorgegangen sind. Sie haben gesagt, die Pinakothek kostet 200 Millionen DM – nein, sie kostet nicht 200 Millionen DM, sie kostet wesentlich mehr. Das ist Ihre Politik. Sie rechnen nicht sauber, Sie rechnen nicht zum richtigen Zeitpunkt, und Sie nennen nicht die richtigen Zahlen. Das ist der Punkt. Das gleiche gilt für die Berechnung der Steuerkraft.

Ich möchte noch ein paar Worte zur Steuerkraft sagen. Die Bayerische Staatsregierung sagt in Bezug auf den Länderfinanzausgleich immer wieder, es müsse gerecht zugehen. Ich denke, bevor der bayerische Steuerzahler immer mehr Kosten für die Reisen der Staatskanzlei nach Berlin bezahlen muss, sollten der Ministerpräsident und die Minister hier bleiben und die Hausaufgaben im eigenen Land machen. Wir haben genügend zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man davon ausgeht, dass die Steuerkraft in Oberbayern – alle Kreise zusammengenommen – 100% beträgt, dann hat der Bezirk Niederbayern eine Steuerkraft von nur 58% vorzuweisen. Ich würde nie behaupten, weil Herr Huber ein so schlechter Politiker sei, habe Niederbayern nur eine Steuerkraft von 58%. Man muss das Thema richtig angehen. Auch im Freistaat Bayern existiert ein erhebliches Ungleichgewicht. Gerechte Lösungen müssen gefunden werden. Es gibt auch Kollegen von meiner Seite, die meinen, die Angelegenheit sei insgesamt anders zu beurteilen. Darüber kann man diskutieren. Tatsache ist aber, wenn im Freistaat Bayern die Steuerkraft in einzelnen Bezirken rückläufig ist und Nie-

derbayern nur 58% der Steuerkraft Oberbayerns hat, dann besteht Handlungsbedarf, und zwar nicht in Berlin, sondern in München in der Staatskanzlei und im Finanzministerium.

(Beifall bei der SPD)

Zusammenfassend stelle ich fest: Wir begrüßen die Politik der Bundesregierung. Sie ist erfolgreich, und weil sie erfolgreich ist, profitiert der Freistaat Bayern von ihr in allen Bereichen erheblich. Mir liegt eine Pressemitteilung vom 20. Mai 2000 vor, in der steht: „Mehr Geld für die Kommunen: Steuerplus von 300 Millionen DM.“ Die CSU und die Staatsregierung verteilen die Steuermehreinnahmen und senken die Schulden – die Kommunen bekommen etwas mehr – aufgrund der guten Bundespolitik. Hier müssen Sie den Blick nach Berlin richten. Die gute Bundespolitik ermöglicht es Ihnen, etwas zu verteilen. Wir begrüßen diese Politik. Wir sind dankbar, dass die Bundesregierung endlich eine ordentliche Wirtschafts- und Finanzpolitik macht. Diesen Kurs werden die Sozialdemokraten im Bayerischen Landtag unterstützen.

(Beifall bei der SPD)

Weiter stelle ich fest: Die Steuereinnahmen werden auch in diesem Jahr steigen. Die Steuereinnahmen werden kräftig zunehmen. Wir fordern von der Bayerischen Staatsregierung einen Nachtragshaushalt mit den Schwerpunkten Bildung und Familie. Zu dem, was die CSU zu diesen Themen propagiert, sagen wir: Wir Sozialdemokraten nehmen auch aufgrund unserer Geschichte die Sorgen von Menschen und Gruppen ernst, wir missbrauchen sie nicht für parteipolitische Zwecke, wie Sie es bei der Öko-Steuer machen.

(Beifall bei der SPD)

Der Kurs, den Hans Eichel in Bezug auf die UMTS-Lizenzen eingeschlagen hat, ist richtig. Wir werden diesen Kurs unterstützen. Ihr Verhalten betreffend die Verschuldung missbilligen wir. Sie machen große Worte, aber die Taten sehen anders aus. In den Beratungen zu den Einzelplänen werden wir unsere Gestaltungsvorschläge einbringen. Wir sind dankbar, dass wir eine Bundesregierung haben, die Bayern diesen Gestaltungsspielraum wieder gibt.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Der SPD verbleibt eine Restredezeit von 19 Minuten. Das Wort hat Herr Kollege Ach.

**Ach (CSU):** Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst ein persönliches Wort an Herrn Kollegen Strasser.

(Herbert Müller (SPD): Das hat er gut gemacht!)

– Das ist eine subjektive Bewertung, die ich nicht zu beurteilen vermag.

Lieber Herr Kollege Strasser, ich stelle fest, Ihr Beitrag bestand in „guter“ Tradition aus substanzloser Kritik an der Bayerischen Staatsregierung und dokumentierte einmal mehr den totalen Blindflug, den die bayerische SPD gegenüber der rot-grünen Bundesregierung an den Tag legt. Das ist bezeichnend für den gesamten Redebeitrag.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

– Sie können noch so viel reden, Sie bringen mich nicht aus der Ruhe, denn ich habe mich gut vorbereitet, um wenigstens ein paar Dinge aufzuzeigen.

Hannes Burger, den Sie sicher kennen, hat in der Zeitung „Die Welt“ vom 25. September für die bayerischen Sozialdemokraten die Frage gestellt – hören Sie gut zu –: „Haben wir die richtige Politik als Antrieb oder als Bremsöl im Tank?“ Herr Kollege Strasser, nach Ihrem Beitrag frage ich mich, ob die SPD in Bayern überhaupt noch etwas im Tank hat.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben den Eindruck erweckt, als stünde die Bundesregierung großartig da, obwohl eine Erblast vorhanden sei. Wenn Sie sich aber – das können Sie wohl aus parteitaktischen Gründen nicht – die von Bundesfinanzminister Eichel vorgelegte mittelfristige Finanzplanung von 1999 bis 2003 ansehen würden, würden Sie feststellen, dass die Regierung Schröder in jedem Jahr mehr Geld ausgibt, als die CDU/CSU-geführte Bundesregierung geplant hatte. Das ist bemerkenswert.

Der erste Bundeshaushalt, den Sie 1999 vorgelegt haben, wurde gegenüber dem Haushaltsentwurf von Bundesminister Dr. Waigel um über 6% oder knapp 30 Milliarden DM aufgebläht. Bundesfinanzminister Hans Eichel versucht mit dem Haushalt 2000 nur, das Geld an anderer Stelle einzusammeln, das sein Vorgänger Oskar Lafontaine zuvor mehr ausgegeben hatte.

(Beifall bei der CSU)

Das ist Fakt – ein geflügeltes Wort von Ihnen –, auch das ist Fakt. Der Vorwurf der rot-grünen Erblast ist sachlich falsch.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Schwarz-gelbe Erblast!)

– Wir stehen zu der Verantwortung, die wir 16 Jahre lang in Bonn getragen haben. Wir machen es nicht so wie andere. Es bleibt aber dabei, dass das, was Sie heute wieder hier behauptet haben, sachlich falsch ist. Ich nenne Ihnen dazu zwei Zahlen. Was hat denn die CDU/CSU/FDP-Regierung im Jahr 1982 übernommen?

(Zurufe von der SPD: Bitte!)

– Herr Kollege Mehrlich, auch für Sie wäre es gut, wenn Sie sich an die Vergangenheit erinnern. Das gilt im übrigen für alle Kolleginnen und Kollegen der SPD. Sie haben uns eine Staatsquote von über 50% hinterlassen.

Der Anteil der Bundesausgaben am Bruttoinlandsprodukt lag bei 15,4%.

1998, als wir die Regierung abgeben mussten, lag er bei 12%.

Jetzt kommt die größte Scheinheiligkeit, nämlich das rot-grüne Argument der Erblast der Wiedervereinigung. Eigentlich müssten Sie Bescheid wissen, worum es damals gegangen ist, es sei denn, Sie haben sich damit nicht so genau auseinander gesetzt wie wir. Der Bund musste – das hat vorher niemand gewusst – 450 Milliarden DM Schulden als Hinterlassenschaft des SED-Regimes übernehmen. Die Nettotransfers für den Aufbau nach 40 Jahren kommunistischer Misswirtschaft belaufen sich auf insgesamt 1030 Milliarden DM, wovon seit 1990 fast 60% aus dem Bundeshaushalt stammen. Als die Bundesregierung zwischen 1969 und 1982 von der SPD geführt wurde, waren weder die deutsche Einheit zu bewältigen noch die wirtschaftlichen Auswirkungen eines fundamentalen weltpolitischen Umbruchs. Dennoch wurden die Bundesausgaben verdreifacht und – man höre und staune – die Verschuldung sogar versiebenfacht. Das sind Zahlen, die Sie zur Kenntnis nehmen sollten, anstatt hier so zu tun, als wäre alles eitel Sonnenschein.

Der Vorwurf der Erblast ist nicht nur sachlich falsch, sondern auch unredlich; denn die Sparmaßnahmen der Koalition der Mitte wurden von SPD und GRÜNEN im Bundesrat heftig kritisiert. Sie mussten damals gegen Ihre Stimmen durchgesetzt werden. Ihre Blockadepolitik in den Jahren 1996, 1997 und 1998 hat erzwungen, dass Mehrausgaben in Höhe von 19 Milliarden DM zu bewältigen waren. Auch das ist ein Faktum. Ihre einseitige Darstellung heute ist also falsch und unredlich.

Im Mittelpunkt Ihres Diskussionsbeitrags standen zwei Persönlichkeiten, nämlich Herr Bundesfinanzminister Eichel und Herr Bundeskanzler Schröder. Am 22.03.1996 hat der damalige hessische Ministerpräsident Hans Eichel im Bundesrat nachdrücklich gefordert, dass sich der Bund nicht aus der Finanzierung der Arbeitslosigkeit verabschieden und die Probleme in die kommunale Sozialhilfe abdrängen dürfe. Genau das betreibt Bundesfinanzminister Hans Eichel jetzt mit den Einsparungen bei der originären Arbeitslosenhilfe.

(Beifall bei der CSU)

Im Jahr 1997 hat der damalige hessische Ministerpräsident Hans Eichel im Bundesrat einen Verteilungsschlüssel für den Familienlastenausgleich zwischen Bund und Ländern von 74 : 26 gefordert. Der Bundesfinanzminister Hans Eichel tritt für eine Finanzierung zu 57,5% der vorgesehenen Kindergelderhöhungen durch Länder und Gemeinden ein. Der damalige hessische Ministerpräsident hat Einsparungen beim Meister-BAföG als Eingriff in die Substanz der Zukunftsfähigkeit Deutschlands gegeißelt. Der Bundesfinanzminister Eichel aber will diese BAföG-Mittel bis 2003 um insgesamt 650 Millionen DM kürzen. Auch die Verschuldung während der Regierungszeit Eichels ist von 27,5 Milliarden um 60% auf 43 Milliarden gestiegen, die Zinsausgaben von 1,7 Milliarden DM im Jahr 1990 um fast 70% auf 2,8 Milliarden

DM. Nun sagen Sie mir doch, wie der frühere hessische Ministerpräsident, der damals schon eine schlechte Finanzpolitik betrieben hat, als Finanzminister etwas besser machen soll.

Jetzt kommen wir zum Genossen Schröder.

(Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nur kein Neid!)

– Frau Kellner, Sie müssen ganz ruhig sein bei dem, was die GRÜNEN auf Bundesebene anzubieten haben.

(Widerspruch beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den acht Jahren der Schröder-Regierung wurden in Niedersachsen 26 Milliarden DM Schulden gemacht; in den vorangegangenen 44 Jahren waren es insgesamt nur 37 Milliarden DM. Wer gut rechnen kann – das haben Sie von sich behauptet –, wird leicht feststellen, wo die Verfehlungen liegen, gewiss nicht bei der Vorgängerregierung von Schröder. Nehmen Sie das einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei der CSU)

Die Investitionsquote im niedersächsischen Landeshaushalt ist von 1989 bis 1997 um 3% gesunken. Auch dies ist ein Merkmal rot-grüner Finanz- und Wirtschaftspolitik. – Da Kollege Strasser während drei Viertel seiner Redezeit bundespolitische Argumente vorgetragen hat, darf ich doch zumindest mit einigen Gedanken darauf hinweisen.

(Zustimmung des Abgeordneten Kaul (CSU))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Bayerische Staatsregierung hat dem Landtag frühzeitig, nämlich unmittelbar nach der Sommerpause den Entwurf des Doppelhaushalts 2001/2002 zur Beratung vorgelegt. Die Vorlage zum gegenwärtigen Zeitpunkt ermöglicht es uns, den Entwurf gründlich zu beraten und den Haushalt rechtzeitig vor Jahresbeginn zu verabschieden. Dafür möchte ich der Bayerischen Staatsregierung, vor allem Ihnen, Herr Staatsminister Prof. Dr. Falthäuser, sehr herzlich danken.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren der Opposition, die CSU-Fraktion führt die Haushaltsberatungen entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen auf der Grundlage eines fertig gestellten Haushaltsentwurfs durch. Herr Kollege Strasser, jetzt, wo wir klare und verlässliche Zahlen haben, beschäftigen wir uns mit dem Doppelhaushalt 2001/2002. Die im Juli mit Getöse vorgebrachte Forderung der SPD nach Einbindung des Parlaments in die Aufstellung des Haushaltsentwurfs möchte ich heute nochmals entschieden zurückweisen: Dafür gibt es überhaupt keine gesetzliche Grundlage. Sie wollten bereits vor der Sommerpause Gelder in dreistelliger Millionenhöhe verbraten, ohne überhaupt zu wissen, wieviel konkret zur Verfügung steht. Ihre Mutmaßungen sollten solide Planzahlen ersetzen. Planloses Agieren und endlose Ausgabenwünsche ohne solide Grundlage waren

seit jeher Kennzeichen der bayerischen SPD. Dass die von Ihnen errechneten Ausgabenspielräume ins Land der Fabel gehören, hat Herr Finanzminister heute bereits klar und deutlich dargestellt. Herr Kollege Strasser, heute fordern Sie einen Nachtragshaushalt. Da muss ich Sie fragen: In welchem Stand des Verfahrens sind wir denn? Wir gehen jetzt in die Beratungen, und all Ihre Anträge beziehen sich auf den laufenden Haushalt. Sie sagten vorher: Wir Sozialdemokraten fordern einen Nachtragshaushalt.

(Zuruf des Abgeordneten Strasser (SPD))

– Das haben Sie in diesem Zusammenhang nicht gesagt. Ich nehme das zur Kenntnis. Ansonsten müsste Ihnen bekannt sein, dass das vom Verfahren her gar nicht geht.

Sie weisen immer darauf hin, wieviel Gutes Sie für das Land Bayern tun. Früher gab es den Spruch: Sozialisten plündern Deutschland. Ich erweitere diesen Spruch und sage: Sozialisten plündern die deutschen Länder und die Kommunen. Das ist ein Faktum, Herr Kollege.

(Beifall bei der CSU)

Die Bundesgenossen erklären das Sparen zur neuen Tugend der SPD. Sie aber wollen vom Sparen im bayerischen Staatshaushalt nichts wissen. Wenn es um den Bundeshaushalt geht – das ist heute deutlich geworden –, ist Ihnen jedes Mittel Recht, den selbst ernannten Sparkommissar Eichel zu unterstützen. Anstatt die Bayerische Staatsregierung in ihrer Forderung zu unterstützen, mit den UMTS-Erlösen vor allem die knapp 80 Milliarden Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden im Fonds deutsche Einheit zu tilgen, damit alle drei Ebenen einen angemessenen Anteil an den Erlösen und mehr Raum für Investitionen erhalten, beschimpfen Sie – das ist Ihr tägliches Credo – Ministerpräsident Dr. Stoiber als Trittbrettfahrer und unterstützen den unföderalistischen Kurs Ihres Bundesfinanzministers. Ist das die bayerische Politik der SPD?

(Beifall bei der CSU)

Ich wiederhole: Länder und Gemeinden haben nach der UMTS-Aktion Steuerausfälle in Höhe von rund 27 Milliarden DM zu verkraften. Sie aber als Paladine des Bundesfinanzministers lehnen eine Beteiligung an den Erlösen ab. Das ist skandalös und unverantwortlich.

(Beifall bei der CSU)

Mit einem Dringlichkeitsantrag fordert die CSU eine faire und gerechte Teilhabe der Länder und Kommunen an den UMTS-Milliarden durch die Tilgung des Fonds deutsche Einheit. Ich fordere die Opposition offiziell dazu auf, ihre bisherige Haltung aufzugeben und im Interesse Bayerns und seiner Kommunen unserem Antrag heute zuzustimmen. Es wäre schön, wenn der Beschluss einstimmig wäre.

(Beifall bei der CSU)

Bislang ist aber von einem Einsatz für Landesinteressen bei der bayerischen SPD weit und breit nichts zu sehen, im Gegenteil. Ich erinnere exemplarisch an die ablehnende Haltung Ihres Fraktionsvorsitzenden hinsichtlich der Beteiligung des Bundes am Umbau des Münchner Olympiastadions. Ich zitiere ihn: „Man sollte sich an den Bund nur wenden, wenn man berechnete Forderungen hat.“ Meine Kolleginnen und Kollegen der SPD, wenn schon die Ausrichtung der Fußballweltmeisterschaft nicht als gesamtstaatliche Aufgabe gilt, an der sich der Bund beteiligen muss: In welchen Fällen wollen Sie denn vom Bund berechtigterweise Unterstützung fordern?

Weshalb stand der Bundeskanzler medienwirksam in der vordersten Reihe, als die Entscheidung für Deutschland bekannt gegeben worden ist? Das ist sogenannte gesamtstaatliche Verantwortung, die Herr Maget hier offensichtlich nicht sieht.

(Beifall bei der CSU)

Trotzdem: Sie haben viele Chancen, auch Sie, Herr Kollege Mehrlich. Das heißt, Gelegenheit zur Wahrung bayerischer Interessen werden Sie in nächster Zeit des öfteren haben; denn Finanzminister Eichel wird auch künftig versuchen – Herr Kollege Mehrlich, soweit ich weiß, sind Sie Spezialist in kommunalen Fragen –, den Ländern und Gemeinden weitere Lasten aufzubürden. Das Eckpunkte-Papier der Bundesregierung zur Neugestaltung des Länderfinanzausgleichs bestätigt dies in eindrucksvoller Weise. Es fehlt jeglicher Hinweis auf substantielle Entlastungen der Geberländer. Statt dessen wird – man höre gut zu – die Forderung nach voller Einbeziehung der Kommunalsteuern in den Ausgleich erhoben, was einzig und allein der Entlastung des Bundes auf Kosten der Länderhaushalte dient. Ich sage wiederum: Skandalös, unredlich.

Haushaltspolitiker der Bundes-SPD haben bereits angekündigt, dass alle Gemeinschaftsaufgaben auf den Prüfstand gehören und der Bund alles reduzieren muss, was sein Geld kostet. Ich sage Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen: So nicht. Wir lehnen eine Sanierung des Bundeshaushaltes auf Kosten der Länder und Gemeinden mit aller Entschiedenheit ab und werden alles tun, was in unserer Macht steht, um dies zu verhindern.

Lieber Kollege Strasser, an Sie möchte ich den Rat geben: Anstatt dem Bayerischen Bund der Steuerzahler völlig grundlos vorzuwerfen, dass ihm der Mut zur Kritik gegenüber der CSU fehle, sollten Sie lieber ihren Mut zusammennehmen und ein Schwarzbuch über Bundesfinanzminister Eichel anfordern. Ich glaube, dann hätten wir die Sache auf den Punkt gebracht, dann können wir Plus und Minus sehen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir in Bayern – das wurde zwischenzeitlich auch durch Äußerungen Ihres Vorsitzenden in der Presse bestätigt – verfolgen seit jeher – was ich so höre, wollen Sie sich zum Beispiel in der Wirtschaftspolitik daran ausrichten – eine faire und solide Finanzpolitik, eine Finanzpolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen, die wesentlich zum Erfolg unseres Standortes beigetragen hat. Diesen Kurs, ob es Ihnen recht ist oder nicht, werden wir auch im Doppelhaushalt 2001/2002 fortsetzen. Die CSU-Fraktion

unterstützt nachdrücklich den vom Finanzminister vorgelegten Haushaltsentwurf. Die im Entwurf festgelegten Eckdaten – Herr Kollege Strasser, dies ist seit Frühjahr bekannt gewesen – und Schwerpunkte sind ein hervorragendes Beispiel solider und zukunftsorientierter Haushaltspolitik. Die CSU-Fraktion wird – wie in der Vergangenheit – darauf achten, dass die finanzpolitische Spitzenstellung Bayerns erhalten bleibt.

Mit der jahresdurchschnittlichen Steigerungsrate von 2% wird Raum für die Entfaltung privatwirtschaftlicher Tätigkeit geschaffen. Der Haushalt wird in den nächsten beiden Jahren erneut deutlich geringer als das Bruttoinlandsprodukt steigen. Die Zuwachsraten liegen damit zum achten Mal hintereinander deutlich unter dem Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts.

Die Neuverschuldung, auch dies wiederhole ich ganz bewusst, wird im Doppelhaushalt 2001/2002 um jeweils 229 Millionen DM auf 1,14 Milliarden DM bzw. 915 Millionen DM zurückgeführt. Erstmals seit 1974 unterschreitet der Freistaat damit im Jahr 2002 bei der Neuverschuldung die Milliarden-schwelle. Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit erreichen wir einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zum Haushalt ohne Neuverschuldung.

In der weiteren Finanzplanung des Freistaates ist bereits vorgesehen, die Nettokreditaufnahme bis zum Jahre 2004 auf unter 500 Millionen DM zurückzuführen. Dank sage ich in diesem Zusammenhang dem Bayerischen Staatsministerium der Finanzen und dem Herrn Staatsminister – Herr Kollege Strasser, Sie haben sich nicht in der Lage gesehen, zumindest dies einmal positiv zu würdigen –, dass als Ergebnis der soliden Finanzpolitik im Vollzug des Haushaltes 1999 400 Millionen DM an Nettoschulden getilgt werden konnten. Das ist wahrlich ein bedeutender Schritt in der Geschichte bayerischer Haushaltspolitik und beispielhaft für andere Bundesländer. Ich empfehle Ihnen: Sagen Sie es weiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Zukunftsvorsorge verlangt verantwortungsbewusstes Handeln gegenüber den nachfolgenden Generationen. Wir müssen unsere Aufgaben heute lösen und heute finanzieren und dürfen mittelfristig keine Lasten mehr in die Zukunft verschieben. Deshalb soll in der bayerischen Haushaltsordnung der Haushalt ohne Neuverschuldung als Regelfall gesetzlich festgeschrieben werden. Damit wird Bayern das erste Land sein, das sich gesetzlich verpflichtet, den Staatshaushalt in Zukunft ohne neue Schulden auszugleichen. Damit stellt Bayern erneut seine Vorreiterrolle in der Finanzpolitik eindrucksvoll unter Beweis. Wir waren im übrigen auch die ersten, die die Neuverschuldung thematisiert und damit bundesweit aktuell gemacht haben.

Ein sozialverantwortlicher Etat muss vor allem auch, liebe Kollegin Kellner, zur Sicherung der Lebensqualität der künftigen Generationen in hinreichendem Umfang Investitionen bereitstellen.

(Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich 1990 schon gesagt!)

– Sie denken an die neue Geschäftsordnung; Sie können anschließend noch kurz etwas dazu sagen. Der Trend rückläufiger Investitionsquoten in den öffentlichen Haushalten – –

(Zuruf der Frau Abgeordneten von Truchseß (SPD))

– Sie sind auch da, Frau Kollegin, ich freue mich sehr. Die Investitionsquote im Freistaat ist traditionell Spitze unter den Bundesländern. Ich bin dankbar, dass der Staatsminister der Finanzen darauf hingewiesen hat, dass unser Investitionsvorsprung gegenüber den anderen Bundesländern gegenwärtig 3 Milliarden DM beträgt. Dies ist auch ein Ergebnis langjähriger zurückhaltender Schuldenpolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Ach (CSU):** Nein. Herr Mehrlich hat nachher nach der neuen Geschäftsordnung soviel Zeit, dass er sicher mit einer konzentrierten Fragestellung etwas dazu beitragen kann. Wenn es sinnvoll ist, beantworte ich dies dann gerne.

Ein Haushalt ohne Neuverschuldung schafft die Grundlage dafür, dass auch langfristig hinreichend Mittel für Investitionen im Freistaat zur Verfügung gestellt werden können. Deshalb hat die CSU-Fraktion mit Recht zur Sicherung der vorbildlichen Qualität der bayerischen Staatsfinanzen beschlossen, dass die Investitionsquote auch in künftigen Haushalten mindestens 15% betragen muss.

(Mehrlich (SPD): 1998 waren es 15,9%!)

– Ich habe von „mindestens“ gesprochen, hören Sie gut zu; ich komme gleich noch einmal darauf zu sprechen, damit Sie es besser verstehen.

Im aktuellen Haushaltsentwurf steigen die Investitionen in beiden Jahren auf jeweils 10 Milliarden DM an. Die Investitionsquote – passen Sie auf, Herr Mehrlich – liegt im Jahr 2001 bei 15,5% und im Jahr 2002 bei 15,2%. Die 15% waren eine Mindestvorgabe. Haben Sie es jetzt verstanden? – Danke sehr.

(Zuruf des Abgeordneten Mehrlich (SPD))

Meine Damen und Herren von der Opposition, Bayern setzt eindeutige Prioritäten im Haushalt zugunsten der Investitionsausgaben. Hieran sollte sich der Bundesfinanzminister ein Beispiel nehmen.

(Beifall bei der CSU)

Statt den konsumtiven Ausgaben Einhalt zu gebieten, spart er zu Lasten der Investitionen. Damit Sie glauben, was ich sage, lesen Sie den Finanzplan nach. Dort steht nämlich, dass die Investitionsausgaben im Jahre 2000 noch 57,5 Milliarden DM betragen und im Jahr 2004 auf 52,1 Milliarden DM zurückgehen. Die Investitionsquote

beträgt dann nur noch 10,4% – ich rufe in Erinnerung: In Bayern beträgt sie 15,5% und 15,2%, die Mindestquote beträgt 15%. Diese Investitionsschwäche – dies muss ich auch einmal in aller Deutlichkeit sagen, weil es Fakt ist – ist skandalös. Die Bundesregierung wird nämlich hier, ganz konkret, ihrer gesamtstaatlichen Verantwortung für Wachstum und Arbeitsplätze in keiner Weise gerecht.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, noch ein Beispiel zur soliden Finanzpolitik in Bayern. Herr Maget, Sie fühlen sich ganz wohl; Sie haben selber zugegeben, dass Ihnen manches gefällt, was die Bayerische Staatsregierung, die Mehrheitsfraktion macht. Die solide Finanzpolitik in Bayern spiegelt sich auch in den Zinsausgaben wider. Die Zinsausgabenquote liegt in den nächsten beiden Jahren mit 3,2% bzw. mit 3,5% weit unter dem Durchschnitt der westlichen Länder mit 8,3% und 8,5%. Auch dies bedeutet zusätzliche Handlungsspielräume in Milliardenhöhe, da wir diese Gelder nicht wie andere Länder an die Banken überweisen müssen, sondern für unsere politischen Aufgaben nutzen können.

Nun noch zur Einnahmesituation. Bei den Beratungen des Doppelhaushaltes 2001/2002 müssen wir uns die finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die nächsten Jahre vergegenwärtigen. Aufgrund der beschlossenen bzw. ins Auge gefassten Steuersenkungen – es wird auch nicht besser, wenn Sie von der Opposition immer wieder das Gegenteil behaupten – muss Bayern gegenüber dem für das Jahr 2001 prognostizierten Steuerzuwachs in Höhe von 2,5 Milliarden DM mit Steuermindereinnahmen in Höhe von 2,9 Milliarden DM, also mit einem Minus von 400 Millionen DM rechnen.

Die Hälfte der reformbedingten Steuerausfälle können wir im Jahr 2001 durch Inanspruchnahme der in den letzten beiden Jahren aufgebauten Steuerrücklagen abdecken. Das ist ein Ausweis der guten bayerischen Finanzpolitik. Für diese weitsichtige Aktion sage ich der Finanzverwaltung und dem Herrn Finanzminister herzlichen Dank. Von den verbleibenden Mehreinnahmen sind Kostenminderungen, insbesondere im Personalbereich, zu finanzieren, so dass letztlich nur ein ganz geringer Spielraum verbleiben wird. Gegebenenfalls müssen Anpassungen anlässlich der November-Steuerschätzung im Wege einer Nachschubliste eingebracht werden.

Die Wirtschaftslage in Deutschland ist nach wie vor anfällig. Wenn die Abwertung des Euro weitergehen sollte, zum Beispiel wegen eines negatives Votums bei der Volksabstimmung in Dänemark, nähmen die Inflationsrisiken innerhalb Europas zu. Die Europäische Zentralbank wird dann die Zinsen stärker erhöhen und damit den konjunkturellen Aufschwung in Deutschland bremsen. Der Konsum, der immerhin 60% zum Bruttoinlandsprodukt beisteuert, ist bisher nur unterdurchschnittlich gewachsen. Die privaten Haushalte sind in diesem Jahr durch die vor allem auch wechselkursbedingte Energieverteuerung und die Ökosteuer mit rund 27 Milliarden DM mehr belastet als im Vorjahr. Wenn die verfügbaren Einkommen noch mehr schmelzen, wird der private Verbrauch weiter an Tragfähigkeit verlieren.

Mit den bisherigen Kursverlusten des Euro geben die Finanzmärkte der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Regierung von Deutschland als dem größten Land Europas ein klares Negativtestat. Das Sündenregister von Rot-Grün ist lang: Die Rücknahme wirtschaftlicher Reformen, die Verschleppung der Rentenreform und der Reform des Gesundheitswesens, die Ökosteuer und eine insgesamt unzureichende und ungerechte Steuerreform. Nur dank des massiven Gegenkurses der Union, insbesondere der CSU, konnten bei der Steuerreform wichtige Nachbesserungen erreicht werden.

(Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Werner (SPD): Mein Gott, warum haben Sie sie dann abgelehnt?)

– Das werde ich Ihnen noch sagen.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Frau Kollegin Kellner, bitte hören Sie bis zum Schluss zu. Dann können Sie Ihr Harmoniebedürfnis vielleicht nicht mehr ganz so deutlich zum Ausdruck bringen. Seit dem ihre Partei in Berlin mit an der Regierung ist, hat Frau Kollegin Kellner nämlich ein nahtlos gutes Verhältnis zur SPD in Bayern. Denn Macht ist etwas Schönes, da muss man dabei sein, auch wenn man sich selbst aufgibt, wie es die GRÜNEN in dieser Republik derzeit in weiten Teilen tun.

(Beifall bei der CSU – Hofmann (CSU): So ist es!)

Die Union hat Rot-Grün dazu gebracht, mittelstandsfeindliche Gegenfinanzierungsmaßnahmen des Steuerentlastungsgesetzes 1999 bis 2002 jetzt rückgängig zu machen. Der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer wird deutlicher abgesenkt. Während in der Koalitionsvereinbarung noch von 48,5% die Rede war, sinkt der Spitzensteuersatz, wenn auch zu spät, auf jetzt immerhin 42%. Besonders interessant ist, dass das Gesamtentlastungsvolumen im Jahr 2005 auf insgesamt 60 Milliarden DM steigt, obwohl der Bundesfinanzminister, als das Merz-Faltilhauser-Papier diskutiert wurde, in dem zwischen 45 und 50 Milliarden DM gefordert wurden, behauptet hatte, eine Nettoentlastung in dieser Größenordnung sei unsolid und nicht finanzierbar. So etwas nenne ich unredliche Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU)

Trotzdem ist die Steuerreform nach wie vor unzulänglich. Wir werden weiter um Verbesserungen kämpfen und schon bald sehen, ob bei Ihnen sachliche Argumente Gehör finden. Die Steuerreform benachteiligt nach wie vor mittelständische Personenunternehmen, den Wachstums- und Beschäftigungsmotor der Wirtschaft, gegenüber Kapitalgesellschaften. Durch die Konzentration der Steuerentlastung auf die Unternehmen werden die Arbeitnehmereinkommen benachteiligt, was in hohem Maße sozial ungerecht ist. Ferner werden infolge des Systemwechsels zum so genannten Halbeinkünfteverfahren Kleinanleger mehr Steuern zahlen müssen, was den dringend notwendigen Aufbau einer privaten

Altersvorsorge behindert. Außerdem kommt die Reform viel zu spät. Denn ihre Endstufe erreicht sie erst im Jahr 2005.

(Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Werner (SPD): Ihr habt ja gar nichts zusammengebracht!)

– Ihre Blockadepolitik hat alles verhindert.

(Fortgesetzter Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In Frankreich werden die geplanten Steuersenkungen voraussichtlich schon im Jahr 2002 weitgehend realisiert sein. Dort hat man die Notwendigkeit einer zügigen Steuerreform trotz sozialistisch geführter Regierung erkannt. Herrlich! Großes Lob für Frankreich, aber kein Lob für die Bundesregierung.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb hat die Bundesregierung auch einen Mahnbrief aus Brüssel erhalten. Fazit: Trotz der jüngsten Reform bleibe die Gesamtsteuerbelastung der Arbeit eine der höchsten in der EU. Ist das sozial? Ich fordere daher die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien dazu auf, die bisherigen steuerpolitisch unzureichenden Beschlüsse zu überdenken und zu einer Politik der schnellen und gleichmäßigen Entlastung aller Steuerzahler sowie der Gleichbehandlung von Kapitalgesellschaften und Personenunternehmen zu kommen.

Das Abkassieren bei Bürgerinnen, Bürgern und Betrieben unter dem ökologischen Deckmäntelchen von Rot-Grün muss ein Ende haben. Die CSU fordert in ihrem Dringlichkeitsantrag, der heute noch diskutiert wird, dass die weiteren Erhöhungsstufen ausgesetzt werden und die Ökosteuer schnellstmöglich abgeschafft wird. Das müssen wir in diesem Land jeden Tag verkünden.

(Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das alles, was Ihnen dazu einfällt?)

– Vielleicht denken Sie darüber nach und ändern Ihre Meinung. Die Ökosteuer belastet Bürger und Unternehmen bis zum Jahr 2003 mit insgesamt 127 Milliarden DM und gefährdet Zehntausende von Arbeitsplätzen. Kann das gewollt sein? Die Ökosteuer ist sozial ungerecht; denn sie trifft Familien, Rentner und Arbeitslose besonders hart. Ein durchschnittlicher Familienhaushalt wird – Herr Finanzminister sagte es schon – durch die Ökosteuer jährlich mit 900 DM zusätzlich belastet. Ist das sozial, will Rot-Grün das verantworten?

(Zuruf der Frau Abgeordneten Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Dass die Bevölkerung mit 17 Milliarden DM mehr belastet wird, die Entlastung aber nur maximal 3 Milliarden betragen soll, ist unerträglich. Denn das heißt nichts anderes, als dass der Bundesfinanzminister 14 Milliarden DM für sich allein einnimmt. Und da sprechen Sie noch von Steuerermäßigung. Das sind doch Grimms Märchen! Gestern war in der „Frankfurter Rundschau“ zu

lesen, dass sogar SPD-regierte Länder mit einem Nein zur Pendlerpauschale drohen. Gleichzeitig begrüßt die Bayern-SPD mit einem Dringlichkeitsantrag als verlängerter Arm der Bundesregierung deren Pläne, und deshalb frage ich mich, ob es überhaupt noch eine eigenständige bayerische SPD-Politik gibt.

(Beifall bei der SPD)

Das ist ein durchsichtiges Manöver, mit dem davon abgelenkt werden soll, dass sich Rot-Grün mit der Ökosteuern ins Abseits gestellt hat. Interessant ist, dass mittlerweile sogar der Bundesfinanzminister die Ökosteuern für ein falsches Signal zu halten scheint.

Meine Damen und Herren von der SPD, die Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung sind nicht geeignet, die negativen Folgen der Ökosteuern zu beseitigen, zumal auch noch die Länder finanziell in Mithaftung genommen werden sollen. Der SPD-Fraktionsvorsitzende hat das noch mit dem Vorschlag zu toppen versucht, die Kfz-Steuer abzuschaffen, womit den Ländern eine wichtige Einnahmebasis entzogen würde. Das nenne ich Politik im bayerischen Interesse, meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Den Vogel abgeschossen hat die SPD aber mit einem, mittlerweile zurückgezogenen Dringlichkeitsantrag, in dem der Bayerische Landtag aufgefordert wurde, das Kfz-Steuerrecht zu ändern und Entlastungsstatbestände zu verlängern. Hätten die verehrten Kolleginnen und Kollegen der SPD vorher die Verfassung und das Grundgesetz gelesen, wäre ihnen wohl der Unterschied zwischen Gesetzgebungskompetenz einerseits und Verteilung des Steueraufkommens andererseits geläufig gewesen. Die Kfz-Steuer ist bundesgesetzlich geregelt. Bayern könnte auch im Alleingang nichts ändern. Der Dringlichkeitsantrag war, ist und bleibt eine Lachnummer für Bayern.

(Beifall bei der CSU – Hofmann (CSU): Eine Lachnummer der bayerischen SPD, dieser Unterschied muss schon sein!)

Ein Land kann viel bewegen, wenn es auf Innovation und technologischen Fortschritt setzt. Darum bemühen wir uns in Bayern mit dem vorgelegten Doppelhaushalt nachhaltig. Schon in den vergangenen Jahren haben wir eine aktive Privatisierungspolitik betrieben. Die erlösten Mittel werden nicht in den Konsum, sondern gezielt in die Zukunft Bayerns investiert. Mit dem Programm „Offensive Zukunft Bayern“ investieren wir insgesamt 8,3 Milliarden DM in ein modernes, technologisch führendes und kulturell vielfältiges Land.

Mit der Hightech-Offensive wollen wir Bayern an die Spitze des gesellschaftlichen und technischen Fortschritts führen und auch halten. Deshalb ist das Bildungssystem ein zentraler Faktor für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Ich weiß, dieses ist ein für Sie langsam unangenehmes Thema angesichts der vernichtenden Niederlage beim Volksbegehren.

Bildungspolitik ist nach wie vor Zukunftsvorsorge. Bildungspolitik ist aber auch ein Stück vorausschauende Sozialpolitik, weil sie heute über die Lebenschance von morgen, über Wissen und Können und damit auch über Erfolg und soziale Sicherheit entscheidet. Herr Staatsminister Prof. Dr. Fallthausen hat die einzelnen Zahlen genannt, daher brauche ich sie nicht zu wiederholen. Trotzdem möchte ich einige Dinge hervorheben, insbesondere das Aktionsprogramm „Förderschulen“, mit dem wir durch Bereitstellung von zusätzlich 25 Millionen DM die Situation an Förderschulen deutlich verbessern werden. Für den privaten Schulhausbau veranschlagen wir in den nächsten beiden Jahren 35 Millionen DM zusätzlich, damit kommen wir auf einen Mittelansatz von insgesamt 110 Millionen DM im Jahr 2001 bzw. 120 Millionen DM im Jahr 2002. Die Reform der Hauptschule und die Einführung der 6-stufigen Realschule werden wir bereits im Schuljahr 2002/2003 abschließen. Möglich wird dies durch die Neuorientierung der Verwendung der e.on-Dividendenerträge, was uns den notwendigen Finanzierungsspielraum verschafft.

Bayern investiert seit Jahren kräftig in Kunst und Kultur, während andernorts häufig der Rotstift regiert. Im regulären Haushalt sind für Museen, Bildende Kunst, Bibliotheken, Denkmalpflege etc. rund 800 Millionen DM jährlich vorgesehen. Hinzu kommen weitere 800 Millionen DM für die Kultur Bayerns aus der Offensive „Zukunft Bayern“.

Infolge der Veräußerung der Molkerei Weihenstephan fließen dem Freistaat Bayern Privatisierungserlöse von rund 16 Millionen DM zu. Die CSU-Fraktion hat am 24. Mai einen Grundsatzbeschluss zur Verwendung der Erlöse gefasst, wonach sie gezielt im ländlichen Raum ganz Bayerns zum Einsatz kommen sollen. Rund ein Drittel der Erlöse soll mit Blick auf die Herkunft der Mittel der Landwirtschaft zufließen. Mit rund zwei Dritteln der Erlöse sollen Investitionen in die staatlichen Schlösser und Burgen zur Bewahrung unserer einzigartigen Kulturdenkmäler getätigt werden. Es ist wichtig, dieses kulturelle Erbe zu bewahren und dem Bürger nahe zu bringen. Trotz gewaltiger finanzieller Aufwendungen in den letzten Jahren stehen nach wie vor viele dringende Baumaßnahmen bei den Objekten der Schlösserverwaltung an. Die Staatsregierung hat ein Schlösserbauprogramm vorgelegt, das in allen Regierungsbezirken vordringliche Maßnahmen bei Objekten der Schlösserverwaltung vorsieht. Ich begrüße dieses Programm, weil es regional ausgewogen ist und einen investiven Charakter hat, so dass wir vor allem auch die heimische Bauwirtschaft unterstützen und Arbeitsplätze sichern können.

Geschätzte Frau Kollegin Kellner, wir sind uns darin einig, dass die Sanierung der bayerischen Universitätskliniken in den nächsten Jahren vorangetrieben werden müsse.

(Frau Abgeordnete Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da möchte ich endlich etwas sehen! – Weitere Zurufe der Frau Abgeordneten Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich kann allerdings nicht verstehen, warum Sie dagegen sind, gut 40 Millionen DM für unsere Schlösser und Bur-

gen in Bayern einzusetzen. Ich meine, dass wir gerade im Zeitalter der Globalisierung besonders auf den Erhalt unseres kulturellen Reichtums achten müssen, der unsere Heimat so liebenswert und schön macht. Ich frage Sie wirklich: Wollen Sie allen Ernstes die Universitätskliniken in Bayern mit einem Volumen von 40 Millionen DM sanieren?

(Zuruf der Frau Abgeordneten Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich sage Ihnen, was die CSU-Fraktion und die bayerische Staatsregierung für die Uni-Kliniken tun werden. Die Mittel für den staatlichen Hochbau im Wissenschaftsbereich werden im Haushalt 2001/2002 von 577 Millionen DM auf 610 bzw. 600 Millionen DM angehoben. Binnen fünf Jahren werden damit die Mittel um sage und schreibe fünfzig Prozent erhöht. Innerhalb dieses gewaltigen Mitteleinsatzes erfolgt eine Prioritätensetzung zugunsten der dringend erforderlichen Kliniksaniierung; denn für die Jahre 2001 und 2002 sind insgesamt 450 Millionen DM eingeplant. Frau Kollegin Kellner, ich glaube, diesen Weg können wir gemeinsam gehen.

Mit diesem Doppelhaushalt wird die CSU-Fraktion auch ihre soziale Kompetenz erneut unterstreichen. Neben deutlichen Mittelaufstockungen in Höhe von 50 Millionen DM für familienpolitische Leistungen sowie zusätzliche 37 Millionen DM für freiwillige Leistungen im Sozialbereich wollen wir für die kommenden drei Jahre ein Sonderprogramm zur Behindertenbetreuung in der Größenordnung von rund 70 Millionen DM auflegen und damit auch ein Signal für den geänderten Bedarf der Heime setzen.

Ein Thema, das Frau Kellner immer sehr bewegt: Im Gegensatz zum Bund steht Bayern zu seiner Verantwortung für notwendige Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen. Für die Staatsstraßen ist jeweils eine Aufstockung der regulären Haushaltsansätze um 23,8 Millionen DM für 2001 bzw. 26,7 Millionen DM für 2002 eingeplant. Einschließlich der Mittel aus der Hightech-Offensive sind damit für diesen Bereich insgesamt über 1,4 Milliarden DM in diesem Doppelhaushalt veranschlagt. Dies ist für das flache Land und für die Verkehrsinfrastruktur eine großartige Leistung.

(Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist im Straßenbau Hightech?)

Damit belegt Bayern eindrucksvoll, dass es seine Investitionspotenziale ausschöpft und der Straßenbau eine besondere Priorität genießt.

(Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche Innovation?)

Ich weiß, dass Ihnen dies nicht gefällt: Für den kommunalen Finanzausgleich ist für das nächste Jahr erneut eine im Verhältnis zum Gesamthaushalt deutlich überproportionale Zuwachsrate vorgesehen. Finanzminister Prof. Dr. Fallthäuser hat darauf hingewiesen. Ich möchte auf zwei besonders bemerkenswerte Dinge hinweisen: erstens auf die Erhöhung der Hochbaumittel um 33,2 Millionen DM oder 8,5 % auf rund 426 Millionen DM,

zweitens auf die Erhöhung der Investitionspauschale, die an die Gemeinden und Kommunen geht, um 25,3% auf 247,6 Millionen DM. Ich behaupte deshalb und bleibe dabei: Bayern ist und bleibt ein sehr verlässlicher Partner für seine Kommunen, und die Leistungen des Freistaates werden auch künftig unter den Ländern eine Spitzenstellung einnehmen. Wir liegen in Bayern bei weit über 800 DM pro Einwohner, der Bundesdurchschnitt liegt bei ungefähr 734 DM. Dies ist ein typisches Beispiel für die Schwerpunkte unserer Haushalts- und Finanzpolitik.

Mit dem Doppelhaushalt 2001/2002 werden wir unsere finanzpolitische Vorreiterposition weiter ausbauen; leider müssen wir dies immer nur mehrheitlich machen, weil die anderen aus politischen Gründen nicht wollen oder dürfen. Die Schwerpunkte, allen voran die Bildungsinvestitionen, sind richtig gesetzt. Gleichwohl ist klar – dies gilt auch für die Beratungen –, dass wir den Entwurf heute nicht im Einzelnen absegnen wollen oder können. Die CSU-Fraktion wird allerdings die nächsten Wochen nutzen, den Haushaltsentwurf intensiv zu beraten und im Rahmen der finanzpolitischen Möglichkeiten durch Umschichtungen den einen oder anderen Ansatz neu zu gestalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, lassen Sie mich abschließend mit Blick auf unsere gemeinsame Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes bitten, sich sachlich und fair an den Haushaltsberatungen zu beteiligen. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Der CSU verbleibt ebenfalls eine Redezeit von neunzehn Minuten. Das Wort hat nun Frau Kollegin Kellner. Bitte.

**Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Offensichtlich ist es Ihnen, Herr Finanzminister, und der CSU-Fraktion ein Bedürfnis, die heutige Debatte zum bayerischen Doppelhaushalt zu einer Abrechnung mit der Bundesregierung zu missbrauchen.

(Beifall beim (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zuruf von der CSU)

– Angefangen hat Herr Finanzminister Prof. Dr. Fallthäuser. Es war zu erwarten, dass Sie auch den bayerischen Landtag von Ihrer unsäglichen Kampagne gegen die Ökosteuern nicht verschonen. Ich wiederhole gerne, worum es bei der ökologischen Steuerreform geht.

(Kaul (CSU): Sie missbrauchen das Wort „Öko“!)

– Herr Kaul, melden Sie sich doch zu Wort, denn Ihre Fraktion hat noch neunzehn Minuten Redezeit.

Ich weiß, Herr Kaul, dass ich, wenn ich heute für die ökologische Steuerreform spreche, auch für Teile Ihrer Partei spreche,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kaul (CSU): Weil Sie dieses Wort missbrauchen, Frau Kellner!)

nämlich, Herr Kollege Kaul,

(Kaul (CSU): Das Wort „Öko“ hatte einmal einen guten Klang!)

– bevor Sie es in den Mund nahmen –

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kaul (CSU): Nein, bevor Sie es missbraucht haben!)

ich spreche für diejenigen aus Ihrer Partei, die 1996 auch hier einen Antrag für die Einführung einer ökologischen Steuerreform eingebracht haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Herrmann (CSU): Das hat mit dem, was Sie machen, überhaupt nichts zu tun!)

– Lesen Sie es doch nach, Herr Herrmann.

Kolleginnen und Kollegen, es geht um den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Es geht um die Verminderung der Umweltbelastungen. Es geht um die Schaffung von Arbeitsplätzen – das Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsinstitut spricht von durchschnittlich hunderttausend neuen Jobs in den Jahren 2000 bis 2005 –, und es geht um die Modernisierung der Wirtschaft.

Da kommen Sie daher und betreiben aus reinem parteipolitischen Kalkül eine populistische Kampagne, die an Verantwortungslosigkeit nicht zu überbieten ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Hoderlein (SPD))

Schamlos nutzen Sie die gegenwärtigen Preisentwicklungen auf dem Weltmarkt, um gegen die rot-grüne Bundesregierung zu polemisieren. Da geht er, der Herr Kaul, wenn es zur Sache geht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kaul (CSU): Ich bin gleich wieder da!)

Fakt ist, Herr Kaul: Die Rohölvorräte gehen in absehbarer Zeit zu Ende. Fakt ist, dass die Nachfrage nach Rohöl hoch ist. Fakt ist: Der Dollarkurs ist hoch, und Fakt ist, dass Transportgewerbe und Landwirtschaft unter einer Wettbewerbsverzerrung leiden.

Auf all diese Probleme fällt Ihnen von der CSU nur eines ein: Die Ökosteuer muss weg, und dann wird alles gut.

(Demonstrativer Beifall bei der CSU – Kaul (CSU): Weil Sie genügend einnehmen, wie wir gehört haben!)

Welch ein Armutszeugnis für eine Partei, die so gerne Regierungspartei im Bund wäre.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage Sie: Was sagen Sie denn den Sozialhilfe-, Wohngeld- und Bafögempfangern, die heute über eine Mark pro Liter Heizöl zahlen müssen? Die Ökosteuer muss weg – ja und? Dann kostet der Liter Heizöl statt 1,10 DM 1,05 DM, falls die Mineralölkonzerne überhaupt so gnädig sind, den Steuernachlass weiterzugeben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unsere Antwort dagegen ist ein zielgenauer Heizkostenzuschuss von 5 DM pro Quadratmeter für die sozialschwachen Personengruppen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ach (CSU): Betrug ist das! – Kaul (CSU): Ein Bafögempfänger muss mit jedem Pfennig rechnen, Frau Kollegin!)

Ich frage Sie, wie Sie hier sitzen: Wie erklären Sie heute den Pendlern, dass Sie noch vor einigen Wochen die Entfernungspauschalen auf 50 Pfennig senken wollten und zusätzlich den Arbeitnehmerpauschbetrag von 2000 DM auf 1500 DM absenken wollten?

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es doch! – Zuruf des Abgeordneten Meyer (CSU))

Heute kommen Sie daher und entdecken – Welch eine Neuigkeit – den armen Pendler in Niederbayern.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Finanzminister Fallthäuser, wenn Sie eine Ahnung davon hätten, wie es im Lande außerhalb Münchens zugeht, dann wüssten Sie, dass BMW zum Beispiel einen Werkarbeiterbusverkehr hat

(Ach (CSU): Aber nicht für alle!)

und dass diese Arbeiter, soweit sie zur Arbeit fahren, daher von der Mineralölsteuererhöhung nicht betroffen sind.

Noch eines sage ich Ihnen, Kollege Meyer: Ich finde es nicht mehr hinnehmbar, dass die Pendlerinnen und Pendler in Niederbayern bei Eis und Schnee, bei unzumutbaren Straßenverhältnissen ins Auto gezwungen werden,

(Ach (CSU): Ausbauen!)

weil Sie ihnen keine Flächenbahn mehr zugestehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Meyer (CSU))

Das ist die eigentliche Benachteiligung des Pendlers in Niederbayern,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

nur damit Sie wissen, was Sache ist.

(Unruhe bei der CSU)

– Da werden Sie unruhig, das ist klar. Denn jetzt geht es zur Sache.

(Meyer (CSU): Und was ist mit der Anbindung zum Flughafen?)

– Herr Meyer, zum Flughafen kommen wir noch. Beruhigen Sie sich.

Statt sich auf eine Zukunft mit zur Neige gehenden fossilen Energieträgern vorzubereiten, führen Sie die Debatten der Vergangenheit.

(Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ist es!)

Wir GRÜNEN denken an die Zukunft

(Kaul (CSU): Ach du liebe Zeit!)

und schaffen Rahmenbedingungen für eine umweltfreundliche Verkehrs- und Energiepolitik.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Kaul (CSU): Mir tut die nächste Generation jetzt schon leid, Frau Kollegin!)

– Herr Kaul, Sie Pseudo-Ökologe. Verantwortungsbewusste Politiker aus Ihren Reihen, wie Klaus Töpfer und auch Kollege Göppel hier im Haus – –

(Kaul (CSU): Die halten von Ihnen gar nichts!)

– das müssen gerade Sie sagen,

(Kaul (CSU): Das weiß ich sehr genau!)

– fragen Sie doch einmal, was von Ihnen gehalten wird – verantwortungsbewusste Leute an der Basis, wie zum Beispiel der Allgäuer Landwirt Ignaz Einsiedler, zeigen Ihrer Schmutzkampagne die rote Karte.

(Ach (CSU): Aha, Pressespiegel gelesen!)

– Ja, genau, und daraus zitiere ich, weil es Ihnen nicht passt, was Ihre eigene Parteimitglieder von Ihnen halten.

(Ach (CSU): Wir vertragen Kritik! Beim Hartenstein haben Sie sie nicht vertragen!)

Da sagt der Waldbauer aus dem Allgäu, Mitglied Ihrer Partei:

Als Christsozialer beteilige ich mich nicht an der Schmutzkampagne gegen die Ökosteuer.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Seele kocht bei so viel Verantwortungslosigkeit konservativer Politiker, voran Stoiber und Goppel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ein Bürger schrieb mir per E-Mail:

Ich bin kein GRÜN-Wähler, eher konservativ orientiert. Dennoch möchte ich Sie unterstützen gegen den unerträglichen Populismus von CDU und CSU, insbesondere von Herrn Stoiber.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ach (CSU): Das war eine bestellte E-Mail!)

Das sollten Sie sich einmal zu Gemüte führen.

(Zuruf des Abgeordneten Sackmann (CSU))

Aber auch Wirtschaftsforschungsinstitute, Herr Sackmann, sogar das Ifo-Institut und Bankenvertreter sprechen sich für ein Festhalten an der Ökosteuer aus.

Mit dieser unsäglichen Kampagne haben Sie gefährliches Terrain betreten. Sie wissen doch um das Misstrauen amerikanischer und asiatischer Anleger gegenüber dem Euro. Diese Anleger haben Angst vor einer unberechenbaren Politik. Wenn sich die europäischen Regierungen von Demonstranten quasi über Nacht zu einer Änderung ihrer Steuerpolitik bewegen lassen, dann wird dadurch das Vertrauen in den Euro weiter geschwächt mit der Konsequenz, dass das Rohöl noch teurer wird.

(Hoderlein (SPD): Völlig richtig!)

Diese ganzen Schwierigkeiten, die dadurch für den Euro als Währung entstehen, nehmen Sie billigend in Kauf, und das ist das Verwerfliche an Ihrer Kampagne.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Sackmann (CSU))

– Herr Sackmann, da schütteln Sie den Kopf. Reden Sie doch mal mit den Ökonomen, unter anderem mit dem Chefökonom der Deutschen Bank, Herrn Walter, der sagt, Ihre Partei sollte sich besser einmal zu Exerziten ins Kloster zurückziehen, statt solche Parolen zu verbreiten.

(Klinger (CSU): Der Walter versteht doch nichts!)

– Aber Sie. Bewerben Sie sich doch einmal bei der Deutschen Bank und versuchen Sie mit Ihren überragenden Kenntnissen den Walter abzulösen. Das muss ich schon einmal sagen.

Gehen wir zur Europapolitik. Statt einen Steuersenkungswettbewerb innerhalb der EU anzuzetteln, sollten Sie sich lieber für eine Harmonisierung der Steuern und Abgaben auf EU-Ebene einsetzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit würde Landwirten und Spediteuren tatsächlich geholfen, aber das ist ja gar nicht in Ihrem Sinne.

Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich kann Ihnen nur sagen: Verantwortung statt Vollgas ist hier gefragt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn sich der Finanzminister heute als großer Führer der Opposition gegen Rot-Grün aufspielt, ich aber der Zeitung entnehmen kann, dass er in seinem blinden Eifer, an der Bundesregierung kein gutes Haar zu lassen, vergessen hat, der Bundesratsinitiative von Hessen und Baden-Württemberg gegen die Ökosteuer beizutreten, wird mir klar, in welchem Zustand Sie sich befinden, meine Damen und Herren von der Staatsregierung.

Nun zu den Erlösen aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen. Meine Damen und Herren von der CSU, Sie sind geradezu beleidigt, weil die Bundesregierung sie nicht gefragt hat, wie sie die Einnahmen aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen verwenden soll. Sie können es nicht lassen, sogar mit Klage zu drohen. Offensichtlich sehen Sie sich zur Zeit nach Niederlagen.

(Dr. Bernhard (CSU): Wir waren immer sehr erfolgreich!)

– Ja? Herr Kollege Bernhard, bei welcher Klage vor dem Bundesverfassungsgericht waren Sie denn in letzter Zeit so erfolgreich?

(Dr. Bernhard (CSU): Beim Finanzausgleich! Da waren wir sehr erfolgreich!)

– Na, na. Fakt ist: Bei der Gelegenheit wurde Ihnen vom Gericht endlich gesagt, dass dem Saarland eine Sonderzuweisung zustehe. War es nicht so? Das haben Sie wahrscheinlich mit Ihrer Klage beabsichtigt.

(Beifall und Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Fakt ist: Aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen erzielt die Bundesregierung eine einmalige Einnahme. Artikel 106 des Grundgesetzes können Sie daher für Ihre angekündigte Klage nicht bemühen, meine Damen und Herren von der CSU. Herr Kollege Dr. Bernhard, der Bund ist übrigens von etwaigen Steuerausfällen genauso betroffen wie die Länder.

(Dr. Bernhard (CSU): Aber er kassiert vorher!)

– Herr Kollege Dr. Bernhard, ich weise Sie jetzt einmal darauf hin, wie in den letzten Jahren in Bayern große Fusionen abgewickelt wurden. Steuerneutralität war immer das oberste Ziel der Staatsregierung. Ob nun beim Bayernwerk, bei der Viag oder der Hypo-BV. Immer wurde darauf geachtet, dass bloß keine Steuern gezahlt werden müssen. Auch davon hätte der Bund einen Teil bekommen können. Wenn Sie sich daran erinnern, was im Untersuchungsausschuss zum Aktientausch von Dasa und LWS gesagt wurde, dann wissen Sie: Das oberste Ziel bestand darin, das Geschäft steuerneutral abzuwickeln.

(Dr. Bernhard (CSU): Hätten sie es anders gemacht?)

– Die Frage stellt sich mir nicht.

(Lachen bei der CSU)

Herr Kollege Dr. Bernhard, im Ernst: Sie wissen, dass sowohl die SPD, vertreten durch Herrn Kollegen Dr. Kaiser, als auch wir immer dafür gesorgt haben, dass die Steuerfrage intensiv diskutiert wird und in den zuletzt zu fassenden Beschluss einfließt. Wir hatten diesbezüglich immer eine andere Position als Sie. Das merke ich an, um zu einer redlichen Diskussion beizutragen. – Die Landtagsfraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN unterstützt ausdrücklich die Bundesregierung bei ihren Bemühungen um Haushaltskonsolidierung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind froh, dass die Zeit der Waigelschen Steuerlöcher vorbei ist.

(Zuruf des Abgeordneten Haedke (CSU))

– Herr Kollege Haedke, Sie waren nicht dabei, als Herr Finanzminister Huber bleich und bleicher zum Haushaltsausschuss schlich und nicht mehr wusste, wie er die Steuerlöcher stopfen sollte.

(Widerspruch des Abgeordneten Meyer (CSU))

– Herr Meyer, genauso war es und nicht anders.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn der Bund einen größeren finanziellen Gestaltungsspielraum hat, kommt dies auch Ländern und Kommunen zugute. Meine Damen und Herren von der CSU, wenn Sie sich einmal ansähen, wofür die Bundesregierung die Erlöse aus dem Verkauf der UMTS-Lizenzen verwendet, müssten Sie eigentlich Beifall klatschen. Längst überfällig ist die Sanierung der Infrastruktur der Bahn. Langsamfahrstellen und von Stilllegung bedrohte Trassen gibt es auch in Bayern zur Genüge. Jetzt fordere ich Sie auf: Tun Sie etwas für Bayern. Erstellen Sie gemeinsam mit uns eine Prioritätenliste von zu sanierenden Bahnstrecken in Bayern, damit notwendige Verbesserungen schnellstmöglich eintreten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dem Zusammenhang denke ich an die Staudenbahn und an die Rottalbahn; doch gibt es noch viele andere Strecken. Verständigen wir uns auf zu fördernde Projekte an Forschungseinrichtungen und an Hochschulen. Andere Bundesländer beschwerten sich jetzt schon bei der Bundesregierung, weil sie befürchten, überproportional hohe Beträge aus dem Forschungs- und dem Hochschuletat würden nach Bayern und nach Baden-Württemberg fließen. Hier gibt es nämlich viele Forschungseinrichtungen. Noch etwas, meine Damen und Herren von der CSU: Entwickeln Sie gemeinsam mit uns ein attraktives Förderprogramm für ökologisch sinnvolle Modernisierungsmaßnahmen im Wohnungsbau. Das wäre die adäquate Antwort auf gestiegene Heizölpreise. Am billigsten ist das Heizöl, das man nicht mehr braucht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die Bundesregierung vorgelegt hat, ist wirklich ein Zukunftsinvestitionsprogramm. Schulden werden getilgt werden. Mit den Mitteln, die ansonsten für Zinsen hätten ausgegeben werden müssen, werden zukunftsweisende Maßnahmen in die Wege geleitet werden. Möglicherweise fällt dann auch die November-Steuerschätzung gut aus. Auch das muss an dieser Stelle einmal gesagt werden: Seit Rot-Grün an der Regierung ist, haben wir wieder Steuerzuwächse, während wir vorher Einnahmefälle in dreistelliger Millionenhöhe zu verkraften hatten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Prof. Dr. Falthäuser, wenn es Mehreinnahmen gibt, sollten Sie sich mit dem Bund und Ihren Länderkollegen darüber verständigen, diese Mittel für den Fonds Deutsche Einheit einzusetzen. Hören Sie gut zu: Ich sagte „verständigen“, nicht „klagen“. Noch eines sollten Sie sich hinter die Ohren schreiben: Teamfähigkeit ist heutzutage eine wichtige Schlüsselqualifikation.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Herr Prof. Dr. Falthäuser, Sie haben vorhin das Unterhaltsvorschussgesetz erwähnt. Sie haben das Pech, dass ich dem Haushaltsausschuss länger angehöre, als Sie Finanzminister sind.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So weiß ich genau, dass Ihr Vorgänger ähnliche Absichten hatte wie jetzt die Bundesregierung. Weil die Quote der Rückflüsse aus den Kommunen damals bei nur 15% lag, wollte er die Kommunen an den Verpflichtungen aus dem Unterhaltsvorschussgesetz beteiligen. Die CSU-Fraktion hat ihren einschlägigen Gesetzentwurf dann aber wegen des massiven Widerstands dagegen zurückgezogen. Letztlich hat man sich mit den Kommunen darauf geeinigt, dass sich diese bemühen, die Rückflussquote auf 25% zu steigern. Herr Staatsminister, vor dem Hintergrund wäre ich an Ihrer Stelle vorsichtig damit, andere zu attackieren, die vielleicht nur das tun, was Sie selbst beabsichtigten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Kfz-Steuer, die heute schon eine Rolle gespielt hat. Es ist ganz klar: Die Kfz-Steuer ist eine Ländersteuer. Die hieraus zu erzielenden 2,5 Milliarden DM kann man sich nicht einfach nehmen lassen. Doch wissen wir auch: Die Erhebung der Kfz-Steuer ist mit einem sehr hohen Aufwand verbunden. Mit der Bearbeitung der Kfz-Steuer sind in Bayern zirka 250 Finanzbeamte betraut. Diese Zahl wurde mir jedenfalls auf Anfrage vom Finanzministerium mitgeteilt. Angesichts des hohen Aufwands muss es erlaubt sein, zu fragen: Wäre es nicht möglich, diese Steuer abzuschaffen und beispielsweise auf die Mineralölsteuer umzulegen? Dann müsste über den Anteil der Länder an dem Aufkommen aus der Mineralölsteuer gesprochen werden.

Ich sage Ihnen auch, Herr Staatsminister: Was ich eben dargestellt habe, ist eine Überlegung zur Steuervereinfachung.

Wir treten dieser Überlegung momentan nicht näher, weil wir nichts davon halten, ständig etwas am Steuersystem zu verändern. Verlässlichkeit und Kalkulierbarkeit müssen in die Steuerpolitik einkehren. Herr Staatsminister, Sie waren ja in Bonn Staatssekretär bei Bundesfinanzminister Dr. Theo Waigel. So wissen Sie: Was ich eben ausgeführt habe, wird auch unter Fachleuten diskutiert. Dann muss es doch möglich sein, hier in der gebotenen Sachlichkeit darüber zu sprechen.

Nun zur Steuerreform 2000. Hier hat die Bundesregierung in der Tat eine große Leistung vollbracht. Sie hat dafür gesorgt, dass nach Jahren des Stillstands eine Steuerreform verabschiedet wurde, die zu einer Entlastung der Steuerzahler in Höhe von insgesamt 62 Milliarden DM führt, wovon 33 Milliarden DM auf private Haushalte, 23 Milliarden DM und 6 Milliarden DM auf Kapitalgesellschaften entfallen. Es ist gelungen, gerade die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen und vor allem Familien mit Kindern zu entlasten.

Entgegen Ihrer anderslautenden Propaganda wird auch der Mittelstand nicht zuletzt wegen der vorgezogenen Einkommensteuerreform kräftig entlastet.

Am 14. Juli haben Sie im Bundesrat Ihr Waterloo erlebt, weil Sie aus reinem machtpolitischen Kalkül die Steuerreform verhindern wollten. Herr Falthäuser, Sie mussten dabei feststellen, dass wir Ihnen nicht nur in der Steuerpolitik, sondern auch im Blockieren überlegen sind. Sie haben heute darüber gejammert, dass wir damals blockiert haben. Sie haben es nur versucht und sind gescheitert, noch nicht einmal das bringen Sie fertig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unter diesem Scheitern leiden Sie doch heute noch. Kein Mensch hat verstanden, warum auf einmal das Anrechnungsverfahren die heilige Kuh des Steuersystems in Deutschland sein sollte. Gutmütig wie wir sind, haben wir Grüne Ihnen noch einen Kompromissvorschlag mit auf den Weg in den Bundesrat gegeben. Sie haben nicht auf uns gehört, weil Sie bockig waren. Deshalb sind Sie mit Ihrem Konzept mit Pauken und Trompeten untergegangen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Und dann waren Sie auch noch beleidigt. Alle waren schuld. Dabei haben die anderen Ministerpräsidenten eben im Interesse ihrer Länder gehandelt, was eigentlich von einem Ministerpräsidenten auch erwartet werden muss. Sie hingegen wollten großspurig Macht demonstrieren und sind tief gefallen. Gespött haben Sie dabei auch noch Land auf, Land ab geerntet.

Herr Ach hat vorhin gerade erzählt, wie erfolgreich Sie bei dieser Steuerreform waren. Wenn Sie schon so erfolgreich waren, warum haben Sie dann ihren eigenen Erfolg abgelehnt? Irgend etwas kann doch hier nicht stimmen. Hier geht es ganz kräftig durcheinander.

Nun zum Haushalt ohne Neuverschuldung. Herr Staatsminister, sparsames und effizientes Wirtschaften ist für uns Grüne seit jeher eine Leitlinie. Wir wissen allerdings

auch, dass Sparen manchmal auch rechtzeitiges Investieren vor allem in personelle Ressourcen bedeutet. Ihr Vorschlag zur Änderung der bayerischen Haushaltsordnung – ursprünglich war sogar von einer Änderung der Bayerischen Verfassung die Rede – ist nach wie vor ein Publicity-Gag, denn alles, was zu regeln ist, ist jetzt schon sinnvoller Weise in der Bayerischen Verfassung geregelt. Noch dazu haben Sie sich mit Ihrem Änderungsvorschlag ein Hintertürchen offen gelassen, das sich sogar zum Scheunentor ausgeweitet hat.

Nach wie vor ist eine Kreditaufnahme möglich, wenn das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht gestört ist. Das ist ganz in Ordnung. Sie aber haben noch den Nachsatz „oder aus einem vergleichbar schwerwiegenden Grund“ angehängt. Über das Vorliegen eines solchen vergleichbar schwerwiegenden Grundes entscheidet dann die CSU-Fraktion mit ihrer Mehrheit, das heißt alles bleibt beim Alten.

(Widerspruch von Staatsminister Prof. Dr. Faltthausser)

– Herr Faltthausser, ich habe doch extra noch einmal alles angeschaut. Ich weiss, dass Sie jedes Wort von mir auf die Goldwaage legen. Deshalb habe ich zuvor alles exakt miteinander verglichen, damit sich keine Ungenauigkeit einschleicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Finanzminister, Sie sind heute so stolz auf die Rückführung der Nettoneuverschuldung. Sie sollten aber der Redlichkeit halber erwähnen, dass dazu auch die sehr kräftig fließenden Steuereinnahmen beigetragen haben. Hatten wir unter Theo Waigel noch große Steuerlöcher, so bekommen Sie heute unter Rot-Grün satte Steuerpfunde, mit denen Sie wuchern können.

Noch etwas muss ich Ihnen sagen: Ihr eigenes Steuerkonzept hätte Sie um ein Drittel mehr gekostet als die Steuerreform der Bundesregierung, und es hätte natürlich auch die Kommunen stärker belastet. Sie haben dankenswerter Weise dazu noch eine Pressekonferenz abgehalten und dabei ein mehrfarbiges Diagramm vorgestellt. Schicken Sie also einen Dankesbrief samt Blumenstrauß an Hans Eichel. Bei unserer Steuerreform sind Sie gut davongekommen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zur Systematik dieses Doppelhaushalts. Der Haushalt ist durch die verschiedenen Offensiven Zukunft Bayern vollkommen intransparent geworden. Wahrscheinlich soll diese Intransparenz auch gleich versinnbildlichen, wie die Mittel bewirtschaftet werden. Die Ressortminister sind zwar für die Mittelbewirtschaftung zuständig. Über allem aber schwebt die Staatskanzlei. Der Ministerpräsident reist als Goldmarie durchs Land, verspricht, was der Geldbeutel hergibt oder auch nicht, und die Ressortminister müssen für die Umsetzung der unmöglichsten Versprechungen sorgen. Wenn es nicht klappt, ist selbstverständlich nicht der Ministerpräsident, sondern der jeweils zuständige Ressortminister schuld. Deshalb gelingt es Ihnen auch nicht, die Projekte ins

Laufen zu bringen. Von Ihrer hochgelobten Hightech-Offensive mit 2,6 Milliarden DM sind bis zum Sommer dieses Jahres gerade einmal 40 Millionen DM abgerufen worden.

(Staatsminister Prof. Dr. Faltthausser: Das kann nicht sein!)

– Das kann schon sein. Herr Finanzminister, lassen Sie sich doch die Liste geben. Auch hier habe ich schon wieder einen Vorsprung vor Ihnen. Warum kümmern Sie sich denn nicht um Ihre Angelegenheiten?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie bekommen diese Unterlagen sicher auch von Ihrem Ministerium. Die Leute arbeiten gut. Ich habe die Unterlagen schon im Juli gehabt. Wenn im Haushaltsausschuss von der Unternehmensberatung Ploenzke der Zwischenbericht zu den Regionalprojekten gegeben wird, erwarte ich von Ihnen eine ehrliche Diskussion. Leider ist jetzt der Kollege Ach nicht mehr da. Bei den Regionalprojekten haben wir eine große Menge an Geld, mit dem wir die Mittel für die notwendigen Sanierungen an den Universitätskliniken aufstocken könnten.

Nun zu den Schwerpunkten der Grünen Landtagsfraktion. Auch wenn der jetzt abwesende Herr Ach heute das Motto meiner Haushaltsrede von 1991 „Verantwortung für die zukünftigen Generationen übernehmen“ im Munde geführt hat, so heißt dies noch lange nicht, dass die CSU jetzt eine zukunftsorientierte Politik betreibt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun ein Wort zum gleichfalls abwesenden Alois Glück. Es ist sehr schade, dass er nicht hier ist, denn ich hätte ihn gerne einmal auf eine Rundreise durch Bayern mitgenommen, damit er sieht, wie es im Lande tatsächlich aussieht.

(Zwischenruf des Abgeordneten Dinglreiter (CSU))

– Herr Dinglreiter, Sie können auch mitfahren. Ich bin großzügig. Schauen wir einmal, wohin uns der Zug überall bringt.

(Heiterkeit)

Herr Glück hat letzte Woche gesagt, der Schwerpunkt der Grünen „ökologisches und weltoffenes Bayern“ sei so aktuell wie der Wetterbericht von gestern. Ich sage ihm – er kann es dann ja nachlesen –, dass er offensichtlich nur die Werbebroschüren der Bayerischen Staatsregierung kennt. Er sollte sich mit mir oder dem Haushaltsausschuss einmal bei der Universitätsklinik Würzburg umsehen oder – wenn er aus Oberbayern nicht herauswill – wenigstens bei den Münchner Innenstadtkliniken. Er würde gar Schauerliches erleben.

(Sinner (CSU): Morgen ist er in Würzburg!)

– Herr Sinner, dann gehen Sie mit Ihrem Kollegen doch in die Altbauten der Uniklinik Würzburg, damit er sich einmal darüber kundig macht, wie es in Bayern jenseits

des Chiemsees aussieht. Kolleginnen und Kollegen, es ist eine Schande, dass es in den alten bayerischen Universitätskliniken noch Vier- und Sechs-Bettzimmer gibt. Die Toilette ist auf dem Gang einige hundert Meter von den Zimmern entfernt. Wissen Sie, was das für die vielen kranken, zum Teil schwerkranken Menschen und für das Pflegepersonal bedeutet? Dieser Missstand muss ein Ende haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Bayern braucht nicht das 101. Kompetenzzentrum für irgendetwas.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Frau Kollegin Kellner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Dr. Gröber?

**Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich möchte diesen Absatz noch zu Ende führen. Anschließend gerne. Bayern braucht nicht das 101. Kompetenzzentrum, sondern gut ausgestattete Kliniken. Herr Finanzminister, wenn von den 2,6 Milliarden DM für die Hightech-Offensive erst 40 Millionen DM ausgegeben sind, könnten Sie das restliche Geld verwenden, um etwas für die kranken Menschen in Bayern zu tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Dr. Gröber (CSU):** Frau Kollegin Kellner, ist Ihnen bekannt, dass das Gesundheitsreformgesetz von den GRÜNEN in Berlin durchgedrückt worden ist? Ist Ihnen bekannt, dass wir eine grüne Bundesgesundheitsministerin haben, die erklärt hat, dass wir zu viel Kliniken hätten und dass Betten abgebaut werden müssten? Ist Ihnen bekannt, dass diese Gesundheitsministerin für das Budget verantwortlich ist, das die gesamte Lohnstruktur in den Krankenhäusern derartig durcheinander bringt, dass wir Pflegedienste abbauen müssen? Sie sind dafür verantwortlich und schieben diese Verantwortung anderen zu. Wie stehen Sie dazu?

**Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Kollege Dr. Gröber, Sie verwechseln Äpfel mit Birnen. In der Tat gibt es Zuständigkeiten der Krankenkassen und des Bundesgesundheitsministeriums für die Erstattung von Pflegekosten etc. Für die Universitätsklinikbauten ist jedoch einzig und allein der Freistaat Bayern zuständig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Herr Kollege Dr. Gröber, eines dürfen Sie mir glauben: Diese Staatsregierung würde keinen Pfennig für etwas zahlen, für das die Bundesregierung verantwortlich ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte Sie weiter mitnehmen auf meiner Reise durch Bayern. Meine Damen und Herren von der CSU, statt ständig neue Projekte aus dem Boden zu stampfen und neue Wünsche aus der Region zu provozieren, sollten Sie sich darum kümmern, dass Bestehendes erhal-

ten wird. Hier beziehe ich mich wieder auf die Universitäten und insbesondere auf die TU. Die Gebäude, die dringend einer Asbest-Sanierung bedürfen, sind keine Werbung für den Hochschulstandort Bayern. Zum gelebten Alltag des Herrn Glück in Bayern möchte ich aus dem zweiten Energiebericht der staatlichen Hochbauverwaltung aus dem Jahre 1999 zitieren:

Eine Vielzahl dringend durchzuführender Energiesparmaßnahmen scheiterten bislang an fehlenden Haushaltsmitteln. Nur die konsequente Berücksichtigung der Energiesparmaßnahmen bei der Prioritätensetzung zur Haushaltsmittelverteilung wird langfristig zu einer dauerhaften energetischen Verbesserung des Gebäudebestandes führen.

Dies ist der Bericht Ihrer eigenen Hochbauverwaltung. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die ökologische Modernisierung steht erst am Anfang. Hier geht es um die Modernisierung des eigenen Gebäudebestandes, um die Unterstützung der Kommunen bei Gebäudesanierungen und um Anreize für Wohnungsbaugesellschaften und Hausbesitzer. Wir brauchen entsprechende alltags-taugliche Modelle für Neubauten im öffentlichen Bereich, im Gewerbebereich und im Privatbereich. Dazu müssen vorhandene Ressourcen gebündelt werden. Wir denken dabei an die Zusammenarbeit von Hochschulen, Handwerkerinnungen, Architekten, Unternehmen und Umweltverbänden. Energiesparendes Bauen, effizienter Energieeinsatz und die Nutzung erneuerbarer Energiequellen müssen die Antwort auf die gestiegenen Rohölpreise sein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Keine geeignete Antwort wäre die Abschaffung der Ökosteuer oder die Erhöhung der Mittel für den Staatsstraßenbau, der der CSU alljährlich als besonders gelungene Innovation einfällt. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN tritt für den Erhalt und den Ausbau der Flächenbahn ein. Die Bahn gehört genauso zur Infrastruktur wie die Straße und die Flugplätze, die in diesem Haushalt geradezu inflationär gefördert werden. Für den Ausbau von Regionallugplätzen wurden im Wirtschaftshaushalt je 3,25 Millionen DM sowie im Einzelplan 13 noch einmal 16 bzw. 15 Millionen DM veranschlagt. Wenn Sie schon etwas für Flughäfen tun wollen, sorgen Sie endlich dafür, dass eine vernünftige Schienenanbindung an den Münchner Flughafen erstellt wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Finanzminister, ich sehe Sie bereits, wie Sie mit mir gemeinsam einen Antrag formulieren.

(Meyer (CSU): Ihr wart doch gestern dagegen!)

– Herr Kollege Meyer, Sie sprechen immer von Dingen, die nicht mehr aktuell sind. Für die Marzlinger Spange spricht sich noch nicht einmal Ihr Wirtschaftsminister aus. Sie vertreten in dieser Frage eine Außenseiterposition.

(Meyer (CSU) meldet sich zu einer Zwischenfrage)

– Bitte warten Sie noch einen Moment. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der erste Eindruck von bayerischer Hightech für Geschäftsleute aus aller Welt ist eine ruckelnde und zuckelnde S-Bahn mit einer Geschwindigkeit wie zu Filsers Zeiten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sollten endlich eine Express-S-Bahn vom Flughafen nach München realisieren, statt ständig Transrapid-Träumen nachzuhängen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Finanzminister klatscht. Herr Finanzminister, es hat mich gefreut, dass Sie gestern gesagt haben, mit 50 Millionen DM könnte man einiges machen. Stellen Sie zusammen mit der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN einen entsprechenden Antrag. Wenn Sie sich das nicht trauen sollten, dürfen Sie auf alle Fälle namentlich zu diesem Antrag abstimmen. Wir nehmen Sie dann sozusagen als Sozium mit auf unseren Antrag.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Dr. Bernhard, ich werde Ihnen in dieser Frage einheizen. Dann müssen Sie Farbe bekennen. Herr Kollege Meyer, jetzt dürfen Sie Ihre Zwischenfrage zu der berühmten Marzlinger Spange stellen.

**Meyer (CSU):** Verehrte Kollegin Kellner, Sie haben sich bei der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses gegen die direkte Schienenanbindung aus Ostbayern zum Münchner Flughafen ausgesprochen. Ich frage Sie, ob Sie Ihre Meinung geändert haben. Warum setzen Sie weiterhin darauf, dass die Ostbayern zum Münchner Flughafen in erster Linie mit dem Auto zum Flughafen reisen sollen? Sie haben sich gestern eindeutig gegen die direkte Schienenanbindung ausgesprochen.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Bitte, Frau Kollegin Kellner.

**Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Kollege Meyer, dazu stehe ich. Ich habe mich eindeutig gegen die Marzlinger Spange ausgesprochen, weil diese Trasse aus ökologischen Gründen nicht vertretbar ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir dürfen nicht den letzten Rest des Erdinger Mooses für eine Bahntrasse opfern, die ein vergleichsweise geringes Passagieraufkommen hat.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Waschler (CSU))

– Herr Kollege Dr. Waschler, beschäftigen Sie sich einmal mit allen vorliegenden Trassenvorschlägen. Offenbar gibt es für Sie keine Alternativen mehr, wenn Sie einen Brief von einer IHK erhalten, die sich für die Marzlinger Spange ausspricht. Wir sind doch dafür da, über machbare Lösungen zu diskutieren. Wenn die Planungs-

region 13 die Marzlinger Spange fordert, müssen wir doch nicht auf diesen Plan aufspringen. Natürlich gibt es Verbesserungsmöglichkeiten. Ich spreche mich jedoch gegen die Marzlinger Spange aus. Über andere Trassen müssen wir in Ruhe reden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich komme nun zu einem anderen Schwerpunkt unseres Haushalts. Wir GRÜNEN treten für ein weltoffenes Bayern ein.

(Frau Schweder (CSU): Ah, geh!)

Als jemand, der in diesem Land geboren ist, sage ich: Wir Bayern sind weltoffen und keine Hinterwäldler, auch wenn Sie uns diesen Stempel aufdrücken wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist in hohem Maße ärgerlich und schädlich, wie Mitglieder dieser Staatsregierung und der CSU den Ruf unseres Landes schädigen, indem sie Parolen verbreiten, die anschließend um die Welt gehen. Ich nenne zum Beispiel die Unterscheidung der Ausländer in jene, die uns nützen und jene, die uns ausnützen. Das hat Herr Dr. Beckstein gesagt. Sogar Ihr eigener Generalsekretär, Herr Dr. Goppel, hat sich kürzlich in einem Interview der „Süddeutschen Zeitung“ vorsichtig von dieser Aussage distanziert.

Wir GRÜNE wollen das Signal aussenden, dass Ausländer bei uns willkommen sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Es ist schrecklich, wenn sich Menschen aus anderen Erdteilen überlegen müssen, ob sie ihre Kinder zu uns zum Studieren schicken können, ob sie noch eine Urlaubsreise zu uns wagen können oder ob sie überhaupt bei uns eine Arbeitsstelle antreten können.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Wilhelm (CSU) und Dingreiter (CSU))

Es sollte Sie, Herr Dr. Wilhelm und Herr Dingreiter, nachdenklich stimmen, dass bayerische Wissenschaftler das ausländerfeindliche Klima kritisieren und sich für eine gezielte Einwanderungspolitik aussprechen.

(Dingreiter (CSU): Wer denn?)

Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN will die interkulturelle Kompetenz stärken – angefangen bei den Kindergärten bis hin zu den Hochschulen. Wir sehen, dass gerade die Haupt- und Berufsschulen bei den Austauschprogrammen vernachlässigt werden. Ein besonderes Anliegen ist uns der Austausch mit den osteuropäischen Staaten. Es gibt viele Mosaiksteine, die dazu beitragen, dass Fremdenfeindlichkeit erst gar nicht entsteht. Wir wollen Kompetenzen bündeln, Projekte vernetzen, Kommunen und Initiativen einbinden. Immigranten haben über Jahrhunderte hinweg dazu beigetragen, dass Bayern so wurde, wie es heute ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Geschichte auszuarbeiten und in eine interessante Ausstellung umzusetzen, ist eine interessante und lohnenswerte Aufgabe. Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem Thema „Weltoffenes Bayern“ werden wir uns während der Haushaltsdebatten intensiv befassen, weil wir das als Querschnittsthema betrachten, das nicht mit einem oder zwei Anträgen zu erledigen ist. Das ist genauso wie der Umweltschutz eine Daueraufgabe.

Kolleginnen und Kollegen, die heutige Debatte hat uns gezeigt: Staatsregierung und CSU-Fraktion haben bis heute nicht verwunden, dass die CSU im Bund in der Opposition ist. Statt das Wahlergebnis zu akzeptieren – auch innerlich – und sich konstruktiv – die Betonung liegt auf „konstruktiv“ – zum Wohle Bayerns an der bundespolitischen Debatte zu beteiligen, beschränken Sie sich auf Nachtarocken und beleidigtes Nörgeln. Ich fordere Sie auf: Treten Sie in den Wettbewerb um die bessere Lösung ein, so wie wir es seit Jahren im Bayerischen Landtag tun.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kündige Ihnen heute schon an: Die grüne Fraktion wird bei den kommenden Haushaltsberatungen Ihrem „Weiter-so-Konzept“ ein Konzept für ein ökologisches und weltoffenes Bayern gegenüberstellen und dafür innerhalb und außerhalb des Parlaments Verbündete suchen

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und finden!)

– und finden. Die vielen Zuschriften zeigen, dass wir heute schon viele Verbündete gefunden haben.

In diesem Sinne freue ich mich durchaus auf die Haushaltsberatungen und die Auseinandersetzungen, die wir führen werden. Sie wissen, ich gehe keiner Auseinandersetzung aus dem Weg. Da ich von unseren Inhalten überzeugt bin, fällt mir das Kämpfen leicht.

(Lang anhaltender Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritter:** Das Wort hat Herr Kollege Dr. Bernhard. Bitte schön.

**Dr. Bernhard (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Kellner, wir müssen uns heute – auch wenn Ihnen das nicht gefällt – mit Ihrer Finanz- und Steuerpolitik auseinandersetzen, die Sie im Bund machen, weil Sie durch diese Politik, die Sie auch heute hier im Hause wieder vertreten haben, Bayern massiv benachteiligen. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Zum Thema UMTS: Wir haben gar nichts dagegen – Finanzminister Dr. Fallthäuser hat das bereits gesagt –, dass gespart wird. Das ist nicht das Problem. Das Pro-

blem ist, dass der Bund das Frequenzmonopol ausbeutet und versucht, auch die Gewinne zu monopolisieren, und uns die Lasten – die Steuerausfälle – hinschiebt. Reden Sie mit den Kommunen, die einen Geschäftssitz dieser Gesellschaften haben. Es sind nicht nur die 27 Milliarden DM, sondern auch die späteren Finanzierungskosten und die Gewerbesteuer. Sie zucken mit den Schultern, und die Bürgermeister sind schon in Berlin, weil sie verzweifelt sind. Wir sind gern bereit, die Steuerausfälle in Kauf zu nehmen, wenn wir die Hälfte der guten Sache bekommen. Dagegen wäre nichts zu sagen. So wie jetzt kann es nicht weitergehen. Deshalb haben wir den Dringlichkeitsantrag eingereicht. Wir sind der nachhaltigen Meinung, dass die Tilgung des Erblastenfonds die geeignete Konstruktion wäre. Wenn es sie nicht gäbe, müsste man sie erfinden. Sie wissen, dass der Vorschlag von einem SPD-Finanzminister stammt. Vielleicht wird es das etwas leichter machen, dass Sie dieser guten Sache zustimmen werden. Sie lamentieren über die angeblichen Finanznöte der Kommunen, obwohl die bayerischen Kommunen die besten Strukturdaten haben und obwohl wir sie auch in diesem Haushalt wieder überdurchschnittlich bedenken. Sie haben die Chance, den Kommunen zu helfen. Warum tun Sie es nicht? Das wäre das einfachste.

(Beifall bei der CSU)

Durch Ihre Weigerung werden Sie zu Hilfstruppen aus Bayern für Berlin. Sie buckeln vor dem Bundesfinanzminister, weil Sie nicht den Mut haben, die bayerischen Interessen zu vertreten.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Mehrlich (SPD))

Das gleiche Bild bietet sich bei der Kfz-Steuer. Der Vorschlag ist zynisch, wonach die Länder die Kfz-Steuer abschaffen sollen. Herr Strasser hat eine weitere Variante präsentiert, wonach wir die Privatisierungserlöse hierfür einsetzen sollen. Der Bund kassiert, die Länder sollen zahlen, und Sie verteidigen das. Das ist indiskutabel.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU)

Gleiches gilt für die Entfernungspauschale und die Heizkosten. Der Bund kassiert die Öko-Steuer, und die Länder und die Kommunen sollen das mittragen. Meine Damen und Herren, Sie sind keine Föderalisten, sondern Sie schädigen die Interessen Bayerns und der bayerischen Kommunen.

(Beifall bei der CSU)

Wie ist es beim Länderfinanzausgleich? Sie haben unsere Klage kritisiert. Anstatt dass Sie sich gefreut hätten, als wir erfolgreich waren, haben Sie Urteilsschelte betrieben. Das ist Ihre Art, bayerische Interessen zu vertreten. Was Sie sich im Zusammenhang mit der Steuerreform und der Abstimmung im Bundesrat darüber geleistet haben, ist noch viel schlimmer, meine Damen und Herren! Auch hier haben Sie und Ihre Freunde in Berlin völlig unakzeptable und aus unserer Sicht verfas-

sungswidrige Zusagen gemacht, um Stimmen zu kaufen.

(Zurufe von der CSU)

Ich nenne ein paar Zahlen, die uns bekannt geworden sind: Berlin bekommt 75 Millionen DM für innere Sicherheit, 25 Millionen DM zur Senkung des Berliner Anteils an den Sanierungskosten Museumsinsel, 20 Millionen DM für Kulturprojekte und die Übernahme sämtlicher Sanierungskosten für das Olympiastadion. Bayern bekommt keine Mark. So sieht Ihre Vertretung bayerischer Interessen in Berlin aus.

(Beifall bei der CSU)

Brandenburg bekommt 400 Millionen bis 500 Millionen DM für Infrastrukturprojekte. Bremen ist zugesichert worden, dass die „Einwohner-Veredelung“ erhalten wird und dass es weiterhin Lasten für den Hafen bekommt. Das ist Ihre Art, meine Damen und Herren, die Interessen Bayerns zu vertreten. Das ist traurig.

(Schindler (SPD): Bayern ist doch sowieso Spitzel!)

Eine kurze Bemerkung zur Ökosteuer, weil Kollege Dingreiter darauf eingehen wird. Ihnen macht zu schaffen, dass Sie keine Lenkungsabgabe, sondern ein „Abkassier-Modell“ geschaffen haben.

(Einzelner Beifall bei der CSU)

Der Transfer in die Rentenversicherung vor der Reform der Rentenversicherung war falsch. Herr Eichel hat das inzwischen eingesehen. Hätten Sie eine Lenkungsabgabe geschaffen, wäre es gar kein Problem, diese wegen der exorbitanten Höhe der Preise auszusetzen, denn jetzt lenkt der Markt.

Wir brauchen keine Ökosteuer. Die Ökosteuer ist schädlich, und Sie sollten sie umgehend abschaffen.

(Staatsminister Prof. Dr. Faltthauer (Finanzministerium): Messerscharf! – Beifall bei der CSU)

Nun zum Thema Steuerreform. Sie betreiben inzwischen eine unsoziale und mittelstandsfeindliche Politik, über die wir uns, ehrlich gesagt, inzwischen alle wundern. Wir werden deshalb der Steuerreform, wie Sie sie vorgesehen haben, im Bundesrat nicht zustimmen. Ich möchte ausdrücklich betonen, dass wir die Staatsregierung bei ihrem ablehnenden Votum im Bundesrat unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Sie schaffen steuerfreie Veräußerungsmöglichkeiten für große Kapitalgesellschaften, den Mittelstand aber stellen Sie in den Regen. So kann das nicht gehen, meine Damen und Herren von der SPD!

(Beifall bei der CSU)

Der Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft. Wir sind nicht dazu da, in erster Linie große Kapitalgesell-

schaften zu unterstützen, sondern unseren bayerischen und den deutschen Mittelstand.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Strasser – ich weiß nicht, ob er noch da ist, offenbar nicht. Entschuldigen Sie, Herr Kollege.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Herr Kollege Dr. Bernhard, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Kellner?

**Dr. Bernhard (CSU):** Nein, es tut mir leid. Ich habe nur neun Minuten und bitte deshalb um Verständnis.

Herr Kollege Strasser, was Sie hier zur Nettoneuverschuldung zum Besten gegeben haben, das war, wenn Sie die Finanzplanung mit unserer Steuerreform vergleichen, billig. Meine Damen und Herren, wir sind selbstverständlich für eine schnellere Steuerreform, und wir sind auch nach wie vor für eine Steuerreform mit einem größeren Volumen, weil wir glauben, dass eine solche Reform schnellere und stärkere Impulse für die Wirtschaft, die Arbeitsplätze und das Wachstum bringen wird. Darin stimmen wir mit zahlreichen Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft überein. Ich denke, diese Impulse wären notwendig, weil unsere Wirtschaft inzwischen schon wieder am Zenit angekommen ist. Wir bräuchten deshalb dringend Wachstumsimpulse. Deshalb wollen wir die Nettoneuverschuldung erhöhen. Diese Erhöhung wäre aber bewusst und überlegt, denn so könnten wir unser Strukturproblem schneller lösen und ein nachhaltigeres Wachstum erreichen, das sich auf Dauer selbst finanziert. Dass ein solches Vorgehen mehr Steuereinnahmen einbringt, das zeigen die Beispiele all jener Länder, in denen man tatkräftiger zu Werke gegangen ist.

Eine letzte Bemerkung zur Bildungspolitik. Wenn Sie uns vorwerfen, dass wir die Bildungspolitik erst jetzt entdeckt haben, dann bedauern Sie wohl nur, dass Sie die Notwendigkeiten der Bildungspolitik noch immer nicht erkannt haben.

(Frau Peters (SPD): Oh mei, oh mei!)

Wir haben anerkanntermaßen eines der besten Schulsysteme in Deutschland. Das zeigen alle Ergebnisse.

(Beifall bei der CSU – Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deshalb lernen die Kinder aus Büchern, die zwanzig Jahre alt sind!)

Sie dagegen halten noch immer an der Gesamtschule fest, obwohl alle wissenschaftlichen Untersuchungen bestätigen, dass die Gesamtschule kein leistungsfähiges Schulsystem ist.

(Ach (CSU): Das sagt selbst Herr Gabriel! – Zuruf der Abgeordneten Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie treten noch immer für die Orientierungsstufe ein, obwohl Ihre Genossen in anderen Bundesländern – hier

war der Zwischenruf des Kollegen Ach ganz richtig – inzwischen erkannt haben, dass Sie auf dem falschen Dampfer sind. Wir haben die Notwendigkeiten und den Anpassungsdruck, die durch die Internationalisierung der Wirtschaft entstanden sind und die zusätzlichen Anforderungen an die jungen Menschen erkannt. Deshalb haben wir eine Schulreform durchgeführt.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir haben deshalb 2,3 Milliarden DM in diese Schulreform investiert, Frau Kollegin. Das ist gut so. Es kann keine Rede davon sein, dass irgend jemand bei uns behauptet hätte, die R 6 könnte ohne zusätzliche Kosten installiert werden.

(Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Sie machen Finanzpolitik auf Kosten der Länder und auf Kosten der Kommunen. Sie machen eine unsoziale und mittelstandsfeindliche Abgaben- und Steuerpolitik. Sie sollten diesen Kurs in Berlin dringend ändern. Wir werden im Bundesrat nachhelfen, wo immer wir können.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Dr. Runge das Wort.

**Dr. Runge** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Falthäuser, Ihre Rede war sehr interessant.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Bernhard (CSU))

Ihre Rede war vor allem deshalb interessant, weil sie sehr ambivalent war. Sie, Herr Minister, haben sich dabei als gesplante Persönlichkeit präsentiert.

(Lachen bei der CSU)

Einmal, das ist die eine Seite, durchaus fachkundig, im Vortrag professoral. Als Beispiel nenne ich die Gründe, weshalb eine geringere Verschuldung notwendig ist. Und dann die andere Seite Polemik mit Verkürzungen und Verdrehungen, und Ihr Vortrag ist dann zum Teil auch fachlich und inhaltlich falsch.

(Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist eines Professors unwürdig!)

Nehmen wir als Beispiel den Steuerausfall in Folge der Versteigerung der UMTS-Erlöse. Sie haben allen Ernstes behauptet, die Länder und Gemeinden hätten über die Laufzeit Steuerausfälle in Höhe von 27 Milliarden DM. Damit behaupten Sie, Herr Minister, den etwa 100 Milliarden DM an Investitionen stehe keine einzige Mark an Erträgen gegenüber. Herr Prof. Dr. Falthäuser, das ist doch völliger Quatsch. Damit erklären Sie doch die deutschen Wirtschaftsbesse für vollkommen verblödet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die UMTS-Erlöse anbelangt, so jammern Sie, hier werde ein Stück Bayern verkauft und gleichzeitig gehe der Freistaat leer aus.

(Dr. Bernhard (CSU): Peanuts!)

Frau Kellner hat die Fusionen angesprochen. Sie hat dies aber nicht in der gebotenen Schärfe getan. Wir können uns noch an Ihre Verrenkungen erinnern, an die Konstruktionen, mit denen Sie versuchten, diese Fusionen steuerfrei zu gestalten.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Was die Auflösung von versteckten Gewinnen und von stillen Reserven anbelangt, so kann ich mich noch gut an die wunderschönen Tauschwertgutachten erinnern. Herr Dr. Bernhard hat in diesem Zusammenhang gefragt: Hätten Sie es denn anders gemacht? Wir hätten das anders gemacht, denn Ihr Vorgehen hat auch dem Fiskus in Bayern geschadet. Das hätten wir nicht so gemacht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zu einem anderen Beispiel, der Ausführung zur Ökosteuer. „Auch beim Heizöl wird kräftig abkassiert“, das war Ihr wörtlicher Beitrag. Wollen Sie den Bürgerinnen und Bürger wirklich weismachen, dass die vier oder fünf Pfennig Mehrkosten auf einen Liter Heizöl für den immensen Anstieg der Heizölpreise verantwortlich sind?

Ihre Agitation ist, wenn es um die Ökosteuer geht, scheinheilig. Sie ist scheinheilig vor dem Hintergrund der Steuererhöhungen während Ihrer Regierungszeit und vor dem Hintergrund der Aussagen und Forderungen führender Unionspolitiker. Sie ist aber auch scheinheilig im Hinblick auf die Reden, die Sie vor Ort immer wieder führen. Sie jammern dort, dass die Leute zu wenig Urlaub in Bayern machen, weil unter anderem die Flüge zu billig wären. Ich erinnere mich an die Diskussionen über die Bäder, die wir hier vor etwa zwei Jahren geführt haben. Damals war genau das ein Argument der CSU-Politiker. Sie jammern über Verdrängungen im Einzelhandel, über das Vordrängen von Discountern und anderen Großbetriebsformen im Einzelhandel, über die Verödung der Zentren und über die schlechten Chancen der Regionalvermarktung. Wesentliche Ursache all dieser Dinge waren und sind die niedrigen Energiepreise und auch die zu geringen einzelwirtschaftlichen Kosten im Verkehr. Auch dies zeigt Ihre Scheinheiligkeit.

Hier wäre doch die Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen im Transportgewerbe in Europa angesagt. Wir brauchen vergleichbare Mindeststandards und das Vorgehen gegen graue oder illegale Kabotage. Ein wichtiger Schritt wird die Einführung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe im Jahr 2003 sein. Das zeigt, Rot-Grün in Berlin tut etwas, was Sie über alle die Jahre versäumt haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun noch einmal zu den Fakten: 1960 und auch 1970 musste ein deutscher Arbeitnehmer für einen Liter Benzin erheblich länger arbeiten als heute. Sie tragen immer vor, in anderen Ländern würden von den Regierungen Steuersenkungen eingeleitet oder bestimmte Steuern ausgesetzt. Dabei verweisen Sie immer auf das Beispiel Frankreich. In Frankreich ist zurzeit der Benzinpreis aber höher als bei uns.

Ihre Kampagne ist nicht nur scheinheilig, sie ist auch im hohen Grad verantwortungslos. Wir haben immer gesagt, die Energie ist zu billig. Wir hätten uns auch höhere Sätze bei der Öko-Steuer gewünscht, und zwar deswegen, damit die Preise endlich auch die Knappheit von Energie anzeigen und endlich umgestiegen wird auf energiesparende Techniken und Verfahren. Davon würden vor allem kleinere und mittlere Unternehmen, Handwerksbetriebe wie beispielsweise Schreinereien, Zimmerer, Heizungsbauer usw. profitieren.

Jetzt gibt es schlagartig die Energiepreissteigerung mit entsprechenden Verwerfungen und Friktionen. Das ist im Wesentlichen Ihrer Schlafmützigkeit zuzuschreiben. Sie haben die notwendigen Schritte jahrelang versäumt, und wir stehen jetzt vor dem Malheur.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser, ein Eckpunkt Ihrer Rede ist folgendermaßen betitelt: „Der Freistaat als Silicon Valley Europas“. Frau Kellner hat schon ausgeführt, wie Sie überziehen in Ihrer Hightech-Manie, in Ihrer Sucht, überall in der Champions-League zu spielen. Zu Recht hat Frau Kellner Sie aufgefordert, auf den Boden der Tatsachen, zu den eigentlichen Problemen unseres Landes zurückzukehren.

Im Zusammenhang mit dem Stichwort „Bayern als Silicon-Valley“ komme ich kurz auf das Internet-Projekt der Bayerischen Staatsregierung, den Virtuellen Marktplatz Bayern, zu sprechen. Im neuen Doppelhaushalt werden Vergleichsbeträge in Euro angegeben. Herr Minister Prof. Dr. Faltlhauser, das macht durchaus Sinn. Bei den Unterlagen zum VMB ist sich die Staatskanzlei allerdings nicht zu blöd für folgenden Taschenspielertrick: Die Kosten werden alle in Euro angegeben; bei den Erlösbeispielen wird dagegen in D-Mark gerechnet. Das nenne ich einen Taschenspielertrick. Es handelt sich hierbei aber nur um eine Fußnote.

Während die Staatsregierung landauf, landab die Deregulierung predigt, will sie mit dem VMB Staatswirtschaft pur, Regulierung pur betreiben. Kleine Internetfirmen sollen an die Wand gedrückt werden. Sparkassen und Zeitungsverlage sollen Marktplätze betreiben und werden von der Staatskanzlei sogar aufgefordert, nebenher die Gestaltung von Webseiten anzubieten. Das Ganze findet seine Zuspitzung darin, dass über die Telecenter sogar Gemeinden aufgefordert werden, entsprechend tätig zu werden. Ich kann mich an die Diskussion über das neue kommunale Unternehmensrecht erinnern, die wir hier vor zwei Jahren geführt haben. Das, was hier beschlossen worden ist, die Subsidiaritätsklausel, müssten Sie eigentlich längst in den Papierkorb geworfen

haben angesichts der Vorgänge, die jetzt in der Bayerischen Staatskanzlei zu beobachten sind.

Herr Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser, veranlasst durch Ihre Haushaltsrede haben wir uns praktisch nur mit der Bundespolitik auseinandergesetzt. Bei den Beratungen der Einzelpläne im Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen, aber auch im Plenum wird dies hoffentlich anders sein. Wir werden Sie mit einer Menge von Änderungsanträgen konfrontieren. Ich fordere Sie jetzt an dieser Stelle nicht auf, all diesen Anträgen zuzustimmen. Wir bitten Sie aber herzlich, sich vor allem in den Beratungen ernsthaft mit unseren Vorschlägen auseinander zu setzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Kollegen Dinglreiter das Wort.

**Dinglreiter (CSU):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die Konfusion in der Diskussion der Bundesregierung zum Thema „Ökosteuer“ macht deutlich – –

(Herbert Müller (SPD): Meinen Sie bei Frau Merkel?)

– Ich rede von der Bundesregierung, und Frau Merkel ist noch nicht, aber bald ein Mitglied der Bundesregierung, wenn Sie so weitermachen.

Das interessanteste Argument ist gerade heute, eine Ökosteuerreduzierung würde die OPEC ermuntern, die Preise weiter anzuheben. Umgekehrt wird ein Schuh daraus, meine Damen und Herren. Wenn Sie heute die Verlautbarungen der OPEC-Konferenz lesen und hören, wird ganz deutlich, dass man zunächst abgewartet hat, wie sich die Steuererhöhungen von 1999/2000 in Europa auswirken. Erst dann hat man versucht nachzulegen. Das ist der Punkt, um den es geht.

(Herbert Müller (SPD): Sie sollten doch mit Frau Merkel reden!)

– Wir sind von der CSU; wir sagen das, was wir für richtig halten. Wenn Sie ständig in Berlin nachfragen müssen, ist das Ihre Sache. Ihre Diskussion ist konfus und wird durch die Praxis widerlegt.

Die Bundesregierung nimmt es hin, dass die OPEC nach den Steuererhöhungen, die sie vorgemacht hat, nachzieht, und zwar ohne Rücksicht auf Wirtschaft und Verbraucher in Deutschland. Das müssen Sie sich sagen lassen. Bereits seit Anfang des Jahres zeichnet sich eine zunehmende und in letzter Zeit dramatische Preiserhöhung ab. Es gibt aber keine Verhandlungen der Bundesregierung, keine Initiative, keinen Protest auf europäischer Ebene. Wo war denn der Weltstaatsmann Schröder, der sich sonst geriert, als ob er alles im Griff hätte? Hätte es nicht vernünftigerweise Verhandlungen mit der OPEC geben müssen? Auch diese Länder brauchen Europa. Ich bin sicher, wenn man rechtzeitig mit ihnen gesprochen hätte, wäre manches zu vermeiden gewe-

sen. Hat nicht Herr Schröder einen Eid darauf geschworen, dass er Schaden von unserem Land abwenden will? Gerade weil er nicht verhandelt hat, weil er nicht eingegriffen hat, hat er unserem Land Schaden zugefügt. Das ist die Realität.

(Beifall bei der CSU)

Wirtschaft und Bürger werden von der Ökosteuer bis zum Jahr 2000 insgesamt mit fast 130 Milliarden DM zusätzlich belastet. Für viele ist das mehr, als ihnen die Steuerreform zurückgibt. Nachdem sich diese Steuerreform, wie schon erwähnt, insbesondere der großen Kapitalgesellschaften angenommen hat und diese überproportional entlastet, werden die Mittelständler und Verbraucher in stärkerem Masse geschöpft. Ist das die Politik der neuen Mitte? Der „Kanzler des Aufbruchs“ ist unter dem Druck von linker und grüner Seite zur verstaubten Politik der siebziger Jahre zurückgekehrt. Damals wollte die SPD die Belastungsgrenze der Wirtschaft ausloten. Das Ergebnis kennen wir. Wir wissen, was Anfang der achtziger Jahre geschehen ist. Heute, im Jahr 2000, gehen Sie noch einen Schritt weiter. Sie testen die Belastbarkeit aller, der Wirtschaft, der Familien, der Rentner und der sozial Schwachen. Das ist das, was Ihnen vorgehalten wird; und das ist das, was Sie auf die Dauer nicht aushalten werden.

(Beifall bei der CSU)

In ihrer Not greift die Bundesregierung jetzt zu dem ungeeigneten Mittel der Umverteilung. Ungeeignet deshalb, weil Umverteilung immer kostenintensiv ist. Ungeeignet deshalb, weil unzureichend, und ungeeignet auch, weil ungerecht. Das ist das, was man sagen muss. Lassen Sie den Bürgern mehr Geld in der Tasche, dann brauchen Sie nicht umzuverteilen. Verzichteten Sie auf die Ökosteuer. Das wäre der richtige Weg, den Sie einschlagen sollten. Nicht nur, dass Sie den Bürgerinnen und Bürgern mit der Ökosteuer Geld aus der Tasche ziehen, das diese eigentlich für die von Ihnen erwartete Ankurbelung des Konsums dringend bräuchten, nein, Sie gefährden auch Betriebe und Arbeitsplätze. Lassen Sie mich das am Beispiel der Transportwirtschaft darstellen. Die Subventionen für das Transportgewerbe in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union führen zu einer existenziellen Bedrohung des deutschen Güterkraftverkehrs. International sind wir heute schon in einer schwierigen Situation.

(Mehrlich (SPD): Das war vor Jahren schon so!)

– Ich darf Ihnen sagen, wir haben im Laufe der neunziger Jahre eine Menge von Angleichungen erreicht. Das, was Sie jetzt machen, ist eine Politik, die die Schere weiter auseinandergehen lässt. Das ist nicht hinnehmbar. Gleichzeitig mit der vor einigen Wochen in Frankreich ausgehandelten Treibstoffrückerstattung von 12 Pfennigen wurde zugesagt, dass die Erhöhung, die für den 01.01.2001 mit 7 Pfennigen vorgesehen war, ausgesetzt wird. Das bedeutet eine Entlastung der französischen Transportunternehmer, die ohnehin schon günstiger gestellt waren durch die Mehrwertsteuer, was ich aber nicht vertiefen will. Sie erhalten noch einmal einen Preisvorteil von 19 Pfennigen.

Auch in Holland hat man seit 1997 die Erhöhung der Mineralölsteuer zurückerstattet. Jeder Transportunternehmer hat bis zu 2000 DM pro Lkw und Jahr an Steuerrückerstattung bekommen. Wenn immer behauptet wird, die Preise für Diesel sind bei uns am günstigsten, dann frage ich Sie: Warum fahren die Holländer mit 850-Liter-Tanks nach Italien, ohne bei uns zu tanken? Wenn der Preis bei uns günstiger wäre, würden sie mit leerem Tank in die Bundesrepublik einfahren, hier tanken und weiterfahren. Nein, sie machen es umgekehrt: Sie tanken zu Hause, weil es dort wesentlich billiger ist und noch billiger wird, weil eine weitere Absenkung der Mineralölsteuer auf 15 Pfennige vorgesehen ist, und zwar für 50 000 Liter pro Lkw. In Italien gibt es Stützungsprogramme – ich will das nicht im Detail ausführen –, die so weit gehen, dass Versicherung, Steuer und Autobahnggebühren zurückerstattet werden.

In Belgien ist beschlossen worden, dass die Mineralölsteuer rückwirkend ab 1. Januar 2000 mit 10 Pfennig je Liter zurückerstattet wird. Was macht hingegen die Bundesregierung? Sie kassiert ohne Rücksicht auf Verluste weiter ab. Das kann nicht hingenommen werden, denn die Entwicklung in den Nachbarländern bedeutet, dass bereits die bisher im Wettbewerb benachteiligten deutschen Transportunternehmer weiter unter Druck geraten. Für viele mittelständische Betriebe, die bereits jetzt rote Zahlen schreiben, die aus der Substanz leben, wird die Verschärfung des Wettbewerbs das Aus bedeuten. Die im Raum stehende Prognose ist unbestritten, dass nämlich 10 000 Betriebe mit über 100 000 Arbeitskräften direkt und weitere zigtausend Arbeitskräfte indirekt betroffen und damit in Gefahr sind, wenn sich nichts ändert. Ist das eine Politik für mehr Arbeitsplätze?

Der „Süddeutschen Zeitung“ habe ich eine Äußerung des Bundeskanzlers entnommen. Diesen Presseartikel möchte ich auszugsweise zitieren: „Der Vorwurf, die hohen Benzin- und Dieselpreise seien auch staatlich veranlasst, nannte der Kanzler ‚nicht nachvollziehbar; da müssen andere am Werk gewesen sein, wir waren es jedenfalls nicht.“

Was ist die Realität? Diese Bundesregierung hat eine fünfmalige Erhöhung um jeweils 6 Pfennig beschlossen. Das sind 30 Pfennig.

(Herber Müller (SPD): Harmlos gegenüber euren Erhöhungen!)

– Ich verstehe nicht, dass Sie sich das nicht merken können. Ich habe es Ihnen schon ein paar Mal gesagt: Eine Erhöhung diene dem Zweck, die Verkehrsprojekte „Deutsche Einheit“ zu finanzieren. Wollten Sie das etwa nicht? Die zweite Erhöhung diene der Ablösung der Bahnschulden, um die Bahn privatisieren zu können. Wollten Sie die Privatisierung der Bahn etwa nicht? Das ist die Realität.

(Herbert Müller (SPD): Erst seitdem wir regieren, gibt es Pendler!)

Fünf mal sechs ergibt 30 Pfennig. Mit Mehrwertsteuer sind es 35.

(Herbert Müller (SPD): Eine unserer großen Leistungen war es, dass wir den Pendler eingeführt haben!)

Wenn ich außerdem berücksichtige, dass Sie auch am Verfall des Euro durch diese Bundesregierung und aufgrund der Äußerungen des Bundeskanzlers nicht unwesentlich schuld sind, dann müssen Sie sich die 16 Pfennig, die allein durch den Euro-Verfall zusätzlich auf die Preise draufkommen, auch gefallen lassen. Die Bürger werden das so nicht hinnehmen.

Nun noch einige Bemerkungen zu Ihren Anträgen. Die SPD hat zunächst die Abschaffung der Kraftfahrzeugsteuer vorgeschlagen. Jetzt will sie diese Steuer nicht mehr erhöhen. Bringen Sie den Antrag in Berlin ein. Dort ist er richtig. Hier sind Sie auf jeden Fall falsch.

Die GRÜNEN haben vorgeschlagen, die von der Bundesregierung beschlossene Entfernungspauschale zu unterstützen.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende. Ich bitte Sie, darauf zu achten.

**Dingreiter (CSU):** Gut, dann kann ich nur ankündigen, dass wir Ihre Dringlichkeitsanträge pauschal ablehnen werden. Wenn Sie dafür von mir eine Begründung haben wollen, bin ich gerne bereit, sie Ihnen im Einzelnen zu geben.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Nächster Redner ist Herr Kollege Hartenstein.

**Hartenstein (fraktionslos):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir einige abschließende Bemerkungen zur Debatte über die ökologische Steuerreform. Die heutigen Beiträge, insbesondere aber auch die der letzten Tage und Wochen, zeigen aus meiner Sicht ein weiteres Mal, mit welcher Unehrllichkeit leider allzu häufig in der Politik argumentiert und gearbeitet wird. Da wird zunächst verschwiegen, was man noch selbst vor nicht allzu langer Zeit in die Diskussion eingebracht hat. Zahlenwerte werden von beiden Seiten aus dem Zusammenhang herausgerissen zitiert und einseitig interpretiert. Die Zukunft lässt sich demgemäß entweder als Horrorszenario oder als energiepolitisches Paradies beschreiben. Die Wahrheit liegt aber – wie so oft – irgendwo zwischen den beiden Extremen.

Festzuhalten ist aus meiner Sicht, dass es zu einer sinnvoll ausgestalteten ökologischen Steuerreform keine ernsthaft diskutierbare Alternative gibt. Auch der CSU-Fraktion ist das bewusst, wenn sie in ihrem Umweltprogramm zum Beispiel fordert – Zitat –: „die Einführung von Umweltabgaben zur Lenkung des Verkehrs hin zu umweltfreundlichen Verkehrsmitteln“. Im gemeinsamen Steuerkonzept von CDU/CSU „Die bessere Alternative“ vom 18. Januar 2000 heißt es ergänzend – Zitat –:

Auch um eine Entscheidungsneutralität der Besteuerung sicherzustellen, soll unabhängig vom benutzten Verkehrsmittel eine Pauschale von 50 Pfennig je Entfernungskilometer die bisherige Kilometerpauschale ersetzen. Die Entfernungspauschale wird jedoch nur für jeden Kilometer angesetzt, den die Arbeitsstätte weiter als 50 km von der Wohnung entfernt ist.

Zwei Seiten später wird für diese Maßnahme ungeniert ein Steuer Mehraufkommen von 5,1 Milliarden DM angesetzt.

Ebenso wenig nachvollziehbar sind für mich allerdings auch Übertreibungen von Rot-Grün. Deutliche Lenkungseffekte der Ökosteuer werden von beiden Seiten jeweils für sich reklamiert. Als Nachweis dient zum Beispiel die Ankündigung des VW-Chefs Piech, bis zum Jahr 2003 ein Ein-Liter-Auto einzuführen. Ein weiterer Nachweis besteht im Rückgang des Verbrauchs von Mineralölprodukten im ersten Halbjahr 2000, wobei doch jeder weiß, dass dieser in erster Linie auf die Zurückhaltung der Bürgerinnen und Bürger beim Kauf von Heizöl zurückzuführen ist und mit einer echten Einsparung absolut nichts zu tun hat.

Statt auf solche Halb- und Unwahrheiten sollten wir uns deshalb mehr auf die Fakten und die Frage konzentrieren, welche Optimierungen bei der ökologischen Steuerreform noch sinnvoll oder notwendig sind. Faktum ist jedenfalls – das zeigen jüngst vorgelegte Zahlen der EU-Kommission –, dass die Energiesteuerbelastung in Deutschland im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten bislang eher moderat ausfällt. Mit 6% Umwelts-teueraufkommen liegt die Bundesrepublik unter dem EU-Schnitt eines siebenprozentigen Anteils an den Gesamtsteuereinnahmen. Bei Benzin rangiert Deutschland an sechster, bei Diesel an fünfter Stelle, bei leichtem Heizöl für private Haushalte auf dem neunten und bei leichtem Heizöl für die Industrie sogar nur auf dem zwölften Rang.

Die tatsächliche Belastung ist bei uns sogar noch niedriger, da die Bundesrepublik über eine vergleichsweise niedrige Mehrwertsteuer verfügt und die Einnahmen nicht im allgemeinen Haushalt versacken, sondern überwiegend für die Absenkung der Rentenversicherungsbeiträge eingesetzt werden.

Dennoch oder gerade deshalb bleibt auch bei uns noch viel zu tun. Aktuellen Berechnungen zufolge wird die ökologische Steuerreform in ihrer bisherigen Ausgestaltung die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 1 bis 2% senken. Das ist zu wenig, um das angestrebte Klimaschutzziel von minus 25% bis zum Jahr 2005 gegenüber 1990 erreichen zu können.

Weshalb wird nicht wie in Schweden und Dänemark der Ausstoß von CO<sub>2</sub> als Basis für die Energiebesteuerung angewendet? Weshalb, meine Damen und Herren aus der CSU-Fraktion, gibt es noch immer keine Besteuerung des Urans, wie zum Beispiel in Holland? Weshalb können die erneuerbaren Energien nicht, wie in Dänemark, von der Stromsteuer befreit werden, frage ich Sie von Rot-Grün.

Unbestrittenermaßen gibt es bei uns aber auch noch zu viele ungenaue Sonderregelungen, wie zum Beispiel Nachlässe an Unternehmen des produzierenden Gewerbes oder aus der Forst- und Landwirtschaft. Energieeffizienzanzreizsysteme sind gleichzeitig viel zu rar gesät. Deshalb ist es an der Zeit, zur ökologischen Steuerreform eine systematische wissenschaftliche Begleitforschung einzurichten. Die meisten Vorreiterländer haben bereits Ökosteuer-Kommissionen. Diese untersuchen die Wirksamkeit bestehender Reformen und unterbreiten Vorschläge für eine Weiterentwicklung der Programme. Eine solche Institution könnte zudem Entwicklungen in unseren Nachbarländern beobachten.

– Ich bin sofort fertig, Herr Präsident. Abschließend möchte ich noch ein Wort zu UMTS sagen. Es enttäuscht mich zutiefst, dass Sie sich alle nur Gedanken darüber machen, wie und auf welchen Ebenen die eingenommenen Gelder zu verausgaben sind. Ich höre von Ihnen aber kein Wort darüber, mit welchen möglichen Konsequenzen die Installation neuer Masten verbunden sein wird. Den Angaben der Betreiber zufolge werden wir damit rechnen müssen, dass sich die Zahl der Basisstationen allein in Bayern von derzeit 6500 auf etwa 13000 erhöht.

Und niemand weiß, welche Auswirkungen die hochfrequenten elektromagnetischen Felder haben werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritter:** Nun hat Herr Kollege Hoderlein das Wort, bitte.

**Hoderlein (SPD):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Während alle Welt stöhnt und ächzt über die hohen Spritpreise an den Tankstellen und die gesalzenen Heizölrechnungen – dafür muss man wirklich Verständnis haben –, gibt es eine Gruppe in unserem Lande, die diese Szenerie mit stiller und heimlicher Freude beobachtet und darauf hofft, dass die Preise an den Tankstellen und des Heizöls noch weiter steigen. Meine Damen und Herren, diese Gruppe in unserer Gesellschaft ist die CDU/CSU.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Lebhafter Widerspruch bei der CSU)

In dem Maße, wie der Spritpreis steigt, steigt die Chance, dass Ihre Kampagne dazu führt, dass die Menschen völlig den Kopf verlieren und auch noch den Unsinn glauben, den Sie Ihnen erzählen.

(Beifall bei der SPD – Willi Müller (CSU): Sie haben doch die Ökosteuer eingeführt!)

Ach, ist das eine lächerliche Kampagne! „Kinder statt Inder“ war schon mehr als peinlich, aber wenn Herr Goppel – schade, dass er jetzt nicht da ist –, der seit 15 Jahren mit Dienstwagen fährt, eine Zapfpistole in der Hand hält, ist das unglaublich. Der Mann weiß nicht einmal mehr, wo beim Auto der Einfüllstutzen ist. Wie will er wissen, wie sich die Preise auf die Menschen auswirken?

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU – Unruhe)

Der Hintergrund ist Folgender: Herr Minister Faltlhauser – da der Ministerpräsident absent ist –, spätestens seitdem Sie auf klägliche Weise bei der Steuerreform gescheitert sind, übrigens zu Lasten des Freistaates Bayern – Ihre Kolleginnen und Kollegen der Union waren wenigstens politisch so clever, in der letzten Verhandlungsnacht, nachdem klar war, dass es eine Zustimmungsmehrheit gibt, für ihr Land einige hundert Millionen herauszuholen. Diese Millionen hätten Sie für den Freistaat Bayern auch von der Bundesregierung kassieren können. Das haben Sie nicht getan.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Ach (CSU): Das war eine billige Kaufpolitik! Wir sind kein Judas! – Zahlreiche weitere Zurufe von der CSU – Unruhe)

Der wahre Hintergrund ist: Sie brauchen ein Thema, mit dem Sie vom Zoff in der Unionsfamilie ablenken können. Alles läuft schief; nichts läuft mehr gerade. Die Harmonie zwischen CDU und CSU ist in Wahrheit so groß wie zwischen den Herren Hauser und Kienzle vom ZDF. Damit die Union davon ablenken kann, muss sie etwas erfinden, und deswegen erfindet sie diese blöde Kampagne, mit der sie die Menschen ver dummen will, anstatt ein ernstes Problem ernsthaft anzupacken.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Willi Müller (CSU))

Damit betreiben Sie nicht das, was Sie vorgeben, nämlich Fürsorge für die Autofahrer oder Spediteure, wofür ich Verständnis hätte. In Wahrheit betreiben Sie das Geschäft der Multis und der Ölscheichs.

(Beifall bei der SPD)

Ich, der ich höchste Achtung vor dem bayerischen Volk habe, weiß, wie intelligent die Bayern sind.

(Heiterkeit)

Sie beleidigen das Gedächtnis der Bayern;

(Ach (CSU): Sie beleidigen alle Bayern!)

denn alle Bayern wissen, dass Sie – Herr Dinglreiter, damals waren Sie schon in der aktiven Politik – die Regierung im Jahr 1982 bei einer Mineralölsteuer von 48 Pfennig übernommen haben. Der Steueranteil am damaligen Preis entsprach im Übrigen etwa dem Anteil am heutigen Preis; das muss man sehen. Als Sie Ihre kläglichen 16 Jahre endlich beendet haben, waren wir bei einer Mineralölsteuer von 98 Pfennig. Die Steuer hat sich in dieser Zeit also glatt verdoppelt; also eine Steigerung um mehr als 100%. Sie haben uns vorhin vorge-rechnet, dass wir fünf mal sechs Pfennige Aufschlag auf die Ökosteuer erheben werden. Nach Adam Riese sind das 30 Pfennig, und 30 Pfennig sind immer noch weniger als 50 Pfennig. Und das waren Ihre 50 Pfennig. So einfach ist das.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abgeordneten Sinner (CSU))

Der Kern der Sache ist aber, dass Sie mit der Steuer von 50 Pfennig weder die Umwelt entlastet noch die Sozialversicherungsbeiträge und damit die Lohnnebenkosten gesenkt haben. Das ist der entscheidende Unterschied zu unserem Ökosteuerkonzept.

(Zuruf des Abgeordneten Glück (CSU))

Das Gegenteil ist eingetreten; wir haben bereits bei einer der ersten Reden vorhin darauf hingewiesen. Die Rentenversicherung ist während Ihrer Regierungszeit von 17,3% auf 20,3% gestiegen. Auch die Steuern sind gestiegen. Während Ihrer Regierungszeit haben Sie alle möglichen Steuern siebzehnmals erhöht. Sie waren die Steuererhöhungs- und Lohnnebenkostenerhöhungspartei. Gleichzeitig waren Sie die Partei, welche die Verschuldung in unserem Land vorangetrieben hat. Wir suchen jetzt nach Konzepten, wie wir dieses Land sozial gerecht und gleichzeitig so sanieren, dass Innovationen ausgelöst werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Lachen bei der CSU – Große Unruhe)

Viele von Ihnen sind Beamte, und Beamte dürfen nichts annehmen. Dennoch erwarte ich, dass Sie in dieser Frage wenigstens Vernunft annehmen.

(Beifall bei der SPD)

Der Rohölpreis steigt in diesem Jahr von 9,7 oder 10 Dollar pro Barrel vereinzelt auf über 30 Dollar, und der Außenwert des Dollar steigt um rund 25%, wie wir von Professor Falthäuser heute freundlicherweise belehrt worden sind, bzw. in gleichem Maße sinkt der Wert des Euro. Meine Damen und Herren, was wollen Sie bei diesem Umstand mit 6 Pfennigen Ökosteuer noch bewegen? Sie wissen haargenau, dass 90% der tatsächlichen Endpreisgestaltung, die der Markt heute hergibt, nicht auf die Ökosteuer und damit nicht auf die Politik zurückzuführen sind, sondern auf die Kräfte des Marktes.

(Sinner (CSU): Ein Tropfen bringt das Fass zum Überlaufen, das werden Sie schon noch merken!)

Wenn Sie die Abschaffung der Ökosteuer fordern, müssen Sie stets einen Satz hinzufügen. Herr Falthäuser, Herr Huber, sagen Sie das Ihrem Chef. Sie müssen dann sofort die Frage beantworten, wie Sie die Lohnnebenkosten, die auch Sie rein verbal senken wollen, in den Griff bekommen wollen. Davon habe ich noch nie etwas gehört. Wer die Abschaffung der Ökosteuer fordert, fordert gleichzeitig eine Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge und der Lohnnebenkosten für die Unternehmen sowie weniger Geld im Geldbeutel der Arbeitnehmer. Diese Gleichung müssen Sie aufstellen. Ich höre sie nur nie.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Glück, ich war übrigens derjenige – vielleicht waren Sie zu diesem Zeitpunkt gerade im Urlaub; das war Ende August oder Anfang September –, der in einer Presse-

mitteilung gefordert hat, angesichts der Preisentwicklung von Benzin die Kilometerpauschale anzuheben. Darauf ist Anfang September, als wir die Arbeit wieder aufgenommen haben, der Fraktionsvorstand der SPD eingegangen. Danach hat eine Reihe von Politikerinnen und Politikern das Gleiche gefordert. Ich darf Ihnen mitteilen, dass ich mich am vergangenen Samstag in Memmingen mit einem kräftigen Händedruck bei Bundeskanzler Schröder dafür bedanken durfte, dass er unseren bayrischen Vorschlag so schnell umgesetzt hat.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei der CSU – Große Unruhe)

Ich habe gesagt: Gerd, du bist zwar kein Bayer, aber stammst genau wie ich aus einem Flächenland, und deshalb weißt du, was die Pendler drückt, und dass die am ehesten eine Entlastung brauchen. Ich habe ihm dafür im Namen aller Bayern gedankt, die davon profitieren werden.

(Beifall bei der SPD – Unruhe)

Ich habe vorhin gesagt, dass Sie auf das kurze Gedächtnis der Bayern setzen. Ich will Ihnen zwei Zitate in Erinnerung rufen. Frau Merkel, die mit Herrn Stoiber um die Kanzlerschaft konkurriert – beide werden erfolglos sein –, sagte 1995 laut „FAZ“:

Als Umweltministerin halte ich es für erforderlich, die Energiepreise schrittweise anzuheben und so ein deutliches Signal zum Energiesparen zu geben.

Das sagte die Umweltministerin; die Oppositionsführerin erinnert sich daran nicht mehr.

Klaus Töpfer, CDU, den Sie erfolgreich in die UNO vertrieben haben, hat vor kurzem gesagt:

Ich habe schon in meiner Zeit als Bundesumweltminister eine Anhebung des Benzinpreises in jährlichen 10-Pfennig-Schritten empfohlen.

Der „MZ“ vom 27.09. entnehme ich – Ist eigentlich Kollege Göppel hier?

(Herbert Müller (SPD): Er ist schon noch hier, aber er ist nicht da!)

Wo sitzt er denn, der Gute? Lasst Ihr ihn schon nicht mehr herein, oder was?

(Heiterkeit)

Ich entnehme der „MZ“ vom 27. September, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten und sicherlich nicht zu Ihrer Erbauung.

(Zuruf von der CSU: Warum tun Sie es dann?)

– Weil es nicht meine Aufgabe ist, zu Ihrer Erbauung beizutragen, sondern dafür zu sorgen, dass die Politik im

Freistaat sozial gerecht vorankommt. Dafür sorgen Sie nämlich nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Da wird ein Allgäuer Landwirt namens Ignaz Einsiedler zitiert.

(Zuruf von der CSU)

Ich glaube, hier könnte Nomen gleich Omen sein; wahrscheinlich wird dieser Mann sehr einsam werden: „Als Christsozialer beteilige ich mich nicht an der Schmutzkampagne gegen die Ökosteuer.“ Einsiedler schrieb: „Meine Seele kocht bei so viel Verantwortungslosigkeit konservativer Politiker, vor allem Stoiber und Goppel.“ Meine sehr verehrten Damen und Herren, dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Dingreiter, Sie wissen aus alten Tagen, dass ich Sie durchaus schätze. Deshalb setze ich mich immer ganz gerne mit Ihren Argumenten auseinander. Auch Sie haben die Situation des Güterkraftverkehrsgebietes und auch des Omnibusgewerbes angesprochen. Ich sage Ihnen: Wir nehmen diese Situation sehr ernst. Ich hatte am Samstag in Memmingen ein Gespräch; erst vorgestern saßen Kollegen wieder zusammen. Dieses Gewerbe hat in einem Punkt klipp und klar Recht, und da stehen wir als bayerische Sozialdemokraten dahinter:

(Zuruf von der CSU: Da haben die etwas davon!)

Das Entwicklungsspiel der letzten Jahre, so muss man sagen, im Jahr 2000 war es ganz extrem, darf nicht mehr fortgesetzt werden. Das Spiel lautet: Die Wettbewerbsverzerrungen innerhalb der EU, die vorgibt, ein gemeinsamer Markt und ein Markt des gemeinsamen Geldes zu sein, werden immer mehr ins Absurde gesteigert. Die deutschen Transporteure haben es nicht verdient, in der Zukunft unter diesen Bedingungen ihre Geschäfte betreiben zu müssen. Wir werden alles tun, um Ihnen in dieser berechtigten Frage – nicht in der Ökosteuerfrage – entgegenzukommen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Sinner (CSU): Was heißt denn „alles“?)

Nun hat uns der Herr Volkswirtschaftsprofessor Falthauer vorhin vorgerechnet, dass die Steuer bei einem deutschen Lkw mit durchschnittlicher Fahrleistung pro Jahr 6000 DM beträgt und hat dies als Wettbewerbsverzerrungsbeispiel angeführt. Dies ist ein Wettbewerbsverzerrungstatbestand – keine Frage; 6000 DM sind 6000 DM; die Leute müssen betriebswirtschaftlich, nicht volkswirtschaftlich denken. Ich sage aber auch: Dieses Beispiel macht deutlich – es würde zu lange dauern, um es genau auszuführen –, dass das eigentliche Kernproblem der Wettbewerbsverzerrung und der Problematik, in der sich die deutschen Fuhrunternehmer heute befinden, damit nur sehr partiell angesprochen ist, Herr Falthauer. Das eigentliche Problem der Wettbewerbsverzerrung liegt auf ganz anderen Feldern: Es liegt in der

grauen und in der illegalen Kabotage und es liegt in den Sozialstandards, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Schauen Sie sich einmal den ordentlichen Tarif eines deutschen Profi-Kraftfahrers mit Sozialversicherungsbeiträgen an. Wenn ich mehr Zeit hätte, würde ich es Ihnen vorrechnen. Vergleichen Sie das mit der Praxis auf unseren Straßen. Wenn ein, ich nenne ihn einmal, Dumping-Fahrer aus dem Osten auf dem Bock sitzt, während ein anderer Unternehmer tatsächlich einen tariflich und sozialversicherungsrechtlich korrekt eingestellten deutschen Fahrer beschäftigt, meine Damen und Herren, dann hat das – ich habe mich aufklären lassen – Kostenverschiebungen in einer Größenordnung von 20000 bis 35000 DM zur Folge – das sind mehr als 6000 DM für den Sprit.

(Beifall bei der SPD)

Wer in dieser Frage die ganze Gerechtigkeit will, muss auch diesen Punkt angehen und darf nicht nur das üble Spiel mit der Ökosteuer betreiben.

(Beifall bei der SPD)

Ich will Ihnen noch ein anderes Beispiel nennen. Kollege Herbert Müller hat auch darauf hingewiesen. Herr Stoiber war ja vor kurzem in Österreich und hat sich die Brust mit Orden behängen lassen – einverstanden, okay.

(Sinner (CSU): Die waren anständiger als Sie!)

Da hatte er die beste Gelegenheit gehabt, bei seinen Freunden Schüssel und Haider dafür zu sorgen, dass die Österreicher die glatte Verdoppelung ihrer Maut, die auch die deutschen Lkws trifft, endlich zurücknehmen. Das kostet mehr als die Ökosteuer, und das trägt ebenfalls zur Wettbewerbsverzerrung bei.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Herr Kollege Hoderlein, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dingreiter?

**Hoderlein (SPD):** Nein; ich schaffe es sonst nicht mehr, es tut mir Leid.

(Lachen bei der CSU – Sinner (CSU): Sind Sie jetzt schon geschafft, Herr Hoderlein?)

– Den müsste ich in dieser Runde noch ausfindig machen, vor dem ich mich in diesem Plenum fürchten würde.

(Beifall bei der SPD – Heiterkeit bei der CSU)

Ich will Ihnen sagen, worauf wir uns wirklich verständigen müssen, meine Damen und Herren, und was wir an den jeweils richtigen Adressaten richten müssen – das kann einmal die Bayerische Staatsregierung sein, das kann in mehreren Fällen, wie ich Ihnen gleich darstellen

werde, die Bundesregierung sein, und das muss in den meisten Fällen die EU, um ganz konkret zu sein, die Ratsversammlung der EU sein. Wir brauchen unbedingt eine Harmonisierung der EU-Wettbewerbsbedingungen, und zwar in mehreren Facetten. Das ist der Kernpunkt der künftigen Politik. Alles andere würde nur das Kurieren am Symptom bedeuten.

(Sinner (CSU): Das ist ja etwas ganz Neues!)

Wir brauchen eine Harmonisierung bei der Energie-Steuer-Struktur. Auch die Struktur, nicht nur die Höhe ist unvergleichlich und führt in vielen Fällen zu unterschiedlichen Belastungen der einzelnen Gruppen. Auch dies führt zu Verzerrungen, die in einem gemeinsamen Markt im Grunde genommen systemwidrig sind.

(Sinner (CSU): Deswegen macht ihr den nationalen Alleingang!)

Wir fordern so etwas wie eine EU-Fahrerlizenz – ich verwende dies als Hilfsbegriff; es gibt noch keinen rechtlichen Terminus technicus dafür. Aus meiner Sicht müsste dazu das Güterkraftverkehrsgesetz geändert werden. Wir brauchen wirklich für jeden Fahrer amtlich beglaubigte Zulassungen, damit der entscheidende Faktor der Wettbewerbsverzerrung, nämlich Löhne und Sozialversicherung, endlich beseitigt wird. Wir als bayerische Sozis sind dafür – das sage ich Ihnen ganz offen –, dass wir beim Agrardiesel bei 47 Pfennig bleiben und nicht auf 57 Pfennig erhöhen. Wir sind dafür, dass wir bei den 47 Pfennig Schluss machen und nicht noch 10 Pfennig draufsetzen. Wir werden – das hat Verkehrsminister Klimmt bereits deutlich gemacht – zur Rettung der Situation versuchen, den in Not Geratenen auch mit aktiven Hilfen aus dem Mittelstandsprogramm zu helfen, das heißt mit entsprechend zinsverbilligten Krediten, damit die Liquiditätsgengpässe, in denen in der Tat viele Fuhrunternehmen stecken, kurzfristig überwunden werden können.

Ich sage Ihnen noch eines dazu, was Ihren heftigen Widerspruch erfahren wird: Es geht nicht nur um die Wettbewerbsverzerrung innerhalb des Straßengüterkraftverkehrs, es geht auch um die Beseitigung der Wettbewerbsverzerrung zwischen Straße und Schiene. Dazu sage ich: Ich mache mir anders als die GRÜNEN keine Illusion darüber, was die maximale Kapazität der Schiene beim Gütertransport ist. Dies ist aber kein Grund, nicht anzufangen. Es kann nicht sein, dass die Deutsche Bahn die einzige Bahn in der EU ist, die sowohl bei der Mineralölsteuer als auch bei der Mehrwertsteuer nicht mit halben Steuersätzen bedacht wird, sondern die vollen Steuern zahlen muss. Ich persönlich sage – ich sage „persönlich“, weil wir dazu keine Beschlusslage haben –, dass die Deutsche Bahn dieselben Wettbewerbsbedingungen haben muss wie die anderen europäischen Bahnen, in dem eine Halbierung der Steuersätze erfolgt.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden die heizkostengeschädigten Menschen unterstützen; denn diese betrifft es besonders hart. Ich selber habe nachgeschaut: Ich habe Ende Februar im

Rahmen einer größeren Sammelbestellung für 41,9 Pfennig getankt. Jetzt habe ich bei meiner Mutter nachgeschaut; vor drei oder vier Wochen, Ende August/Anfang September waren es 99,9 Pfennig. Meine Damen und Herren, an diesem Beispiel wird doch alles klar. Bereits in den 41,9 Pfennig, zu denen ich Ende Februar getankt habe, waren exakt dieselben vier Pfennig Steuer enthalten wie in den 99,9 Pfennig auf der Rechnung meiner Mutter. Das sagt alles. Sie wissen es auch.

(Beifall bei der SPD)

Wenn Sie sich wirklich nur zum Anwalt der Menschen machen und keine anderen Interessen haben, dann unterlassen Sie doch diese üblen Rechenbeispiele, von denen Sie wissen, dass Sie damit dem achten Gebot widersprechen „Du sollst kein falsches Zeugnis geben“, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Herr Präsident, ich bin am Ende meiner Redezeit. Deswegen konnte ich auch Ihre Frage nicht mehr aufnehmen. Herr Minister Faltlhauser, Sie haben dargestellt, dass Bayern den geringstverschuldeten Landeshaushalt hat. Sie haben Recht – ich gratuliere. Sie haben dargestellt, wie Ihre Investitionsquote ist. Sie haben Recht: Sie ist unter Stoiber laufend schlechter geworden, aber sie ist im Verhältnis zu den anderen Ländern immer noch gut. Sie haben in einigen Punkten dargestellt, was in Bayern gut läuft – ich habe damit überhaupt kein Problem. Zu all dem möchte ich Ihnen gratulieren. Aber gerade weil das so ist und es noch hunderte anderer Punkte gibt, für die sich das leider nicht sagen lässt, rate ich Ihnen dringend: Die Situation in Berlin ist so, wie sie ist. Sie wird auch nach 2002 so sein. Wenn Sie wirklich etwas für Bayern tun wollen, dann kooperieren Sie mit Berlin, und dann nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Verbindungsleute zur Bundesregierung auf dieser Seite des Hauses sitzen. Wenn Sie das machen, tun Sie Gutes für Bayern und Gutes für die Menschen in diesem Lande.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Die Aussprache ist geschlossen. Zu einer zusammenfassenden Stellungnahme erteile ich dem Herrn Staatsminister der Finanzen das Wort.

**Staatsminister Prof. Dr. Faltlhauser** (Finanzministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der neu gewählte Vorsitzende der bayerischen SPD, Herr Kollege Hoderlein, hat eben

(Herbert Müller (SPD): ...eine große Rede gehalten!)

eine große Chance vertan.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Zwar ist er frisch gewählter Vorsitzender der SPD Bayerns, in seiner Rede hat er sich aber als Satrap und Befehlsempfänger der Berliner Koalition erwiesen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am Schluss hat er sich gar als Verbindungsmann präsentiert und uns gebeten, wir sollten doch die Kontakte der SPD und die seinen nutzen, damit wir in Berlin besser drankommen. Kein Wort dagegen zu den Berliner Plänen, die Bayern und seine Bürger schädigen, kein Wort zu den UMTS-Erlösen beispielsweise,

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

nichts zu den Belastungen der Länder durch die Entfernungspauschale. Der Vorsitzende der SPD Bayerns hat mit seiner Rede dokumentiert, dass er gegen die Interessen der bayerischen Bürger spricht.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Ein Weiteres empfand ich als empörend.

(Gartzke (SPD): Das ist ja wie im Kindergarten!)

Herr Hoderlein hat die Bundesratssitzung vom 14. Juli dieses Jahres erwähnt und auf die Vorgänge im Vorfeld dieser Sitzung hingewiesen. Mit Blick auf die Regierungsbank meinte er vorwurfsvoll: „Wie konntet ihr nur! Andere haben im Vorfeld der Abstimmung für ihr Land noch etwas herausgehandelt, haben sich bestechen lassen und ihr nicht!“ Das ist nicht bloß die Rechtfertigung eines Bestechungsvorgangs, sondern sogar die Aufforderung zur Bestechlichkeit. Pfui Teufel!

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Herr Hoderlein, das war ein Plädoyer für eine Bakschisch-Demokratie!

(Lebhafter Beifall bei der CSU – Lebhafter Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man braucht sich nur anzuschauen, was im Rahmen des Bestechungsvorgangs für Bremen herauskam.

(Hoderlein (SPD): Würden Sie CDU-Diepgen als bestechlich bezeichnen?)

Den Bremern wurde zugesagt, dass sie die Hafenlasten behalten können. Das Bundesverfassungsgericht hat uns aber aufgegeben, dies zu diskutieren. Es hat ausdrücklich gesagt, dass die Hafenlasten kritisch zu überprüfen sind.

(Dr. Wilhelm (CSU): Ja, sehr richtig!)

Trotzdem hat der Bundeskanzler, bevor wir in die fachliche Diskussion zum Maßstäbengesetz eingetreten sind, Bremen bereits zugesagt, dass die Hafenlasten bestehen bleiben. Das ist ein Skandal.

(Gartzke (SPD): Wieso?)

Andererseits hat Herr Eichel jetzt einen Entwurf vorgelegt, wonach die Hafenlasten abgeschafft werden sollen.

Ich frage mich, wer zählt: Schröder oder Eichel? Und Sie rechtfertigen auch noch die 383 Millionen DM, die Berlin jetzt zur vollen Finanzierung seines Olympiastadions bekommt, während für das Münchner Olympiastadion mit Blick auf die Fußballweltmeisterschaft keine einzige Mark abfällt. Wo haben Sie die Interessen Bayerns vertreten?

(Beifall bei der CSU)

Stellen Sie sich doch einmal hier hin und sagen: „Bundesregierung, wir wollen auch für das Münchner Stadion Geld!“ Stellen Sie sich hin und sagen: „Wir wollen einen gerechten Finanzausgleich!“ Der Finanzausgleich – nehmen Sie als neuer SPD-Vorsitzender in Bayern, Herr Hoderlein, das zur Kenntnis – schaut gegenwärtig nach den aktuellsten Zahlen von 1999 folgendermaßen aus: Wir zahlen im Länderfinanzausgleich 3,1 Milliarden DM, zusätzlich im Rahmen des Fonds Deutsche Einheit 1,1 Milliarden DM, Umsatzsteuervorwegabzug 2,8 Milliarden DM, zusammen – pro Einwohner 592 DM – über 7 Milliarden DM Transferleistungen in andere Länder. Das sind 11,5% des Haushalts, den ich Ihnen heute vorgelegt habe. Sagen Sie doch zu dieser bayerischen Situation etwas, Herr Landesvorsitzender der SPD Bayerns!

(Beifall bei der CSU)

Sie sagten, CDU und CSU freuten sich über die Ökosteuer-Situation. Haben Sie nicht zur Kenntnis genommen, dass 80% der Bevölkerung sagen, die Ökosteuer müsse weg? Wir freuen uns nicht über die Ökosteuer-Belastungen, sondern verstehen uns als Sprachrohr der Interessen der Bürger.

(Beifall bei der CSU)

Sie sagten auch, manche Vorwürfe und Zahlen seien lächerlich. Sind 800 DM zusätzliche Belastung für einen durchschnittlich verdienenden Pendler lächerlich? Ich finde nicht, Herr Hoderlein.

(Beifall bei der CSU)

Dann haben Sie auch noch auf die Öl-Multis verwiesen. Die Logik einer in Stufen erhobenen Steuer besteht aber nicht zuletzt darin, dass sie Multis und Produzenten gewissermaßen dazu auffordert, mit den Preisen noch weiter nach oben zu gehen, weil es offenbar noch Luft gibt.

(Widerspruch bei der SPD)

Herr Hoderlein, Sie sagten mit großem Selbstbewusstsein, dass sie Keinen zu fürchten brauchten. Ich aber sage Ihnen: Sie werden das Fürchten noch lernen!

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD)

Nun zu den Ausführungen von Frau Kollegin Kellner. Es sind nicht erst 40 Millionen DM aus der Hightechoffensive abgeflossen.

(Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Doch, ich habe die Zahlen dabei!)

– Es sind 70 Millionen DM. Der Abfluss geht in der zweiten Hälfte dieses Jahres schnell voran. Wir zahlen nur nicht, bevor die Projekte entsprechend vorangeschritten sind.

(Frau Kellner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Am 1. August 2000 40 Millionen DM!)

Mehr stört mich bei Ihnen und den Ausführungen des Kollegen Runge, dass Sie beide mit erhobenen Zeigefingern auf die Hightechbemühungen deuten, die Kollege Erwin Huber koordiniert. Diese sind doch kein Luxus-hobby der Staatsregierung, sondern eine langfristig angelegte Politik zur Schaffung von mehr Arbeitsplätzen in Technologien, denen die Zukunft gehört. Dahinter müssten eigentlich auch Sie stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

In der Informationstechnologie, der Mechatronik und der Biotechnologie werden die Arbeitsplätze der Zukunft geschaffen, insbesondere in kleinen Unternehmen. Das muss man unterstützen. Sie sollten die Initiativen nicht gering schätzen und herabwürdigen.

Sie haben etwas zu den Universitätskliniken in München und Würzburg gesagt, die in renovierungsbedürftigem Zustand sind. Ich habe schon in der Haushaltsrede ausgeführt, dass dafür 450 Millionen DM in beiden Haushaltsjahren zur Verfügung stehen. Kollege Hans Zehetmair und ich sind uns darin einig, dass wir noch mehr tun müssen. Ihre Kritik am Zustand der Universitätskliniken ist gerechtfertigt, Frau Kellner.

Nun noch ein Wort zu dem, der immer als Kronzeuge der CSU angeführt wird. Einsiedler heißt er. Er wurde sowohl von Frau Kellner als auch von Herrn Hoderlein zitiert. Ob dieser Ignaz Einsiedler Mitglied der CSU ist, weiß ich nicht. Ich weiß nur, dass er in der Bevölkerung klar ein Einsiedler ist und innerhalb der CSU sicher einer wäre. Denn die CSU ist geschlossen gegen die Ökosteuer, und die Bürger sind es fast geschlossen.

Frau Kellner, Sie sagen, wir sollten die Kfz-Steuer abschaffen und einen Anteil an der Mineralölsteuer ergattern. Im letzten Jahr hatte der Bund 71 Milliarden DM an Mineralölsteuer-Einnahmen, dieses Jahr werden es sicher über 80 Milliarden DM. Die Kraftfahrzeugsteuer betrug im Jahre 1999 bundesweit 13,8 Milliarden DM. Das heißt, wir müssten gewissermaßen vom Bund 20% der Mineralölsteuer bekommen. Der Bund hat auf die Mineralölsteuer immer viel Wert gelegt, weil sie erstens dynamisch ist und zweitens dem Bund allein zusteht; die neue Bundesregierung wird hinzufügen: drittens, weil man sie nach oben manipulieren kann. Aber ich bin nicht für

solchen Schritt, auch wenn man dadurch administrativ einsparen kann, weil wir von diesen Mischsystemen wegkommen wollen. Wir wollen davon weg, dass an einer Steuer alle Ebenen beteiligt sind, sondern eine möglichst klare Zuordnung der einzelnen Steuern zu den verschiedenen Ebenen, um auf diese Weise mehr Selbstständigkeit, gerade auch für diesen Landtag und die Landtage insgesamt, zu erreichen. Dies ist das

eigentliche Ziel. Deshalb halte ich von einer derartigen Umwidmung überhaupt nichts. Abgesehen davon würde die Bundesregierung derartige Vorschläge Ihrer Kollegen in Berlin harsch und mit bösen Bemerkungen ablehnen.

Was die Expressbahn betrifft, bin ich, wie Sie von der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses am Flughafen wissen, nachhaltig dafür, dass wir erstens alle Chancen nutzen, den Transrapid an den Flughafen anzubinden, wobei ich hoffe, dass die Ankündigungen der Bundesregierung nicht nur Ankündigungen waren, sondern dass dahinter eine echte Absicht steht. Herr Hoderlein, insofern haben Sie eine Bewährungsprobe zu bestehen. Darin bin ich mit Ihnen einig. Aber bis die Planungsfragen geklärt sind und der Transrapid fährt, dauert es sicher zehn Jahre. In der Zwischenzeit brauchen wir tatsächlich eine Expressbahn, sonst können wir die 30 Millionen Fluggäste in fünf Jahren und die 40 Millionen Fluggäste in zehn Jahren mit Sicherheit nicht bewältigen. Aber meine Damen und Herren von der SPD – ich nehme Sie als Vermittler –, das eigentliche Problem ist: Diese entsprechenden Anbindungen müssen im Wesentlichen vom Bund finanziert werden. Sowohl die Bundesautobahn als auch die Schiene müssen nach dem Schienenverkehrswegegesetz vom Bund finanziert werden. Aber was macht der Bund? Wir hatten 1996 für die Bahn noch 7,7 Milliarden DM Haushaltsansatz in Bonn, wir haben aber im Haushalt für das Jahr 2001, der am Freitag im Bundesrat zu verabschieden ist, nur noch 6,9 Milliarden DM und in der mittelfristigen Finanzplanung 6,6 Milliarden DM. Das heißt, der großartige Sparrer Eichel spart an den Investitionen und, dies ist ein konkreter Beleg, auch an den Gleisen. Frau Kellner, wie wollen Sie das dann schaffen? Sagen Sie doch Ihren Berliner Freunden: Wir brauchen mehr Geld für die Schiene, dann können wir Ihre hier vertretenen Zielvorstellungen durchsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Zu einem großen Missverständnis zur Privatisierung, das sowohl von Frau Kellner als auch vom Stellvertretenden Vorsitzenden des Haushaltsausschusses vorgebracht wurde: Unsere Forderung nach einem Anteil an den UMTS-Erlösen basiert auf massiven Steuerausfällen. Sie ist mit anderen Privatisierungen im früheren Bonn und jetzigen Berlin und mit unseren Privatisierungen nicht zu vergleichen; denn dies waren Veräußerungen von Vermögenswerten, die steuerlich keine Konsequenzen hatten.

(Dr. Kaiser (SPD): Das stimmt nicht!)

Wir haben nie etwa einen Anteil an den Erlösen von Telekom oder Salzgitter beansprucht, dies wäre absurd gewesen. Es ist in gleicher Weise absurd, einen Anteil des Bundes für die Veräußerung unserer VIAG-Anteile zu unterstellen; denn dies sei eine Veräußerung von Vermögen des Landes gewesen. Doch hier geht es um aktivierungspflichtige, immaterielle Wirtschaftsgüter, die man abschreiben muss, wodurch es zu einem Steuerausfall kommt, der ersetzt werden muss.

(Dr. Kaiser (SPD): Das ist bei Verkäufen auch so!)

Herr Hoderlein, Sie haben uns angemahnt, wir sollten auch mit den anderen von der SPD mehr kooperieren. Ich kann nur sagen: Setzen Sie sich mit den SPD-Landesministern in Verbindung, die Ihnen bestätigen werden, dass auch sie unabhängig von ihrer aktuellen und taktikbestimmten Haltung zu UMTS-Erlösen einen nachhaltigen Ersatz der Steuerausfälle verlangen. Wie will Herr Steinbrück die Steuerausfälle in Bonn und in Düsseldorf – dort haben Telekom und Mannesmann ihren Sitz – einigermaßen ausgleichen? Dies wird für die Städte eine dramatische Angelegenheit, da sie dies nicht zahlen können. Die Städte werden zum Finanzminister des Landes gehen und dieser wird selbstverständlich zu Bundesfinanzminister Eichel gehen. Ich unterstütze ihn dabei und fordere die Opposition in diesem Raum auf, es ebenso zu tun und bayerische wie auch gemeinsame Länderinteressen gegenüber Berlin zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU)

Herr Strasser, Sie haben längere Zeit darauf verwendet, ich hätte in einer Pressekonferenz eine Nettoneuverschuldung von über einer Milliarde D-Mark im zweiten Jahr dieses Doppelhaushalts angekündigt und tatsächlich würden es nun erfreulicherweise 0,91 Milliarden DM. Warum dies? Grundlage Ihrer Aussage ist die Ihnen vorliegende Übersicht bzw. Tabelle. Diese Tabelle beruht auf dem, was ich allen hier im Raum schriftlich habe zukommen lassen: unsere schematische, theoretische Rückführung der Nettoneuverschuldung von Jahr zu Jahr gewissermaßen als Wegevorgabe und als Plan, wie ich zu einem ausgeglichenen Haushalt mit schablonenmäßig 230 Millionen DM von Jahr zu Jahr komme. Auf diese Stufen haben wir die rechnerische Größenordnung der Kosten der Steuerentlastung aufgerechnet. Die tatsächliche Haushaltsgestaltung nach der Sommerpause hat etwas anderes ergeben. Zudem haben wir Reserven angepackt. Belobigen Sie deshalb die Bayerische Staatsregierung, dass wir beim Abbau der Nettoneuverschuldung besser vorangekommen sind, statt solche Zahlen zu vergleichen.

Herr Maget, Sie haben im Zwischenruf gesagt, Sie befürworteten den finanziellen Ausgleich der Kosten, den Bayern durch die Umwandlung der Kilometer- in eine Entfernungspauschale haben wird. Ich habe Ihnen die Kosten vorgetragen. Ich frage mich aber, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn Ihr Fraktionsvorsitzender zwar die Entfernungspauschale, aber gleichzeitig einen Ausgleich für die im Freistaat Bayern entstehenden Kosten in Höhe von über 200 Millionen DM will, warum steht dazu in Ihrem Entschließungsantrag kein einziges Wort? Schreiben Sie es doch rein und vertreten Sie endlich einmal bayerische Interessen; dann muss das doch drinstehen. Dann wäre Ihr Antrag wenigstens zu verstehen.

(Beifall bei der CSU – Alois Glück (CSU): Dann wäre er immer noch falsch!)

Herr Dr. Runge hat am Schluss gebeten, die Änderungsanträge, welche die Opposition bzw. die GRÜNEN stellen werden, im Haushaltsausschuss und durch die Staatsregierung fachkundig und sachlich zu behandeln. Dies werden wir tun und dies ist mein Verständnis von Parlamentarismus. Es heißt nicht „pauschale Zustim-

mung“, sondern „Prüfung“. Aber wenn ein Vorschlag vernünftig ist, kann man ihn annehmen. Dies ist auch die ausgleichende Politik des Vorsitzenden des Haushaltsausschusses Manfred Ach.

Wenn wir im Haushaltsausschuss in sachlicher Diskussion vorangehen, will ich am Schluss dieser Debatte mein Hauptplädoyer zusammenfassen. Wir stehen nicht nur in der Wirtschaft, sondern auch bei den Geldmitteln in einem heftigen Wettbewerb. Ich stelle fest, dass die Bundesregierung in diesem Wettbewerb mit harten Bandagen arbeitet: Verschiebung der Lasten auf andere Ebenen, etwa auf die Kommunen und Länder, Verschiebung auf Sozialversicherungen, Streichung von Leistungen zu Lasten anderer Ebenen.

Wenn das so ist, wäre eine partnerschaftliche Solidarität in der Diskussion durch Sie geboten. Sie werden als bayerische Opposition erst dann glaubwürdig, wenn Sie auch bayerische Interessen mit uns vertreten. Das ist mein Appell.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Nach § 33 Absatz 7 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. – Damit besteht Einverständnis. Ich sehe keinen Widerspruch. Es ist so beschlossen.

Ich lasse jetzt noch über die mitzubberatenden Dringlichkeitsanträge abstimmen, zunächst über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der SPD betreffend Umwandlung der Kilometer- in eine Entfernungspauschale, Drucksache 14/4242. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der CSU und Kollege Hartenstein. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, Betreff „Mit der ökologischen Steuerreform werden die Weichen für eine zukunftsweisende Energiepolitik gestellt“, Drucksache 14/4243. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion und Kollege Hartenstein. Der Dringlichkeitsantrag wird ebenfalls abgelehnt.

Wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion CSU, Betreff: „Ökosteuer abschaffen“, Drucksache 14/4244. Wer diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die SPD-Fraktion. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich lasse nunmehr abstimmen über den weiteren Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE

GRÜNEN, Betreff: „Entlastung von Pendlerinnen und Pendlern und einkommensschwachen Haushalten unterstützen!“, Drucksache 14/4246. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion der SPD. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Offenkundig doch nicht. Dann ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse abstimmen über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion, betreffend faire und gerechte Teilhabe der Länder und Kommunen an den UMTS-Lizenz-Erlösen, Drucksache 14/4247. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der SPD und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Der Antrag ist damit angenommen.

Ich lasse abstimmen über den weiteren Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, betreffend UMTS-Erlöse, Drucksache 14/4252. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion der SPD. Der Antrag ist abgelehnt.

Damit sind die Tagesordnungspunkte 2 a und 2 b erledigt, ebenso die dazu eingereichten Dringlichkeitsanträge.

Wir kommen jetzt zur Fragestunde. Ich bitte um Verständnis, dass das Präsidium wechseln möchte, und darf mir noch einen Hinweis erlauben. Heute gab es gelegentlich das Argument des Zeitverzugs bei der Nichtbeantwortung von Zwischenfragen. Bei der Zwischenintervention hat der amtierende Präsident/die Präsidentin die Möglichkeit, die Zeit zum Antworten dem Redner dazugeben. Wenn man also von Zwischenfragen auf Zwischeninterventionen umstellt, entfällt die Ausrede: keine Zeit mehr. Darauf möchte ich aufmerksam machen.

(Sinner (CSU): Da muss man erst einmal ein Seminar machen!)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe auf:

### Tagesordnungspunkt 3

#### Mündliche Anfragen

Die Zeit dafür beträgt 45 Minuten, wir beginnen also um 14.20 Uhr mit den Dringlichkeitsanträgen.

Ich bitte zunächst den Herrn Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst um die Beantwortung der ersten Frage. Der erste Fragesteller ist Herr Kollege Boutter.

**Boutter (SPD):** *Frau Präsidentin, Herr Minister, ich frage die Staatsregierung, ob es für einen obligatorischen Solidarbeitrag von Studenten für ein ÖPNV-Semesterticket, und zwar nach dem Darmstädter Modell, also der Vollbeitrag, in Bayern eine Obergrenze gibt, wenn ja, wie hoch dieser obligatorische Solidarbeitrag für das Semesterticket in Würzburg maximal sein darf und an welchen Kriterien sich diese mögliche Obergrenze orientiert.*

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Herr Staatsminister, bitte.

**Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium):** Frau Präsidentin, Hohes Haus! Herr Kollege Boutter, nach Artikel 106 Abs. 3 Satz 3 Bayerisches Hochschulgesetz (BayHSchG) kann neben dem Grundbeitrag des Studentenwerksbeitrages für den Zuständigkeitsbereich einzelner Studentenwerke oder für Teile des Zuständigkeitsbereichs einzelner Studentenwerke ein zusätzlicher Beitrag für die Beförderung oder die zu einem ermäßigten Beförderungsentgelt mögliche Beförderung der Studentinnen und Studenten im Nahverkehr erhoben werden.

Die Höhe dieses zusätzlichen Beitrags richtet sich nach dem Aufwand aus einer entsprechenden Vereinbarung des Studentenwerks mit den örtlichen Trägern des Nahverkehrs und wird im Benehmen mit dem betroffenen Studentenwerk vom Staatsministerium im Einvernehmen mit dem Staatsministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung festgesetzt. Der Abschluss der Vereinbarung bedarf der vorherigen Genehmigung meines Hauses und des Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie.

Mit Verordnung vom 20. Mai 1999 wurde der zusätzliche Beitrag für die Beförderung der Studenten der Universität Würzburg, der Hochschule für Musik Würzburg und der Fachhochschule Würzburg-Schweinfurt-Aschaffenburg, Abteilung Würzburg, im öffentlichen Nahverkehr auf 58 DM je Semester festgesetzt. Dieser ab dem Wintersemester 1999/2000 geltenden Beitragsfestsetzung liegen Vereinbarungen zwischen dem Studentenwerk Würzburg und den örtlichen Trägern des Nahverkehrs zugrunde.

Das Staatsministerium prüft im Rahmen des Genehmigungsverfahrens primär die Frage, ob sich Ausgestaltung und Höhe des Betrags im Rahmen der Rechtsprechung des Bayerischen Verwaltungsgerichtshof zur Rechtsnatur des Studentenwerksbeitrags bewegen, da der zusätzliche Beitrag für das Semesterticket ein Bestandteil des Studentenwerksbeitrags ist. In seinem Urteil vom 28. Juli 1980 hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof zur Rechtsnatur des Studentenwerksbeitrags festgestellt, dass es sich hierbei um einen Solidarbeitrag eigener Art handle, auf den der dem öffentlichen Beitragsrecht sonst immanente Grundsatz der individuellen Äquivalenz nicht anzuwenden sei.

Das Gericht stellt in dieser Entscheidung fest, dass „angesichts der Geringfügigkeit der Beiträge im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten der Studenten, aber auch im Hinblick auf die der Institution der Studen-

tenwerke zugrunde liegende Vorstellung der Studentenschaft als einer sozialen Solidargemeinschaft es rechtlich unbedenklich ist, dass die Beitragspflicht auch dann besteht, wenn der Studierende im Einzelfall eine Betreuung nicht in Anspruch nimmt“.

Nach dieser Rechtsprechung ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens vom Ministerium sicherzustellen, dass die mit der Einführung des Semestertickets verbundene Erhöhung des Studentenwerksbeitrags „geringfügig im Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten“ bleibt. Auf der Grundlage dieser Rechtsprechung geht das Staatsministerium derzeit davon aus, dass ein zusätzlicher Beitrag für die Beförderung der Würzburger Studenten in Höhe von 58 DM als „geringfügig im Verhältnis zu den Lebenshaltungskosten“ im Sinne der VGH-Rechtsprechung anzusehen ist.

Nach Kündigung der entsprechenden Vereinbarung durch die Würzburger Straßenbahn GmbH ist es gelungen, den Beitrag für das Sommersemester 2000 und das Wintersemester 2000/2001 bei 58 DM zu halten. Mit Blick auf die anstehenden Verhandlungen des Studentenwerks Würzburg mit den örtlichen Trägern des Nahverkehrs halte ich es nicht für opportun, zum jetzigen Zeitpunkt eine Obergrenze für einen genehmigungsfähigen Beitrag für das Semesterticket zu nennen. Für das Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst hat die Fortführung des Angebots eines Semestertickets in Würzburg einen hohen Stellenwert. Es obliegt dem Studentenwerk und den Verkehrsbetrieben vor Ort, die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Gibt es Zusatzfragen? – Herr Boutter.

**Boutter (SPD):** Herr Staatsminister, nach der Kündigung, die Sie gerade angesprochen haben, haben Verhandlungen stattgefunden. Dort wurden unterschiedliche Aussagen zitiert, zum einen die aus Ihrem Ministerium, es gebe eine Obergrenze – diese haben Sie eben mit dem Begriff „Geringfügigkeit“ umschrieben –, zum anderen die aus dem Wirtschaftsministerium, es gebe keine Obergrenze. So frage ich Sie: Wer hat letztlich die Entscheidung zu treffen? Würden Sie einen Solidarbeitrag von mehr als 80 DM noch als geringfügig ansehen?

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Herr Minister.

**Staatsminister Zehetmair (Wissenschaftsministerium):** Frau Vizepräsidentin, Hohes Haus! Herr Kollege Boutter, das Wirtschaftsministerium vertritt die Interessen der Verkehrsbetriebe. Ich habe die Interessen des Studentenwerks zu vertreten. Insofern ist es wie bei Tarifpartnern. Selbstverständlich akzeptiere ich es nicht, wenn behauptet wird, es gebe keine Obergrenze. Ihre Verträglichkeit orientiert sich an den Lebenshaltungskosten. Das bedeutet nicht, dass nur die Summe von 58 DM infrage kommen könnte. Aber ebenso wenig bedeutet es, dass es 80 DM sein können. Dieser Betrag ist zu hoch.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Gibt es weitere Zusatzfragen? – Ich sehe keine. Herr Staatsminister, vielen Dank für die Beantwortung der Ihnen gestellten Fragen. Nun rufe ich den Vertreter des Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie, Herrn Staatssekretär Spitzner, auf. Die nächste Frage stammt von Frau Kollegin Tausendfreund. Herr Kollege Sprinkart, übernehmen Sie es, die Frage zu stellen? – Herr Sprinkart, bitte.

**Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** *Wann hat die Staatsregierung der DB AG das schriftliche Einvernehmen zur Aufnahme der Sanierung der Fahrleitung auf der Strecke Garmisch – Griesen in die sogenannte „Plazierende Liste“ (BSchwAG-Liste) gegeben, wann erfolgte die Fortschreibung der Liste, und warum hat die DB AG trotz des erteilten Einvernehmens diese Maßnahme nicht in die „Plazierende Liste“ aufgenommen?*

**Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium):** Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich beantworte die Frage wie folgt: Für Investitionen in Schienenwege des Bundes, die dem Schienenpersonennahverkehr dienen, gelten die Sammelvereinbarung 5/95 für die Jahre 1995 bis 1997, also der Dreijahresplan, und die Sammelvereinbarung 5/98 für die Jahre 1998 bis 2002, der Fünfjahresplan.

Die Maßnahmen, die nach diesen Sammelvereinbarungen realisiert werden, liegen gemäß § 8 Absatz 2 des Bundesschienenwegeausbaugesetzes in der Verantwortung der DB AG und sind mit den Ländern abzustimmen. Die Finanzierung der Maßnahmen erfolgt durch den Bund. Die Bayern betreffenden Projekte werden in turnusmäßigen Besprechungen zwischen der DB AG und dem Freistaat Bayern einvernehmlich abgestimmt. Die Sanierung der Fahrleitung auf der Strecke Garmisch-Griesen ist Bestandteil der von mir eben erwähnten Sammelvereinbarung 5/98 und damit fest vereinbart.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Zusatzfrage: Herr Kollege Sprinkart.

**Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Es bedarf also keiner expliziten Vereinbarung oder der Zustimmung Bayerns zur Aufnahme in die erwähnte „Plazierende Liste“? Hintergrund für meine Frage ist: Es gibt eine Aussage des Eisenbahn-Bundesamts, wonach die in Rede stehende Maßnahme nicht in die Liste aufgenommen worden sei, sodass die Behörde keine Mittel freigeben könne.

**Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium):** Wir haben dies seinerzeit in der erwähnten Sammelvereinbarung klar und deutlich mit der DB AG vereinbart. Um flexibel zu sein, werden in dem Zusammenhang keine schriftlichen Vereinbarungen getroffen. Aber in der Regel halten sich beide Seiten an diese Vereinbarungen.

Zu der eingangs gestellten Frage darf ich noch etwas hinzufügen: Nachdem die Österreichischen Bundesbahnen angekündigt haben, ab dem Fahrplanwechsel im

Jahr 2001 die Grenzstrecke Griesen – Reutte/Tirol nicht mehr zu bedienen, hat die Niederlassung Süd der DB Netz AG mitgeteilt, dass angesichts der bevorstehenden Einstellung des Schienenpersonenverkehrs auf der Außerfernbahn die geplante Investition in Höhe von 5 Millionen DM nicht vertretbar sei und die Strecke vom 09.10.2000 bis zum 05.11.2000 zum Abbau der Oberleitung gesperrt werde. Man fügte hinzu, danach sei eine Wiederinbetriebnahme mit Dieselfahrzeugen möglich.

Herr Kollege Sprinkart, auf Ihre Frage hin merke ich noch an: Der Freistaat Bayern hält an der Sanierung der Oberleitung fest und bekräftigt zugleich die Absicht, auf der Strecke Garmisch-Partenkirchen – Griesen, Ehrwald – Reutte – Pfronten – Kempten gemeinsam mit dem Land Tirol auch weiterhin den Schienenpersonenverkehr zu bestellen.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Eine weitere Zusatzfrage: Herr Kolleg Rotter. Dann haben Sie das Wort, Herr Kollege Sprinkart.

**Rotter (CSU):** Herr Staatssekretär, mit welchen konkreten Maßnahmen gedenkt die Staatsregierung den angekündigten Abbau der Oberleitung – damit soll schon in der nächsten Woche begonnen werden – zu verhindern? Sehen Sie es wie viele Betroffene aus der Region auch als Schildbürgerstreich an, wenn es tatsächlich zu dem Abbau käme?

**Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium):** Zu der letzten Frage. Die Staatsregierung sähe es als Schildbürgerstreich an, wenn der Abbau tatsächlich erfolgte. Fest steht, dass sich die Oberleitung in einem sehr schlechtem Zustand befindet. Fest steht für mich – das ist meine persönliche Einschätzung –, dass die DB AG die Oberleitung zwischen Garmisch und Griesen in den letzten Jahren – ich sage es einmal vorsichtig – nicht sehr gepflegt hat, dass sie sich viel zu wenig darum gekümmert hat, sodass jetzt eine Erneuerung bzw. ein Abbau dringend erforderlich ist.

Aber wir haben ganz klar gesagt: Wir erwarten, dass eine neue Oberleitung errichtet wird. Wir sind bis dato davon ausgegangen. Dass etwas anderes geschehen könnte, haben wir zum ersten Mal gehört, als die Österreichischen Bundesbahnen von sich aus erklärten, dass sie insgesamt 23 Nebenstrecken in Österreich stilllegen wollten, darunter auch die Außerfernbahn. Herr Staatsminister Dr. Wiesheu hat daraufhin sofort Kontakt mit dem Land Tirol aufgenommen, mit Herrn Landeshauptmann Dr. Weingartner. Wir haben auch mit Wien Kontakt aufgenommen und uns außerdem sofort an den Bundesverkehrsminister sowie die DB AG gewandt. In dem Zusammenhang haben wir klar zum Ausdruck gebracht: Bayern hat ein spezielles Interesse an der Aufrechterhaltung der in Rede stehenden Strecke. – Dies ist in den letzten Tagen nochmals geäußert worden. Ich hoffe, dass unsere gemeinsamen Interventionen erfolgreich sind.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Letzte Zusatzfrage: Herr Kollege Sprinkart.

**Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Staatssekretär, Sie gehen also davon aus, wenn die angesprochene Maßnahme in der Sammelvereinbarung 5/98 aufgeführt ist, muss das Eisenbahn-Bundesamt die dafür beantragten Mittel freigeben. Verstehe ich Sie da richtig?

**Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium):** Genauso ist es. Ich sage es noch mal: Wir führen die Gespräche zur Verabschiedung von Sammelvereinbarungen regelmäßig durch. Hierbei tragen beide Seiten ihre Argumente vor. Letztlich kommt es zu einer einvernehmlich beschlossenen Vorschlagsliste. Das war bis dato so. Insofern waren wir völlig überrascht, als es jetzt zu einer Kündigung kam. Wir werden in jedem Falle darauf bestehen – das sage ich klar und deutlich –, dass die Außerfernbahn weiterhin fährt, und zwar nicht nur mit Diesel, sondern mit Strom aus einer neu zu installierenden Oberleitung.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Die nächste Frage stellt Herr Dr. Waschler.

**Dr. Waschler (CSU):** *Herr Staatssekretär, welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung, um Benachteiligungen der ostbayerischen Region aufgrund der Medienberichten zufolge von der Deutschen Bahn AG geplanten Einschränkungen der IC-Verbindung Nürnberg – Regensburg – Passau zugunsten der Linie Nürnberg – München – Salzburg mit den für Ostbayern nachfolgend zu befürchtenden wirtschaftlichen und touristischen Einbußen zu verhindern?*

**Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium):** Frau Präsidentin! Herr Kollege Waschler! Sie wissen, dass die Deutsche Bahn AG ihre Entscheidungen hinsichtlich des Schienenpersonenfernverkehrs in eigener Verantwortung trifft. Der Schienenpersonenfernverkehr ist Aufgabe der Bahn. Insofern sind die Einflussmöglichkeiten der Bayerischen Staatsregierung begrenzt. Derzeit bestehen im internationalen Verkehr über Passau im Tagesverkehr drei EC-Verbindungen, nämlich die Verbindung Köln – Passau – Wien – Budapest, die Verbindung Magdeburg/Hannover – Passau – Wien und die Verbindung Köln – Passau – Wien sowie eine ICE-Verbindung Hamburg – Passau – Wien und im Nachtverkehr drei EN-Verbindungen, nämlich die Verbindung Berlin – Passau – Wien – Budapest, die Verbindung Brüssel/Amsterdam – Passau – Wien und die Verbindung Hamburg – Passau – Wien. Nach Angaben der Deutschen Bahn AG – wir haben uns aufgrund Ihrer Anfrage extra erkundigt – ist dieses Angebot an internationalen Fernzügen auch für den Fahrplan 2001/2002 vorgesehen.

Nach Fertigstellung der Neubaustrecke Ingolstadt – Nürnberg im Jahr 2003 wird die DB Reise- und Touristik AG wie schon angekündigt den Schienenpersonenfernverkehr weiträumig neu ordnen. Die Planungen ab diesem Zeitpunkt sind heute noch nicht konkretisiert. Nach Auskunft der Deutschen Bahn AG werden aber in jedem Fall auch künftig Tages- und Nacht-Fernzüge über Passau verkehren. Wir werden erforderlichenfalls mit Nachdruck bei der DB Reise- und Touristik AG die Bedienung des ostbayerischen Raumes mit Fernverkehr im mög-

lichst bisherigen Umfang aus regional- und strukturpolitischen Gründen einfordern. Ich sage noch einmal, unser Bemühen ist es, dass das Verkehrsangebot auf dieser wichtigen Strecke nicht ausgedünnt, sondern im Gegenteil verbessert wird.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Zusatzfrage: Frau Peters.

**Frau Peters** (SPD): Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, dass es im Bayerischen Landtag eine interfraktionelle Arbeitsgruppe Bahn gibt? Ist Ihnen darüber hinaus auch bekannt, dass bei dem letzten Treffen dieser Gruppe diese Frage eine Rolle gespielt hat, wobei dieselbe Erkenntnis gewonnen wurde wie hier? Wäre es daher für den Kollegen nicht sinnvoller, sich wegen solcher Fragen in der Gruppe „Bahn“ des Landtags direkt mit der Bahn auseinander zu setzen, statt sie hier im Landtag nur noch im Nachgang zu behandeln?

**Staatssekretär Spitzner** (Wirtschaftsministerium): Ich habe sehr viel Verständnis dafür, dass Kollege Dr. Waschler die politische verantwortliche Regierung zu diesem Thema befragt.

(Dr. Kaiser (SPD): Was auch nicht anders zu erwarten war!)

– Warten Sie ganz kurz, Herr Kollege Kaiser. Sie werden sehen, wie recht ich habe. Ich halte es für richtig, dass Abgeordnete sowohl der Opposition als auch der Regierungspartei die Staatsregierung fragen, damit die Antworten darauf auch festgehalten werden. Ich sehe jetzt leider keinen schwäbischen Abgeordneten hier im Saal.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Doch, Herr Sprinkart!)

– Doch, Herr Sprinkart, Sie sind da. Sie werden mir bestätigen, dass es zum Einsatz von Neigetechnikzügen im Allgäu und auf der Strecke nach Garmisch-Partenkirchen auch Ankündigungen von der Bahn gab. Jetzt müssen wir aber feststellen, dass alles das, was angekündigt worden ist, nicht erfüllt wurde. Nachdem die Bahn jetzt in verschiedene Bereiche aufgeteilt ist, haben wir auch die Erfahrung gemacht, dass wir von den jeweiligen Bereichen der Bahn sehr oft unterschiedliche Aussagen bekommen, worüber sich auch ihre Bürgermeister ärgern. Nachdem aber wir auf Seiten der Bayerischen Staatsregierung mit Herrn Mehdorn sehr intensive Gespräche geführt haben, haben wir diese neuesten Auskünfte bekommen, die wir jetzt dargestellt haben. Ich hoffe sowohl in Ihrem wie auch in meinem Interesse, also im Interesse Ostbayerns, dass das, was von der Bahn angekündigt wurde, auch Wirklichkeit wird. Ich bin ein bisschen skeptisch, denn wir haben hier schon einschlägige Erfahrungen gemacht. Deswegen hat es auch Gewicht, wenn wir gegenüber der Bahn sagen können, dass ihre Auskünfte auch im Plenum des Landtags behandelt und im Protokoll des Landtags festgehalten worden sind. Das schadet nichts, das nützt nur.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Nächste Zusatzfrage: Herr Waschler.

**Dr. Waschler** (CSU): Herr Staatssekretär, teilen Sie die Auffassung, dass die Äußerungen der Bahn in mündlicher Form, wie sie eben von Frau Kollegin Peters angedeutet worden sind, die schriftlichen Antworten, die auf Anfragen ergingen, und auch die Medienberichte, die zu erheblichen Verunsicherungen führen, teilweise sehr unterschiedlich ausfallen und unterschiedlich interpretiert werden können, und dass diese Auskünfte mit den Tatsachen oftmals nicht übereinstimmen? Ist diese Sorge berechtigt?

**Staatssekretär Spitzner** (Wirtschaftsministerium): Ich verstehe Ihre Sorge. Wir haben schon entsprechende Erfahrungen gemacht. Ich habe mich in den letzten Jahren schon ein paar Mal gegenüber Kollegen dafür entschuldigt, dass ich eine Auskunft wiedergegeben habe, die nicht gestimmt hat. Ich habe allerdings nur das wiedergegeben, was uns von der Bahn berichtet worden ist.

(Dr. Kaiser (SPD): Dann haben aber Sie auch falsche Angaben gemacht!)

Deswegen sage ich noch einmal, ich bin bei diesem Thema ein bisschen skeptisch, denn wir haben noch den Zeitraum bis 2003 vor uns. Das grobe Raster für die Neuordnung des Fernverkehrs liegt bisher noch nicht vor. Bei der Neuordnung des Fernverkehrs hängt natürlich Vieles davon ab, wie die Bahn jeweils mit den Ländern ins Reine kommt. Ich nenne nur den Ersatz für die ausfallenden Interregios. Es ist Einiges im Fluss. Bei der Strecke über Passau handelt es sich allerdings um eine internationale Strecke, und deswegen bestehen wir in Bayern darauf, dass diese Strecke auch bedient wird.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Letzte Zusatzfrage: Frau Kollegin Peters.

**Frau Peters** (SPD): Herr Staatssekretär, ist Ihnen bekannt, dass bei einer vergleichbaren Frage meinerseits der Herr Staatsminister geantwortet hat, ich wüsste wohl noch nicht, dass die Bahn privatisiert ist? Nur so viel zu den unterschiedlichen Antworten aus Ihrem Hause.

**Staatssekretär Spitzner** (Wirtschaftsministerium): Frau Kollegin, das ist mir nicht bekannt. Ich weiß viel, aber nicht alles. Ich nehme zu solchen Fragen immer sehr ausführlich Stellung.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Auch auf Fragen von der Opposition?)

– Sicherlich kann man sich bei manchen Anfragen die Frage stellen, ob sie notwendig sind. Darüber kann man diskutieren und verschiedener Ansicht sein. Nachdem aber eine Neuordnung des Fernverkehrs angekündigt worden ist, ist es schon notwendig, dass dieses Thema bei uns – ich sage es einmal bayerisch – auf der Pfanne bleibt und weitergekocht wird.

(Frau Peters (SPD): Das machen wir auch!)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Die nächste Frage: Herr Dr. Kaiser.

**Dr. Kaiser (SPD):** *Herr Staatssekretär, wie beurteilt die Staatsregierung die angekündigte Aufspaltung der Atecs, also des Zusammenschlusses von Mannesmann Rexroth, Mannesmann Sachs, Kraus-Maffei, VDO und anderen, und die damit verbundene vollständige Integration der Mannesmann Rexroth AG in Lohr am Main in die Robert-Bosch GmbH in Stuttgart, nachdem die Staatsregierung nach dem abgesagten Börsengang den Erwerb dieser Mannesmann-Tochter mit ca. 25 000 Arbeitsplätzen in Bayern durch ein Konsortium von Siemens-Bosch – jeweils zu 50% – in Konkurrenz zu Thyssen/Krupp massiv befürwortet hat?*

**Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium):** Herr Kollege Kaiser, ich darf Ihre Frage wie folgt beantworten: Nach einem wochenlangen, sehr harten Bieterkampf mit Thyssen-Krupp haben Siemens und Bosch von Vodafone am 14. April dieses Jahres den Zuschlag für die Mannesmann-Industriegruppe Atecs erhalten. Die Bayerische Staatsregierung hat diese Entscheidung von Vodafone begrüßt. Sie ist der Überzeugung, dass damit eine sachgerechte und wirtschaftlich sinnvolle Lösung für die in Atecs vereinigten Firmengruppen gefunden wurde. Aufgrund kartellrechtlicher Bedenken der EU-Kommission wird Siemens die industrielle Führung bei den Automobilzulieferern VDO, Sachs und Dematic übernehmen, während Bosch die industrielle Führung bei Rexroth erhält. Damit wird entsprechend den kartellrechtlichen Bedenken der EU-Kommission verhindert, dass Bosch Einblick in die Geschäfte des bisherigen Wettbewerbers VDO erhält, sodass der Wettbewerb erhalten bleibt.

Die Bayerische Staatsregierung beurteilt das von Siemens und Bosch vorgelegte Konzept positiv. Nach ihrer Auffassung stärkt es die Marktposition beider Unternehmen und trägt auch zum Erhalt und zum Ausbau der Arbeitsplätze bei Rexroth bei. Die Staatsregierung und insbesondere Minister Dr. Wiesheu stehen in ständigem engen Kontakt mit der Geschäftsleitung. Wir werden die weitere Entwicklung sehr aufmerksam verfolgen.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Erste Zusatzfrage: Herr Kollege Dr. Kaiser.

**Dr. Kaiser (SPD):** Herr Staatssekretär, kann ich Ihrer Antwort entnehmen, dass damit das ursprüngliche Konzept, wonach beide Firmen jeweils zu 50% die Atecs erwerben, gescheitert ist? Wird die Atecs jetzt aufgespalten in einen Teil, der dann zu 100% an Bosch geht und einen Teil, der zu 100% an Siemens geht? Wie beurteilen Sie das Problem, dass die Mannesmann Rexroth AG in Lohr ihre Automobiltechnik vor einigen Monaten an Siemens veräußert hat und damit am Standort Lohr wiederum eine Aufspaltung zwischen Bosch und Siemens erfolgt?

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Bitte Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium):** Herr Kollege Dr. Kaiser, wir haben in diesem Hause schon oft darüber diskutiert, dass bei solch großen Mergers meist Lösungen herauskommen, die nicht unseren Idealvorstellungen entsprechen. Manche unserer Idealvorstellungen werden natürlich sehr stark vom Kartellamt korrigiert. Die EU-Kommission hat hier kartellrechtliche Bedenken in einer Deutlichkeit ohnegleichen erhoben. Wir müssen diese Bedenken akzeptieren. Wir können nicht dagegen vorgehen. Unter den veränderten Bedingungen, für die die EU-Kommission durch ihre Bedenken die Determinanten gesetzt hat, ist dies für uns eine sinnvolle und akzeptable Lösung.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Eine weitere Zusatzfrage: Herr Kollege Dr. Kaiser.

**Dr. Kaiser (SPD):** Herr Staatssekretär, teilen Sie meine Auffassung, dass es sich die Staatsregierung mit ihrer Antwort etwas leicht macht? Bereits beim Bieterwettbewerb war in der Presse nachzulesen, dass es im Fall von Thyssen und Krupp keine Überschneidungen in der Produktpalette gibt. Demgegenüber gebe es beim Erwerbkonsortium Siemens-Bosch massive Überschneidungen, sodass die Bedenken der EU-Kommission und des Kartellamtes vorhersehbar gewesen seien. Die Situation wäre also nicht eingetreten, wenn man sich daran orientiert hätte.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium):** Aus den Presseberichten zu diesem Thema habe ich entnommen, dass es zu diesem Thema unterschiedliche Bewertungen und unterschiedliche Ansichten gibt.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Eine letzte Zusatzfrage: Herr Kollege Dr. Kaiser.

**Dr. Kaiser (SPD):** Ich habe noch eine Frage, weil es vor allem um die Arbeitsplätze an den bayerischen Standorten geht. Herr Staatssekretär, was werden Sie unternehmen, wenn es bei den Firmen Mannesmann Rexroth in Lohr, Mannesmann Sachs in Schweinfurt und Krauss-Maffei in München mit insgesamt 25 000 Arbeitsplätzen zu Planungen kommen sollte, die zu einem Abbau von Arbeitsplätzen führen würden?

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium):** Uns ist dieses Problem sehr wohl bewusst. Wir wissen, dass die Gefahren, die Sie soeben dargestellt haben, nicht im Bereich des Unmöglichen liegen. Ich möchte jetzt keine Einzelheiten auf dem Jahrmarkt der Öffentlichkeit aus-

plaudern. Ich kann Ihnen nur sagen, dass Herr Dr. Wiesheu seit Monaten in sehr engem Kontakt mit der Spitze des Unternehmens steht und genau die Bedenken, die Sie haben, immer und immer wieder vorträgt. Dr. Wiesheu tut alles, aber auch alles, was wir von Seiten des Freistaates Bayern tun können, damit das Schreckensszenario, das Sie soeben dargestellt haben, nicht eintritt. Ich sage nochmals: Wir tun alles, um dies zu verhindern.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Der nächste Fragesteller ist Herr Kollege Sprinkart.

**Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** *Herr Staatssekretär, welche Maßnahmen zur Erhaltung der Fahrleitung auf der Außerfernbahn gedenkt die Bayerische Staatsregierung zu ergreifen, sofern die DB AG nicht bereit wäre, BSCHWAG-Mittel hierfür in Anspruch zu nehmen?*

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium):** Herr Kollege Sprinkart, die Sanierung der Oberleitung für den bayerischen Abschnitt zwischen Garmisch-Partenkirchen und Griesen ist als Maßnahme nach § 8 Absatz 2 Bundesschienenwegeausbaugesetz zwischen dem Wirtschaftsministerium und der DB Netz AG fest vereinbart. Nachdem die Österreichische Bundesbahn (ÖBB) einseitig erklärt hat, dass sie ab dem Fahrplanwechsel 2001 die Strecke Griesen – Reutte i. Tirol nicht mehr bedienen werde, hat die DB Netz AG mitgeteilt, dass die Investition in Höhe von 5 Millionen DM angesichts der bevorstehenden Einstellung des Schienenpersonenverkehrs auf der Außerfernbahn wirtschaftlich nicht vertretbar sei.

Staatsminister Dr. Wiesheu hat sich an den Vorstandsvorsitzenden der DB Netz AG und an den Bundesminister für Verkehr mit der Bitte gewandt, auf die ÖBB dahingehend einzuwirken, dass die Absicht, zum 9. Oktober 2000 den Verkehr auf den österreichischen Abschnitt einzustellen, nicht verwirklicht wird. Sollte die Strecke zum Abbau der Oberleitung ab dem 9. Oktober 2000 – wie dies von der DB AG angekündigt ist – technisch gesperrt werden, ist ein Schienenersatzverkehr durch Busse und eine Wiederinbetriebnahme mit Dieselfahrzeugen vorzusehen. Die Staatsregierung verlangt jedoch mit Nachdruck, dass eine neue Oberleitung schnellstmöglich errichtet wird.

Es bleibt zunächst abzuwarten, ob das Land Tirol in seinen Bemühungen um die Einhaltung des bis zum Jahr 2007 befristeten Verkehrsdienstvertrages mit der ÖBB erfolgreich ist. In diesen Tagen laufen hierzu intensive Verhandlungen. Gestern habe ich erfahren, dass die Tiroler Landesregierung für den Fall, dass die ÖBB nicht zur Einhaltung des Verkehrsdienstvertrages gezwungen werden kann, erwägt, die Durchführung des Verkehrs auf der Außerfernbahn im Wege der Ausschreibung an einen Dritten zu vergeben.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Erste Zusatzfrage: Herr Kollege Sprinkart.

**Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Staatssekretär, ist Ihrer Einschätzung nach ein Abbau der Oberleitung durch die DB Netz AG ohne Genehmigung des Eisenbahnbundesamtes zulässig?

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium):** Da bin ich, offen gesagt, überfragt. Dies ist eine juristische Frage, die ich Ihnen jetzt nicht beantworten kann. Tatsache ist, dass in den letzten Jahren keine Ertüchtigung, Erneuerung oder Renovierung dieser Strecke vorgenommen worden ist. Dies hat mir ein Vetreter der Bahn erklärt. Die Oberleitung befindet sich inzwischen in einem Zustand, dass sie abgebaut werden muss. Andernfalls würden von dieser Oberleitung Gefahren ausgehen. Das ist Fakt. Wir bestehen aber auf der Installation einer neuen Oberleitung.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Eine weitere Zusatzfrage: Herr Kollege Sprinkart.

**Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Staatssekretär, kann nach Ihrer Einschätzung der Vorsitzende der Bahn AG, Herr Mehdorn, die zum 3. Oktober auslaufende Betriebsbewilligung der Außerfernbahn verlängern?

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Bitte, Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium):** Auch hier bin ich überfragt. Man sollte nicht Ja oder Nein sagen, wenn man die Antwort nicht weiß. Ich lasse Ihnen die Antwort schnellstmöglich zukommen. Ich weiß nicht, welche gesetzlichen Möglichkeiten Herr Mehdorn hat. Ich könnte mir sehr wohl vorstellen, dass es möglich ist.

(Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich bekomme aber von Ihnen eine schriftliche Antwort?)

– Selbstverständlich.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Die nächste Frage stellt Herr Kollege König.

**König (CSU):** *Herr Staatssekretär, welche Verbesserungen und welche Verschlechterungen der Verkehrsanbindung Hofs über die Bahn erwartet die Staatsregierung bis zum In-Kraft-Treten des Sommerfahrplans 2001, welche Verschlechterungen sind mit den von der Staatsregierung bei der Bahn bestellten Verkehrsleistungen nicht in Einklang zu bringen und welche Konsequenzen ergeben sich voraussichtlich aus den bestehenden Verträgen und für den Abschluss zukünftiger Verträge?*

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Spitzner** (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege König, bis zum Inkrafttreten des Sommerfahrplans am 10. Juni 2001 erwartet die Staatsregierung im Wesentlichen keine fahrplanmäßigen Veränderungen der Schienenanbindung Hof. Lediglich aufgrund technischer Probleme bei den zwischen Nürnberg – Marktredwitz – Hof im Einsatz befindlichen Pendolino-Fahrzeugen VT 610 ergeben sich derzeit auf dieser Strecke Fahrzeitverlängerungen. Nach dem von der DB Regio ab dem 5. November 2000 geplanten Notfallkonzept, das von der rechtzeitigen Verfügbarkeit neuer Neigetechnik-Triebwagen VT 612 abhängt, wird es zwischen Pegnitz und Hof keine Fahrzeitverlängerungen geben – so die Stellungnahme der Bahn. Allerdings muss von und nach Nürnberg in Pegnitz auf die zwischen Nürnberg und Bayreuth verkehrenden loksbespannten Züge umgestiegen werden, die eine etwas längere Fahrzeit benötigen.

Die Ersatzmaßnahmen weichen von den durch die Bayerische Eisenbahngesellschaft bei der DB AG im Auftrag des Staatsministeriums für Wirtschaft, Verkehr und Technologie bestellten Verkehrsleistungen ab. Der bestehende Verkehrsdurchführungsvertrag sieht Vertragsstrafen für Verspätungen vor, allerdings nur bayernweit auf einer monatlichen bzw. jährlichen Durchschnittsbasis. Im vorliegenden Fall handelt es sich um eine länger andauernde Zwangslage, der die DB Regio mit einem Notfallfahrplan begegnet. Die einzig sinnvolle Handlungsalternative für die Besteller ist in diesem Fall das Drängen auf eine Optimierung des Notfallkonzepts und eine möglichst zügige Instandsetzung der VT-610-Triebwagen.

Allerdings beabsichtigt die DB Reise- & Touristik AG, die den Fernverkehr betreibt, zum Fahrplanwechsel 2001 die Interregio-Linie 25 München-Regensburg-Hof gänzlich einzustellen. Die Staatsregierung wird alle Möglichkeiten ausschöpfen, um hiergegen vorzugehen und den Bestand der Interregio-Linie 25 weiter sicherzustellen.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Erste Zusatzfrage: Herr König.

**König** (CSU): Herr Staatssekretär, wäre es nicht angemessen, dass angesichts des zunehmend zum Einsatz kommenden uralten DDR-Wagenmaterials die seinerzeit geltenden DDR-Bahnpreise in Nordbayern zum Einsatz kommen, und würde es die Staatsregierung als sinnvoll ansehen, die anhaltenden Verschlechterungen nördlich von Regensburg, in der nördlichen Oberpfalz und nördlich von Nürnberg zu touristischen Zwecken langsam aber sicher als Abenteuerreisen zu bewerten?

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Spitzner** (Wirtschaftsministerium): Herr Kollege König, zur Preisgestaltung in Höhe der Ostmark

kann ich nichts sagen. Wir wollen auf keinen Fall wieder den Mottenkugelgeruch, den wir früher in den DDR-Zügen genossen haben. Zum zweiten Teil der Frage, betreffend die Abenteuer-Reisen – auf neubayrisch: adventure, das neue Erlebnis –, ist zu sagen: Ich weiß, dass es aus diesem Gebiet viele Klagen gibt. Wir mahnen die Bahn permanent, Verbesserungen vorzunehmen, weil der Fahrzeugkomfort, die Pünktlichkeit, die Umsteigemöglichkeiten, die Vertaktung und die Attraktivität des Wagenmaterials entscheidend sind, damit die Leute die Bahn benutzen. Hier gibt es sicherlich auch Defizite. Wir haben das Problem, dass die Neigetechnikzüge derzeit alle in der Wartung sind. Die Wartung dauert leider viel zu lange und ist sehr kostenintensiv. Wir sind im permanenten Gespräch mit der Bahn. Wir sind der Meinung, dass verbessertes Wagenmaterial in den nächsten Jahren angeboten werden muss, um die Attraktivität der Strecken zu sichern.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Nächste Zusatzfrage: Herr Müller, bitte.

**Willi Müller** (CSU): Herr Staatssekretär, nachdem Sie erfreulicherweise erklärt haben, dass Sie alles tun wollen, um die Interregio-Strecke Hof-Regensburg-München aufrechtzuerhalten, frage ich Sie: Ist es richtig, dass Pendolinos im Allgäu eingesetzt werden sollen, obwohl dort zum Teil keine neigetechnikfähigen Strecken vorhanden sind, und wenn ja, wäre es nicht vernünftiger, die Pendolinos dort einzusetzen, wo sie wirklich gefahren werden können?

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Spitzner** (Wirtschaftsministerium): Herr Müller, ich kenne Sie als einen leidenschaftlichen Kämpfer für die Interessen Oberfrankens. Ich bitte aber um Verständnis, dass wir uns bemühen, alle Teile des Freistaats Bayern möglichst gleich zu behandeln. Wir haben seinerzeit die Pendolinos für das Allgäu und für Oberbayern zugesagt. Die Bahn ist ihrem Versprechen, die Strecken zu ertüchtigen, nicht nachgekommen. Wir müssen aber das Versprechen einlösen. Es gibt kein Entweder/Oder, sondern nur ein Sowohl/Als auch. Wir müssen dafür sorgen, dass die vorhandenen Defizite in den nächsten Jahren behoben werden. Das wird zwangsläufig dazu führen, dass manche Regionen eher und manche später drankommen. Insgesamt gesehen solle es gerecht gemacht werden.

Wir müssen gemeinsam dafür sorgen – und ich fordere auch die Opposition dazu auf, weil das eine politische Entscheidung ist –, dass Herr Mehdorn vom Verkehrsministerium das Geld bekommt, um die Strecken weiterhin befahren zu können. Herr Mehdorn sagt, er bekomme vom Bund das Geld nicht.

(Frau Gote (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bekommt er doch!)

Er wird deswegen bei vielen Strecken den Rotstift ansetzen müssen. Ich fordere Sie auf, uns nachhaltig zu

unterstützen, damit der Bund der Bahn die nötigen Mittel zur Verfügung stellt, damit auch die Strecken, die sich nicht rechnen, in der Mischkalkulation befahren und bedient werden können.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Letzte Zusatzfrage: Herr Schläger.

**Schläger (SPD):** Herr Staatssekretär, nachdem in den letzten zwei Jahren auf den angesprochenen Strecken die Interregiozüge ausgedünnt oder eingestellt und die Pendolinos abgezogen wurden – ein Teil ging zur Expo in ein anderes Bundesland, und zusätzlich gingen die neuen S-Bahn-Züge statt nach München nach Hannover –, frage ich Sie, ob es unter den von Ihnen geschilderten Umständen angezeigt gewesen wäre, mit der DB AG und den anderen Bundesländern zu verhandeln, inwiefern diese durch die Zurverfügungstellung von Wagen Bayern aus seiner Notlage hätten helfen können?

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium):** Wir führen solche Gespräche. Auch der Referent des Wirtschaftsministeriums führt solche Gespräche mit den Referenten anderer Länder. Wir müssen feststellen, dass wir nicht das schlechteste Wagenmaterial haben und dass die Bereitschaft der anderen Länder nicht sehr groß ist, uns zu helfen. Bayern war großzügig, indem es S-Bahn-Züge für die Expo zur Verfügung stellte. Wir haben der Regierung in Hannover geholfen, als sie ihren Hilferuf an uns richtete. Das ist echte bayerische Solidarität, die wir auch von sozialdemokratisch geführten Ländern erwarten. Ich bitte Sie, in diesem Sinne bei Ihren Kollegen vorstellig zu werden. Wir werden das herzlich danken.

(Schläger (SPD): Haben Sie die Wagen angefordert? – Ich frage mich, warum die das nicht machen!)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Nächste und letzte Frage, weil wir mit der Beratung der Dringlichkeitsanträge beginnen wollen.

**Wörner (SPD):** *Herr Staatssekretär! Wie viele zusätzliche S-Bahn-Züge – Lang- und Kurzzüge – sind während des Oktoberfestes, insbesondere auf der Strecke Starnberg – München, eingesetzt worden, und wie viele Fahrten werden – bezogen auf alle Linien während des Oktoberfestes – insgesamt zusätzlich durchgeführt?*

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Herr Staatssekretär.

**Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium):** Herr Kollege Wörner, ich darf Ihre Frage wie folgt beantworten: Aufgrund der Erfahrungen und Zählungen in den vergangenen Jahren veranlasst der MVV bei der DB Regio AG, dass während des Oktoberfestes generell auf

allen Linien ganztägig statt der Kurzzüge Vollzüge eingesetzt werden; Ausnahme ist die S 7 ab 21 Uhr. In den Hauptverkehrszeiten verkehren ohnehin Langzüge. Hierdurch erhöht sich das gesamte über den Tag gerechnete Sitzplatzangebot von Montag bis Donnerstag um 5%, am Freitag um 10%, am Samstag um 25% und am Sonntag um 30%. Zusätzliche S-Bahn-Fahrten werden nicht durchgeführt.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Gibt es weitere Zusatzfragen? Herr Wörner, bitte.

**Wörner (SPD):** Herr Staatssekretär, wie die Presse berichtet, hat es an den beiden letzten Samstagen und Sonntagen vor allem auf der Strecke nach Starnberg chaotische Verhältnisse gegeben, sogar nachts um 22.00 Uhr. Wie will die Bahn in Zukunft sicherstellen, dass so etwas nicht mehr passiert, nachdem der Hubschrauberverkehr nach Starnberg schon vor langer Zeit eingestellt worden ist?

**Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium):** Ich will Ihnen als leidenschaftlichem Motorradfahrer nun nicht empfehlen, den Motorradverkehr zu intensivieren. Nein, wir müssen das Thema sehr ernst nehmen. Wir haben das Thema aufgrund der Berichte, die wir erhielten, zum Anlass genommen, bei der Bahn vorstellig zu werden. Uns wurde zunächst mitgeteilt, die Züge würden ausreichen. Offensichtlich war das aber, vor allem in den von Ihnen genannten Stoßzeiten, nicht der Fall. Wir werden uns mit der Bahn ins Benehmen setzen, dass so etwas künftig nicht mehr vorkommt.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Herr Sprinkart, bitte.

**Sprinkart (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Staatssekretär, wurde auch außerhalb des S-Bahn-Bereichs auf den Nahverkehrsstrecken von und nach München zusätzliches Wagenmaterial eingesetzt? Wurde mit der DB Regio darüber wenigstens verhandelt?

**Staatssekretär Spitzner (Wirtschaftsministerium):** Sie wissen, es gibt eine ganze Reihe von Sonderzügen. Auf den betreffenden Strecken wurden zusätzliche Kapazitäten zur Verfügung gestellt. Meine persönliche Meinung ist – hier bin ich offen –, die Klagen, die vor allem aus dem Augsburger Raum, aus Garmisch und aus Ingolstadt gekommen sind, muss man sehr ernst nehmen. Man muss überlegen, ob künftig nicht ein größeres Potential zur Verfügung zu stellen ist, um die dringvolle Ende, die zu gewissen Zeiten bestanden haben soll, künftig zu verhindern.

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Eine weitere Zusatzfrage sehe ich nicht. Damit ist die Fragestunde beendet. Vielen Dank, Herr Staatssekretär.

Bevor ich die zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge aufrufe, weise ich noch einmal darauf hin, dass jeder Fraktion für die Beratung der Dringlichkeitsanträge

insgesamt 45 Minuten zur Verfügung stehen. Es ist Sache der Fraktionen, diese Redezeit auf die zu behandelnden Dringlichkeitsanträge und die jeweiligen Redner zu verteilen.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Maget, Herbert Müller, Werner-Muggendorfer und anderer und Fraktion (SPD)**

**Kampf dem Rechtsextremismus; Für Toleranz und Zivilcourage – gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit (Drucksache 14/4248)**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Paulig, Kellner, Elisabeth Köhler und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Bayern zeigt Flagge; Für ein weltoffenes Bayern – gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt (Drucksache 14/4249)**

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Herrmann, Dr. Kempfner und anderer und Fraktion (CSU)**

**Entschließung gegen Extremismus und Gewalt (Drucksache 14/4251)**

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Maget.

**Maget** (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Damit kein Missverständnis und auch keine Missdeutung aufkommt, will ich klarstellen, dass sich die SPD in keiner Weise gegen ein Sonderplenum zu diesem Thema ausspricht. Im Gegenteil: Wir müssen alle befürchten – leider, muss man sagen –, dass uns dieses Thema noch lange Zeit beschäftigen wird. Wir sollten uns deshalb darauf einstellen und uns ernsthaft damit befassen.

(Beifall bei der SPD)

Alle drei Fraktionen haben heute Entschließungen vorgelegt, die gute Vorschläge und viele Anregungen enthalten. Diese Vorschläge und Anregungen sollten ernsthaft geprüft werden. Wir schlagen deshalb vor, dies so ausführlich, wie es das Thema verdient, in den Ausschüssen zu tun, und sie dann in einem Plenum zusammenzufassen und dabei gemeinsam herauszuarbeiten, welche Strategie die demokratischen Parteien in diesem Hause und im Freistaat Bayern zur Bekämpfung der Ursachen des Rechtsradikalismus in unserem Land haben.

Es würde nicht schaden, wenn wir auch zu diesem Thema eine Gedenkveranstaltung durchführen würden. In diesem Hause gibt es Soireen zu fast jedem Thema. Es wäre schön, wenn wir beispielsweise auch einmal eine Veranstaltung hätten, um den Opfern des Nationalsozialismus am 9. November zu gedenken. Das stünde diesem Hause gut an.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich bin aber ganz entschieden der Meinung, dass es gut und notwendig ist, dass das Parlament heute die erste Gelegenheit, die es nach einer langen Sommerpause hat, nutzt, um ein zentrales Thema der letzten Wochen aufzurufen und zu diskutieren. Das Ausmaß rechtsradikaler Gewalt in unserem Land ist erschütternd. Rechtsradikalismus ist ein zentrales innenpolitisches Thema geworden. Selbstverständlich setzt sich auch der Deutsche Bundestag in diesen Tagen damit auseinander.

Gerade diese Woche gibt wieder einmal Anlass, sich diesem Thema zu stellen und damit auseinander zu setzen.

(Beifall des Abgeordneten Franzke (SPD))

Erst vorgestern jährte sich zum 20. Mal das Oktoberfest-Attentat, das schlimmste Attentat in der Geschichte der Bundesrepublik, übrigens mit rechtsradikalem Hintergrund. Wir sind in der Woche des ausländischen Mitbürgers. Was würde besser passen, als genau in dieser Woche auch im Parlament eine Diskussion zum Thema Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zu führen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch am Samstag werden wir wieder eine Veranstaltung der NPD auf dem Münchner Marienplatz haben. Ich fände es gut, wenn das Parlament auch dazu eindeutig Stellung nehmen würde.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich meine deshalb nicht nur, das Parlament sollte das Thema Rechtsradikalismus in dieser Woche aufrufen, sondern es muss sich jetzt mit diesem Thema befassen. Wer verbreitet, dahinter versteckten sich parteipolitische Überlegungen, der sagt entweder die Unwahrheit oder er sagt es in Unkenntnis. Das will ich hier ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der SPD)

Wir alle haben Grund, uns mit dem Thema Rechtsradikalismus auseinander zu setzen, weil das Ausmaß, das die Gewalttaten angenommen haben, erschütternd ist. Rechtsradikale Gewalt bedeutet die Verletzung der Würde aller Menschen. Es gibt Ursachen für rechtsradikales Denken, die wir ergründen und bekämpfen müssen. Deshalb ist es nach unserer Auffassung erforderlich, ein unmissverständliches Signal aller demokratischen Parteien zu setzen: Wir wollen keine rechtsextreme Gewalt. Wir treten rechtsradikalem Handeln und Denken entschieden entgegen.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen auf der Seite der Opfer rechtsradikaler Gewalttaten, antisemitischer und ausländerfeindlicher Übergriffe. Wir bekennen uns zu Toleranz und Zivilcourage. Das muss die Botschaft sein, die von den demo-

kratischen Parteien in unserem Land ausgeht. Wir sollten deshalb gemeinsam – ich wiederhole: gemeinsam – ein Bündnis für Toleranz und Zivilcourage, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auf den Weg bringen. Wir sollten damit dem Beispiel anderer Bundesländer und vieler Kommunen im Freistaat Bayern folgen, die engagierte Bürger zu solchen Bündnissen für Toleranz und gegen Ausländerfeindlichkeit aufgerufen haben.

Die Menschen wollen sich in solchen Institutionen engagieren. Es ist nämlich erfreulicherweise so, dass die Menschen in Bayern in weit überwiegender Zahl sehr tolerant, überhaupt nicht ausländerfeindlich und sehr weltoffen sind. Die Menschen in Bayern verachten rechtsradikale Gewalt und schämen sich sogar dafür, aber sie wollen auch selbst etwas tun, um rechtsradikalen Umtrieben entgegenzuwirken. Dafür erwarten sie ein eindeutiges Zeichen der Politik.

Ich kenne aus meiner Heimatstadt München das Beispiel des „Bündnisses für Toleranz“, in dem Wirtschaftsunternehmen, die Industrie- und Handelskammer, die Handwerkskammer, die Kirchen, die Wohlfahrtsverbände und der Kreisjugendring mitwirken sowie alle Parteien aus dem demokratischen Spektrum mit einer Ausnahme, nämlich der CSU. Ich frage mich, warum die CSU bei solchen Bündnissen in Bayern nicht mitwirken will wie in München oder solche Schwierigkeiten damit hat wie in Mittelfranken. Das halte ich für ein falsches Signal, weil es nicht eindeutig ist.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Eindeutigkeit bedarf es in unserem Land, auch und gerade bei der CSU. Das ist wichtig. Ich denke, Sie sollten zumindest in München Ihre Haltung überdenken. Es wäre schön, wenn wir in Bayern etwas auf den Weg bringen könnten, das nach außen signalisiert, alle Parteien, die im Landtag vertreten sind, wollen gemeinsam gegen rechtsradikale Gewalt vorgehen.

(Beifall bei der SPD)

Das allein reicht aber nicht aus. Es wird nicht genügen. Wir brauchen Maßnahmen gegen Rechtsradikalismus auf allen Ebenen.

Erstens. Es muss beim Verfassungsschutz beginnen. Hier stelle ich leider fest und könnte dies mit vielen Zitaten lang und breit belegen: Rechtsradikalismus wird in Bayern bis in die jüngste Zeit hinein ausweislich der Verfassungsschutzberichte, zuletzt für das erste Halbjahr 2000, in beispielloser Weise verharmlost.

(Beifall bei der SPD)

Ich erspare Ihnen die Zitate, aber ich schlage vor, sie einfach einmal nachzulesen, vor allem all das, was zur NPD gesagt wird. Im Grunde heißt es dort, es gibt sie tatsächlich, es ist ein Problem, aber es besteht kein Grund zur Sorge, denn man hat alles im Griff. Das ist der Tenor, der aus den Verfassungsschutzberichten spricht. Deswegen sage ich, der Verfassungsschutz in Bayern ist auf dem rechten Auge blind, und ich kann es Ihnen beweisen.

(Dr. Bernhard (CSU): So ein Schmarrn!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, überhaupt keine Beachtung findet, dass Bayern zwar erfreulicherweise bislang von allerschlimmsten Übergriffen und Gewalttaten verschont ist, dass aber von bayerischem Boden aus mit die schlimmsten rechtsradikalen Veröffentlichungen und Publikationen in die Bundesrepublik Deutschland verschickt werden. Hier in München wird die „Deutsche Nationalzeitung“ hergestellt, und von hier aus wird sie vertrieben, ohne dass man auch nur den Versuch unternimmt, etwas dagegen zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Hier in München wohnt einer der widerlichsten Agitatoren des Rechtsextremismus, Herr Frey. Ich vermisse eine eindeutige Stellungnahme der CSU dagegen, und ich vermisse ein eindeutiges Handeln gegen diese Institution.

(Zurufe von der CSU)

Sie können nichts dafür, aber ich darf darauf verweisen, dass der Finanzberater des Herrn Frey ein früheres Mitglied dieses Hauses, ein Landtagsabgeordneter aus dem Münchner Norden von der CSU, ist. Dafür können Sie nichts, aber ich möchte doch darauf verweisen dürfen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Bernhard (CSU))

– Herr Dr. Bernhard, ich sage Ihnen eines: Wenn Sie wollen, dass die „Deutsche Nationalzeitung“ nicht in München erscheint, dann können Sie das durchsetzen. Ich kann Ihnen einige Beispiele nennen, wie das möglich ist.

(Hofmann (CSU): Stellen Sie doch einen Antrag!)

Dem Mann schickt man jede Woche einen Betriebsprüfer ins Haus und schikaniert ihn so lange, bis er aufgibt. Genau so macht es übrigens mit Recht die Polizei mit ausländerfeindlichen Rechtsextremisten in Bayern.

Ich will einige Bemerkungen zum Thema „NPD-Verbot“ machen. Ich glaube, dass gerade das, was im bayerischen Verfassungsschutzbericht steht, die Gefahr beinhaltet, dass ein NPD-Verbot scheitern wird. Wenn Sie mit dieser Anklageschrift vor das Verfassungsgericht treten und sagen, auf diesen Erkenntnissen beruht unser Verbotsantrag gegenüber der NPD, dann werden Sie verlieren. Das hielte ich für das Schlimmste. Man stellt einen Verbotsantrag nur dann, wenn man absolut sicher ist, dass die NPD tatsächlich verboten wird. Wäre das nicht der Fall, wäre das die schlimmste aller Möglichkeiten, es wäre eine Reinwaschung der NPD.

Weil Sie von Herrn Dr. Biedenkopf vielleicht eher ein Argument annehmen als von mir, der ich es aber genauso sagen würde, zitiere ich Herrn Dr. Biedenkopf wie folgt:

Wahrscheinlich erscheint mir, dass die Verfassungsrichter ein NPD-Verbot ablehnen und das Problem

damit an die Politik zurückgeben. Die NPD ist zur Zeit am ehesten gewaltbereit, aber die DVU ist politisch genauso gefährlich und zudem sehr wohlhabend. Ähnliches gilt für die Republikaner. Würde nur eine dieser rechtsextremen Gruppen verboten, würde man die anderen rehabilitieren.

Das ist das Problem, das Ihnen Herr Dr. Biedenkopf in dieser Weise schildert. Ich glaube, er hat recht. Verbotsanträge gegenüber der NPD helfen überhaupt nicht weiter, weil sie am eigentlichen Problem vorbeigehen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist für mich das entscheidende Argument. Es ist wohl eine typisch deutsche Haltung und Vorstellung, zu glauben, etwas, was man nicht mag, verbietet man einfach und damit ist es weg. Damit ist das Problem aber nicht beseitigt, denn die Ursache für das Vorhandensein der NPD ist weit verbreitetes rechtsradikales und ausländerfeindliches Denken in unserem Land. Damit müssen wir uns auseinander setzen.

(Beifall bei der SPD)

Davon lenkt in Wahrheit ein Verbotsantrag, der aus meiner Sicht nicht erfolgversprechend ist, nur ab.

Zweitens. Wir brauchen eine harte Gangart gegenüber Rechtsextremen. Ich glaube, darüber sind wir uns einig. Deswegen ist es zu begrüßen, dass der Bund zum Beispiel Organisationen wie „Blood and Honour“ verbietet. Das ist richtig, weil es sich hierbei um gewalttätige Organisationen handelt, denen man dieses strikt nachweisen kann. Ein solches Verbot wird halten und ist sinnvoll.

Auch polizeiliche Maßnahmen, die in Bayern ergriffen werden, sind sinnvoll. Wir sagen das ausdrücklich und loben die Arbeit der Polizeibehörden in Bayern, die sich mit diesen Fragen auseinander setzen. Es mag sein – dazu liegen Vorschläge und Anträge vor –, dass man auf diesem Gebiet noch vieles tun und verbessern kann. Wenn ja, dann soll man es auch tun.

Drittens. Rechtsradikalismus fällt nicht vom Himmel, sondern wächst auf einem Nährboden. Rechtsradikale Parteien entstehen nur dort, wo sie auf Menschen und Denken treffen, die diesem Rechtsradikalismus eine Chance geben. Rechtsradikalismus entsteht im Bewusstsein der Menschen. Das ist leider nicht neu. Ich erinnere an eine in diesem Zusammenhang viel zitierte Sinus-Studie, die 20 Jahre alt ist. Darin heißt es, dass in Deutschland 13% der Menschen über ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen. Ich fürchte, daran hat sich nicht viel geändert. Also sollten wir wenigstens jetzt die öffentliche Debatte zum Thema „Rechtsextremismus“ nutzen, alles zu tun, um dem entgegenzuwirken. Wir sollten bitte schön auch aufhören, Stichworte zu liefern, um rechtsextremes Denken in Bayern und Deutschland weiter anzuheizen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen als verantwortliche und verantwortungsbewusste Politiker gerade in der augenblicklichen Situation

unsere Worte sorgfältig wägen. Das sage ich in Richtung aller Parteien.

Wir müssen als verantwortungsbewusste Politiker dafür sorgen, dass sich an den Stammtischen nicht ausländerfeindliches Denken etablieren kann, und wir dürfen dort gewiss kein Öl ins Feuer gießen. Wenn jemand wie der bayerische Ministerpräsident vor einer durchrassten und durchmischten Gesellschaft warnt, gießt er damit Öl ins Feuer.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der CSU)

Herr Dr. Goppel, vielleicht nehmen Sie die Einschätzung eines Anderen eher an als eine von mir: Im Augenblick findet in Aachen der Deutsche Historikertag statt. Herr Prof. Ulrich Herbert aus Freiburg hat dort zum Thema Rechtsradikalismus Folgendes ausgeführt:

Die Parteien in Deutschland sind maßgeblich mitverantwortlich für Ausländerfeindlichkeit in unserem Land. So ist den Neubürgern in Deutschland gleich klargemacht worden, wer für die Probleme im Land verantwortlich ist. Wer damals vor einer Durchmischung und einer Durchrassung gewarnt hat, braucht sich heute nicht zu wundern.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So wird das von Geschichtswissenschaftlern beurteilt. Nun könnte man dagegen einwenden, dass dieses Zitat schon viele Jahre zurückliegt. Das ist zwar richtig, aber es ist schlimm, dass sich an dieser Grundhaltung nichts geändert hat.

(Beifall bei der SPD)

Die Äußerung des bayerischen Innenministers Dr. Beckstein, dass wir mehr Menschen bräuchten, die uns nützen, und weniger, die uns nur ausnützen, schlägt in die gleiche Kerbe; daraus spricht leider der gleiche Geist.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt werfen Sie mir wieder vor, ich sei zu aggressiv und würde die Stimmung vergiften. Das muss aber gesagt werden dürfen; denn das gehört zu einer offenen Auseinandersetzung in diesem Land. Wir alle miteinander müssen uns darüber klar werden, wie man Rechtsextremismus bekämpft und wo sich die Stichwortgeber für rechtsradikales Denken befinden.

Ich bin der Meinung, dass man soziale Problemlagen, die es in unserem Land vor allem dort gibt, wo ein hoher Ausländeranteil lebt, nicht verschweigen darf. Es ist klar, dass es zu Verunsicherung der deutschen Eltern kommt, wenn in einer Schulklasse 50, 60, 70 oder gar 90% Ausländer sind. Es ist klar, dass es in Wohnvierteln mit einem Ausländeranteil von 50% zu Verunsicherung bei den Menschen kommt. Es ist klar, dass es in Gemeinden, in denen in großer Zahl Aussiedler wohnen, die zum großen Teil der deutschen Sprache nicht mächtig

sind, zu Problemsituationen und Verwerfungen kommt. Das ist zwar alles richtig, aber es kommt darauf an, wie man mit den sozialen Problemlagen umgeht, ob man ihnen entgegenwirkt oder Öl ins Feuer gießt. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sagt, die müssten alle wieder raus, und man werde dafür sorgen, dass es künftig weniger Ausländer gebe, belügt man die Leute doch; man macht ihnen etwas vor. Stattdessen muss man die Integrationskraft der Bevölkerung stärken. Dazu haben wir ein umfangreiches Maßnahmenpaket vorgelegt. Man muss den Leuten die Wahrheit sagen, die lautet: Es gibt eine Zuwanderung nach Bayern. In unserem Land leben 1,3 Millionen ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die wir brauchen, die den Wohlstand dieses Landes mitgeschaffen haben und auf deren Arbeitsleistung wir nicht verzichten wollen und nicht verzichten können.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Goppel (CSU))

Wir müssen den Menschen auch sagen, dass wir in Zukunft mehr Zuwanderung als in der Vergangenheit brauchen.

(Dr. Goppel (CSU): Das sagt auch jeder!)

– Das sagt nicht jeder. Herr Dr. Goppel, auf Ihren Plakaten steht nämlich, dass Sie ein Zuwanderungsbegrenzungsgesetz wollen. Bei Ihren Versammlungen ist nämlich regelmäßig zu hören: Wir sorgen dafür, dass weniger Ausländer kommen; sorgt euch nicht, wir handeln in eurem Interesse.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Goppel (CSU))

Sagen Sie den Menschen endlich, dass es zu mehr Zuwanderung nach Bayern wird kommen müssen. Sagen Sie das den Menschen doch endlich!

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Franzke (SPD): ... Situation in München!)

Weil Sie dort ein ideologisches Problem haben, müssen Sie sich von Vertretern der deutschen Wirtschaft belehren lassen. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Herr Stihl, hat gestern wörtlich erklärt:

Deutschland muss weltoffener werden. Es ist nötig, dass wir uns endlich massiv für ein ausländerfreundliches Klima einsetzen.

Herr Stihl sagt so etwas doch nicht ohne Bedacht und Notwendigkeit. Wir hören in allen Gesprächen mit Unternehmern in diesem Land, dass es schwer ist, ausländische Arbeits- und Fachkräfte nach Deutschland zu bringen, zum Beispiel Inder oder andere Menschen, denen man ansieht, dass sie ausländischer Herkunft sind. Sie sagen, es gäbe dabei mentale Probleme durch kulturelle Unterschiede. In Wahrheit meinen Sie, dass sich Ausländer in Deutschland, die wie Ausländer aussehen, viel-

fach nicht wohl und nicht sicher fühlen. Dieses Klima muss geändert werden, weil davon unsere gesellschaftliche und wirtschaftliche Zukunft abhängt.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle haben Recht, die in ihren Entschließungen fordern, dass wir in Schulen und Bildung mehr tun müssen als in der Vergangenheit. Ich greife einen Satz aus Ihrer Entschließung heraus, den ich ausdrücklich – er wäre im Übrigen nicht der einzige – unterschreibe: „Gewalt entwickelt sich somit dort, wo der Mitmensch nicht als gleichwertig und gleichrangig anerkannt wird.“ Das ist richtig. Es ist Auftrag unserer Bildungsinstitutionen, dafür zu sorgen, dass die Menschen, unabhängig von ihrem Pass, ihrer Hautfarbe und ihres gesellschaftlichen oder rechtlichen Status, in voller Menschenwürde anerkannt werden.

Wir als Deutsche haben allen Anlass, uns mit dem Thema Rechtsradikalismus ernsthaft auseinanderzusetzen. Meine Kinder waren an zwei Münchner Gymnasien. Das eine heißt „Sophie-Scholl-Gymnasium“, das andere heißt „Willi-Graf-Gymnasium“. Es ist gut, wenn es Institutionen im Land gibt, die zum Beispiel an Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer erinnern. Es ist auch gut, dass Sophie Scholl endlich in die Walhalla kommt.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Niemand kann verstehen, warum es dafür eines politischen Kampfes bedarf, um 50 Jahre nach Kriegsende in diesem Land eine Selbstverständlichkeit zu realisieren. Ich möchte Sie herzlich dazu einladen, die Debatte zum Thema Rechtsextremismus ernsthaft zu führen. In allen drei Resolutionen finden sich begrüßenswerte Ansätze, um in den Schulen, bei der Polizei, in der ganzen Gesellschaft Verbesserungen durchzusetzen. Lassen Sie uns diese begrüßenswerten Ansätze herausarbeiten, und setzen Sie endlich mit uns gemeinsam das Signal, auf das die Menschen warten. Die Bevölkerung soll sehen, dass alle drei Parteien in Bayern dem Rechtsradikalismus den Boden entziehen wollen und gemeinsam ein deutliches Signal gegen rechtsextreme Gewalt setzen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Glück. Bitte.

**Glück (CSU):** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Zunächst eine Vorbemerkung zur Vorgeschichte dieser Sitzung. Wir von Seiten der CSU-Fraktion haben über die Geschäftsstelle den anderen Fraktionen vorgeschlagen, uns in einer ausführlichen Weise, in einer gründlichen Beratung unter Beteiligung etwa der Bildungspolitik und der Sozialpolitik mit den Themen der Gewalt auseinander zu setzen und dafür nicht das Zeitraster der Dringlichkeitsanträge zu verwenden, sondern die Debatte in einer anderen Weise im Plenum zu füh-

ren. Dazu gab es zunächst Zustimmung aus der Geschäftsstelle der SPD – ich nehme an nach Rücksprache – und ebenso von Seiten der GRÜNEN.

Am Montag hat mich dann die Nachricht erreicht, dass Herr Maget möchte, dass dieses Thema heute behandelt wird. Wir haben dann miteinander telefoniert. Herr Maget hat darauf bestanden. Ob es Ihnen passt oder nicht: Ich kann dies nur so interpretieren, dass Sie aus rein parteitaktischen Gründen für heute Nachmittag ein Thema gesucht haben, das eben in dieser Weise nicht ausführlich genug diskutiert werden kann.

(Beifall bei der CSU)

Ihr Redebeitrag zielte auch in erster Linie darauf ab, der CSU gewissermaßen etwas anzuhängen. Lassen Sie mich dabei ganz deutlich sagen: Die CSU hat keinen Nachholbedarf bei der Bekämpfung Rechtsradikaler

(Beifall bei der CSU)

Wir haben dies auch nie parteipolitisch vermarktet. Sie haben in Ihrer Entschließung im Schlussteil eine Formulierung, die lautet: „Hass und Niedertracht dürfen nie unwidersprochen bleiben, wo immer sie sich zeigen.“ Ich frage mich, wie ernst Sie diese Formulierung nehmen, wenn es um die politische Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner geht.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Der neue Parteivorsitzende Hoderlein

(Unruhe bei der SPD)

– hören Sie einmal gut zu; vielleicht sind Ihnen Ihre eigenen Vorgänge nicht mehr bewusst genug – sagt bei seiner Antrittsrede am 22. September in Memmingen über die CSU – ich zitiere wörtlich, und das steht im Manuskript, es ist nicht eine spontane emotionale Äußerung –: „Es ist die Fratze der Verlogenheit und Doppelzüngigkeit, der Prinzipienlosigkeit, der Arroganz der Dauer-macht und der Intoleranz gegen alles und jeden, der sich nicht fügt.“ Herr Maget erklärt laut „Augsburger Allgemeine Zeitung“ von heute: „Hoderlein hat nichts als die Wahrheit gesagt.“

(Zurufe von der CSU: Unglaublich! – Das ist Toleranz und Menschenwürde! – Dr. Bernhard: Pfui Teufel! – Weiterer Zuruf von der CSU: Unerträglich!)

Meine Damen und Herren, das ist die Sprache des Hasses, der Niedertracht und der Verleumdung.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, das ist auch die Sprache, die der politischen Radikalisierung den Weg ebnet.

(Beifall bei der CSU)

Denn wer den anderen so bezeichnet, senkt die Hemmschwellen. Das ist die Aufkündigung jeder demokratischen Kultur der Parteien untereinander. Es ist heuchle-

risch, dann gleichzeitig wieder die Zusammenarbeit zu erwarten.

(Beifall bei der CSU)

So, meine Damen und Herren, haben in der Vergangenheit nur die Rechtsradikalen gegen die so genannten Altparteien gesprochen.

(Beifall bei der CSU – Frau Werner-Muggendorfer: Jetzt reicht es allmählich!)

Lassen Sie mich hinzufügen, Herr Maget: So haben die Nazis gegen die SPD und die demokratischen Parteien gesprochen.

(Beifall bei der CSU – Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Jetzt langt's aber!)

Wir können uns mit Leidenschaft über jedes Sachthema streiten. Hier geht es nicht um die Goldwaage für die einzelne Formulierung. Diese Art der Diffamierungsstrategie einer Partei und der Menschen – –

(Zurufe von der SPD: Was machen Sie denn?)

– Entschuldigung, ich habe nur zitiert, was Herr Hoderlein gesagt hat. Meine Damen und Herren, den anderen den Charakter abzusprechen – –

(Maget (SPD): Wer denn?)

– Wenn die Hoderlein-Formulierungen das nicht mehr sind, dann haben Sie nicht mehr ein normales politisches und menschliches Empfinden, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Wer eine solche Sprache im politischen Wettbewerb benutzt, der ist für mich nicht glaubwürdig, wenn er dann in einer Entschließung Toleranz fordert, egal für wen.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen sind solche Formulierungen auch gleichzeitig eine Beleidigung der überwältigenden Mehrheit der bayerischen Bevölkerung, die eine solche Partei wählt. Nicht weit entfernt von diesem Niveau sind leider auch Ausführungen von Ihnen, Herr Maget, in einer Pressekonferenz vom 8. September, in der „SPK“ vom 15. September vorgestellt. So ähnlich haben Sie ja heute auch argumentiert, wenn auch etwas versteckter. Zitat:

Ebenso wenig kann davon abgelenkt werden, dass die CSU und einige ihrer führenden Repräsentanten Stichwortgeber für rechtsextremes, ausländerfeindliches und intolerantes Denken und Handeln waren und immer noch sind.

(Frau Radermacher (SPD): Genau so ist!)

– Seien Sie einmal vorsichtiger mit Formulierungen aus Ihrem eigenen Bereich.

Der Vorsitzende der Jusos sagt

(Kaul (CSU): Gibt es die überhaupt noch?)

– wiederum ein Zitat aus der „SPK“ –: „Fremdenfeindliche Gewalttaten hatten immer die geistige Vorarbeit der CDU/CSU.“

(Zurufe von der CSU – Dr. Wilhelm (CSU): Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, das ist veröffentlicht in einer Publikation der SPD-Landtagsfraktion.

(Dr. Bernhard (CSU): Sauerei!)

Der Radikalismus und der Extremismus und entsprechend motivierte politische Gewalt können in unserem Land nur erfolgreich bekämpft werden, wenn die demokratischen Parteien bei aller Meinungsverschiedenheit noch demokratisch kultiviert zusammenarbeiten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben dann in den Mittelpunkt die Diskussion im Zusammenhang mit der Ausländerdebatte gestellt. Natürlich ist ein besonderes, wenn auch nicht ausschließliches Merkmal der Rechtsextremen ihr Feindbild gegenüber den Ausländern. Herr Maget, es gehört eben auch zum schlechten politischen Stil, wenn Sie eine Äußerung, die Edmund Stoiber einmal gebraucht hat und ausdrücklich zurückgenommen hat,

(Zuruf von der CSU: Und zwar sofort!)

ständig wiederholen. Es muss einem Menschen zugestanden sein, einen Fehler zu machen. Wenn er dies selbst als Fehler erkennt und sagt, das wiederhole ich nicht mehr und dieses war falsch, dann ist es unanständig, den Eindruck zu erwecken, dies wäre ständiger Wortschatz.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben Innenminister Beckstein wegen einer Formulierung angegriffen. Am 26. Juni sagte Bundesinnenminister Schily in einem Interview mit der „Berliner Zeitung“ – ich zitiere: – „Wir müssen unterscheiden zwischen Zuwanderung, die die Sozialkassen erheblich belastet und Zuwanderung, die unseren wirtschaftlichen Interessen entspricht.“ Der innenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Herr Wiefelspütz, sagt am 20. März 2000 im „Focus“ – das ist also nicht allzu lange her –: „Wir haben das Recht, Einwanderer nach unserem Nutzen auszuwählen.“

(Kaul (CSU): Das ist die typische Doppelstrategie der SPD!)

Meine Damen und Herren, Herr Hoderlein lobt Herrn Schily in Memmingen ob seiner noblen Art. Wenn Herr Beckstein Ähnliches sagt, wird er diffamiert. So wird die Diskussion bestritten.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen: Wie absurd der Diskussionsverlauf bei der Ausländerdebatte ist, zeigt sich wieder in dieser Woche. Nachdem der Bundesinnenminister in einem Interview mit der „Welt“ am 25. September formuliert hat – Zitat – „Zuwanderung kann mit Belastungen verbunden sein, vor allem, wenn sie ungesteuert läuft. Es muss erlaubt sein, offen darüber zu sprechen“, wird er von anderen aus der Politik als Stichwortgeber der Neonazis diffamiert.

Meine Damen und Herren, ich sage Ihnen auch mit Blick auf die Entschließung der GRÜNEN: Wenn die Menschen im Lande nicht mehr den Eindruck haben, das objektiv vorhandene Probleme, Sorgen und Ängste von den demokratisch legitimierten Parteien aufgegriffen werden, treiben wir sie zu den Rechtspopulisten und zu den Rechtsradikalen.

(Beifall bei der CSU)

Hier ist nicht der Ort, ausführlich über die Neuregelung der Zuwanderung zu sprechen. Bei der notwendigen Diskussion darüber muss aber auch thematisiert werden, dass über 90% derer, die über das Asylrecht ins Land kommen, keine Aufenthaltsgenehmigung nach Asylrecht erhalten und insoweit das Asylrecht missbraucht wird. Eine Neuregelung des gesamten Komplexes Zuwanderung einschließlich der Art von Zuwanderung, die für unseren Arbeitsmarkt in verschiedenen Bereichen gebraucht wird, ist nur möglich, wenn Fehlentwicklungen, die Kristallisationspunkte sozialer Probleme sind, korrigiert werden. Viele Menschen kommen zu uns, die keine Chance haben, sich in unserer anspruchsvollen Arbeitswelt zu integrieren. Vielmehr geraten sie in Getto-Situationen, werden zu sozialen Problemfällen, zu Außenseitern, eine Entwicklung bis hin zur Kriminalität gerade bei jungen Ausländern. Wenn es nicht gelingt, die damit verbundenen Probleme in den Griff zu bekommen, wird eine sozialverträgliche Zuwanderungsregelung nicht möglich sein. Für uns ist deshalb unverzichtbar, dass bei Neuregelung der Zuwanderung auch das Asylrecht neu geregelt wird.

(Beifall bei der CSU)

Trotz einer differenzierten Debatte über Rechtsextremismus und dessen besonderen Bezug zu Ausländer- und Fremdenfeindlichkeit werden wir uns nicht davon abhalten lassen, das Notwendige zu diskutieren und auf Fehlentwicklungen hinzuweisen. Wir werden uns zu wehren wissen, wenn damit Diffamierungsstrategien verbunden werden sollten, wie sie Herr Maget vorhin praktiziert hat.

(Beifall bei der CSU)

In Bayern sind Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus nie verharmlost worden. Wer Anderes behauptet, liegt völlig falsch. Ich gehe davon aus, dass der Innenminister noch zu dem Stellung nehmen wird, was Sie anhand von unvollkommenen und unkorrekten Zitaten aus dem Verfassungsschutzbericht herauslesen wollen. In Bayern ist es nie so weit gekommen, dass ein Ministerpräsident wie Herr Stolpe letzte Woche einer

„dpa“-Meldung zufolge erklären musste, er habe Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus lange Zeit unterschätzt und insoweit verharmlost. So etwas ist in der CSU und in der Staatsregierung nie vorgekommen. Da haben wir keinen Nachholbedarf.

(Beifall bei der CSU)

Der Chefredakteur von „RTL“ hat vor einiger Zeit auf der Medienseite der „Süddeutschen Zeitung“ geschrieben, die CSU sei im ganzen Alpenbogen – Österreich, Schweiz, Norditalien und Südfrankreich – die erfolgreichste Partei in der Bekämpfung des Rechtspopulismus. Wir sind auch die erfolgreichste Partei in der Bekämpfung der Rechtsradikalen.

(Beifall bei der CSU)

Richtig ist: Jede Gewalttat und jede rechtsextrem motivierte Gewalttat ist eine zu viel. Falsch ist aber, in einer aufgeheizten öffentlichen Debatte den Eindruck zu erwecken, als würde in unserem Land der Rechtsextremismus wachsen oder geradezu eskalieren; denn dadurch rückt man unser Land international in ein fatales Licht. Die Zahlen belegen eindeutig, dass rechtsextrem motivierte Gewalt Gott sei Dank rückläufig ist. Die Höhepunkte waren in den Jahren 1992 und 1993. 1992 gab es in Deutschland 2639 rechtsextrem motivierte Gewalttaten, davon 2277 fremdenfeindlich; 1993 waren es 2232, davon 1609 fremdenfeindlich; 1994 1489, davon 860 fremdenfeindlich; dann – der Trend ging schnell nach unten – ein Sprung in das Jahr 1999: 746, davon 451 fremdenfeindlich, und im ersten Halbjahr 2000 ein deutlicher Rückgang gegenüber dem ersten Halbjahr 1999 auf Bundesebene von 402 auf 330, in Bayern von 31 auf 17. Die Darstellung dieser Zahlen soll nicht heißen, dass wir uns mit dem Problem nicht mehr beschäftigen müssten. Die Zahlen belegen aber eindeutig, dass die Behauptung nicht zutrifft, in Deutschland gebe es ein wachsendes Problem mit Rechtsradikalen. Vielmehr gibt es ein wachsendes Problem mit steigender Gewaltbereitschaft generell.

Die Seuche der Gewalt macht sich breit. Wir sehen es an den Zahlen über Kinder- und Jugendkriminalität und hören es in Berichten von Erzieherinnen und Lehrkräften aus Kindergärten bzw. Schulen. Die grundlegende Meinungsverschiedenheit darüber zwischen der Opposition und uns ist nicht unbedingt politisch motiviert. Wir sind der Überzeugung, dass rechtsextreme Gewalt nicht isoliert vom Gesamtproblem Gewalt betrachtet und bekämpft werden kann. Isolierte Ansätze in Bündnissen, Aktionen oder was auch immer sind eher dazu geeignet, die Gesamtproblematik zu verdrängen und das Problem zu verkürzen, als es zu lösen.

(Beifall bei der CSU)

In unserer Entschließung haben wir uns sehr umfangreich mit den tiefer gehenden Problemen und Erscheinungsformen von Gewalt auseinander gesetzt. Ich nenne fünf Gründe, weshalb wir glauben, dass eine isolierte Betrachtungsweise falsch ist: Erstens. Hass und Gewalt der Rechtsextremen richten sich nicht nur gegen Ausländer; Hass und Gewalt sind nicht nur rassistisch

motiviert. Gewalt von rechts richtet sich auch gegen Obdachlose, unter denen es schon Todesopfer gegeben hat. Gewalt von rechts richtet sich ebenso gegen Behinderte. Rechtsradikale Rockgruppen haben ein Liedgut nach dem Muster „Ich will einen Türken an meiner deutschen Eiche baumeln sehen“, aber auch etwas gegen Behinderte. Schon die Nationalsozialisten hatten nicht nur den Herrenmenschen der Rassenideologie – am anderen Ende des Spektrums standen für sie Juden und andere Minderheiten als Untermenschen –, sondern wollten im Rahmen von Euthanasie auch Behinderte ausrotten, weil sie ihrem Menschenbild nicht entsprachen. Deshalb ist jede Bekämpfung von Rechtsradikalen, verkürzt auf Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, nicht geeignet, die tiefer liegende Problematik zu erfassen.

(Beifall bei der CSU)

Zweitens spricht gegen eine isolierte Erklärung des Phänomens, dass die größte rechtsradikale Gewaltszene dort auftritt, wo Vieles noch durch die linke Ideologie des demokratischen Sozialismus in der früheren DDR geprägt ist. Niemand bestreitet, dass es hier leider Gottes noch enge Wechselwirkungen und Prägungen gibt. Linkes und rechtes totalitäres Denken sind verwandt.

(Beifall bei der CSU)

Das Weltbild der Linksextremen und der Rechtsextremen, der linken und der rechten politischen Ideologien, weist viele Gemeinsamkeiten auf.

Drittes Beispiel. Holland ist vielen im Land – auch bei uns – gewissermaßen ein Vorbild für eine liberale und offene Gesellschaft, etwa gegenüber Ausländern und Minderheiten, bis hin zur Freigabe von Drogen und Ähnlichem. Nach einer in der letzten Woche in der „Süddeutschen Zeitung“ veröffentlichten neuen Studie aus Holland gibt es dort eine dramatische Zunahme des Rassismus und der rechten Gewalt. Der Vorwurf der Studie war, dass die Regierung dies bislang unterdrücke und nicht wahrhaben wolle. Für mich zeigt die Studie eindeutig, dass Liberalität und Weltoffenheit allein ganz offensichtlich keine ausreichende Strategie gegen rechte Gewalt sind.

Viertes Beispiel: die USA. Die Schmelztiegeltheorie des friedlichen Zusammenlebens der verschiedenen ethnischen Gruppen und ihrer unterschiedlichen Wertvorstellungen ist längst bankrott. Am gravierendsten ist das Gewaltproblem in Amerika dort, wo es die multikulturelle Gesellschaft gibt, wo das Zusammenleben der Menschen nicht mehr von verbindlichen, allgemein akzeptierten Wertvorstellungen geprägt ist und wo keine sozialen Bindungen mehr vorhanden sind.

Fünftes Beispiel: Es gibt in Deutschland sehr starke, regionale Unterschiede in der Häufung der Gewaltdelikte. Dabei gibt es keinen besonderen Unterschied bezüglich des Anteils der rechtsradikalen Gewalt, sondern die Anteile sind im Prinzip proportional immer etwa gleich. Nach Untersuchungen von Prof. Pfeiffer, Leiter des kriminologischen Instituts Niedersachsens, hat Bayern die niedrigste Gewaltbelastung aller Bundesländer;

ähnlich niedrig ist die Gewaltbelastung in Baden-Württemberg. Dass wir in Deutschland ein deutliches Nord-Süd-Gefälle haben, sage ich nicht etwa anmaßend und selbstlobend. Das ist ein statistischer Befund. Mich hat überrascht, dass es nach Pfeiffer in den neuen Bundesländern denselben regionalen Unterschied und ein Nord-Süd-Gefälle gibt.

Befragt, wie man von sich von Seiten der Forschung diese Unterschiedlichkeit erklärt, lautet die Antwort: Erstens sieht und spürt man hier deutlich die Bedeutung von Traditionen und sozialen Bindungen. Je mehr in einer Gesellschaft noch Traditionen und soziale Bindungen Wirklichkeit sind, um so geringer ist das Gewaltphänomen. Zweitens, die Unterschiedlichkeit im konsequenten Handeln des Rechtsstaates. Hier lässt sich nicht bestreiten und selbst Herr Maget kam nicht umhin, die bayerische Polizei in diesem Punkt zu loben. Es lässt sich nicht bestreiten, dass wir in Bayern seit Jahrzehnten sagen: Wehret den Anfängen, unabhängig davon, ob es sich um linke oder rechte Gewalt oder ob es sich um Gewalt gegen Sachen oder Personen handelt.

(Beifall bei der CSU)

Im Übrigen kommt dies auch den Ausländern in Bayern zugute. Nirgendwo in Deutschland ist die Gewalt gegen Ausländer so niedrig wie in Bayern. Nach wissenschaftlichen Untersuchungen leben Ausländer in München wesentlich sicherer als etwa in Hamburg.

(Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und wer regiert in München? Rot-Grün!)

– Frau Köhler, es wird kein besonderes Verdienst von Rot-Grün sein, aber ich neige bei einer solchen Thematik zur Differenzierung. Hierfür gibt es zwei Ursachen: Erstens gibt es der Forschung zufolge im Süden des Landes und insbesondere in Bayern noch mehr intaktes Gemeinschaftsleben und soziale Kontakte, was dazu führt, dass einer Untersuchung über Gewalt an Schulen zufolge junge Türken in München deutlich weniger gewalttätig sind als etwa in Kiel. Es hängt aber auch damit zusammen, dass man zum Beispiel in Kiel eine Schulschwänzer-Quote von 14 % hat und die Lehrer froh sind, wenn diese Schüler nicht in die Schule kommen und nicht stören, dass natürlich kriminelles Milieu entsteht, wenn sich niemand darum kümmert, während es in Bayern 3 % sind, weil hier unter anderem mit neuen Aktivitäten des Innenministers konsequent eingeschritten wird. Es kommt also beides hinzu: einerseits die Frage der inneren Verfassung einer Gesellschaft, andererseits die Bereitschaft des konsequenten Handelns des Staates. Dort, wo man Gewalt verharmlost hat und wo Gewalt gegen Sachen, beispielsweise in der Tradition der Linken und der Grünen, sowie der kalkulierte Rechtsbruch lange Zeit ein Mittel der politischen Auseinandersetzung waren, hat sich Gewalt natürlich stärker entwickeln können.

(Zuruf vom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, es ist offensichtlich, dass im Kampf gegen Gewalt eine isolierte Betrachtung nur von Rechtsradikalismus nicht ausreicht. Wir müssen umfas-

sender ansetzen. Lassen Sie mich dabei einen Bogen spannen, der vielen zunächst überraschend erscheinen mag, der aber trotzdem für die weitere Entwicklung dramatische Konsequenzen haben könnte. Ich hatte vorgestern ein Gespräch mit der Behindertenbeauftragten der Staatsregierung, Frau Stein, welche mit dem Hinweis auf einen Artikel in der „Frankfurter Allgemeinen“ vom 26.09. von einem führenden Forscher aus den USA im Zusammenhang mit dem Genom-Projekt, James Watson, begonnen hat, der über die Ethik des Genoms schreibt und darüber, dass sich schreckliche Perspektiven ergeben könnten, wenn sich hier ein rein biologisches Menschenbild durchsetze. Er schreibt in diesem Artikel unter anderem:

Während die Eugenik im frühen 20. Jahrhundert fast als zukunftssträchtige Bewegung galt und von vielen prominenten Amerikanern unterstützt wurde, lehren uns die späteren schrecklichen Praktiken der Nazis, dass eugenische Argumente in Zukunft wieder eingesetzt werden könnten, um die Vernichtung vorgeblich nichtswürdiger politischer Philosophien und ethnischer Gruppen zu propagieren.

Er setzt sich des Weiteren auseinander mit den seines Erachtens inakzeptablen Forderungen nach einem verbotenen Lebensrecht für eugenisch belastete Föten, wenn dies im Rahmen des Genom-Projekts festgesellt werden kann. Er glaubt nicht, dass auch erblich geschädigte Menschen ein Lebensrecht hätten und schreibt:

Solche Argumente sind allerdings nicht überzeugend für alle jene von uns, denen die religiös motivierte Behauptung der Unantastbarkeit des Lebens nicht einleuchtet und die stattdessen glauben, dass menschliches und anderes Leben nicht von Gott geschaffen wurde, sondern durch einen evolutionären Prozess entsteht, der den Darwinschen Prinzipien der natürlichen Auslese folgt.

Meine Damen und Herren, hier gibt es sicher schwierige, ethnische Grenzwanderungen. Ich bin nicht der Meinung, dass von vornherein alles das, was uns die Forschung erschließt, immer noch abgelehnt werden kann, weil es auch in Gefährdungen geht. Aber wir sind eindeutig auf einem Weg, über die Forschung und die Biologie in eine Bewertung des Menschen zu kommen, die alle spirituellen und ethnischen Dimensionen des Menschen ausblendet und glaubt, den Menschen erklären zu können, nur über seine Gene, bis hin zu frühzeitigen Tests, ob diese Art von Leben erwünscht ist. In den USA gibt es bereits die ersten Fälle, in denen ein Vater für sein erkranktes Kind keine Versicherung findet, die es mit in die Solidargemeinschaft aufnehmen möchte.

Ich stelle nüchtern fest, dass wir hier über einen ganz anderen Pfad der modernen Entwicklung auf einem Weg sind, letztlich zu einer rein biologischen Bewertung des Menschen nach Nützlichkeit zu kommen. Sicher ungewollt ist eine solche Argumentation in der Wissenschaft gleichzeitig Wegbereiter für rechtsradikales Denken, das Menschen in dieser Weise selektiert. Deswegen gilt es, in diesem Bereich sehr wachsam zu sein. Ich bin daher überzeugt, dass in der Politik – ob es uns bewusst ist oder nicht – das jeweilige Menschenbild zurückkehren

wird als eine grundsätzliche Orientierung für unser weiteres Handeln. Für uns ist es das in der christlich-abendländischen Wertetradition geprägte Menschenbild. Es steht gegen die Anwendung von Gewalt im Zusammenleben, für den notwendigen Respekt voreinander, gegen die Reduzierung des Menschen auf Nützlichkeit und für eine freie Entfaltung der vielfältigen Solidaritätspotenziale, etwa in einer aktiven Bürgergesellschaft, für eine Politik zum Schutz des Lebens mit seinen vielfältigen Erscheinungsformen. Wir brauchen eine Politik zum Schutz des Lebens in einem umfassenden Ansatz, nicht in einer Verengung auf einen Punkt, und für den Schutz der Menschenwürde auch in Grenzsituationen.

Ich gebe zu, dass uns allen, die sich daran orientieren wollen, das in der Lebenswirklichkeit immer nur unvollkommen, nur ein Stück gelingt. Aber ich bin davon überzeugt, über jede Konfessionsgrenze hinweg, dass es für eine humane Zukunft unserer Gesellschaft ein unverzichtbarer Kompass ist, wenn wir nicht in eine zutiefst inhumane Welt der Nützlichkeit und der Auslese hineinkommen wollen.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, alle Programme für Aktivitäten im Kampf gegen Gewalt müssen sich, glaube ich, letztlich daran orientieren, dass in jedem Menschen, in jedem von uns ein erhebliches Potenzial an Aggression steckt. Die eigentliche erzieherische Aufgabe ist es, damit kultiviert und bewusst umzugehen.

Erziehungswissenschaftler sagen uns, dass die Menschen besonders gegenüber Gewalt gefährdet sind, die erstens in ihrer Erziehung zu wenig Zuwendung und Liebe erfahren, zweitens zu wenig Grenzen und Grenzsetzungen erleben und drittens nicht lernen, mit Aggressionen entsprechend umzugehen, sie zu kultivieren und kanalisieren, die entsprechende Lernprozesse zur Lösung der im Leben unvermeidlichen Konflikte über eine kultivierte, gewaltfreie Art nicht einüben und vielleicht nicht einüben können. Damit müssen wir uns umfassend auseinander setzen.

Deshalb haben wir unter anderem beantragt, die Staatsregierung möge eine Untersuchung in Auftrag geben, die sich mit den Kinder- und Jugendprogrammen im Fernsehen, in besondere Weise mit den Zeichentrickfilmen beschäftigt. Denn Studenten der Pädagogik, die solche Programme beobachtet haben, insbesondere eine Serie, die aus Japan kommt, berichten beispielsweise, dass dort über die scheinbar lebendige Art des Zeichentrickfilms als Konfliktlösung nur pure Gewalt angeboten wird: draufschlagen. Hinzu kommt, dass der anschließend wieder aufsteht, so dass scheinbar gar nichts passiert. Damit müssen wir uns in all diesen Verzweigungen auseinander setzen.

Der Erziehungswissenschaftler Peter Struck hat diese Aufgabe in einem Beitrag in der „Welt“ einmal so beschrieben:

Der Zauberslogan heißt: angemessen kultivierte Konfliktlösungsstrategien aufbauen, und zwar schon beim kleinen Kind.

Er verweist in seinem Beitrag auf notwendige Zuwendung, die Befriedigung des Grundbedürfnisses nach viel Zeit des Zusammenseins, Liebe, Bewegung usw., um dann fortzufahren:

Mit dem Training von humanen Formen der Problembewältigung erreicht die Erziehung gegen Gewalt ihren Höhepunkt. Rollenspiele, um alternative Interventionsformen einzuüben, schaffen die Kompetenz, sich zu wehren, einzugreifen, Hilfe zu holen oder mit Argumentation Konflikte anzugehen und zu bewältigen.

Hier liegt sicher eine ganz besondere Aufgabe im Schulbereich, und ich finde es eindrucksvoll, was in einigen bayerischen Schulen schon in anderer Weise praktiziert wurde, und zwar mit enormen Erfolg. Einige dieser Beispiele wurden beim Innovationskongress des Kultusministeriums vorgestellt. Es gibt Schulen in Bayern, die einen Schulvertrag geschlossen haben, den Eltern, Lehrer und Kinder unterschrieben haben,

(Zuruf der Frau Abgeordneten Werner-Muggendorfer (SPD))

in dem sie miteinander Regeln des Umgangs in bestimmten Alltagssachverhalten treffen auf der Grundlage des Respekts voreinander. Das Ergebnis ist erstaunlich: Schulen, die vorher enorme disziplinäre Probleme hatten, haben plötzlich ein verändertes Schulklima. Ich will andere Aktivitäten nicht abwerten, aber das finde ich lebenskonkreter, wirksamer und bedeutsamer als noch mehr staatsbürgerlichen Unterricht und Lehre über Institutionen oder nur das Reden über Toleranz.

(Frau Radermacher (SPD): Solche Möglichkeiten haben wir jahrelang gefordert!)

An anderen Schulen, zum Beispiel an einem Gymnasium in Ingolstadt, wie mir Herr Rupp berichtet hat, wurde gemeinsam eine Hausordnung erarbeitet, die wiederum alle drei Gruppen unterschrieben haben. Gegenstand sind traditionelle Regeln wie Rücksichtnahme, Pflichterfüllung und traditionelle Tugenden, die gerne verteufelt werden. Sie führen zu einer anderen Qualität des Zusammenlebens. Das sind wahrscheinlich mit die erfolgreichsten Strategien gegen Gewalt, weil das ein Einüben im Alltag ist, wie man miteinander umgeht. Dies schließt anderes nicht aus, aber es zeigt, dass wir auch nicht am Nullpunkt sind und dass in vielen Punkten letztlich auch eine Rückbesinnung auf alte Erfahrungen notwendig ist.

Wir müssen bei der Bekämpfung jeder Form von Gewalt sicher zweigleisig arbeiten. Das eine ist, dass der Staat mit seinen Mitteln des Rechtsstaats konsequent handeln muss. Die zweite Ebene ist eine längerfristige Strategie, bei der dann natürlich die Fragen der Erziehung eine besondere Rolle spielen. Aber lassen Sie mich deutlich sagen: Parolen für ein weltoffenes Bayern, gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt sind Selbstverständlichkeiten, aber sie werden nichts ändern.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Haltet euch wenigstens daran!)

Wir müssen konkreter ansetzen. Wir werden die Menschen nicht über Appelle verändern, sondern nur, wenn wir in der Schule und der Familie beginnen, die Dinge einzuüben.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns der Realität stellen, dass eine wurzellos werdende Gesellschaft ein Nährboden für Gewalt ist. Deshalb kommen wir daran nicht vorbei, uns über die Wertvorstellungen in der Gesellschaft, in der Erziehung und im Lebensalltag auseinander zu setzen. Der international anerkannte Gewaltexperte Wolfgang Salewski hat bei einer Vortragsveranstaltung bei uns im Rahmen der Reihe „Politischer Club“ am Schluss seines Vortrags formuliert:

Wir investieren nicht mehr genügend in die Herzensbildung. Wir negieren überkommene Werte und verlieren dadurch immer mehr an Orientierung. Wir nehmen den Menschen immer mehr Verantwortung für sich und ihr Leben und machen sie damit hilflos gegenüber Konflikten und gewalttätigen Auseinandersetzungen. Die Spirale der Gewalt werden wir zurückentwickeln, wenn es uns gelingt, die Menschen wieder voll in die Verantwortung für sich und ihr direktes Umfeld zu stellen. Dazu bedarf es institutioneller Hilfen, die diesen Prozess begleiten, ohne dabei zu versäumen, die Menschen für sich und ihr Verhalten auch verantwortlich zu machen.

Das gesellschaftliche Konzept der CSU „Aktive Bürgergesellschaft“ ist genau in diesem Sinne Antwort auf diese Probleme.

Meine Damen und Herren, wir haben keine Patentrezepte. Aber die CSU wird sich wie in der Vergangenheit auch in der Zukunft von keiner anderen Partei in der konsequenten Bekämpfung der Gewalt übertreffen lassen.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden dies tun im tagtäglich geforderten konkreten Handeln und in einer gründlichen Auseinandersetzung mit den Wurzeln und den Ursachen. Für uns gilt: Wehret den Anfängen, und dies gilt für jede Form der Gewalt.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

**Präsident Böhm:** Als nächste hat Frau Kollegin Paulig das Wort.

**Frau Paulig** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Präsident! Herr Glück, mit ihrem heutigen Auftritt, wie Sie den politischen Gegner, die Oppositionspartei SPD, diffamiert haben, haben Sie der heutigen Debatte keine Qualität gegeben.

(Beifall bei der SPD – Dr. Bernhard (CSU): Wer hat denn wen diffamiert?)

Sie haben ein Beispiel für Dialogunfähigkeit gegeben. Sie haben auch dafür ein Beispiel gegeben, wie es nicht

sein darf. Wir versuchen hier, verantwortungsvoll über die Vermeidung rechtsextremistischer Gewalt zu diskutieren. Doch Sie starten aggressive Angriffe gegen eine Fraktion dieses Hauses. Das wird unserer verantwortungsvollen Debatte überhaupt nicht gerecht.

(Dr. Eykmann (CSU): Noch einmal: Ursache und Wirkung dürfen Sie nicht verwechseln! – Zurufe von der CSU)

Eine in diesem Hause vertretene Partei mit Nazis gleichzusetzen, und sei es nur indirekt oder im übertragenen Sinne, das geht zu weit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Kaul (CSU): Sie wollen es nicht verstehen! Sie können es auch nicht verstehen! – Unruhe bei der CSU)

So hat der Landtag eine wichtige Chance verspielt. Ich habe heute morgen von hier im Haus aus die Bundestagsdebatte zu demselben Thema verfolgt. Ich muss sagen: In Berlin war zumindest das Bemühen erkennbar, mit dem Thema verantwortungsbewusst umzugehen. Das konnte ich hier jetzt nicht feststellen. Ein Zweites möchte ich zu Ihrem Beitrag sagen, Herr Kollege Glück. Sie haben einen riesengroßen Ballon aufgeblasen, als Sie darstellten, was es in dieser Gesellschaft an Gewalt gibt. Damit wird das Problem so aufgebläht, dass konkrete Handlungsaufträge im Nirwana verschwinden. Heute geht es nicht darum, irgendwo die Gewalt von links zu bekämpfen oder die diffuse Gewalt, die von der Biotechnologie ausgeht. Vielmehr geht es darum, gegen rechtsextremistische Gewalt in diesem Lande aufzusteigen und Nein zu sagen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Bernhard (CSU): Gegen jede Art von Gewalt, das vergessen Sie immer!)

– Ich vergesse das nicht und habe gerade begründet, warum. Ich formuliere sehr genau: Gewalt in unserem Land, die sich gegen Menschen richtet, gegen Kinder, Frauen, Familien, gegen Menschen, die in unser Land kommen, diese Gewalt können und dürfen wir nicht dulden. Da gilt es gezielt vorzugehen.

Ich will noch etwas sagen. Herr Kollege Glück, nachdem Sie gesagt haben, wo überall Gewalt auftritt, muss ich feststellen: In Ihrer Partei gibt es eine perfekte Arbeitsteilung. Herr Ministerpräsident Dr. Stoiber beispielsweise gibt ungeprüft, unreflektiert Finanzmittel in enormer Höhe für Hightech-Offensiven und Innovationsoffensiven zugunsten der Biotechnologie aus. Herr Glück stellt sich hin und führt die ethische Debatte dazu – Jahrzehnte zu spät, unqualifiziert, ohne jegliches Sachwissen.

(Zustimmung beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Ich wünschte, dass Hightech-Offensiven eines Ministerpräsidenten nicht so unreflektiert erfolgten. Ich wünschte, dass die Debatte über gesellschaftliche Werte, über Veränderungen des Menschenbilds, über die Auswirkungen, die Präimplantationsdiagnostik und

Genomanalyse auf den Menschen, auf die Fortpflanzung, auf Selektion bis hin zu eugenischen Überlegungen und Handlungen haben können, geführt worden wäre, bevor die Biotechnologie breit gefördert und ausgebaut wird. Auf dem Gebiet wird derzeit nicht verantwortungsbewusst gehandelt – trotz besagter Ethikdiskussionen. Diesen Spagat haben sie perfekt vorgeturnt, meine Damen und Herren von der CSU. Einen zweiten Spagat haben Sie vollführt. Diesen wird Herr Dr. Beckstein sicherlich jetzt noch einmal anschaulich präsentieren. Herr Dr. Beckstein ist für Repression zuständig, für Abschiebung, die rigoros vollzogen wird – entgegen allen humanitären Grundsätzen.

(Zurufe von der CSU: Frechheit! – Weitere Zurufe von der CSU)

Da werden Jugendliche aus der Ausbildung gerissen, Kinder aus der Schulausbildung. Meine Damen und Herren von der CSU, wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie zugeben: Sie alle haben in Ihren Heimatgemeinden entsprechende Fälle erlebt. In jeder Sitzung des Petitionsausschusses sprechen wir über solche Schicksale. Hier werden Familien entgegen allen humanitären Vorstellungen unseres christlichen Leitbilds – ich dachte, es wäre auch Ihres, Herr Glück – zerrissen und abgeschoben.

(Zustimmung beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber Herr Glück stellt sich hierher und fordert eine Wertedebatte in unserer Gesellschaft. Herr Kollege, zwischen Ihren Worten und dem Handeln eines Herrn Dr. Beckstein klafft ein meilentiefer Graben.

(Zustimmung beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir sind heute an dem Punkt angekommen, an dem eine konkrete politische Debatte geführt werden müsste. Ich hoffe, dass dies wenigstens in den Ausschüssen gelingen wird. Es geht darum, dass Politik heute ihre Verantwortung wahrnimmt und Handlungsfelder aufzeigt. Ich bewundere die Schweizer. Die Schweizer haben es bei einer am vergangenen Sonntag durchgeführten Volksabstimmung geschafft, ein Signal gegen Ausländerfeindlichkeit, Begrenzung des Zuzugs und Ausgrenzung zu geben. Da kann man nur sagen: Glückliche Schweiz! Aufgrund vieler Erfahrungen, die ich auch in zahlreichen Diskussionen gesammelt habe, hätte ich Angst vor einer derartigen Abstimmung in unserem Land. Denn wir haben die Debatte über das Thema bislang nicht in der notwendigen Breite und Tiefe geführt.

Ich freue mich über die gestern vorgestellte Initiative „Gesicht zeigen“. Ich halte sie für eine enorm wichtige gesellschaftliche Initiative. Es ist wichtig, dass die Menschen, die im Rampenlicht stehen, die Jugendlichen bekannt sind, also Idole aus Sport oder den Medien, dass diese Menschen sich hinstellen und sagen: Aufstehen, Gesicht zeigen gegen Fremdenfeindlichkeit! Das ist eine hervorragende Aktion, meine ich.

Aber wir in der Politik haben andere Aufgaben zu erledigen. Dazu habe ich heute sehr wenig von Ihnen gehört, Herr Glück. Sie haben mit Zahlen jongliert und erklärt,

die Zahl rechtsextremistischer Gewalttaten sei zurückgegangen. Ich kann Ihnen nur sagen: Im Jahr 1998 hat es in Bayern 40 rechtsextremistische Gewalttaten gegeben, im Jahr 1999 aber 56. Im vergangenen Jahr, am 29. September 1999, also fast genau vor einem Jahr, hatten wir hier in Bayern ein durch rechtsextremistische Gewalt bedingtes Todesopfer zu beklagen. Ein 35-jähriger Mann aus Mosambik erlag den Folgen der schweren Verletzungen, die ihm ein 31-jähriger Deutscher am 15. August 1999 in Kolbermoor, Landkreis Rosenheim, zugefügt hatte. Wer die Begründung zu dem Urteil gelesen hat, das gegen den 31-Jährigen ergangen ist, wusste nicht, wie ihm geschieht.

Im ersten Halbjahr 2000 waren in Bayern 16 rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten zu verzeichnen. Als besonders gravierend erwähne ich den Mordversuch eines Skinheads in Aichach und eine Brandstiftung in Dorfen, Landkreis Erding. Möglicherweise ist die Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten leicht zurückgegangen. Doch Anlass zur Entwarnung besteht nicht. So ist beispielsweise dem Verfassungsschutzbericht zu entnehmen, dass ein Teil der gewaltbereiten bayerischen Skinheadszenen in die neuen Bundesländer oder nach Frankreich ausweicht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Bernhard (CSU))

Was uns besonders erschreckt, ist der Umstand, dass in Bayern – so ist es einem Bericht des Bundeskriminalamts zu entnehmen – während des zweiten Quartals dieses Jahres bundesweit die meisten antisemitischen Straftaten zu verzeichnen waren. Zahlreiche jüdische Einrichtungen und Gedenkstätten in Bayern werden geschändet und beschädigt. Während der letzten Klausurtagung meiner Fraktion haben wir die jüdische Gemeinde in Bamberg besucht und mit deren Vorsteher gesprochen. Wie Sie wissen, hat es im August einen versuchten Sprengstoffanschlag auf die Familie eines Mitglieds dieser Gemeinde gegeben, eines früheren Vorstandsmitglieds. Herr Olmer, der Vorsitzende der Gemeinde, war entsetzt darüber – und hat uns dies wissen lassen –, dass die Polizei beispielsweise als Erstreaktion auf den Anschlag erklärt hat, es bestehe kein Hinweis auf einen rechtsextremistischen Hintergrund dieser Tat. Angesichts dessen, dass es um einen versuchten Sprengstoffanschlag auf eine jüdische Familie ging, halte ich die Einstellung der Polizei nicht für verantwortungsvoll.

Ich teile die Einschätzung, dass Statistiken so und so ausgestaltet werden können. Jede Gewalttat ist eine zu viel. In diesem Punkt gebe ich Ihnen Recht, Herr Glück. Doch müssen wir häufig feststellen, dass man es den Tätern überlässt, ob Gewalttaten als rechtsextremistisch motiviert gewertet werden oder nicht; man richtet sich danach, ob entsprechende Bekennerschreiben auftauchen. So ist es in der Tat an der Zeit – auf Bundesebene ist es in Angriff genommen worden –, allgemeine einschlägige Kriterien festzulegen, um zu wirklich belastbaren Statistiken zu kommen. Gewalttaten gegen Obdachlose, gegen Behinderte, antisemitische Gewalttaten sind dem rechtsextremistischen Umfeld zuzuordnen. Da teile ich Ihre Meinung, Herr Glück. Denn hier handelt es sich um Gewalttaten gegen etwas, was die Täter nicht in

unserer Gesellschaft haben wollen, was sie als Minderheit an den Rand drängen wollen, was sie im Extremfall als nicht lebenswert erachten. Dieses Umfeld, dieses gesamte rechtsextremistische Umfeld, ist zu erfassen und zu beurteilen.

Zu den Vorschlägen eines Herrn Dr. Beckstein. Wir sagen nein zu Repression und Einschränkungen der Demokratie. Vielmehr muss die Hauptaufgabe darin bestehen, Demokratie auszubauen und die Zivilgesellschaft zu stärken. Nur dann geben wir dem Einzelnen mehr Verantwortung, wie Sie es gerade wieder gefordert haben, Herr Glück. Nur wenn ich die demokratischen Strukturen stärke und ausbaue, wenn ich den Menschen Verantwortung gebe, stärke ich ihren Widerstand gegen rechtsextremistische Gewalt. Derlei ist nicht mit starren Strukturen und Repression von oben möglich oder gar durch die Ausweitung von Überwachungsmaßnahmen. Wie wollen Sie denn „ausländerfreie Zonen“ per Videoüberwachung kontrollieren? Wie soll das denn geschehen? Entsprechende Maßnahmen führen nur zum Abwandern potentieller Täter. Mit solchen Maßnahmen können wir die bestehenden Probleme nicht in den Griff bekommen. Vielmehr müssen wir direkt handeln, günstige Rahmenbedingungen schaffen und die Zivilcourage stärken.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Den Abhöraktionen nach dem Gesetz zu Artikel 10 des Grundgesetzes, die Sie gegen rechtsextremistische Einzeltäter ausweiten wollen, wollen wir uns überhaupt nicht verschließen. Sie sagen aber, dass Sie diese Aktionen gegen jegliche Gewalttäter ausweiten wollen. Ihre Definition von Gewalttätern führt dazu, dass möglicherweise zwei Drittel der bayerischen Bevölkerung über G-10-Untersuchungen abgehört werden. Das weisen wir zurück. Hören Sie auf mit diesen Gewalttäterdefinitionen.

Sie fordern strafrechtliche Verschärfungen für Menschen im Alter zwischen 18 und 21 Jahren. Wir bestehen auf dem erzieherischen Charakter des Jugendgerichtsgesetzes und wollen diesen erhalten wissen.

Bei der Zulassung von Versammlungen ist zu prüfen, ob wir eindeutigere Regelungen brauchen bei minderheitfeindlichen oder rassistischen Aussagen von Gruppen, die das Demonstrations- und Versammlungsrecht für sich in Anspruch nehmen. Ich erwähne nur die DVU oder die Kundgebung der NPD, die in München geplant ist. Hier müssen wir die Bestimmungen des Versammlungsrechts noch einmal überprüfen. Das ist richtig.

Der Antrag auf Verbot der NPD wird derzeit von der Bundesregierung überprüft. Ob dieser Verbotsantrag letztendlich aber gestellt wird, hängt von der Qualität der Beweise ab. Schließlich muss dieser Antrag auch aus der Mitte der politisch Verantwortlichen kommen, also aus dem Bundestag, der Bundesregierung und dem Bundesrat. Man muss in diesem Zusammenhang aber auch sehen, dass mit einem solchen Verbotsantrag nur eine vermeintliche Lösung des Problems in Angriff genommen wird, denn während rechtsextremistische Gruppen abtauchen, werden gleichzeitig neue Organisa-

tionen aufgebaut und die DVU und die Republikaner damit reingewaschen. Es ist nicht leicht, dieses Problem mit einem Verbot der NPD zu lösen. Wir werden auch alle anderen konkreten Maßnahmen in Angriff nehmen müssen, die dazu notwendig sind.

Lassen Sie mich dazu noch einiges ansprechen. Es geht uns auch darum, in unserer Gesellschaft Rechtsnormen gegen die Ausgrenzung von Minderheiten und gegen Ausländerfeindlichkeit weiter zu entwickeln und ihnen Gesetzescharakter zu geben. Ich erinnere nur an Ihre Kampagne gegen das Staatsangehörigkeitsrecht. Wie viel Fremdenfeindlichkeit wurde in diesem Zusammenhang geschürt. Wir haben darüber ausführlich debattiert. Ich will es nicht im einzelnen wiederholen. Ein Zitat von Ministerpräsident Stoiber möchte ich Ihnen aber nicht vorenthalten:

Wenn wir mit dieser neuen Staatsbürgerregelung die ganze Kurdenproblematik und das damit verbundene massive Gewaltpotenzial nach Deutschland importieren, schätze ich die Gefährdung der Sicherheitslage höher ein als bei der RAF in den 70er und 80er-Jahren.

So hat es Ministerpräsident Stoiber am 4. Januar 1999 ausgeführt.

(Zurufe von der CSU: Recht hatte er! – Herrmann (CSU): Darf man über die PKK in Deutschland nichts mehr sagen?)

Wie weit hat dieses Zitat zugetroffen, und hat es nicht dazu geführt, dass zum einen das Staatsbürgerschaftsrecht verwässert und zum anderen die Fremdenfeindlichkeit weiter geschürt wurde? Dieses Zitat hat sicher einen Beitrag dazu geleistet.

Lassen Sie mich ein weiteres Beispiel anführen. Auch Ihr Sträuben gegen die Anerkennung homosexueller Partnerschaften bitte ich einmal unter dem Gesichtspunkt der Ausgrenzung von gesellschaftlichen Gruppen zu sehen. Rechtsnormen prägen das gesellschaftliche Zusammenleben.

Ein weiterer Bereich ist die Gewalt in der Erziehung. Sie haben sehr plausibel ausgeführt, dass Gewalt in der Erziehung weitere Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen, Heranwachsenden und möglicherweise auch bei Erwachsenen unterstützt. Die Korrelation ist inzwischen durch Studien belegt. In diesem Zusammenhang verstehe ich es aber nicht, dass die CDU/CSU im Bundestag den Gesetzentwurf zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung, also einen Gesetzentwurf, der sich gegen Gewalt an Kindern ausspricht, abgelehnt hat. Hier zeigt sich, wie zwiespältig Sie mit dem Begriff Gewalt umgehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kinder haben ein Recht auf gewaltfreie Erziehung. In den Ländern, in denen ein solches Gesetz bereits umgesetzt ist, wie z.B. in den skandinavischen Ländern teilweise schon seit 20 Jahren, sind Gewalttaten gegen Kinder um etwa zwei Drittel zurückgegangen. Durch ein sol-

ches Gesetz wird auch das Rechtsempfinden der Eltern enorm geprägt und gestärkt. Ich hoffe nur, dass dieses Gesetz morgen im Bundesrat verabschiedet wird.

Faktoren wie hohe Arbeitslosigkeit und hohe Ausländerquote werden immer wieder als ökonomische und soziale Ursachen für Fremdenfeindlichkeit genannt. Durch keine sozialwissenschaftliche Studie ist belegt, dass hohe Arbeitslosigkeit zur Ausbildung von Fremdenfeindlichkeit beiträgt. Auch der Ansatz, dass eine hohe Ausländerquote zu Fremdenfeindlichkeit führt, ist schlichtweg falsch. Darauf hat erneut Klaus Wahl, Forscher am Deutschen Jugendinstituts in einem Artikel der „Neuen Züricher Zeitung“ vom 9./10. September 2000 mit Nachdruck hingewiesen.

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen, den ich in meinen Ausführungen bereits erwähnt habe: die rigorose Abschiebepolitik der Bayerischen Staatsregierung. Beispielsweise wird bei uns die Altfallregelung im Vergleich der Bundesländer am schärfsten umgesetzt. Menschen hätten die Chance einer humanitären Lösung, wenn sie in ein anderes Bundesland gingen. In Bayern haben sie diese Chance nicht. Dieser Umstand wurde heute gerade von der evangelischen Kirche, vom kirchlichen Ökumenereferenten Thomas Prieto Peral deutlichst gerügt. Ich darf aus der dpa-Meldung vom 28.09.2000 zitieren:

Durch die bundesweit schärfsten Ausführungsbestimmungen zu der von der Innenministerkonferenz 1999 erlassenen Altfallregelung gehe in Bayern die Anerkennungsquote für langjährig geduldete Asylsuchende gegen Null.

Diese Erklärung erfolgte zum morgigen „Tag des Flüchtlings“. Ich zitiere weiter aus dieser Pressemitteilung:

Bayerisches Ziel sei offenbar nicht die Lösung sozialer Härten, sondern der erneute Beweis restriktiver Ausländerpolitik.

Ich erinnere nur an die Stichtagsregelung, die zur Ablehnung einer gesamten Familie führt, wenn nur ein Familienmitglied später zugereist ist. Dann wird die ganze Familie abgeschoben. Das gibt es in anderen Bundesländern nicht. Wenn ein Mitglied einer großen Familie straffällig geworden ist, wird die gesamte Familie in Sippenhaft genommen. Das gibt es in anderen Bundesländern nicht. Wo bleibt der garantierte Schutz der Familie, der auch für Asylsuchende gewährleistet sein muss? Hier klaffen die von Ihnen proklamierte Wertediskussion und die praktische Politik meilenweit auseinander.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt ansprechen. Am 6. Juli hat der Deutsche Bundestag einstimmig – laut Protokoll also auch mit den Stimmen der CSU – den Antrag auf Drucksache 14/3729 verabschiedet. Darin wurde ganz klar ein anderer Umgang mit Abschiebung gefordert. Die Abschiebung ist danach, sofern eine Ausreisepflicht erlangt ist, zu widerrufen für Behinderte, für Kranke, für alleinstehende alte Menschen, für Mütter mit Kleinkindern, für unbegleitete Minderjährige,

für Ehepaare, die verschiedenen Ethnien angehören, für ehemalige Lagerinsassen, für Zeugen in Kriegsverbrecherprozessen und für Jugendliche, die in Deutschland aufgewachsen und weitgehend integriert sind. Im Rahmen einer Einzelfallprüfung sind folgende Minimal Kriterien zu berücksichtigen: Die Sicherheit für Rückkehrwillige, die einer ethnisch-religiösen Minderheit angehören; die Existenzmöglichkeit für die Person oder Familie, um ein Mindestmaß sozialer Überlebenschancen zu gewährleisten; der Zustand des Gebäudes im Heimatort, in das die Person zurückkehren soll bzw. geplante oder schon durchgeführte Rekonstruktionsprogramme. Haben Sie diesen Beschluss irgendwann umgesetzt? Wo ist die Anweisung an die bayerischen Ausländerbehörden, diesen einstimmigen Beschluss des Bundestages auch in Bayern umzusetzen? Wir hätten uns bereits in diesen Sommerferien manche unverständlichen inhumanen Abschiebungen ersparen können.

Noch einen Punkt will ich in diesem Zusammenhang ansprechen. Ich habe ein Bündel von Anträgen zur zivilen Konfliktregelung eingebracht. Zum Beispiel werden mit dem Antrag auf Drucksache 14/2451 Fortbildungsmaßnahmen für Lehrerinnen und Lehrer, Programme und Materialien verlangt zur Frage, wie Konflikte an Schulen ohne Gewalt zivil geregelt werden können.

Wie kann Konflikten, die zu Gewalt zu eskalieren drohen, mit zivilen Konfliktregelungen vorgebeugt werden? Die CSU hat diesen Antrag abgelehnt. Auch die SPD hat diesen Antrag abgelehnt, was ich noch viel weniger verstanden habe. Genau das, was Herr Glück heute als große Erneuerung an den Schulen genannt hat, habe ich Ihnen aufgezeigt. Ich habe dargestellt, wie an Schulen Programme zur zivilen Konfliktregelung durchgeführt werden sollen und wie es zu gemeinsamen Regeln kommen kann. Ich habe dargestellt, wie Vereinbarungen getroffen und Streitfälle durch Schlichter und Schlichterinnen geregelt werden. Das war Ihnen völlig wurst. Die Hauptsache war, dass dieser Antrag abgelehnt wurde. Diese Politik ist mehr als ungläubwürdig.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich jetzt auf die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Bayerns eingehen: Die wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Bayerns hat seit jeher in starkem Maße von internationaler Zusammenarbeit und internationalen Einflüssen profitiert. Internationaler Austausch und Zusammenarbeit sowie kontinuierliche Zuwanderung sind auch künftig von höchster Bedeutung für Bayern und seine Bewohner und Bewohnerinnen. Die Sicherung des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandorts Bayern hängt entscheidend davon ab, ob sich in Bayern Menschen aus anderen Ländern willkommen und anerkannt fühlen oder ob sie mit Übergriffen und einer feindseligen Stimmung konfrontiert werden. Bei manchen Anforderungen aus der Wirtschaft sind wir tatsächlich sehr nahe am Nützlichkeitsdenken. Diese Zusammenarbeit muss aber von Kooperation und Achtung geprägt sein. Nur dann ist ein wirklicher Kompetenzaustausch möglich. Nur dann kann sich der Standort Bayern mit Hilfe der internationalen kulturellen Kompetenz dieser Menschen nach vorne entwickeln.

Ich möchte es kurz auf den Punkt bringen: Wir können nicht im Hinflug Menschen abschieben und im Rückflug befristet nützliche Menschen einfliegen. Dieses Konzept wird nicht aufgehen. Wir brauchen eine andere Gestaltung der Gesellschafts- und der Einwanderungspolitik. Die Einwanderungskommission auf Bundesebene wird sich dieser Einwanderungsproblematik sehr differenziert und kompetent annehmen. Ich möchte an die CSU den Appell richten: Blockieren und boykottieren Sie diese Vorschläge nicht, sondern gestalten Sie eine künftige Einwanderungspolitik mit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alles andere wäre ein neuer Schub für Fremdenfeindlichkeit und rechtsextremistische Gewalttaten.

Hier im Landtag fordern wir in sechs Bereichen klare und konkrete Maßnahmen, mit denen dem Rechtsextremismus entgegengewirkt werden soll:

Erstens.

– Bei der Polizei, der Justiz und den Behörden ist auf Prävention und auf Zusammenarbeit mit Vereinen, Organisationen und den Bürgerinnen und Bürgern zu setzen.

– Die Sensibilisierung für und die Wahrnehmung der rechtsextremistischen Gewalt ist auszubauen.

– Diskriminierungen von Personen, die anders aussehen als diejenigen, die üblicherweise als Bayern bezeichnet werden, sind auszuschließen. Wir fordern, dass die Überprüfung von Personen aufgrund ihres „südländischen Aussehens“ unterlassen wird.

– Wir setzen uns dafür ein, dass bei Ermittlung und Verfolgung rechtsextremer Straftaten durch Landeskriminalamt und Kriminalpolizei verstärkt Sonderermittlungsgruppen eingesetzt werden.

– Wir brauchen dringend eine Zeugenschutzdienststelle und flächendeckenden Opferschutz. Das Problem besteht darin, dass sehr viele Opfer nicht wissen, wohin sie sich zur Beratung wenden sollen, geschweige denn eine Strafanzeige erstatten. Aus Angst tauchen deshalb viele Straftaten nicht in der Statistik auf. Deshalb brauchen wir einen umfassenden, flächendeckenden und qualifizierten Opferschutz.

– Ausstiegswilligen aus der rechtsextremistischen Szene sind Ausstiegsmöglichkeiten und Ausstiegsprogramme anzubieten.

– Bei rechtsextremen Straftätern ist für zügige Ermittlungen, für zügige Anklageerhebungen und zeitnahe Verurteilungen zu sorgen.

Zweitens. Auch bei der Zusammenarbeit mit Kommunen und Organisationen besteht Handlungsbedarf.

– Wir fordern, dass über den Landkreistag, den Städte- und den Gemeindetag Programme entwickelt werden, die Präventions- und Aufklärungsarbeit auf der

kommunalen Basis stärken. Hierzu werden wir die entsprechenden haushaltspolitischen Anträge stellen.

– Wir weisen darauf hin, dass gerade die Jugendorganisationen immer wieder über fehlende Finanzmittel klagen. Für diese Organisationen muss ein großzügiger Finanzansatz gewährleistet werden. Nach den Worten des Präsidenten des Bayerischen Jugendrings ist präventive Jugendarbeit gegen Gewalt und Rechtsextremismus nur begrenzt möglich, weil dafür nicht die nötigen Mittel zur Verfügung stehen. Die Einführung von Schulsozialarbeitern wird ständig gefordert, aber die Mittel fehlen.

– Wir fordern auch mobile Beratungsteams, die vor Ort mit geschulten Experten die Problematik aufgreifen und verarbeiten.

Drittens. Im Bereich der Bildung und Ausbildung sind umfangreiche Maßnahmen nötig.

– Für Kindergärten und Schulen sollen Ausbildungsprogramme, Handreichungen und Unterrichtsmaterialien angeboten werden, um an den Schulen nicht nur die Toleranz, sondern auch die internationale kulturelle Kompetenz voranzubringen.

– Die Hochschulen leisten von sich aus einen großen Beitrag zur Internationalisierung. Dieser Beitrag muss jedoch hinsichtlich der Haushaltsmittel verstetigt werden. Er muss planbar sein. Alle Schranken und Blockaden im Ausländer- und Dienstrecht oder hinsichtlich der Arbeitserlaubnis für ausländische Studierende sind aufzuheben und abzubauen.

Viertens. Im Bereich der Kultur wäre es angemessen, zum Beispiel im Haus der Bayerischen Geschichte eine Ausstellung mit Begleitprogramm zum Thema „Bayern und der Nationalsozialismus – Entstehung, Folgen und Konsequenzen“ durchzuführen.

– Ebenso erscheint es uns notwendig, in einer breiten kulturellen Arbeit darauf hinzuweisen, dass in Bayern schon immer europäische Wanderungsbewegungen und zum Teil die außereuropäische Einwanderung die Entwicklung Bayerns in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht gefördert haben. Naturwissenschaftliche und kulturelle Quantensprünge – ich denke nur an die wunderbar reiche Baukultur Bayerns – sind durch Einwanderer für Bayerns Reichtum erreicht worden. Dieses endlich einmal zu vermitteln und nach außen zu tragen wäre das Mindeste.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Wir fordern seit Jahren eine Ehrung der Widerstandskämpferin Sophie Scholl in der Walhalla. Im übernächsten Zug soll diese Ehrung endlich erfolgen. Ist das nicht ein Armutszeugnis?

Fünftens. Zum humanen Umgang mit den Flüchtlingen gehört die Reform der Altfallregelung und die Umsetzung des Bundestagsbeschlusses. Wir dürfen nicht durch Missachtung und Inhumanität gegenüber Migranten ein politisches Feld schaffen, das neuem Rechtsradi-

kalismus Vorschub leistet. In diesem Bereich gibt es noch eine Menge zu tun.

Sechstens. Damit komme ich zur Integration der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger.

– Wir haben in Zusammenarbeit mit Verbänden und Organisationen, mit migrationspolitischen Organisationen und mit Instituten, die in der internationalen kulturellen Kommunikation und Bildung arbeiten, eine gute Grundlage, um in Bayern eine vernünftige Integration voranzubringen.

– Zur Selbstorganisation der Ausländer und Ausländerinnen, der Migranten und Migrantinnen in Bayern ist zu bemerken, die kommunalen Ausländerbeiräte müssen anerkannt werden und unterstützt werden. Der Zusammenschluss der bayerischen Ausländerbeiräte muss endlich Anerkennung finden und Gestaltungsmöglichkeiten bei politischen Entscheidungen erhalten.

Die Debatte über unsere Forderungen werden wir hoffentlich qualifiziert in den Ausschüssen führen. Ich hoffe, dass einige dieser Forderungen, die in unserem Entschließungsantrag aufgeführt sind, Zustimmung finden werden.

Bayern wird künftig nur dann ein wohlhabendes und glückliches Land sein, wenn wir die internationale kulturelle Kompetenz der Menschen, die in diesem Land leben, und die künftig darin leben werden, einbringen können. Wir müssen diesen Reichtum zusammenfügen und ihm politische Chancen geben. Insofern hoffe ich, dass diese heutige Debatte über rechtsextremistische Gewalt ein Umdenken in der Politik in Gang setzt. Bezüglich der Umsetzung notwendiger Entscheidungen gibt es bei uns noch hohe Defizite. Schöne Worte helfen denen, die bei uns Angst haben müssen, nicht. Ich hoffe auf eine Wende.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Böhm:** Als nächster Redner hat Herr Staatsminister Dr. Beckstein das Wort.

**Staatsminister Dr. Beckstein** (Innenministerium): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren Kollegen! Ich glaube, es ist allen klar, dass ich als der für die innere Sicherheit Verantwortung tragende Minister in Bayern zu diesem Thema spreche, insbesondere weil Herr Maget sich heute sehr dezidiert geäußert hat. Heute Vormittag habe ich im Bundestag zu diesem Thema gesprochen. Dort besteht über die grundlegenden Fragen sehr viel mehr Einigkeit, als das bei Ihrer Rede, Herr Maget, dargestellt wurde. Aus meiner Sicht möchte ich deutlich hervorheben – da ich später sehr viele Maßnahmen der Polizei und des Verfassungsschutzes darstellen werde –, dass mir klar ist, dass wir langfristige Präventionsstrategien gegen jegliche Gewalt benötigen.

Wir müssen das deutliche Ansteigen der Kinder- und Jugendkriminalität mit großer Sorge sehen. Die Veröffentlichungen dieser Tage, wonach die Kinderkriminalität

überproportional angestiegen sei – eine bundesweit um 50% höhere Belastung von Kindern und Jugendlichen als vor fünf Jahren –, zeigen, dass wir das Thema grundlegend angehen müssen. Ich bin dem Fraktionsvorsitzenden der CSU dankbar, dass er das ausführlich und sehr tiefgründig dargestellt hat.

Meine Aufgabe ist es, zu kürzerfristigen Maßnahmen Stellung zu beziehen. Selbstverständlich weiß jeder, dass es schwierig ist, allein mit langfristigen Präventionsstrategien gewalttätige Schläger und Skinheadgruppen in Schach zu halten. Diejenigen, die in unserem Land leben, erwarten, dass wir heute und jeden Tag dafür sorgen, dass niemand mit Angst leben muss und dass sich jeder Mensch in diesen Tagen auf die Straßen und Plätze in jedem Ort in Bayern trauen kann, ohne Angst haben zu müssen. Mir sind keine rechtsfreien Räume in Bayern bekannt. Ich fordere jeden in diesem Parlament auf, mir mitzuteilen, wenn er irgendwo einen derartigen Platz weiß. Ich werde dann mit dem für die Sicherheit in diesem Bereich Verantwortlichen ein intensives Gespräch führen und dafür sorgen, dass es keine rechtsfreien Räume gibt. Es war schon immer unser Grundsatz, dass es keine rechtsfreien Räume geben darf.

Ich hebe hervor, dass es ein zentrales Anliegen der von mir verantworteten Sicherheitspolitik und der Politik, die wir über Jahrzehnte hinweg machen, ist, dafür zu sorgen, dass jeder in diesem Land sicher ist – ob Mann oder Frau, ob alt oder jung, ob schwarz oder weiß oder gelb, ob behindert oder nicht behindert, und ich füge hinzu: ob Wissenschaftler oder Flüchtling. Ich habe in dem von Ihnen immer wieder zitierten Aufsatz gesagt, dass auch derjenige, der morgen abgeschoben werden muss, trotzdem ein Anrecht darauf hat, dass er heute nicht angegriffen wird, und wenn doch, wir das mit aller Macht des Rechtsstaates in die Schranken weisen werden.

(Beifall bei der CSU)

In der Tat ist die Würde des Menschen unantastbar. Selbst derjenige, der sich nicht rechtmäßig hier aufhält, hat den Anspruch darauf, dass er nicht von einem Schlägertrupp zusammengeschlagen wird. Das ist die Grundlage der Politik, die wir erfolgreicher betreiben als jedes andere Land.

(Beifall bei der CSU)

Herr Maget, was Sie dargestellt haben, ist ein abenteuerliches Zerrbild der Realität in Bayern, das mit der Wirklichkeit nichts zu tun hat. So zu tun, als ob man sich in München, Nürnberg, Schweinfurt oder anderswo als Ausländer nicht mehr auf die Straße trauen könnte –

(Maget (SPD): Wer sagt das?)

– Der Vorspann Ihrer Entschließung ist ein abenteuerliches Zerrbild der Realität. Das ist nicht einmal menschenfreundlich.

(Maget (SPD): Lesen Sie das doch vor!)

– Sie sollten sich dafür schämen; denn Sie machen nicht nur die Regierung schlecht – das ist Ihr gutes Recht; das sind wir gewohnt, aber das fürchten wir nicht sehr –, sondern Sie greifen auch das Land und die hier Arbeitenden an.

(Maget (SPD): Wo denn?)

– Lesen Sie den Vorspann. Dort ist das entsprechend dargestellt.

(Maget (SPD): Lesen Sie es vor!)

– Sie bringen zum Ausdruck, dass die Ausschreitungen und die Verbreitung des alltäglichen Rassismus insoweit zunehmen, dass damit die Sicherheit der Leute insgesamt bedroht sei. Sie kennen die Zahlen. Frau Paulig hat sie verdienstvollerweise dargestellt. 1999 gab es gegenüber 1998 einen Anstieg und 2000 einen Rückgang.

(Maget (SPD): Was ist an diesem Satz falsch?)

– Darauf komme ich zurück. Wir werden mehr Gelegenheit zur Auseinandersetzung haben. Wir haben die Zahlen detailliert dargelegt.

Die antisemitischen Straftaten möchte ich besonders ansprechen, weil Sie das ganz besonders herausgestellt haben. Sie können mir abnehmen, dass mir diese Straftaten ein besonderes Anliegen sind. Aber es ist nicht seriös, die Quartalszahlen zu nehmen. Schon wenn man die Halbjahreszahlen nimmt, ist die Hervorhebung Bayerns nicht mehr richtig. Es ist auch nicht seriös, die absoluten Zahlen zu nehmen, weil Bayern 12 Millionen Einwohner hat und deswegen andere Zahlen haben wird als beispielsweise Niedersachsen oder Hamburg. Die Häufigkeitsziffern in Bayern von Gewalttaten gegen Fremde, von rechtsextremistischen und antisemitischen Straftaten liegen deutlich unter dem Bundesdurchschnitt. Ich hebe das hervor und verbinde es mit der Bitte an das Hohe Haus, dies ernst zu nehmen.

Bei der Verabschiedung des türkischen Botschafters in Berlin hat mich sehr beeindruckt, dass dieser gebeten hat, daran zu denken, wie die Darstellung auf die ausländischen Mitbürger wirkt. Es gebe Türken, die sich nicht mehr aus dem Haus trauten, weil sie Angst hätten. Ich meine, wir haben Verantwortung dafür, kein Klima der Angst zu schaffen, sodass sich die Leute nicht mehr aus dem Haus trauen. Mich hat das Gespräch mit Frau Knobloch tief bewegt, die mitgeteilt hat, dass es in Deutschland und auch in Bayern unter den ansässigen Juden eine Diskussion gebe, ob man bleiben könne.

(Maget (SPD): So ist das!)

Meine Damen und Herren, in den ersten sieben Monaten dieses Jahres passierten in Bayern etwa 20 rechtsextremistische Gewalttaten. Es ist völlig verfehlt, den Eindruck zu erwecken, als müssten diese Menschen in völliger Unsicherheit und Angst leben. Wir müssen Ihnen sagen, dass wir jegliche Anstrengung unternehmen werden, diese Straftaten aufzuklären, die Täter hart zu bestrafen, und dafür sorgen wollen, dass keine weiteren Straftaten passieren. Sie sollen wissen, dass wir alles für

ihre Sicherheit tun. Ich habe dem türkischen Botschafter gesagt, dass wir in Bayern stolz seien, dass die hier lebenden Türken mehr Sicherheit haben als beispielsweise in Istanbul, Ankara, Paris oder Mailand. Er hat sich dafür ausdrücklich bedankt; denn er kennt die Zahlen besser als die meisten Politiker, die über das Thema reden. Er hat sich auch dafür bedankt, dass Bayern bei der Sicherheit für Ausländer eine Spitzenstellung einnimmt. Ohne die sorgfältige Arbeit der Sicherheitsbehörden wäre dieser Zustand nicht entstanden. Deswegen finde ich es – sachlich ausgedrückt – unzutreffend, die Polizei und den Verfassungsschutz anzugreifen. Ich weise zurück, dass die Vorkommnisse verharmlosend dargestellt würden.

(Maget (SPD): Das tut er auch! – Soll ich das zitieren?)

Sie haben heute – anders als in der Presseerklärung – die Polizei ausgenommen. Ihre Darstellung in der Presse ist aber eine große Gemeinheit. Ich zitiere von Seite 3, Ziffer 1.5 aus Ihrem Manuskript:

Bayern ist bundesweit ein bedeutender Ausgangspunkt für rechtsradikale Publikationen. Zuletzt wurde das Beispiel der Kameradschaft Scharnhorst aus Berg am Starnberger See bekannt. Auch in diesem Fall blieben die Verfassungsschutzbehörden und die Polizei jahrelang untätig.

(Maget (SPD): In diesem Fall war das ausweislich der Presseberichte so!)

Ich empfinde es als Kehrtwende, wenn Sie sich heute ausdrücklich bei der Polizei bedanken. Das ist in Ordnung. Andernfalls hätte Ihnen das wohl weder Herr Dr. Jung noch Herr Dr. Gantzer durchgehen lassen. Beide würden es nicht zulassen, dass jemand, der sich in Fragen der Sicherheit nicht auskennt, der sich nicht informiert hat, die Polizei – und ich füge hinzu – den Verfassungsschutz in einer solchen Weise angreift.

Ich werfe Ihnen bezüglich des Verfassungsschutzes Folgendes vor: Sie haben keine Ahnung, Sie haben sich nicht informiert, Sie haben weder mit dem Präsidenten des Verfassungsschutzes, noch mit irgendeinem Mitarbeiter geredet.

(Maget (SPD): Ich habe die Berichte gelesen!)

Sie haben nicht mit den Mitarbeitern meines Hauses darüber geredet. Sie wissen nicht, wovon Sie reden, aber Sie machen Vorwürfe.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben heute erklärt, das Material, das wir bezüglich der NPD vorgelegt haben, sei dürftig.

(Maget (SPD): In der Tat!)

Sie kennen es nicht, und darum sage ich: Sie reden in einer Oberflächlichkeit und erwecken dabei den Anschein, als ob Sie das Material, das als vertraulich eingestuft ist, eingesehen hätten. Sie haben es nicht

gesehen, Sie haben keine Ahnung und machen Vorwürfe. So kann man mit Sicherheitsbehörden nicht umgehen.

(Beifall bei der CSU)

Ich fordere Sie auf: Gehen Sie zum Amt für Verfassungsschutz. Reden Sie dort mit dem Präsidenten und den Mitarbeitern. Stellen Sie sich einer Diskussion. Dann werden die Leute, die sich zum Teil Gefährdungen durch Rechtsextremisten aussetzen, sagen, wie es ist, wenn jemand, der keine Ahnung hat, sie angreift und sagt, sie würden den Rechtsextremismus permanent verharmlosen.

(Beifall bei der CSU)

Der Präsident des Amtes für Verfassungsschutzes hat Ihnen, ohne dass ich eingegriffen hätte, einen Brief geschrieben und Ihnen darin im Einzelnen nachgewiesen, dass das, was Sie darstellen, schlicht unzutreffend zitiert ist.

Ich will Sie auch darauf hinweisen, was ich bei der Vorstellung des letzten Verfassungsschutzberichtes 1999 gesagt habe. Jemand, der auch nur ein bisschen Ahnung hat, kann dann doch nicht sagen, dass der Rechtsextremismus darin verharmlost wird. Ich zitiere wörtlich aus meiner Presseerklärung vom Frühjahr 1999 zur Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 1998:

Dem Neonazismus ist es gelungen, in einer Wahlpartei Fuß zu fassen. Neonazis stellen die Führung der jungen Nationaldemokraten und nehmen zunehmend Einfluss auf die Politik der NPD. Neonazis und Autonome sind eine besondere Gefahr, weil es ihnen immer wieder gelingt, Jugendliche in ihren Bann zu ziehen. Hier sind nicht nur die Sicherheitsbehörden gefordert, sondern auch das gesellschaftliche Umfeld, Schule, Elternhaus, Arbeitsplatz.

Das habe ich im Frühjahr 1999 gesagt, und Sie stellen sich hierher und sagen, wir würden den Rechtsextremismus verharmlosen. Ich fordere Sie auf, diese Fakten zur Kenntnis zu nehmen und sich zu entschuldigen, nicht bei mir, sondern bei den Leuten, die diese Arbeit leisten.

(Maget (SPD): Wie großzügig!)

Sie wissen nicht, wie viele Leute in Sachen Rechtsextremismus beim Verfassungsschutz tätig sind. Haben Sie sich erkundigt, wie die Schwerpunktsetzung Rechtsextremismus, Linksextremismus beim Verfassungsschutz aussieht? Sie haben keine Ahnung. Sie haben nicht nachgefragt. Sie wissen das nicht.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben für den Bereich Rechtsextremismus ein Drittel mehr Personal als für den Bereich Linksextremismus. Wir haben dafür ein Drittel mehr Personal, doch Sie sagen, es wird bewusst verharmlost. Oder was die DVU anbelangt. Auch hier haben Sie ohne irgendwelche Kenntnisse gesprochen, ohne das, was man zumindest als Zeitungsleser weiß. Wissen Sie denn nicht, wie mas-

siv ich selbst gegen Herrn Frey vorgehe? Ich selbst habe angewiesen, ihm den Waffenschein zu entziehen. Leider habe ich aber sämtliche Prozesse verloren. Leider, weil die Rechtssprechung davon ausgeht, dass eine Person, die Extremist ist, einer Gefährdung ausgesetzt ist, was die Voraussetzung dafür schafft, einen Waffenschein zu gewähren. Ich habe schon Herrn Kanther gegenüber gesagt, und ich sage das jetzt auch zu Herrn Schily: Wenn eine Novelle des Waffengesetzes ansteht, dann werde ich ihr nur dann zustimmen, wenn Extremisten keine Waffenscheine mehr bekommen.

(Beifall bei der CSU und bei einigen Abgeordneten der SPD)

Wo war Ihre Unterstützung – –

(Zurufe von der SPD)

– Das muss sich Herr Maget schon anhören. Wer ohne Kenntnis und oberflächlich Sicherheitsbehörden angreift, der wird erfahren, dass solche Frechheiten in Bayern zurückbezahlt werden auf Mark und Pfennig, auf Euro und Cent, mit Zins und Zinseszinsen.

(Beifall bei der CSU – Kaul (CSU): Wir verstehen Ihre Erregung! – Frau Radermacher (SPD): Wir verstehen das schon auch, wir ordnen es nur anders ein!)

Lassen Sie mich jetzt noch einmal auf die NPD eingehen. Wir haben bereits vor einem Jahr dargelegt, dass sich die NPD verändert. Man hat in den sechziger und siebziger Jahren auf Bundesebene über ihr Verbot diskutiert. Diese Diskussion hat damals zu keinem Antrag geführt. Die NPD war damals nur wenig bedeutsam. Wir haben aber aufgezeigt, dass sich die NPD in den vergangenen Jahren völlig verändert hat. Sie ist von einem Altherrenclub zu einem Sammelbecken von Führungskleuten aus Organisationen geworden, die wir verboten haben.

Ich trage die für mich wichtigen Punkte jetzt vor, die standen zwar alle in einer unserer Presseerklärungen, aber die haben Sie, Herr Maget, nicht gelesen. Sascha Roßmüller ist heute Bundesvorsitzender der Jungen Nationaldemokraten. Früher war er Vorstandsmitglied beim Nationalen Block, den wir – das Bayerische Innenministerium – als gewaltbereite und verfassungsfeindliche Organisation in Bayern verboten haben.

Ein anderes Beispiel: Jens Pühse war bei der Nationalistischen Front, einer ebenso verbotenen Organisation. Heute ist er Bundesorganisationsleiter der NPD. Der ehemalige Landesvorsitzende der NPD von Sachsen-Anhalt, Steffen Hupka, war ebenfalls bei der Nationalistischen Front. In diesem Frühjahr hat er den Vorsitz abgegeben. Das bedeutet, dass Führungskleute in die NPD gegangen sind.

Ein weiterer wichtiger Aspekt ist, dass die NPD sagt: Wir wollen die Speerspitze in einem dreifachen Kampf sein, einem Kampf um Köpfe, um Straße und um Parlamente. Sie sagen, im Moment steht der Kampf um die Straße im Mittelpunkt. Dabei wird eine Doppelstrategie gefahren.

Diese wird beispielsweise bei Schulungen des eigenen Personals dargestellt. Einerseits nutzt man die Chancen des Parteienprivilegs, andererseits lässt man Kameradschaften, Autonome und Skinheads andocken. Man lädt sie ein, an Demonstrationen beispielsweise unter dem Brandenburger Tor, in Frankfurt an der Oder oder an anderen Veranstaltungen teilzunehmen. Diese Doppelstrategie ist aus meiner Sicht deshalb so gefährlich, weil dadurch Skinheads, die eigentlich eine brutale Schlägertruppe sind, plötzlich das Gefühl bekommen, sie wären die Speerspitze zur Schaffung eines modernen, besseren Deutschlands, um dieses verhasste System, welches die NPD als Demokratie bezeichnet, beiseite zu schaffen. Hierin liegt die Gefährlichkeit.

Deshalb habe ich das Thema angesprochen. Ich meine, wenn wir eine wehrhafte Demokratie sind – ich bin ein energischer Verfechter einer wehrhaften Demokratie –, dann müssen wir, wenn wir sehen, dass gerade die NPD ein wichtiger Faktor im Hinblick auf die rechtsextremistische Gewalt ist, gegen sie vorgehen. Wir müssen dies, um ein Zeichen zu setzen, dass der Rechtsstaat sämtliche ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausnützt. Wir müssen es auch tun, um einen wichtigen Faktor zur Unterstützung der Gewalt außer Gefecht zu setzen.

Ich will Ihnen noch etwas sagen. Eine der wichtigsten Finanzierungsquellen der NPD sind die Zahlungen, die der Staat über die Wahlkampfkostenerstattungen leistet. Ich habe mit Freunden in Israel darüber gesprochen. Sie wissen, dass ich seit vielen Jahrzehnten gute Kontakte nach Israel habe, angefangen beim Jugendaustausch vor vielen Jahren. Ich habe also mit Freunden in Israel gesprochen. Man kann ihnen diese Sache gut erklären. Wenn man sagt, so ist bei uns die Rechtslage, dann halten sie einem aber entgegen: Dann müsst ihr die eben ändern. Welchen Eindruck soll ein Israeli bekommen, wenn er hört, dass diejenigen, die durch das Brandenburger Tor ziehen oder in Frankfurt an der Oder demonstrieren, dass diejenigen, die in besonderer Weise und bewusst alle Tabus brechen, hauptsächlich aus staatlichen Mitteln finanziert werden? Hiergegen muss man etwas unternehmen.

Ich freue mich, dass Herr Schily und Bundeskanzler Schröder eine völlig andere Meinung einnehmen als Sie. Herr Schily hat sich heute im Bundestag ausdrücklich bei mir dafür bedankt, dass ich diese Diskussion begonnen habe. Gestern Abend hat er mich aus einer Veranstaltung herausgeholt, um noch einmal mit mir zu besprechen, dass wir gemeinsam mit den anderen Innenministern der Länder einen ganz engen Weg gehen wollen. Wir müssen in der Lage sein, alle Möglichkeiten zu nutzen und auch in Randbereichen soweit als möglich mit Vollzugsmaßnahmen gegen den Rechtsradikalismus vorzugehen. Dies gilt auch für Vereinsverbote. Das Verbot von „Blood and Honour“ ist im Übrigen auch in enger Zusammenarbeit mit uns entstanden.

Ich bin Herrn Schily ausgesprochen dankbar dafür, dass er heute, aber auch schon an anderer Stelle erklärt hat, dass er die rechtlichen Änderungen, die wir im Bereich der G 10 haben wollen, genauso unterstützt wie das Vorgehen auf niedriger Einschreitschwelle.

Ein weiteres Thema, das im Landtag behandelt werden sollte, ist die Frage, welches Material man verwendet. Herr Maget, Sie sollten aufpassen, denn das ist eine wichtige Frage. Wenn man als Fraktionschef über Rechtsextremismus redet, muss man von den Belangen der inneren Sicherheit in Bayern etwas verstehen. Das müssen Sie dringend lernen, sonst blamieren Sie sich wie heute.

(Beifall bei der CSU)

Wir diskutieren momentan über folgende Frage: Dürfen alle Erkenntnisse, die der Verfassungsschutz bei der Überwachung extremistischer Parteien gewonnen hat, in einem Verbotsverfahren vor dem Verfassungsgericht verwendet werden oder sprechen Datenschutzgründe dagegen, beispielsweise das, was aus der Telefonüberwachung gewonnen wurde, zu verwenden? Es kann doch wohl nicht richtig sein, dass wir den Verfassungsschutz beauftragen, Abhörmaßnahmen durchzuführen, um Gefahren für die freiheitliche Demokratie abzuwehren, und das Material nicht verwenden dürfen. Es gibt eine Parlamentarische Kontrollkommission, die die Maßnahmen kontrolliert. Die Maßnahmen werden strikt rechtsstaatlich durchgeführt, trotzdem wäre es verboten, die Erkenntnisse in einem Verbotsverfahren vor das Bundesverfassungsgericht zu bringen. Diese Interpretation wurde zunächst nur vom Bundesjustizministerium auf Arbeitsebene dargestellt. Ich bin froh, dass auch der Bundesinnenminister klar sagt, er will auf jeden Fall eine teleologische Auslegung. Wenn wir den Verfassungsschutz einsetzen, müssen selbstverständlich alle Erkenntnisse vorgetragen werden können. Ich erwarte auch von der SPD, dass sie uns in diesem Bereich in Bayern unterstützt und uns nicht in den Rücken fällt.

(Beifall bei der CSU)

Bei Rechtsextremismus müssen wir auf der niedrigsten Einschreitschwelle tätig werden und handeln, soweit es die Rechtsgrundlagen überhaupt hergeben. Deswegen nehmen wir für uns in Anspruch, dass wir Skinhead-Konzerte, die fast immer mit rechtsextremer Gewalt verbunden sind, in hohem Maß unterbinden. Das heißt, wir leiten nicht erst danach die Strafverfahren ein, sondern wir verhindern Straftaten. In diesem Jahr haben in Bayern nur drei Skinhead-Konzerte stattgefunden. Das sind zwar drei Konzerte zu viel, aber wir haben ein Vielfaches davon unterbinden können. Das war nur deswegen möglich, weil Bayern als erstes Bundesland – wir haben im PKG mehrfach darüber berichtet – intensive Detailkenntnisse über Skinheads hat.

Wir nehmen für uns in Anspruch, dass Bayern das erste Bundesland war, das auf die Gefahr der Skinheads in Bezug auf rechtsextremistische Gewalttaten hingewiesen hat. Bayern hat es durch intensive Vorklärung in einem Umfang wie kein anderes Land geschafft, dass die früher jährlich stattfindenden Veranstaltungen anlässlich des Heß-Todestags faktisch nicht mehr möglich sind. Fragen Sie den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, der das ausdrücklich bestätigt hat. Die Polizei erfährt von den geplanten Umtrieben vom Verfassungsschutz und führt sorgfältigste Vorkontrollen durch. Ich räume ein, dabei wird zum Teil eine

Verdrängung vorgenommen. Wir bieten aber den Kollegen in Thüringen, in Sachsen oder in anderen Bundesländern an, dass die Polizeikräfte, die Bayern bereitgestellt hat, mit den Extremisten mitziehen, wobei leider auch unser Gegenüber durch die modernen Kommunikationsmittel zusätzliche Möglichkeiten hat.

In Ihrem Antrag fordern Sie, dass wir im Internet über den Rechtsextremismus aufklären. Das machen wir bereits als einziges Bundesland. Herr Kollege Regensburger hat im Innenausschuss berichtet, dass wir das erste Land waren, das eine eigene Arbeitsgruppe „Cyber-Cops“ eingerichtet hat. Bayern ist im Übrigen das einzige Bundesland – das ist im Verfassungsschutzbericht bereits 1998 nachzulesen –, das im Bereich des Verfassungsschutzes das Internet und die modernen Kommunikationsmittel überprüft. Wir wissen allerdings auch, wie schwierig das ist, denn bereits in Dänemark und den USA sind die Rechtsgrundlagen völlig andere als bei uns, so dass wir in vielen Fällen leider nicht einschreiten können, aber wir unternehmen große Anstrengungen.

Wie gesagt, wir haben den Verfassungsschutz in großem Umfang eingesetzt. Ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes hat bei der Besprechung mit mir – nicht druckreif – gesagt, wenn ein Skinhead Geburtstag feiert, ist in aller Regel die Polizei bei ihm und kontrolliert, ob es sich tatsächlich um eine harmlose Geburtstagsfeier handelt oder ob mehr dahinter ist. Das verstehen wir unter dem Vorsatz, dass wir für Extremisten, die gewaltbereit sind, keine Spielräume schaffen wollen. Ich bitte hier auch um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei der CSU)

Die Unterstützung wird noch glaubwürdiger, wenn Sie sie nicht nur in Bezug auf Rechtsextremismus, sondern auch in Bezug auf Linksextremismus leisten. Im Moment beschäftigen wir uns auf Arbeitsebene intensiv mit der nächsten Runde der Castor-Transporte. Aufgrund der Genehmigung von Herrn Trittin wird es in Kürze wieder Castor-Transporte geben. Das bedeutet ein so großes Problem, dass die Innenministerkonferenz eine Arbeitsgruppe eingesetzt hat. Wenn Sie glaubwürdig bleiben wollen, müssen Sie die Maßnahmen, die Sie gegen den Rechtsextremismus ergreifen, auch gegen den Linksextremismus ergreifen. Mit mir ist das immer zu machen. Wir machen es auch, wenn Sie uns kritisieren, denn ich meine, dass Sie die rechtlichen Möglichkeiten der wehrhaften Demokratie wahrzunehmen haben.

Ein wichtiges Mittel ist auch der Unterbindungsgewahrsam. Ich könnte Ihnen die Aussagen zitieren, die uns die SPD seinerzeit entgegengehalten hat. Herr Schöfberger hat gesagt, es handelt sich um einen schrecklichen Verstoß gegen Geist und Sinn der Verfassung in der Bundesrepublik und in Bayern. Ich war überrascht, dass von anderen Bundesländern gefordert worden ist, dass man den Unterbindungsgewahrsam gegen Rechtsextremisten, die gewaltbereit sind und die Leute in Angst und Schrecken versetzen, anwendet. Ich glaube, die Situation ist hier genauso wie bei der Schleier-Fahndung oder bei der konsequenten Anwendung von Demonstrationsverboten.

Zusammenfassend stelle ich fest: Derjenige, der behauptet, der bayerische Verfassungsschutz würden Rechtsextremismus verharmlosen, hat entweder keine Ahnung oder sagt die Unwahrheit.

(Beifall bei der CSU)

Lassen Sie mich ein letztes Thema ansprechen, auf das ich in der Diskussion hingewiesen worden bin. Es handelt sich um die Frage, ob es nicht richtig ist, Probleme wie die Abschiebung von Ausländern – im Bundestag ist es um die Flughafenregelung gegangen – oder Dinge wie „Wir brauchen mehr von denjenigen, die uns nützen, und müssen konsequentere Schranken einsetzen gegenüber denjenigen, die uns ausnützen“ anzusprechen. Ich bin froh darüber, dass heute nicht wieder die bewusste demagogische Verfälschung, die von den GRÜNEN gebracht worden ist, wiederholt wurde. Sie haben von nützlichen und unnützlichen Menschen gesprochen.

(Frau Münzel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist O-Ton Beckstein!)

Es ist ein Unterschied, ob man davon spricht, dass ein Mensch nützt oder dass er ein nützlicher Mensch ist. Im Zusammenhang mit dem Ausscheiden eines Redakteurs bei einer Zeitung war die Rede davon, dass er der Zeitung sehr genützt hat, weil er die Auflage gesteigert hat. Er wäre sicher nicht damit einverstanden gewesen, wenn man gesagt hätte, er sei ein nützlicher Journalist. Es war auch die Rede davon, dass Herr Verheugen mit seinem Vorstoß hinsichtlich der Volksabstimmung über die Europa-Erweiterung Europa nicht genützt hat, aber man kann wohl nicht sagen, dass er ein unnützlicher Mensch ist. Das ist eine demagogische Veränderung der Aussage, die nicht zulässig ist.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wortklauerei!)

Ich kann nur sagen, die demagogische Verdrehung, die Frau Köhler bewusst gebracht hat, lasse ich mir nicht anhängen. Ich wiederhole aber mit voller Überzeugung das, was ich schon dreimal oder viermal in diesem Hause gesagt habe, nämlich dass wir eine Ausländerpolitik brauchen – das war auch Gegenstand meiner Rede in diesem Hause –, die unsere humanitären Verpflichtungen erfüllt. Diesbezüglich haben wir von niemand Nachhilfeunterricht nötig.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben mehr Bosnier und Kosovo-Albaner aufgenommen als andere. Bei den libanesischen Flüchtlingen waren wir ebenfalls an vorderster Front, übrigens ohne dass der Bund ernsthaft etwas dazuzahlt. Den Ärger hatten wir schon mit der alten Regierung, und die neue Regierung hat hier überhaupt nichts verändert; das waren reine Wortgefechte. Rot-Grün hat jetzt die Rückkehrhilfen für REAG und GARP spürbar gekürzt. Rot-Grün hat damit Mittel für einen finanziellen Neubeginn für Menschen gestrichen, die zurück in den Kosovo gehen.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört!)

Sie sollten sich dafür schämen, anstatt große Sprüche zu machen.

(Beifall bei der CSU)

Ich musste mich mit dem Finanzminister auseinandersetzen, der erklärt hat, wenn der Bund die Hälfte der Mittel für GARP und REAG sperrt, wolle er dasselbe tun. Ich konnte nicht durchsetzen, dass das Land die ausfallenden Bundesmittel ausgleicht. Immerhin konnten wir unseren Anteil weiter bezahlen. Ich fordere Sie auf: Wenn Sie halbwegs glaubwürdig sein wollen, dann sorgen Sie dafür, dass dort, wo Sie Verantwortung tragen, nicht nur geredet, sondern auch gezahlt wird.

(Beifall bei der SPD)

Zu den humanitären Aufgaben gehört auch, dass ich die Frage der Altfallregelungen hier durchaus vertrete.

(Zurufe von den GRÜNEN: Aha!)

Alle Innenminister waren sich bei der ersten Altfallregelung darin einig, dass es nur eine Altfallregelung geben darf und nicht zig Wiederholungen. Bei der letzten Innenministerkonferenz – diejenigen, die sich ein bisschen auskennen, wissen das – wurde stundenlang darum gerungen, ob die Innenminister aus unionsgeführten Ländern überhaupt bereit wären, einer Altfallregelung zuzustimmen. Als Sprecher der B-Länder habe ich Herrn Schily zugesagt, dass ich mich dafür stark machen werde, dass wir zu einer Altfallregelung kommen. Ich habe aber von vornherein gesagt, dass das nur eine ganz eng begrenzte Regelung sein könne, weil die anderen Unionsminister sonst nie zugestimmt hätten. Es gibt zwei Möglichkeiten, eine Altfallregelung zu schaffen, zum einen per Gesetz im Bundestag. Dafür haben Sie keinen Entwurf vorgelegt, obwohl Sie das jederzeit tun könnten. Die zweite Möglichkeit ist eine einstimmige Regelung in der Innenministerkonferenz. Die einstimmige Regelung haben wir in der Innenministerkonferenz zuwege gebracht. Ich sage an die Adresse von Herrn ...: Du sollst kein falsches Zeugnis ablegen, auch dann nicht, wenn du ein engagierter Flüchtlingsarbeiter bist. Seine Aussage, wir würden das anders als andere Länder handhaben, ist falsch.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir machen das bei Familien genauso wie Baden-Württemberg und Hessen, exakt so, wie es vereinbart worden ist. Ich räume ein, dass sich z.B. Rheinland-Pfalz von der Verabredung entfernt hat und weit darüber hinaus geht; bei den anderen SPD-geführten Ländern ist es unterschiedlich. Es stimmt nicht, wie Frau Paulig sagt, dass wir die Altfallregelung nur dann anwenden, wenn die gesamte Familie da ist. Der Begriff Familie beinhaltet aber, dass mehr als einer da ist. Es müssen also entweder die Ehegatten oder ein Elternteil mit Kind da sein, damit der Familienbegriff erfüllt ist.

Nun zur Rückkehr nach Bosnien: Es ist geltendes Recht, dass in jedem Einzelfall nachgeprüft werden muss, ob diejenigen, die zurückkehren, dort sicher sind und geeignete Lebensumstände vorfinden. In verschiedenen Fällen haben Mitarbeiter meines Hauses in Sarajewo die Frage der medizinischen Versorgung geklärt. Mit Unterstützung von Frau Kollegin Stamm – dafür bedanke ich mich ausdrücklich – möchten wir in bestimmten Bereichen die medizinische Hilfe ausbauen, zum Beispiel für die Behandlung von traumatisierten Personen. Das Traumatisierungszentrum in Sarajewo hält es für wichtig, dass diese Menschen von Ärzten behandelt werden, die ihre Sprache beherrschen, und es wäre falsch, sie hier zu behandeln. Wir wollen beim Ausbau des Zentrums in Sarajewo mithelfen und bemühen uns darum, dass ein derartiges Zentrum auch nach Banja Luka kommt. Niemand wird abgeschoben, ohne dass im Einzelfall geklärt ist, dass er eine Lebensgrundlage in dem Land hat, in das er zurückkehrt. Damit können wir uns in Europa vor jedem anderen sehen lassen. Wir haben es nicht nötig, uns in eine fremdenfeindliche Ecke stellen zu lassen. Es bleibt das Vorrecht der SPD, das zu tun.

(Beifall bei der CSU)

Wir müssen unser Land in maßvoller Weise für Menschen öffnen, die unserer Volkswirtschaft nützen und die wir brauchen. Das ist eine riesige Aufgabe. Viele Leute haben darauf hingewiesen, angefangen vom Bundeskanzler, dass nicht automatisch jeder, der hierher kommt, der Volkswirtschaft und den Sozialkassen nützt. Der Bundeskanzler hat sehr wohl darauf hingewiesen, dass die Umsteuerung der Einwanderungspolitik sehr viel stärker den wirtschaftlichen Nutzen zu beachten habe, wie es bei allen anderen Einwanderungsländern selbstverständlich der Fall ist. Im wissenschaftlichen Bereich – Stichwort Hochschulen – haben wir in der Vergangenheit relativ großzügig gehandelt.

Ich habe auch darauf hingewiesen, dass man sehr vorsichtig sein muss, wenn es um Menschen geht, die im Wettbewerb mit unseren Arbeitslosen stehen, und dass nicht jeder Wunsch aus dem Handwerk erfüllt werden kann, weil wir eine besondere Verpflichtung gegenüber der einheimischen Bevölkerung haben, sie vor Billigarbeitskräften aus den Drittländern zu schützen. Wer das für ausländerfeindlich hält, dem empfehle ich, so eine Forderung bei Gewerkschaften vorzutragen. Alle Regelungen, die wir mühsam zustande gebracht haben – Tariftreue, Subunternehmer, Nachunternehmerklärung – haben das eine Ziel, die hier lebenden Menschen – dazu gehören auch türkische oder jugoslawische Gastarbeiter – vor einer Verdrängung durch Billigarbeitskräfte zu schützen. Ich stehe auch heute zu meiner Auffassung, dass wir das sorgfältig prüfen müssen und dass wir eine besondere Verantwortung gegenüber den Menschen haben, die nicht viel Geld haben, sondern deren Arbeitsleistung die Grundlage ihres oft bescheidenen Lebensstandards ist.

Dass die Klärung, wo wir Menschen brauchen, die unserer Volkswirtschaft nützen, ein Problem ist, habe ich durch eine Zahl dargetan, die jeder wissen müsste. Im Jahr 1972, dem letzten Jahr der Anwerbung von Gastarbeitern, hatten wir 3,5 Millionen ausländische Mitbürger.

ger in Deutschland, wovon 2,3 Millionen sozialversicherungspflichtig berufstätig waren. Im Jahr 1998 haben wir 7,3 Millionen ausländische Mitbürger. Das ist eine Steigerung um 3,8 Millionen. Gleichzeitig sind 300 000 Leute weniger sozialversicherungspflichtig tätig. Es gibt zwar den Familiennachzug und Selbstständige, aber jeder weiß, dass die Zahl der Arbeitslosen mit dem Faktor 3 und die Zahl der Sozialhilfebezieher unter den ausländischen Mitbürgern mit dem Faktor 4 im Vergleich zur übrigen Bevölkerung malzunehmen ist. Deswegen muss man diese Probleme ernst nehmen.

Ich räume ein, dass ich gesagt habe, wir müssen es konsequent beenden, wenn uns welche ausnützen. Ich habe auch gesagt, wen ich damit konkret meine, nämlich nicht all diejenigen, die als Asylbewerber abgelehnt werden; da gibt es Grenzfälle, über die man streiten kann. Es gibt aber mehrere Zehntausend – das Bundeskriminalamt schätzt, dass es pro Jahr mindestens 50 000 Menschen sind –, die durch kriminelle Schleuserorganisationen nach Deutschland mit gefälschten Identitäten und gefälschten Geschichten geholt werden. Diese Leute haben von vornherein das Ziel, sich den Aufenthalt hier möglichst lange mit jedem Rechtsmittel und jeder Verzögerungsmöglichkeit zu sichern, um die Schleuserlöhne zu zahlen und hier selbst eine Zeit zu leben, obwohl sie wissen, dass sie nie eine Chance haben. Da das Bundeskriminalamt erklärt, dass die organisierte Kriminalität durch Schleuser dabei ist, die Drogenkriminalität in Europa zu überholen, muss ein Innenminister auf dieses Problem hinweisen, wenn er seine Pflicht nicht versäumen will. Man reißt aber dieses Problem völlig aus dem Zusammenhang und stellt bestimmte Leute mit polemischer Demagogik in eine ganz bestimmte Ecke, obwohl andere inhaltlich genau dasselbe gesagt haben.

Deswegen, Alois, herzlichen Dank dafür, dass du die Zitate aus dem Bereich der SPD gebracht hast.

(Beifall bei der CSU)

Jeder von Ihnen in der SPD sollte sich einmal mit den Kollegen in Berlin unterhalten. Wir sind in sehr viel engeren Gesprächen. Fragen Sie einmal nicht nur Herrn Schily, sondern auch Herrn Struck oder Herr Wiefelspütz oder auch andere in der Bundesregierung – denen ist völlig klar, dass eine Einwanderungsregelung entweder mit uns gemacht wird oder gar nicht kommen wird. Die Einwanderungskommission, die gerade so gelobt worden ist, hat doch zunächst das Ziel, über die Landtagswahlen in Baden-Württemberg hinauszukommen. Fragen Sie Leute in der SPD. Ich kann Ihnen das Protokoll geben, das zeigt, dass darüber gesprochen worden ist, dass die Kommission nach Möglichkeit über die Landtagswahlen des nächsten Jahres kommen sollte, weil man dieses Thema nicht haben will.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört!)

In der Zwischenzeit ist ein Umdenken im Gange. Man sagt, man könnte sich vorstellen, die Zuwanderungskommission zu bitten, schneller zu Ergebnissen zu kommen.

Eines will ich sagen: Jeder weiß, dass ich mit Herrn Schily ein durchaus fruchtbares Spannungsverhältnis habe. Ich muss aber auch sagen: Eine Kommission zu machen, in denen nur Leute von seinen Gnaden sind, in der gleichzeitig aber unsere Meinung dargestellt werden soll – so läuft das in einer Demokratie nicht. In der Demokratie bestimmen schon noch wir selber, wer unsere Meinung darstellt. Es kann nicht etwa so sein, dass Herr Schily sagt: Das sind gute Unionsleute, die hole ich, die Präsidentin a. D., die anderen hole ich nicht herein,

(Frau Radermacher (SPD): Die uns nützen!)

die haben dann anschließend die Ergebnisse zu verkünden. Demokratie ist nicht nur Beifall für Weltstaatsmänner; in der Demokratie heißt die Aufgabe der Opposition, harte Kritik zu üben. Wir machen es hart, aber fair und nicht so, wie heute Herr Maget.

(Beifall bei der CSU)

Deswegen sage ich: Wir werden uns dieser Aufgabe stellen. Ich warne jeden, die Einforderung eigener Interessen bei der Frage der Einwanderungspolitik auch nur annähernd in den Bereich des Rechtsextremismus zu rücken. Dies ist ein polemischer Versuch, mit dem Boden gut gemacht werden soll, die politischen Koordinaten verschoben werden sollen. Wir werden es nicht hinnehmen, dass wertkonservative Haltungen unterdrückt werden; denn Demokratie lebt von Toleranz.

(Zuruf von der SPD)

Toleranz gibt es nicht nur gegenüber den GRÜNEN und deren Vorstellungen, sondern Toleranz muss dann auch für 60 oder 70 % der Bevölkerung gelten.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Derjenige, der den Eindruck erweckt, dass wertkonservative Haltungen, das, was Demokratisch-Konservative darstellen, in den Bereich des Rechtsextremismus fallen, oder, noch unanständiger, Nährboden für Gewalt sind, macht sich nicht etwa an der Demokratie verdient, sondern trägt selbst dazu bei, dass die Demokraten weniger werden und der Extremismus gestärkt wird.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, als bayerischer Innenminister sage ich: Ich bin froh darüber, dass Ausländer, dass jüdische Mitbürger in Bayern an jedem Platz in unserem Lande sicher leben. Jede der Straftaten, die an ihnen begangen wird, bedeutet eine Beeinträchtigung unserer Rechtsordnung, die uns massivst bedrückt. Polizei, alle Sicherheitskräfte und, Herr Justizminister, natürlich auch Justiz und Staatsanwaltschaft unternehmen alle Anstrengungen, um dies in den Griff zu bekommen und es mit Konsequenz und Härte entsprechend zu verfolgen. Wir haben keine Belehrungen dazu nötig. Wir wissen, dass man mit Extremisten keine gemeinsame Sache macht. Wir wären dankbar, wenn die SPD dies auch wüsste und nicht etwa wegen Ministerposten in

Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern gemeinsame Sache mit der PDS machte.

(Beifall bei der CSU)

Es hat immer einen demokratischen Grundkonsens gegeben: Mit Extremisten macht man keine gemeinsame Sache. Ich fordere die SPD auf, zu diesem Grundkonsens zurückzukehren. Dann werden wir Gewalt und Fremdenfeindlichkeit wirklich in den Griff bekommen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Meine Damen und Herren, nächster Redner ist Herr Kollege Jung. Bitte schön. Herr Kollege, Sie haben theoretisch noch 20 Minuten Redezeit. Die Staatsregierung hat die ihre gerade verbraucht, Herr Staatsminister.

**Dr. Jung (SPD)** (vom Redner nicht autorisiert): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Innenminister, Sie brauchen keine Sorge zu haben: Wertkonservative Ansichten werden von uns nie als rechtsextrem bezeichnet werden – im Gegenteil: Wir meinen, rechts-extreme Auffassungen finden sich zum Teil bei Ihnen, wertkonservative dagegen schon längst bei den Sozialdemokraten.

(Widerspruch von der CSU)

Wenn es darum geht, Schöpfung zu bewahren, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dann sollten Sie sich sowohl hier als auch im Deutschen Bundestag einmal sorgfältig die Diskussionen anhören und prüfen, wo tatsächlich wertkonservative Haltungen zum Ausdruck gebracht werden.

Zunächst zu Ihnen, Herr Fraktionsvorsitzender Glück. Ich habe Ihnen eigentlich mit Hochachtung und Respekt entgegenzutreten. Auch schon der Altersunterschied gebietet dies.

(Heiterkeit bei der SPD und bei der CSU)

Aber leider ist es aus meiner Sicht für Ihre Funktion peinlich – ich komme um das Wort flegelhaft nicht herum –, wie Sie Ihre Rede begonnen haben.

(Widerspruch von der CSU)

Der zweite Teil war dann Gott sei Dank anders. Solche Hasstiraden gegen unsere neue Führung, unseren neuen Fraktionsvorsitzenden. Welche Sorgen haben Sie denn, Herr Glück?

(Glück (CSU): Wer hat denn begonnen? – Weitere Zurufe von der CSU)

Zunächst haben Sie sich bemüht gesehen, den Begriff des Ministerpräsidenten von der durchrassten Gesellschaft wieder aufzubringen und haben erklärt, er bedauere diesen Begriff und hätte sich entschuldigt. Dazu haben wir, zumindest ich, bis heute vom Herrn Ministerpräsidenten noch keine Silbe gehört.

(Beifall bei der SPD)

Es ist schön, wenn Sie das heute für ihn erklären, aber das sollte doch der Ministerpräsident am besten hier selbst machen. Wir haben Verständnis dafür, dass er nicht da ist; dies lassen wir heute aus gutem Grund durchgehen. Es wäre aber doch angebracht, dies in diesem Haus zu erklären. Warum Sie Ihre Rede so mimosenhaft, so ausfällig begonnen haben, ist mir trotzdem nicht nachvollziehbar, und vor allem haben Sie hierzu nicht den geringsten Anlass.

(Glück (CSU): Das Thema war schon 1989! Daran haben Sie vielleicht keine politische Erinnerung!)

Der Herr Innenminister hat jetzt sein besonders fruchtbares Verhältnis zu Bundesinnenminister Otto Schily betont. Ich will nicht daran erinnern, wie gerade Otto Schily von Ihnen und Ihren Streitern im Wahlkampf auf's Übelste diffamiert und mit Hetzparolen belegt wurde. Terroristenanwalt, Gefahr für die nationale Sicherheit und Ähnliches waren noch die harmlosesten Formulierungen.

(Zustimmung von der SPD)

Welche Ergüsse haben Sie denn über Gerhard Schröder unter anderem im Zusammenhang mit Vorkommnissen vor vielen Jahren in Hannover immer wieder gebracht?

(Herrmann (CSU): Zu Recht!)

Sie haben doch den Teufel an die Wand gemalt. Jetzt aber werden wir von einem Weltstaatsmann regiert; jetzt werden wir von einem Innenminister regiert, dem auch Sie Ihren Respekt letztlich nicht versagen. Von daher sollten wir doch zur politischen Normalität zurückkommen und sollte Herr Glück die Gelegenheit nutzen, sich heute noch für seine Ausfälle zu entschuldigen.

(Beifall bei der SPD)

Das eigentliche Thema, zu dem auch die Anträge aller drei Fraktionen vorliegen, ist nach den Ausführungen des Kollegen Maget leider sehr kurz behandelt worden. Ich möchte darauf zurückkommen. Herr Glück, Sie zweifeln die Sinnhaftigkeit gesellschaftlicher Bündnisse an. Davon, dass Sie wie andere Bundesländer, wie Nordrhein-Westfalen, als Freistaat, als Staatsregierung ein solches Bündnis tragen und mit Leben erfüllen wollen, ist schon gar nicht die Rede. Ich habe auch gewisses Verständnis, dass Sie in Bayern damit ein Problem haben. Herr Kollege Herrmann, Sie haben sicherlich mitbekommen, wie schon die Teilnahme eines Kollegen aus diesem Haus, des Kollegen Göppel, gemeinsam mit unserem Kollegen Gartzke an einem solchen Bündnis für Mittelfranken Ihre mittelfränkische Partei fast spaltet, wie sich Ihre Bezirksvorsitzende und andere herausragende Vertreter Ihrer mittelfränkischen CSU in den Haaren liegen und es darüber zu Grabenkriegen in Ihrer Partei kommt.

Warum? Weil Sie die Frage nicht geklärt haben, wie sich die CSU zu rechtsradikalen Bestrebungen in der Gesellschaft stellt. Sind Sie bereit, zusammen mit allen ande-

ren dagegen massiv vorzugehen oder wollen Sie sich vornehm zurückhalten?

Wichtig war auch, dass heute wieder einmal über die Nützlichkeit von Menschen gesprochen wurde. Während Herr Fraktionsvorsitzender Glück außerordentlich bedauert hat, dass solche Diskussionen in die gesellschaftliche Realität Eingang gefunden haben, hat Herr Innenminister versucht, mit Wortspitzfindigkeiten etwas Anderes vorzuspiegeln als er gesagt hat. Ich würde mich freuen, wenn der Innenminister die Worte des Fraktionsvorsitzenden übernimmt und allem Denken in Nützlichkeitskategorien, wenn es um Menschen geht, eine Abfuhr erteilt. Das würden wir uns wünschen, und nicht sophistisches Unterscheiden zwischen nützlich und Menschen, die Nutzen bringen.

(Beifall bei der SPD)

Bei der NPD-Debatte verweisen Sie auf eine große Übereinstimmung mit dem Bundesinnenminister, die übrigens so groß gar nicht ist. Denn Otto Schily hat, anfangs stärker, aber auch jetzt noch, nicht mit Hurra-Gebrüll ein NPD-Verbot gefordert, sondern sehr abgewogen auf die Risiken hingewiesen, die ein Verbot mit sich brächte. In eine ähnliche Richtung haben sich Politiker der CDU geäußert. Viel wichtiger ist heute aber die Frage, wie wir es schaffen, rechtsextreme Gewalt aus dem Land zu verbannen. Dazu kann ein NPD-Verbot *einen* Beitrag leisten. Die Bedeutung, die Sie diesem Verbot beimessen, kommt ihm aber bestimmt nicht zu. Wenn ich mich in die Rolle eines Anwalts der NPD vor dem Bundesverfassungsgericht versetzte, würde ich auch die Unterlagen des Bayerischen Verfassungsschutzes – insofern hat Herr Kollege Maget Recht – in die Hand nehmen, so weit sie veröffentlicht sind. Denn unter dem Stichwort „Rechtsextremismus“ findet sich dort eine Chronologie, die eben nicht auf Staatsgefährdung und besondere Gefahren schließen lässt, die von der NPD ausgehen.

Sie wollten von Herrn Maget Zitate. Ich kann einige liefern. 1998 finden wir unter dem Stichwort „Rechtsextremismus“ Formulierungen wie „rückläufige Aktivitäten“, „wegen befürchteter strafrechtlicher Folgen verhalten sich führende Neonazis zunehmend passiv“. Dann eine Seite weiter: „Leichter Abwärtstrend in Bayern“, „Anzahl und Auflagenstärke neonazistischer Publikationen gingen weiter zurück, auch die Zahl der Personen hat sich leicht verringert“. Im Verfassungsschutzbericht 1999 ist davon die Rede, dass sich Skinheads meist zu spontanen Aktionen hinreißen lassen, einer starken Fluktuation unterliegen, in der Regel weder feste Organisationsstrukturen noch formelle Mitgliedschaften kennen. Weiter wird im Verfassungsschutzbericht 1999 darauf hingewiesen, dass der Tatentschluss vielfach spontan aus gruppenspezifischen Prozessen entsteht, gefördert durch Alkohol, als ob ein paar junge Leute einige Bier zu viel getrunken hätten und dann spontan Gewalttaten entstünden. „Eine überregionale Steuerung durch rechtsextremistische Organisationen“, so weiter im Bericht, „konnte in keinem Fall festgestellt werden. Konkrete Erkenntnisse über Planungen von Terroranschlägen liegen nicht vor.“

Nur für das erste Halbjahr 2000, in dem schon in ganz Deutschland die Alarmglocken geläutet haben, finden wir erstmals Formulierungen wie „es lagen vereinzelte Hinweise vor“, „konkrete Erkenntnisse über bereits geplante Gewalttaten haben sich aber nicht ergeben“, „der Aufbau einer braunen Armeefraktion ist nicht ersichtlich“, „in Bayern sind Anhaltspunkte für den Aufbau oder die Existenz von Wehrsportgruppen oder terroristischen Strukturen derzeit nicht gegeben“, „die rechts-extremistisch motivierte Gewalt geht in Bayern hauptsächlich von Skinheads aus und“ – so erneut im Jahr 2000 – „resultiert in der Regel aus spontanem Tatentschluss.“ Sind das nicht Aussagen, die ein Anwalt der NPD genüsslich verwenden könnte? Über Erkenntnisse in Verschlussachen dürfen wir nicht sprechen. Wenn Sie, Herr Innenminister, aber Ausführungen wie die von mir zitierten in Ihren Publikationen abdrucken lassen, müssen Sie sich auch gefallen lassen, dass der Fraktionsvorsitzende der SPD dies zum Anlass nimmt nachzufragen und den Finger in die Wunde zu legen.

(Beifall bei der SPD)

Gleichwohl gibt es viele Gemeinsamkeiten zwischen uns, zum Beispiel die Hochachtung der polizeilichen Arbeit und ihres professionellen und intensiven Vorgehens in Bayern. Dies hat schon mein Vorredner ausdrücklich erwähnt, und auch ich habe mich mehrmals dazu öffentlich geäußert. Gerade der Einsatz niedriger Eintrittsschwellen, egal ob bei Skinhead-Konzerten oder bei der Überwachung von Rechtsextremisten, ist teilweise mutig, entschlossen, richtig und kann für andere Bundesländer durchaus vorbildlich sein. In diesem Punkt stehen wir an Ihrer Seite und an der Seite der Polizei.

Da wir uns alle für das gemeinsame Ziel der Bekämpfung rechtsradikaler Strömungen einsetzen sollten, bedaure ich den Stil der heutigen Debatte sehr. Ich hatte gehofft, wir stärken unserer Polizei gemeinsam den Rücken und dass der Verfassungsschutz künftig in seine Berichte auch Vorgänge aufnimmt, die die Gefährlichkeit Rechtsradikaler dokumentiert, anstatt sie zu entlasten. Ich hatte mir auch gewünscht, dass wir bei Bildung, Schulwesen, Sozialarbeit und der Arbeit mit jungen Menschen zu einem Konsens kommen, der uns voran bringt. Bleibt zu hoffen, dass die heutige Debatte nur ein Einstieg war und wir in den Ausschüssen weiter das Ziel der gemeinsamen Bekämpfung von Strömungen verfolgen, die unsere Gesellschaft zwar noch nicht existenziell bedrohen, aber ihr massiv schaden. Deshalb bitte ich Sie, auf eine gemeinsame Linie einzuschwenken und mit uns zusammen erfolgreich am Ziel der Bekämpfung rechtsradikaler Strömungen arbeiten.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Das Wort hat nun Herr Kollege Herrmann.

**Herrmann (CSU):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Jung, wenn Sie gerade bedauern, wie die Diskussion abgelaufen ist, muss ich deutlich machen, dass die Verantwortung dafür allein die SPD-Fraktion trägt.

(Beifall bei der CSU)

Sowohl die CSU-Fraktion als auch die Fraktion der GRÜNEN hatten dafür plädiert, das Thema in aller Ruhe und in einer gewissen Nachdenklichkeit im Rahmen eines Sonderplenums abzuhandeln. Es war allein Ihre parteipolitische Taktik zu sagen, das müsse unbedingt per Dringlichkeitsantrag in der ersten Plenarsitzung des Landtags nach der Sommerpause abgehandelt werden, weil es zur – was weiß ich – in Memmingen beschlossenen Strategie gehört oder was auch immer. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass die Debatte in diesem Stil abläuft. Sie tragen die Verantwortung dafür, dass das in diesem Stil so abläuft: Sie, Herr Maget, mit Ihrem Redebeitrag und natürlich auch Herr Hoderlein mit seiner Rede in Memmingen.

(Beifall bei der CSU)

Nun zum Kern unserer Position, wie ihn unser Fraktionsvorsitzender vorhin deutlich gemacht hat. Sie können das auch in unserem Antrag nachlesen: Wer gegenwärtig von Extremismus und Gewalt spricht, so heißt es da, kann sich, will er das Phänomen und seine Ursachen umfassend aufarbeiten, dabei korrekterweise nicht auf den Rechtsextremismus und rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten beschränken; eine Fixierung auf eine bestimmte Motivation der Gewaltanwendung führt nicht weiter. Das ist der Kern, um den es uns auch in der Beurteilung mancher Aktionsbündnisse und dergleichen geht. Wir müssen jede Form von Gewalt brandmarken und tabuisieren. Im demokratischen Rechtsstaat hat der Staat zum Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger ein Gewaltmonopol. Kein Privatmann darf, aus welchen Motiven auch immer, Gewalt ausüben.

Ich will das vor dem Hintergrund der Ereignisse der letzten Wochen auch noch einmal an einem Beispiel deutlich machen. In Düsseldorf ist vor einigen Wochen der schreckliche Bombenanschlag auf Aussiedler aus Russland geschehen – Aussiedler als Opfer, die Täter sind bis heute nicht gefasst. Wenige Tage später haben in Nürnberg drei Aussiedler aus Russland einen Taxifahrer ermordet – Aussiedler als Täter. Meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land erwarten von uns, dass wir uns mit jeder Form von Gewalt, mit Aussiedlern als Opfer genauso wie mit Aussiedlern als Täter, beschäftigen und nicht nur den Opferaspekt im Blick haben. Beides ist unsere Aufgabe, wenn wir vernünftige Innenpolitik gestalten wollen.

(Beifall bei der CSU)

Als der Innenminister das Thema Castor-Transporte angesprochen hat, habe ich mich an manche Debatte in der letzten Legislaturperiode erinnert gefühlt, als die besagten Castor-Transporte stattgefunden haben. Damals war Ihre kritische Auseinandersetzung mit den Motiven von Gewalttätern ganz anders geartet, als sie sich heute beim Rechtsextremismus darstellt. Zwar haben Sie damals Gewalt nicht ausdrücklich gutgeheißen, aber stundenlang Verständnis für die Motive von gewalttätigen Auseinandersetzungen geäußert. Ihre Antwort darauf war nicht, wie man solche Gewaltanwendung von Demonstranten gegen Castor-Transporte in

Zukunft ausschließen könnte, Ihre Antwort war vielmehr, man müsse die Castor-Transporte abschaffen, dann würde sich das Gewaltproblem von selbst erledigen. So kann man mit der Gewaltfrage nicht umgehen. Wir müssen Gewalt, egal aus welchen Motiven sie angewandt wird, in jeder Form brandmarken und tabuisieren. Nur dann lässt sich unser demokratischer Rechtsstaat aufrecht erhalten.

Herr Kollege Jung, Ihr Angriff auf unseren Fraktionsvorsitzenden war völlig neben der Sache. Was Alois Glück vorhin gesagt hat, hat er völlig zu Recht gesagt.

(Maget (SPD): Wie bitte? Er hat uns, eine demokratische Partei, mit Nazis verglichen!)

– Die Wortwahl von Herrn Hoderlein auf Ihrem Parteitag, Herr Maget, entsprach der Wortwahl, wie sie vor 60 Jahren in diesem Land Nationalsozialisten über Demokraten im Parlament geäußert haben. Das ist unwürdig für einen Sozialdemokraten! Da sollten Sie sich gerade wegen der demokratischen Tradition Ihrer Partei im damaligen Widerstand überlegen, dass man so nicht über andere demokratische Parteien in unserem Land spricht!

(Maget (SPD): Das geht zu weit!)

Letzte Bemerkung zu dem, was Sie gesagt haben, Herr Kollege Jung. Der Bundesinnenminister, lieber Herr Kollege Jung, hat vor kurzem veröffentlicht, dass es im ersten Halbjahr dieses Jahres 330 rechtsextremistische Gewalttaten gegeben hat und 402 linksextremistische. Ist denn die Veröffentlichung solcher Daten durch den Bundesinnenminister eine Verharmlosung von Rechtsextremismus?

(Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Abschließend darf ich feststellen, dass wir keinerlei Nachholbedarf in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus haben, sondern bei jedem Bündnis gern dabei sind, das der Gewalt in unserem Lande entgegentritt. Ich habe aber auch Verständnis für jeden Kollegen in unserer Partei, der sagt: „Mit jemand, der sich nicht gleichzeitig von linksextremistischer Gewalt distanziiert, stelle ich mich nicht in eine Reihe.“ Daran werden wir auch in Zukunft festhalten.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Nächste Wortmeldung, Frau Kollegin Stahl.

**Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Eskalation der Debatte können wir alle nur bedauern. Ich glaube, es ist didaktisch und pädagogisch sinnvoll, zu Beginn meiner Rede noch einmal das Einende herauszustellen. Uns eint mit der CSU zumindest das Bedauern darüber, dass wir kein Sonderplenum zum Thema gehabt haben; denn Rechtsextremismus und Rechts-

radikalismus sind so differenzierte Themen, dass eine kurze Debatte über Dringlichkeitsanträge der Sache nicht gerecht wird. Der Bundestag hat heute in vorbildlicher Weise gezeigt, dass eine Debatte darüber auch anders möglich ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mit den Kollegen der SPD und der CSU sind wir uns wohl auch darin einig, dass Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus viele Ursachen und verschiedene Ausprägungen haben. Außerdem sind die Täterprofile uneinheitlich, was auch Sie in Ihrem Entschließungsantrag beschrieben. Deshalb gibt es unserer Auffassung nach keinen allein selig machenden Lösungsansatz zur Beendigung oder zumindest zur Eingrenzung des Geschwürs. Wir sind uns auch darin einig, dass wir mit einigen Ansätzen, die Sie, die SPD und wir in unseren Anträgen formuliert haben, an Grenzen stoßen dürften.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Uns eint ebenso die Überzeugung, dass jede Generation Toleranz, sozialen Frieden und Demokratie neu erkämpfen muss.

(Fortgesetzte Unruhe)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Frau Kollegin Stahl, es scheint Ihnen fast niemand zuzuhören. Ich darf die verehrten Kolleginnen und Kollegen bitten, sich nicht über drei Bänke hinweg zu unterhalten, sondern längere Gespräche draußen zu führen.

**Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Für die Aufgeregtheit der Kollegen habe ich Verständnis, denn sie haben sich Einiges geleistet, was jetzt in Zweiergesprächen anscheinend aufgearbeitet werden muss. Es genügt nicht, Toleranz auszurufen. Denn Toleranz kann auch zum bloßen Achselzucken führen und reicht in konkreten Konfliktfällen nicht zur Konfliktlösung. Es genügt nicht, Zivilcourage auszurufen; denn unter Umständen kann jemand seinen Mut mit dem Leben bezahlen. Auch eine reine Wertediskussion, so notwendig dieser bildungsbürgerliche Ansatz sein mag, wird als nur kopforientierte Aufklärungsarbeit nicht auf Dauer vor rechtsradikalen Angriffen schützen können. Wir müssen uns fragen, welche Zielgruppe wir mit solchen Ansätzen erreichen und welche Werte vermittelt werden sollen. Auch rein repressive polizeiliche Maßnahmen können unter Umständen neue Heldinnen und Helden gebären und eröffnen vor allem aus Sicht von Jugendlichen keine Chance zur gesellschaftlichen Eingliederung.

Herr Innenminister Beckstein hat der CSU eine ganze Reihe von Anträgen diktiert, zum Beispiel auch den Antrag zur Änderung der Strafbarkeit jugendlicher Straftäter. Bei einigen mag das nützlich sein, beim Großteil der Jugendlichen dürfte dies aber kontraproduktiv und sehr schädlich wirken. Allein die wenigen genannten Punkte zeigen, wie schwierig es ist, einen für alle Ursachen und Zielgruppen geeigneten Maßnahmenkatalog zu entwerfen. Trotzdem wollten Sie das Thema im Rah-

men von Dringlichkeitsanträgen abarbeiten – noch dazu auf diesem Niveau!

Am Beginn Ihrer Rede, Herr Glück, hatte ich ein Déjà-vu-Erlebnis. Denn schon Ihr Ex-Kollege Franz Josef Strauß, Gott hab' ihn selig, hatte versucht, das Wiesenattentat der Linken in die Schuhe zu schieben. Auch Ihre Begriffswahl, Herr Glück, sollte meines Erachtens die Linke als Wegbereiterin des Rechtsradikalismus denunzieren. Das möchte ich namens meiner Fraktion aufs Schärfste zurückweisen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben eine ganze Reihe von Beispielen von Traditionen aufgeführt und dabei auch von der linken Tradition gesprochen. Deshalb darf ich Sie an die rechten Traditionen erinnern. So war es beispielsweise lange Zeit ein Verdienst der Linken, die Wehrsportgruppe Hoffmann zu kritisieren.

Erst Innenminister Baum, FDP, hat es geschafft, diese Gruppe zu verbieten. Herr Strauß hat es sehr irritiert. Er hat es kritisiert; denn er hielt diese – Zitat –: „für eine Gruppe Verrückter, die sonntags gerne auf dem Land mit einem Rucksack und einem koppelgeschlossenen ‚Battle Dress‘ spazieren gehen“. So war die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. In ähnlichen Ansätzen, wenn auch nicht ganz so scharf, war dies auch heute schon wieder zu hören.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden jedenfalls an dem Thema dranbleiben und haben bereits im Sommer zwei schriftliche Anfragen eingereicht. Herr Innenminister Dr. Beckstein: Wir stellen diese Fragen und müssen uns dann von Herrn Regensburger der Frechheit bezichtigen lassen. Dürfen wir nun fragen oder nicht. Wenn wir aber nicht fragen und es nicht wissen, werden wir als doof beschimpft; doof und frech – suchen Sie sich etwas aus.

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Dr. Günther Beckstein?

(Zurufe vom (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

**Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Dr. Beckstein, Sie haben hier eine Dreiviertelstunde Ihren Sermon ablassen können, während ich fünfzehn Minuten zur Verfügung habe, auf diesen Käse einzugehen.

(Zurufe von allen Seiten)

Ziehen Sie auch noch aus. Dann rede ich eben nur für das Protokoll. Es werden von unserer Seite Anträge im Rahmen der Haushaltsdebatte folgen für den Schulbereich und zur Verbesserung des sozialen und kulturellen Klimas im Zusammenleben, etwa durch die Einführung von Stadtteilvermittlern. Die in Ihrem Entschließungsantrag genannten Beispiele für eine gelungene Integration können Sie sich nicht auf die Fahnen schreiben; denn es

waren gerade in den Städten München und Nürnberg in den Zeiten rot-grüner Koalition die Parteien von SPD und GRÜNEN, die auf Integration sehr viel Wert gelegt und eingesehen haben, dass man dafür etwas ausgeben müsse.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die CSU in Nürnberg führt alle diese Maßnahmen zurück.

Eine jüngere Analyse des anwachsenden Rechtsextremismus und Radikalismus mit Ausnahme von Untersuchungen im Jugendbereich, vergleichbar mit der Sinus-Studie von 1981, fehlt. Die damaligen Ergebnisse waren erschütternd, wie Kollege Maget bereits angesprochen hat. Dementsprechend groß war damals der Aufschrei der Betroffenen, wie ich mich gut erinnere; denn es gab zum Beispiel das Ergebnis, dass Befragte mit einem rechtsextremen Einstellungspotenzial zu 54,5% CDU/CSU wählen. Da kommt Freude auf. Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie schnell die Studie angezweifelt, Zahlen jongliert und eindeutige Ergebnisse uminterpretiert wurden. Um einer sauberen Diskussion willen müssen wir jedoch fragen: Stimmen diese Zahlen noch? Stimmt unser Bild von Rechtsextremen noch und wie sieht der alltägliche Rassismus fünfzig Jahre nach Kriegsende in unseren Köpfen aus, wovon ich mich explizit nicht ausnehme?

Eine Studie allein kann allenfalls Anfang, aber keine Basis sein, da sie nicht genügt. Eine politische Einschätzung der Lage, die wir für weit weniger harmlos halten als einige CSU-Mitglieder es – nicht alle CSU-Mitglieder –, glauben machen wollen, nimmt uns niemand ab. Für diese Diskussion wünschen wir uns aber, dass es keine Ja-Aber-Beiträge gibt, wie wir sie im Vorfeld erleben mussten. Auch da komme ich wieder auf meinen geschätzten Kollegen Dr. Beckstein zurück. Beispielsweise gab es im Bundestag eine Anfrage zu antisemitischen Straftaten im zweiten Quartal 2000. Wie meine Kollegin Frau Paulig bereits gesagt hat, stellte sich heraus, dass es damals in Bayern 26, in Baden-Württemberg 25 und jeweils ein bis fünf antisemitische Straftaten in Brandenburg, Berlin und Bremen gegeben hat. Daraufhin ertönte aus München das Ja-Aber: Man müsse doch auf die Pro-Kopf-Einwohnerzahl abstellen, dann relativiere sich diese Zahl.

Herr Dr. Beckstein, ich kann Ihnen ein weiteres Relativierungsargument liefern, worüber Sie sich vielleicht sogar freuen. Im Osten gibt es – wenn überhaupt – viel weniger jüdische Friedhöfe. Insofern war es natürlich sehr schwierig, solche Grabschändungen vorzunehmen. Aber darum geht es nicht, sondern darum, dass es in Bayern 26 antisemitische Straftaten gegeben hat, und dies sind 26 Straftaten zuviel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Kaul (CSU))

Ich möchte jedoch nicht die gesamte Verantwortung bei den Politiker und Politikerinnen abladen, wie man es manchmal gern bei Lehrern und Lehrerinnen tut. Wir haben, und noch mehr die Regierungspartei, auf Lan-

des- und Bundesebene Vorbildfunktion. Insofern müssen Sie, meine Damen und Herren von der CSU, sich schon fragen lassen, welches Bild Sie vom gesellschaftlichen Zusammenleben bisher entworfen haben. Nicht zuletzt wegen der Relativierungsbemühungen in Ihrem Antrag finden wir diesen Antrag fatal. Wir meinen damit nicht den Vorschlag, eine in ihren Grundzügen gut gemeinte und notwendige Wertediskussion zu führen. Hierbei müssen Sie sich aber fragen lassen, welche Werte Sie in den vergangenen Jahren zur Diskussion gestellt haben und ob Sie diese nicht überprüfen müssen. Nicht wir, sondern Sie sprechen von einer bayerischen Leitkultur, die zwangsläufig Nebenkulturen produziert und damit natürlich auch impliziert, dass es weniger wertvolle Kulturen gibt. Sie sprechen von dieser Leitkultur. Beispielsweise kümmern Sie sich nicht um ärztliche Gutachten, die Gefahr für Leib und Leben von Abschiebehäftlingen attestieren. Sie sprechen von Sozialhilfempfängern als potenziellen Betrügnern und von Ausländern als Schmarotzern, auch wenn Sie mittlerweile zu differenzieren beginnen. Sie schieben diejenigen ab, die Arbeitgeber dringend benötigen.

Der Vorschlag, eine Wertediskussion zu führen, hinterlässt in diesem Zusammenhang einen schalen Nachgeschmack. Jedoch ist uns vor der Debatte nicht bange. Wir halten den Entschließungsantrag aber nicht wegen der Wertediskussion, wo wir Ihnen einiges nicht abnehmen, für fatal, sondern wegen der zögerlichen Haltung, mit der Sie den Rechtsextremismus benennen und bekämpfen wollen. Sie schaffen es, in diesem ganzen Entschließungsantrag nicht einmal das Wort „ausländerfeindlich“ zu nennen. Insofern muss ich Sie zu dieser „großen Leistung“ beglückwünschen.

Wir reden beileibe nicht dem unüberlegten Aktionismus das Wort. Dies überlassen wir gerne dem bayerischen Innenminister, der mit Pawlowschen Beißreflex immer in sein Labor rennt, den altgedienten Repressionshammer herausholt und versucht, das diffizile und empfindliche Geflecht des bürgerlichen Rechtsstaats zu zertrümmern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich frage mich nur, warum Sie dann in vielen Ihrer Anträge den Innenminister immer wieder zu konsequentem Handeln auffordern müssen; irgendwie widerspricht sich dies.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn ich an die Gesetzesverschärfung seit den RAF-Zeiten denke, dürfte es nach der damaligen Begründungslogik die heutigen Probleme mit Extremisten eigentlich gar nicht geben. Zur NPD wurde bereits einiges gesagt. Herr Dr. Beckstein, ich hoffe, Sie behalten mit Ihrer Einschätzung recht, dass diese Partei verfassungswidrig ist. Sie wissen, dass das Verfassungsgericht 1952 und 1956 beim Verbot der SRP und der KPD eine ganze Reihe schwerwiegender Gründe aufgeführt hat, die erfüllt werden müssen. Deswegen halte ich eine Begründung und eine Prüfung, ob dies wirklich ein wasserfester Antrag ist, für unerlässlich. Und ob es so sinnvoll und klug ist, im Vorfeld schon zu sagen, dass man

beabsichtigt, jemanden zu verbieten, der sich dann darauf einstellen kann, ist eine andere Frage.

Wir finden es fatal, dass Sie das Problem „Rechtsextremismus“ kleinreden. Darin hat Ihr Kollege Spranger in Mittelfranken schon einige Berühmtheit erlangt. Ich will begründen, warum Sie dies kleinreden, da Sie doch behaupten, es sei nicht so. Weil Sie immer nur von Gewalt reden, und nicht zwischen links- und rechtsextremer Gewalt unterscheiden, können Sie sagen: Diese Gewalt hat keine Auswirkungen mehr auf unseren Rechtsstaat und gefährdet ihn nicht.

Unseres Erachtens ist es aber so einfach nicht, Gefahren für den Rechtsstaat allein dadurch zu leugnen, dass man diese Gefahr als allgemeine und diffuse Bedrohung darstellt. In diesem Zusammenhang möchte ich Sie an eine Untersuchung am Deutschen Jugendinstitut in München hinweisen, einer sehr spannenden Untersuchung zur Ursachenkette für Fremdenfeindlichkeit.

Der Denkfehler in Ihrer Argumentation ist, dass genau das, was Sie in Ihrem Antrag als unpolitische Gewalt bezeichnen, Ausdruck eines beginnenden rechtsextremen Denkens ist und sogar nach wissenschaftlich festgelegter Definition ein zentrales Indiz für Rechtsextremismus sein kann. Es wird nämlich die ethische Gleichheit von Menschen verneint und Gewalt als grundsätzliches Mittel zur gesellschaftlichen Konfliktregelung bejaht. Dies ist die Definition von beginnendem Rechtsextremismus.

Sie schreiben in Ihrem Entschließungsantrag: Der weit überwiegende Teil der Gewalt ist die Konsequenz eines Verlustes an Werten, deren zentrales Element Achtung vor der psychischen und physischen Integrität eines jeden Einzelnen ist. Und doch bezweifeln Sie, dass es sich hier um rechtsextremes Denken handelt. Da spielt es überhaupt keine Rolle, ob Jugendliche Mitglied in einer neonazistisch geprägten Partei oder Gruppe sind.

Denn tatsächlich sind das nur 10 bis 15%. Es ist die Gesinnung, die bei den restlichen 85 bis 90% eine Rolle spielt.

An dieser Stelle könnten wir ausführlich über Einzeltätertheorien sprechen und was es alles in diesem Rahmen gibt. Ich lege Ihnen eine Studie der Universität Trier ans Herz und das Buch zu „Rechtsextremismus und Demokratie in Mittelfranken“ mit dem sehr traurigen Ergebnis einer Befragung von Schülerinnen und Schülern.

Meine Redezeit geht leider zu Ende. Wir haben in unserem Entschließungsantrag, der nicht ein abschließender Katalog sein soll, den Versuch unternommen, einzelne Beispiele für alle gesellschaftlichen Bereiche anzuführen. Es gibt eine ganze Reihe von Möglichkeiten – wir dürfen uns durch einzelne Tätergruppen, an die man nicht herankommt, auch nicht entmutigen lassen –, wie man bildungs-, sozial- und kulturpolitisch tätig werden kann. Aber nach der Logik in Ihrem Entschließungsantrag, Herr Kollege Glück, ist es doch eigentlich so, dass man in der Weimarer Republik erst die Gewalt und dann die nationalsozialistische Gewalt hätte bekämpfen müssen. Ich erwarte von Ihnen heute ein ganz klares

Bekenntnis zur Bekämpfung rechtsextremistischer Gewalt, weil das heute das Thema ist.

(Glück (CSU): Also, das ist gegen jede Logik!)

Alles andere wäre Themaverfehlung.

(Glück (CSU): Die Themen bestimmen schon noch wir selbst!)

Rechte Gewalt darf nach unserer Ansicht auf keinen Fall entpolitisiert werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritter:** Das Wort zu einer kurzen Erklärung hat Herr Staatssekretär Freller.

**Staatssekretär Freller** (Kultusministerium) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe sehr sorgfältig zusammengestellt, was im Schul- und Jugendbereich gegen extremistische Gewalt geschieht. Aus bekannten Gründen kann ich das jetzt nicht mehr ausführen, möchte es aber ausdrücklich zu Protokoll geben (siehe Anlage 2).

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritter:** Die SPD-Fraktion hat die Einberufung des Ältestenrats beantragt. Ich unterbreche die Sitzung und berufe den Ältestenrat unverzüglich in das Konferenzzimmer ein.

(Unterbrechung von 17.22 Uhr bis 18.14 Uhr)

**Präsident Böhm:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich nehme die Sitzung wieder auf. Die Aussprache war bereits geschlossen, wir kommen deshalb jetzt zur Abstimmung. Dazu müssen die Anträge wieder getrennt werden.

Zunächst lasse ich über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 14/4248 abstimmen. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN sowie der Abgeordnete Hartenstein (fraktionslos). Gibt es Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Der nächste Antrag ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 14/4249. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum die Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordnete Hartenstein (fraktionslos). Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine. Dann ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 14/4251 zustimmen will, den bitte ich um

das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU und der Abgeordnete Hartenstein (fraktionslos). Gegenstimmen bitte ich auf die gleiche Weise anzuzeigen. – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmhaltungen? – Das ist die Fraktion der SPD. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Zur Abgabe einer persönlichen Erklärung nach § 110 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzenden Maget das Wort.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich bitte um Ruhe.

**Maget (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte begründen, warum die SPD-Fraktion und auch die Mitglieder der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN zu einer Sondersitzung des Ältestenrates gebeten haben. Sie wissen, dass sich die SPD-Fraktion in diesem Hause stets eine sachliche Auseinandersetzung wünscht.

(Unruhe bei der CSU)

Wir sind auch für Schärfe in der Diskussion zu haben. Es kann diesem Hause nicht schaden, wenn man sich politisch klar auseinandersetzt. Das ist auch immer wieder in diesem Haus geschehen. Heute ist aber aus unserer Sicht ein Tabu gebrochen worden, welches die Mitglieder meiner Fraktion aufs äußerste verletzt. Ich will Ihnen dies nahe bringen.

Herr Kollege Glück hat ein Zitat des bayerischen SPD-Vorsitzenden in die Debatte eingebracht, welches außerhalb dieses Hauses so gefallen ist. Herr Glück hat sich dagegen zur Wehr gesetzt, das kann er selbstverständlich tun. Es handelt sich dabei übrigens um ein Zitat, das nach meinem Wissen in keiner einzigen Zeitung aufgegriffen worden ist, die von diesem Parteitag Bericht erstattet hat.

(Glück (CSU): Augsburgener Allgemeine! – Kaul (CSU): Ich habe es selbst gelesen!)

– Vielleicht ist das nachträglich geschehen. Ich will nur darauf hinweisen, dass es sich nicht um ein so verwerfliches oder bedeutsames Zitat gehandelt hat, als dass es durch die Lande oder den Blätterwald gerauscht wäre.

Es wurde also ein Zitat aufgegriffen, das außerhalb dieses Hauses fiel. Man kann es bewerten, wie man will. Empörung bei der SPD-Fraktion hat aber der Vergleich hervorgerufen, den der Fraktionsvorsitzende der CSU gezogen hat. Ich zitiere wörtlich:

So haben die Nazis gegen die SPD und die demokratischen Parteien gesprochen.

(Weinhofer (CSU): Das ist die Wahrheit!)

Das bedeutet, dass die Sprache des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei in Bayern mit der Sprache

der Nationalsozialisten gleichgesetzt wird. Dies weisen wir nachdrücklich und entschieden zurück.

(Lebhafter Beifall der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Nationalsozialisten haben in diesem Land Menschen vergast, Juden verfolgt, Konzentrationslager gebaut. Sie haben dort unter anderem viele Sozialdemokraten eingesperrt und zu Tode gebracht. Sie sind für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich. Die SPD ist in diesem Hause wirklich die letzte Partei, die sich einen Vergleich mit Nationalsozialisten bieten lassen muss.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Viele von uns waren vor einigen Wochen beim 100. Geburtstag von Josef Felder, dem letzten Reichstagsabgeordneten, der noch lebt, der gegen das Ermächtigungsgesetz Hitlers gestimmt hat. Darauf sind wir stolz. Es gehört zu unserer Parteigeschichte, dass wir uns dem Nationalsozialismus entschieden entgegengestellt haben, übrigens ganz im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien, die sich zum Steigbügelhalter Hitlers machen ließen.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb verbitten wir uns ganz entschieden jeden derartigen Vergleich. Dass der Fraktionsvorsitzende Glück und Herr Herrmann in der Ältestenratssitzung ihr Bedauern zumindest dahin gehend zum Ausdruck gebracht haben – so habe ich das verstanden –, dass sie nicht die SPD diffamieren wollten, nehmen wir zur Kenntnis. Wir hätten uns aber auch gefreut, wenn Sie, Herr Glück, das Angebot unseres Kollegen Dr. Jung aufgegriffen hätten – ich glaube, Sie haben es nicht gehört, aber vielleicht hat man es Ihnen übermittelt – und sich hier entschuldigt hätten. Das wäre gut für die weitere Zusammenarbeit in diesem Hause gewesen. Es wäre auch für die Demokratie in diesem Land gut gewesen, denn einen Vergleich mit der Sprache der Nationalsozialisten hier einzuführen, ist unzulässig. Das hat es hier Gott sei Dank noch nicht gegeben, und das darf es auch in Zukunft nicht geben. Ich bitte Sie herzlich und fordere Sie dazu auf, sich zu mäßigen.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der CSU)

**Präsident Böhm:** Ich bitte Sie, Herrn Maget zu Wort kommen zu lassen. Ich weise darauf hin, zur Sache wird bei den Erklärungen nicht mehr gesprochen.

**Maget (SPD):** Lassen Sie es bei diesem einmaligen Vorfall bewenden. Ich bedauere, dass dafür keine Entschuldigung erfolgt, aber ich kann Sie nicht eines Besseren belehren. Das ist schade, aber vielleicht gibt es in der Zukunft Gelegenheit, zur Sachlichkeit zurückzukehren.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD)

**Präsident Böhm:** Das Wort hat Herr Abgeordneter Glück.

**Glück (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich stelle zunächst fest, meine Ausführungen bezogen sich eindeutig ausschließlich auf eine Person und nicht auf eine Partei als Ganzes.

(Beifall bei der CSU)

Dies wird besonders deutlich an der Formulierung des Kollegen Herrmann, der sagte, die Wortwahl von Herrn Hoderlein auf dem Parteitag entsprach der Art, wie sich vor 60 Jahren Nationalsozialisten über Demokraten in diesem Land geäußert haben. Er sagte, das ist unwürdig für einen Sozialdemokraten. Gerade Sie sollten sich wegen der demokratischen Tradition Ihrer Partei im damaligen Widerstand überlegen, dass man so nicht über andere demokratische Parteien in unserem Land spricht.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe die Belegstellen jetzt nicht hier, aber wenn Sie von Tabubruch sprechen, Herr Maget, muss ich Sie daran erinnern, wie oft Franz Josef Strauß von Leuten aus den Reihen der SPD mit einem Nationalsozialisten gleichgesetzt wurde und wie andere Mitglieder der CSU immer wieder bezichtigt wurden, sie seien wie die Nazis.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist das richtig oder falsch?)

– Es lohnt sich nicht, darauf einzugehen.

**Präsident Böhm:** Wir wollen uns darum bemühen, der Diskussion die Schärfe zu nehmen. Herr Dr. Dürr, das, was Sie gesagt haben, hat wieder Schärfe in die Diskussion gebracht. Ich bitte um etwas Zurückhaltung.

(Beifall bei der CSU)

**Glück (CSU):** Ich lasse mich darauf nicht ein. Es hat grundsätzlich eine unterschiedliche Qualität, ob wir uns mit der Äußerung einer Person auseinander setzen oder ob wir eine ganze Partei für eine Aussage in Haftung nehmen. Sie beziehen sich darauf, dass es eine Aussage außerhalb des Parlaments war, aber es handelt sich nicht um eine Aussage bei irgendeiner Veranstaltung, wo es auch alle als Beleidigung empfunden hätten und es so nicht stehen bleiben kann, sondern es war ein besonderer Anlaß. Es war die Antrittsrede des neuen Vorsitzenden der SPD, der damit seine Positionen markiert, und es war keine spontane Äußerung, denn sie steht auch im verteilten Manuskript. Eine solche Äußerung ist nicht zu trennen von der parlamentarischen Arbeit hier. Ganz abgesehen davon haben Sie sich hinter diese Formulierungen gestellt, wenn auch vielleicht in einer gewissen Pauschalität.

Ich darf wiederholen, was ich vorhin in der Sitzung des Ältestenrats gesagt habe, als Sie bei mir waren, um darüber zu reden, ob wir nicht doch die Entschlie-

ßungen in die Ausschüsse verweisen könnten. Ich habe gesagt: Nein, nicht nach diesem Vorspiel. Ich habe Ihnen auch angekündigt, dass ich mich mit den Äußerungen von Herrn Hoderlein entsprechend auseinander setzen werde, und ich habe Ihnen diese Äußerungen vorgelesen. Die Frage war, ob Herr Hoderlein hier sein wird, weil eine Rundfunkratssitzung anstand. Das heißt, das Ganze war Ihnen nicht unbekannt, so dass ich mir, ehrlich gesagt, später gedacht habe, eigentlich habe ich Herrn Maget zu viel von dem gesagt, was ich vorhabe. Aber es wäre auch die Gelegenheit gewesen, etwas herauszunehmen.

Wenn Herr Hoderlein sich für die pauschale Beleidigung der CSU entschuldigt, nehme ich meine Äußerung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück, aber erst dann.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Herr Maget, wenn Ihnen daran liegt, im Haus wieder ein sachliches Klima herzustellen, dann erwarte ich, dass Sie sich zumindest von den Äußerungen, die Sie im Hinblick auf die Veröffentlichung vom Landesvorsitzenden der Jusos zu verantworten haben, distanzieren, der sagt, jede rechtsradikale Straftat – ich habe die genaue Formulierung nicht vorliegen – gehe zurück auf die geistige Urheberschaft von CDU und CSU. Das ist in Ihrer Verantwortung veröffentlicht worden. Wenn Sie einen Beitrag zur Versachlichung leisten wollen, dann ziehen Sie das zurück, ansonsten sollten Sie mit Vorwürfen und Belehrungen über Stil aufhören.

(Lang anhaltender Beifall bei der CSU)

**Präsident Böhm:** Wenn wir aus den Vorgängen lernen, haben wir alle einen Gewinn.

Ich rufe noch auf den:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Glück, Loscher-Frühwald, Kaul und Fraktion (CSU)**

**Novellierung des Bundesnaturschutzgesetzes**

**(Drucksache 14/4250)**

Ich schlage vor, diesen Dringlichkeitsantrag dem Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen.

Ich schlage vor, dass wir zunächst Tagesordnungspunkt 4 behandeln, denn über ihn muss ein echter Beschluss gefasst werden. Andere Dinge wie die Verweisungen bei den Ersten Lesungen können wir notfalls nach 19 Uhr erledigen.

Ich rufe auf:

**Tagesordnungspunkt 4**

**Antrag der Staatsregierung**

**Vertrag vom 3. Juni 1999 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen Republik**

## über das Grenzurkundenwerk der gemeinsamen Staatsgrenze (Drucksache 14/3953)

### – Zweite Lesung –

Ich eröffne die allgemeine Aussprache. Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen deshalb zur Abstimmung. Der Abstimmung zugrunde liegen der Vertrag auf Drucksache 14/3953 und die Beschlussempfehlung mit Bericht des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten auf Drucksache 14/4253. Gemäß § 61 der Geschäftsordnung kann die Abstimmung nur über den gesamten Vertrag erfolgen.

Der federführende Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten empfiehlt Zustimmung. Wer dem Vertrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Gemäß § 60 der Geschäftsordnung treten wir unmittelbar in die Schlussabstimmung ein. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Vertrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen von CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltungen? – Keine. Dem Vertrag ist damit zugestimmt worden.

Ich rufe auf:

### Tagesordnungspunkt 5

#### Abstimmung über Anträge, die gemäß § 63 Absatz 6 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Abweichend von der grundsätzlichen Regelung, nach welcher der Abstimmung über Anträge, die nicht einzeln beraten werden, die Beschlussempfehlungen der jeweils federführenden Ausschüsse zugrunde zu legen sind, soll auf Antrag der Fraktion der CSU bei der Listennummer 2 – das ist der Antrag der Abgeordneten Paulig, Kellner, Schammann und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend Entwicklung der Hennenhaltung in Bayern, Drucksache 14/3415 – über das Votum des mitberatenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen abgestimmt werden. Die Voten der Ausschüsse zu den übrigen Anträgen liegen Ihnen vor.

Besteht damit Einverständnis, dass ich bei der Listennummer 2 die Empfehlung des mitberatenden Ausschusses für Landesentwicklung und Umweltfragen und im übrigen die Ausschussfassungen entsprechend § 132 Absätze 3 und 4 der Geschäftsordnung der Abstimmung zugrunde lege? – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann lasse ich so abstimmen.

Wer hinsichtlich der Listennummer 2 seinem Abstimmungsverhalten bzw. dem jeweiligen Abstimmungsver-

halten seiner Fraktion im mitberatenden Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen und in den übrigen Fällen dem entsprechenden Abstimmungsverhalten in den jeweils federführenden Ausschüssen beitreten will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

(siehe Anlage 3)

Ich rufe auf:

### Tagesordnungspunkt 6 a

#### Bestellung von Mitgliedern für den Landesdenkmalrat

Herr Staatsminister für Wissenschaft, Forschung und Kunst hat mit Schreiben vom 24. August 2000 mitgeteilt, dass die Amtszeit folgender Vertreter im Landesdenkmalrat zum 17. Oktober 2000 bzw. zum 18. Dezember 2000 auslaufen wird: Vertreter des Bayerischen Städtetags: Herr Erster Bürgermeister Dr. Martin Geiger, Vertreter der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Landesgruppe Bayern: Herr Prof. Dipl.-Ing. Hermann Scherzer und Vertreter des Bayerischen Landkreistags: Herr Landrat Georg Rosenbauer. Sie wurden von den Institutionen, die sie vertreten, erneut zur Bestellung vorgeschlagen.

Außerdem wurde mitgeteilt, dass der Verband der Bayerischen Bezirke als Nachfolger für Herrn Josef Kirchmeier Herrn stellvertretenden Bezirkstagspräsidenten Josef Mederer benannt hat.

Herr Staatsminister Zehetmair hat gebeten, gemäß Art. 14 Abs. 1 Satz 3 des Denkmalschutzgesetzes die entsprechenden Beschlüsse des Landtags herbeizuführen. Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Besteht Einverständnis damit, dass ich über die zu bestellenden Mitglieder gemeinsam abstimmen lasse? – Widerspruch erhebt sich nicht. Dann lasse ich gemeinsam abstimmen. Wer mit der Bestellung der vorgeschlagenen Persönlichkeiten zu Mitgliedern des Landesdenkmalrats einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CSU, SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

### Tagesordnungspunkt 6 b

#### Bestätigung eines Mitglieds für den Landesgesundheitsrat

Frau Staatsministerin für Arbeit, Sozialordnung, Familie, Frauen und Gesundheit hat mit Schreiben vom 23. August 2000 mitgeteilt, dass das nach § 2 des Gesetzes über die Schaffung eines Landesgesundheitsrates vom Sozialverband VdK Bayern e. V. vorgeschlagene Mitglied, Herr Hans Sitzmann, am 24. Februar 2000 verstorben und deshalb für ihn ein neues Mitglied zu berufen ist.

Als Nachfolger wurde für die Vertretung des VdK im Landesgesundheitsrat Herr Dr. Not-Rupprecht Siegel benannt.

Frau Staatsministerin Stamm hat gebeten, die Bestätigung des vorgeschlagenen Mitglieds durch den Landtag herbeizuführen. Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer mit der Entsendung des Herrn Dr. Not-Rupprecht Siegel in den Landesgesundheitsrat einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von CSU, SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Dann ist das so beschlossen. Der Landtag bestätigt damit Herrn Dr. Not-Rupprecht Siegel als Mitglied des Landesgesundheitsrats.

Ich rufe auf:

### Tagesordnungspunkt 2 c

#### **Gesetzentwurf der Abgeordneten Glück und Fraktion (CSU), Maget und Fraktion (SPD), Paulig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zur Änderung des Bayerischen Abgeordnetengesetzes (Drucksache 14/4217)**

##### **– Erste Lesung –**

Wird der Gesetzentwurf von seiten der Antragsteller begründet? – Herr Dr. Bernhard, bitte.

**Dr. Bernhard (CSU):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Fraktionen im Hohen Hause haben einen Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes in einigen Punkten eingebracht. Zum einen soll die Stellung der Diätenkommission präzisiert werden. Wir sind im Laufe der Beratungen verschiedentlich darauf gestoßen, dass die Konstruktion, die jetzt im Gesetz vorgesehen ist, dass nämlich der Präsident zu Beginn einer Legislaturperiode einen Bericht über die Diäten etc. gibt, nicht der Wirklichkeit entspricht, sondern dass es häufig Initiativen aus dem Parlament heraus gibt. Das Gesetz ist in der Frage sehr unklar, ob die Diätenkommission in diesen Fällen zu hören ist oder nicht. Wir waren der Meinung, dass eine Präzisierung in der Form sinnvoll ist, dass dann, wenn Änderungen über Leistungen an Abgeordnete nach dem Abgeordnetengesetz vorgesehen sind, in jedem Fall die Diätenkommission vom Präsidenten anzuhören ist.

Zum anderen geht es um die Mitarbeiterentschädigung, über die wir uns schon öfter unterhalten haben, vor allem um die Frage, ob Beschäftigungsverhältnisse mit Ehegatten, Verwandten und Verschwägerten zulässig sind. Wir haben immer die klare und eindeutige Auffassung vertreten, dass wir solche Beschäftigungsverhältnisse für zulässig und auch für hilfreich halten. Wir haben aber in den Beratungen in unserer interfraktionellen Diätenkommission schließlich die Auffassung vertreten, eine Regelung zu treffen, wonach bestehende Beschäftigungsverhältnisse dieser Art Vertrauensschutz auch über die Legislaturperiode hinaus genießen, dass aber in Zukunft solche Beschäftigungsverhältnisse nicht mehr begründet werden können. Das ist ein parlamentarischer

Kompromiss, der aber an unserer Beurteilung nichts ändert.

Schließlich geht es um die Anhebung der Kommunikationspauschale. Wir schlagen vor, die Pauschale von 15 000 DM auf 20 000 DM zu erhöhen, zum einen, weil die Legislaturperiode um ein Jahr länger geworden ist, zum anderen deswegen, weil wir festgestellt haben, dass trotz des geringeren Preises einzelner Geräte die Systeme insgesamt, die man zur Vernetzung braucht, teurer werden. Dann sind noch einige Folgeänderungen und Klarstellungen vorgesehen, die aber nicht bedeutsam sind.

Wir haben über all diese Angelegenheiten mit der Diätenkommission beraten, die gegen dieses Vorgehen, das ich Ihnen genannt habe, keine Einwendungen erhoben hat. Ich denke, dass wir damit in die Ausschussberatungen eintreten können. Wir sind uns im Hohen Hause darin einig, dass das sinnvolle und notwendige Änderungen des Abgeordnetengesetzes sind.

(Beifall bei der CSU)

**Präsident Böhm:** Das Wort hat Frau Kollegin Köhler, bitte.

**Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Mir ist übermittelt worden, dass sich Herr Dr. Bernhard freuen würde, wenn ich dazu kurz Stellung nehme.

(Maget (SPD): Jetzt haben Sie ihn aber erschreckt!)

Wir tragen diesen Gesetzentwurf mit und haben unseren weitergehenden Gesetzentwurf zugunsten dieser Lösung zurückgezogen. In der guten Zusammenarbeit wurde eine vernünftige Lösung gefunden.

(Allgemeiner Beifall)

**Präsident Böhm:** Die Aussprache ist geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Dann ist das so beschlossen.

Noch ein kleiner Hinweis auf eine Bitte des Stenografischen Dienstes. Die Niederschriften des zweiten Teils der heutigen Sitzung sind nicht mehr bis Sitzungsende fertig zu stellen, so dass sie den Rednern im Plenarsaal nicht mehr zugestellt werden können. Aus diesem Grund bitte ich die Redner, von den am Rednerpult aufliegenden gelben Formularen Gebrauch zu machen, falls sie die Niederschriften an eine Adresse außerhalb des Hauses zur Korrektur übermittelt haben wollen.

Ich rufe auf:

**Tagesordnungspunkt 2 d****Antrag der Staatsregierung**

**Staatsvertrag über die Bildung einer gemeinsamen Einrichtung nach § 6 Abs. 1 Satz 7 des Abfallverbringungsgesetzes (Drucksache 14/4118)**

**– Erste Lesung –**

Wird der Staatsvertrag von seiten der Staatsregierung begründet? – Das ist nicht vorgesehen, auch keine allgemeine Aussprache. Deswegen ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Staatsvertrag dem Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. So beschlossen.

Ich rufe auf:

**Tagesordnungspunkt 2 e****Antrag der Staatsregierung**

**Fünfter Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge**

**(Fünfter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) (Drucksache 14/4192)**

**– Erste Lesung –**

Eine Begründung ist nicht vorgesehen. Wortmeldungen liegen mir auch keine vor. Wir können auf die Aussprache verzichten. Ich schlage vor, den Staatsvertrag dem Ausschuss für Hochschule, Forschung und Kultur als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Jawohl, das ist dann so beschlossen.

Ich rufe zur gemeinsamen Behandlung auf:

**Tagesordnungspunkt 2 f**

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Kellner, Dr. Runge und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**zur Änderung des Gesetzes über die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (Drucksache 14/4201)**

**– Erste Lesung –****Tagesordnungspunkt 2 g****Gesetzentwurf der Staatsregierung**

**zur Änderung des Gesetzes über die Bayerische Landesanstalt für Aufbaufinanzierung (Drucksache 14/4227)**

**– Erste Lesung –**

Ich glaube, Begründungen sind keine vorgesehen. Wird das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Damit brauchen wir keine Aussprache. Ich schlage vor, beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Jawohl, dann ist das so beschlossen.

Jetzt habe ich keine Unterlagen mehr in meiner Mappe. Ich denke, ich darf die Sitzung schließen. Ich bedanke mich sehr herzlich. Wir gehen guten Mutes und mit gutem Willen in die nächsten Sitzungswochen.

(Schluss: 18.42 Uhr)

## Mündliche Anfragen gemäß § 73 Abs. 2 Satz 2 GeschO

**Nentwig** (SPD): *Welche Vorstellungen, Möglichkeiten und Ideen hat der Freistaat Bayern für die Neue Maxhütte (NMH Stahl- und Rohrwerk), um die erforderliche gesetzliche Umweltbelastung zu erreichen, das neue wirtschaftliche Elektroschmelzverfahren statt der Hochofentechnik einzuführen und um in beiden Werken die erforderlichen Modernisierungs- und Investitionstechniken einzuführen, um das Gesamtwerk in eine gesicherte Zukunft zu führen?*

**Antwort der Staatsregierung:** Seit der Eröffnung der Anschlußkonkursverfahren bei Stahlwerk und Rohrwerk Neue Maxhütte durch Beschluß des Landgerichts Amberg vom 31.12.1998 liegen die maßgeblichen Befugnisse beim Konkursverwalter Dr. Jobst Wellensiek, der den Geschäftsbetrieb fortführt.

Die Investitionen für die erforderlichen Umweltsanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen einerseits und für die Umstellung des Stahlwerks von der Hochofen-Technologie auf die Elektro-Schmelzofen-Technologie andererseits können vom Konkursverwalter im laufenden Geschäftsbetrieb nicht erwirtschaftet werden. Eine staatliche Förderung scheidet aus EU-rechtlichen Gründen aus (grundsätzliches Beihilfeverbot im EGKS-Vertrag). Die einzige Möglichkeit für eine langfristige Fortführung der Maxhütte-Gesellschaften besteht in der Übernahme durch einen oder mehrere Investoren, die bereit sind, die notwendigen Investitionen vorzunehmen.

Dieses Ziel hat der Konkursverwalter seit der Eröffnung der Konkursverfahren verfolgt. Die Bayerische Staatsregierung hat den Konkursverwalter von Anfang an bei der Suche nach Investoren und in den Verhandlungen über eine Fortführungslösung für die Maxhütte-Gesellschaften unterstützt. Bekanntlich liefen seit Januar 1999 Verhandlungen mit der Georgsmarienhütte-Gruppe, deren Fortführungskonzept die Übernahme beider Maxhütte-Gesellschaften und die Einführung der nach Gutachteraussagen wirtschaftlich tragfähigen E-Ofen-Technologie vorsah.

Nach Abschluß des sogenannten Bieterverfahrens, das der Konkursverwalter im Juli 2000 durchgeführt hat und in dessen Rahmen die Georgsmarienhütte-Gruppe und

die Aicher-Gruppe Angebote für die Maxhütte-Gesellschaften abgegeben hatten, haben der Konkursverwalter und die Mitglieder des Gläubigerausschusses am 09.08.2000 entschieden, daß beide Maxhütte-Werke zunächst vom Konkursverwalter weitergeführt werden. Das Angebot der Georgsmarienhütte-Gruppe für Stahl- und Rohrwerk war laut einer Presseerklärung des Konkursverwalters nicht annehmbar.

Das Rohrwerk soll entweder von der Lech-Stahlwerke GmbH übernommen werden, wenn das von Lech-Stahl beantragte Zwangsvergleichsverfahren erfolgreich durchgeführt werden kann, oder von der ARI Baustahl GmbH, die im Bieterverfahren ein akzeptables Angebot für das Rohrwerk abgegeben hat.

Die Bayerische Staatsregierung unterstützt weiterhin die Anstrengungen des Konkursverwalters, um auch für das Stahlwerk eine Fortführungslösung zu finden.

**Frau Münzel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): *Trifft es zu, dass die Fachoberschulen und die Berufsoberschulen mündlich die Anweisung bekommen haben, einen bestimmten Prozentsatz ihres Budgets einzusparen, was war der Grund dafür und ging diese Weisung auch an die Gymnasien?*

**Antwort der Staatsregierung:** Die Fachoberschulen und Berufsoberschulen haben im Schuljahr 2000/01 einen hohen Schülerzuwachs zu bewältigen (FOS: +5%, BOS: +26%). Obwohl rund 140 Lehrerkapazitäten zusätzlich bereitgestellt wurden, musste bei der Lehrertozuweisung eine Budgetreduzierung vorgenommen werden. Die Fachoberschulen und Berufsoberschulen wurden hierauf hingewiesen. Gleichwohl sind die Schulen bemüht, durch organisatorische Maßnahmen den Unterrichtsbedarf weitestgehend abzudecken. In den Hauptfächern kommt es zu keinem strukturellen Unterrichtsausfall, in Nebenfächern kann Unterrichtsausfall nicht völlig vermieden werden. Es wird erwartet, dass sich die Situation nach Ablauf der Probezeit im zweiten Schuljahr entspannen wird.

An die Gymnasien erging keine Weisung zu einer Budgeteinsparung.

**Frau Pranghofer (SPD):** *Wie wird die Staatsregierung sicherstellen, dass das innovative Projekt „virtuelle Berufsoberschule am Internet“ (VIBOS) in Erlangen, das im September 2000 mit der Vorklasse starten soll, über die Vorklasse hinaus, auch in der 12. und 13. Klasse weitergeführt werden kann um so den Teilnehmern einen Abschluss zu ermöglichen?*

**Antwort der Staatsregierung:** Das in Eigeninitiative mit viel Engagement erarbeitete Projekt einer „Virtuellen Berufsoberschule“ hat im Ministerium volle Anerkennung gefunden. Es umfasst zunächst nur die Vorklasse, eine sechsstündige Teilzeiteinrichtung mit den Fächern Deutsch, Englisch und Mathematik.

Die „Virtuelle Berufsoberschule Bayern“ bietet ein Bildungskonzept, das unter Einsatz neuer Informationstechnologien den Weg zu einer individuellen Höherqualifizierung ermöglicht. Sie ist ein Client/Server-basiertes System auf der Basis des Internets, insbesondere des World-Wide-Webs, das sich nicht nur auf die Distribution von Lehrmaterialien beschränkt, sondern eine Vielzahl von Kommunikationsangeboten im Rahmen der Lehrveranstaltungen bietet.

Die Weiterführung des Projekts mit der 12. und 13. Klasse der Berufsoberschule würde für die Erarbeitung der pädagogischen Konzepte und der Lernsoftware die volle Kapazität von vier Lehrkräften erfordern, die derzeit im Hinblick auf die aktuellen Personalsorgen der Fachober- und Berufsoberschulen nicht bereitgestellt werden kann.

Daneben wirft das Konzept einer „Virtuellen Berufsoberschule“ in Vollzeitunterricht eine Anzahl von schulrechtlichen, schulfinanzierungsrechtlichen und auch urheberrechtlichen Fragen auf, die aus der Sicht des Ministeriums einer Klärung bedürfen, bevor die Fortsetzung ins Auge gefasst werden kann. Das Ministerium hat zu diesem Zweck eine Projektgruppe gebildet, die ihre Arbeit bereits aufgenommen hat.

Die Ergebnisse des Probelaufs mit der Vorklasse sind abzuwarten. Mit dem Start des Gesamtprojekts kann frühestens im Schuljahr 2002/2003 gerechnet werden.

**Irlinger (SPD):** *Welche Gründe gibt es für den eklatanten Mangel an Lehrerstunden in den mittelfränkischen Förderzentren und wie gedenkt die Staatsregierung für eine umgehende und ausreichende Stundenzuweisung zu sorgen?*

**Antwort der Staatsregierung:** Das Staatsministerium geht aufgrund der hier vorliegenden Daten davon aus, dass die Grundversorgung der mittelfränkischen Förderschulen nach dem durch die Regierung gemeldeten Bedarf einerseits und dem zur Verfügung stehenden Personalbestand andererseits gesichert ist. Dies gilt auch für die Sonderpädagogischen Förderzentren in Mittelfranken. Angspannt ist die Situation in Mittelfranken insbesondere durch die Tatsache, dass sich die Zahl der

Schüler an den Förderschulen dort zwischen den Meldungen zum 1. Juni und dem Schuljahresbeginn um 300 erhöht hat. Dieser unerwartete Schülerzuwachs musste hauptsächlich in den bestehenden Klassen aufgefangen werden, so dass sich die Klassendurchschnitte und die Lehrerstundenversorgung gegenüber der Planung verschlechtert haben. Dadurch hat sich auch die bisher relativ gute Gesamtversorgung in Mittelfranken etwas ungünstiger gestaltet.

Dieser Schülerzuwachs ist für das Staatsministerium Anlass dafür, die Ursachen und Hintergründe des vergleichsweise hohen Schüleranteils an Förderschülern in Mittelfranken mit der Schulaufsicht zu thematisieren. Auch die aktuelle Steigerung der Schülerzahlen ist auf dem Hintergrund der Aufnahme- und Überweisungspraxis kritisch zu hinterfragen. Ferner ist die Statistik zum 1. Oktober 2000 abzuwarten, zu analysieren und ggf. nach Konsequenzen für das kommende Schuljahr zu überprüfen.

**Frau Dr. Kronawitter (SPD):** *Wann wird das auf Grund des erwarteten weiteren Anstieges der Schülerzahlen notwendige und schon im Februar dieses Jahres in Aussicht gestellte dritte Gymnasium für den Landkreis Erding genehmigt und sollte diese Genehmigung versagt werden, welche Maßnahmen sieht die Staatsregierung dann vor, um den Unterricht in Containerräumen wieder beenden zu können?*

**Antwort der Staatsregierung:** Die Entscheidung des Staatsministeriums über den Antrag des Landkreises Erding, in der Kreisstadt ein zweites staatliches Gymnasium zu errichten, wird gegenwärtig vorbereitet. Die bislang vorliegenden Stellungnahmen sprechen sich eindeutig für die Errichtung des Gymnasiums aus. Die derzeitigen intensiven Gespräche mit dem Landrat des Landkreises Erding und dem Stimmkreisabgeordneten des Stimmkreises Erding, Staatsminister Zehetmair, lassen erwarten, dass mein Haus schon Ende Oktober zu einer endgültigen Entscheidung kommen kann.

Die Bereitstellung der für den Unterricht erforderlichen Schulräume fällt in die Zuständigkeit des Landkreises als Träger des Schulaufwands für das Gymnasium. Für den Fall, dass dem Antrag des Landkreises nicht entsprochen werden sollte, muss dieser in eigener Verantwortung prüfen, ob die aufgestellten Containerräume den Vorschriften der Schulbauverordnung und der Bayerischen Bauordnung entsprechen.

**Knauer (CSU):** *Inwieweit bzw. unter welchen Voraussetzungen können Aufwendungen für Multimediacomputer, Software und Internetzugang bei Lehrkräften ganz oder teilweise steuerlich anerkannt werden, wenn diese zur Unterrichtsvorbereitung genutzt werden?*

**Antwort der Staatsregierung:** Aufwendungen für den häuslichen Computer nebst Zubehör werden entsprechend § 9 Abs. 1 Satz 3 Nr. 6 Einkommensteuergesetz als Werbungskosten steuerlich anerkannt, wenn der Computer ausschließlich oder ganz überwiegend für die Berufsausübung genutzt wird und eine eventuelle private Mitbenutzung nur von ganz untergeordneter Bedeu-

tung ist. Ob diese Voraussetzungen im jeweiligen konkreten Einzelfall vorliegen, kann auch bei Lehrern nur nach den Gesamtumständen des jeweiligen Einzelfalles entschieden werden. Nachdem Computer entsprechend ihrer Art und Ausstattung je nach persönlicher Neigung sehr unterschiedlich für alle möglichen Tätigkeiten verwendet werden können, ist es daher nach der ständigen höchstrichterlichen Finanzrechtsprechung erforderlich, dass der Steuerpflichtige für seinen Einzelfall die tatsächliche Nutzung des Computers dem Finanzamt konkret darlegt.

**Frau Biedefeld (SPD):** *Welche Zuschüsse hat die Gemeinde Grub am Forst für den Schulhausbau durch den Freistaat Bayern zugesichert bekommen, wieviele Zuschüsse wurden bislang ausbezahlt und kann die Gemeinde Grub am Forst von einer zeitgerechten Auszahlung der zugesagten Zuschüsse ausgehen?*

**Antwort der Staatsregierung:** Die Gemeinde Grub a. Forst, Landkreis Coburg, erweitert und saniert die Grund- und Teilhauptschule mit einem Gesamtaufwand von 4 760 000 DM. Davon sind 4 257 000 DM zuwendungsfähig. Der Gemeinde wurde – wie beantragt – eine Gesamtbeihilfe in Höhe von 1 565 000 DM in Aussicht gestellt.

Die Gemeinde Grub a. Forst realisiert das Vorhaben auf ihren Antrag allerdings im Wege des vorzeitigen Baubeginns. Sie wurde deshalb vor der Genehmigung des vorzeitigen Baubeginns ausdrücklich darauf hingewiesen, dass in diesem Falle eine bauzeitgleiche Ausreichung der staatlichen Fördermittel nicht möglich ist. Die Gemeinde Grub versicherte daraufhin, dass sie bereit und in der Lage sei, die staatlichen Zuwendungen vorzufinanzieren. Ein Anspruch der Gemeinde auf bauzeitkongruente Förderung besteht also nicht. Gleichwohl wurde die Baumaßnahme noch im Jahr der Genehmigung des vorzeitigen Baubeginns – 1997 – mit 300 000 DM anfinanziert. Bis zum heutigen Tag wurden insgesamt 1 250 000 DM bewilligt. Davon sind 980 000 DM bereits ausbezahlt. Anfang nächsten Jahres kommen dann die weiteren, bereits bewilligten 270 000 DM zur Auszahlung.

Dieser Betrag konnte zum Teil nur deshalb nicht schon heuer zur Auszahlung kommen, weil es an einem entsprechenden Baufortschritt fehlte.

Nach Zuweisung der 270 000 DM Anfang 2001 hat die Gemeinde insgesamt 80% der in Aussicht gestellten Gesamtzusendungen erhalten.

Die dann noch ausstehenden 20% dürfen entsprechend den haushaltsrechtlichen Vorgaben erst bewilligt werden, wenn die Gemeinde einen Verwendungsnachweis vorgelegt hat.

**Frau Elisabeth Köhler (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** *Sind aus der Unterkunft Schwankhardtweg in München weitere Abschiebungen geplant, d.h. soll diese Praxis, die Unterkunft als Abschiebegefängnis zu verwenden, weiterhin aufrechterhalten werden und wie beurteilt die Staatsregierung die Gefahr der Retraumatisierung, da*

*sich in dieser Unterkunft traumatisierte Flüchtlinge aus Bosnien, Kosovo und der Türkei aufhalten und auch behandelt werden?*

**Antwort der Staatsregierung:** Die Unterkunft am Schwankhardtweg in München als „Abschiebegefängnis“ zu bezeichnen, ist unzutreffend.

Anlass Ihrer Anfrage ist vermutlich eine Sammelabschiebung in den Kosovo am Freitag, dem 22.09.2000. Hierzu stelle ich vorab Folgendes fest:

Unter den am Vortag in Bayern von der Polizei in Gewahrsam genommenen und nach München verbrachten Kosovaren befanden sich auch Frauen mit Kindern. Es ist üblich, diese Personen zur Vermeidung eines Aufenthalts in einer Justizvollzugsanstalt bzw. einem Jugendheim (Trennung von Mutter und Kind) über Nacht in der im Zusammenhang mit dem „Flughafenverfahren“ des Asylverfahrensgesetzes vorgehaltenen Unterkunft am Flughafen München-Erding unterzubringen. Da die Kapazitäten dieser Unterkunft nicht ausgereicht haben, hat das Polizeipräsidium Oberbayern in Abstimmung mit der Regierung von Oberbayern 19 Personen (Frauen und Kinder) in der Unterkunft Schwankhardtweg in München über Nacht untergebracht. Die Unterbringung erfolgte in einem freien Haus innerhalb des Areals, getrennt von den übrigen Bewohnern; eine Kontaktaufnahme mit diesen fand nicht statt.

Die „Gefahr“ einer „Retraumatisierung“ der rückzuführenden Personen bestand zu keiner Zeit. Der Regierung von Oberbayern als Betreiber der Unterkunft sind keine psychischen Erkrankungen (Traumatisierungen) der Bewohner bekannt.

Es ist nicht auszuschließen, dass auch bei künftigen Sammelabschiebungen die Unterbringungskapazität am Flughafen nicht ausreicht und auf eine Gemeinschaftsunterkunft – wie z. B. die Unterkunft am Schwankhardtweg – zugegriffen wird, um die Unterbringung über Nacht sicherzustellen.

**Frau Marianne Schieder (SPD):** *Wie steht die Staatsregierung zum Wunsch der Stadt Vilseck nach Genehmigung eines vorzeitigen Baubeginnes für das Jahr 2001 für das Gemeinschaftshaus Schönwind in der Stadt Vilseck (Landkreis Amberg-Weizsach), das in Zusammenarbeit zwischen Stadt und der Direktion für Ländliche Entwicklung errichtet werden soll und in dem neben anderen Vereinen auch die Feuerwehr mit ihrem Haus untergebracht werden soll, damit im Frühjahr 2001 baldigst mit dem Bau begonnen werden kann und nicht wegen des Feuerwehranteils durch langes Warten das Projekt gefährdet wird?*

**Antwort der Staatsregierung:** Die Staatsregierung steht dem Wunsch der Stadt Vilseck, mit dem Bau des Gemeinschaftshauses und des Feuerwehrgerätehauses im Frühjahr 2001 zu beginnen, ausgesprochen positiv gegenüber. Wir bemühen uns deshalb, dieses Ziel zu erreichen. Die Regierung der Oberpfalz hat im Übrigen bereits seit einiger Zeit verschiedene Möglichkeiten

geprüft, wie dem Wunsch der Stadt Wilseck entsprochen werden kann.

**Frau Christine Stahl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): *Welches sind die datenschutzrechtlichen Bedenken und Vorschriften, derentwegen eine Verzögerung bei der Einführung der Asyl-Card eintritt und inwieweit ist die Stadt Nürnberg als ausführende Kommune in diese Datenschutzdiskussion einbezogen?*

**Antwort der Staatsregierung:** Nach meiner Auffassung trifft es nicht zu, dass sich die Einführung der Asyl-Card wegen datenschutzrechtlichen Bedenken verzögert. Die Staatsregierung hat stets die Auffassung vertreten, dass es keine durchgreifenden datenschutzrechtlichen Bedenken gegen die Einführung der Asyl-Card gibt.

Dies entspricht auch der Auffassung der Innenministerkonferenz, die sich auf der Grundlage einer umfangreichen Machbarkeitsstudie für die Einführung der Asyl-Card ausgesprochen hat. Allerdings scheint die Bundesregierung entgegen früheren Zusagen nicht bereit zu sein, noch in dieser Legislaturperiode die notwendigen spezialgesetzlichen Grundlagen für die Asyl-Card zu schaffen. Sie hat stattdessen vorgeschlagen, zunächst nur jene Stufen des Konzeptes zu verwirklichen, die ohne Gesetzesänderung möglich sind. Danach würde die Asyl-Card nur mit Einwilligung des Betroffenen als Chipkarte ausgegeben. Die Datenspeicherung wäre ebenfalls von der Zustimmung des Betroffenen abhängig. Die Asyl-Card wäre dadurch auf die Funktion eines fälschungssicheren Ausweises reduziert. Um fälschungssichere Ausweise zu erproben, bedarf es jedoch keines Modellversuchs, weder in Nürnberg noch anderswo. Zuletzt hat das Bundesministerium des Innern Alternativvorschläge angekündigt, die uns aber noch nicht vorliegen. Die Frage, ob und in welcher Form die Stadt Nürnberg oder eine andere Ausländerbehörde an den weiteren Planungen beteiligt werden, stellt sich daher derzeit nicht.

**Odenbach** (SPD): *Aus welchen Gründen fanden bisher trotz eines Würdigungsbeschlusses des Bayerischen Landtags bei einer einschlägigen Petition und trotz der Einwendungen der Gemeinde und einer großen Zahl von betroffenen Bürgerinnen und Bürgern die Forderungen nach einer Verschiebung der geplanten Umgehungsstraße Memmelsdorf nach Norden („ortsferne Trasse“) mit dem Ziel eines wirksameren Lärmschutzes und eines besseren Erhaltes der landwirtschaftlichen Flächen im Westen der Gemeinde keine Berücksichtigung?*

**Antwort der Staatsregierung:** Für die Ortsumgehung Memmelsdorf läuft zur Zeit noch das Planfeststellungsverfahren.

Sehr geehrter Herr Kollege, den Ihnen zitierten Würdigungsbeschluss haben wir dem Straßenbauamt Bamberg und der Regierung von Oberfranken zugeleitet, mit dem Auftrag, die Planung hinsichtlich der Forderung der Petenten zu überprüfen und diese Überprüfung im Abwägungsprozess zur Planfeststellung zu würdigen.

Die Wasserwirtschaftsverwaltung hatte die sog. „ortsferne Trasse“ wegen ihrer Eingriffe in den Retentionsraum des Leitenbachs abgelehnt, was dann auch im Erläuterungsbericht der Planfeststellungsunterlagen dargestellt wurde.

Im Rahmen des Anhörungsverfahrens wurde innerhalb der Einwendungsfrist bis zum 14. September 2000 nochmals von den Betroffenen und der Gemeinde Memmelsdorf die Realisierung der Trassenvariante IIIa – ortsferne Trasse – im Bereich der Anschlussstelle Mitte gefördert, da aus ihrer Sicht den angrenzenden Bewohnern der Bahnhofstraße hinsichtlich der Lärmeinwirkungen ein höherer Schutz zukommen muss als den möglichen naturschutzfachlichen Gesichtspunkten.

Das Straßenbauamt ist derzeit damit befasst, zu den im Anhörungsverfahren vorgebrachten Einwendungen und Anregungen eine Stellungnahme abzugeben. Dabei ist nochmals zu prüfen, ob die wasserwirtschaftlichen Belange – Verlegung des Leitenbaches mit Hochwasserschutz für Memmelsdorf – mit den Forderungen nach einer Trassenverschiebung in Einklang gebracht werden können.

Die Entscheidung über die Trassenführung bleibt der Abwägung im Planfeststellungsbeschluss vorbehalten.

**Dr. Dürr** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): *Nach den alarmierenden Berichten über Gewaltdelikte gegen Frauen auf dem diesjährigen Oktoberfest frage ich die Staatsregierung, welche zusätzlichen Sicherheitsmaßnahmen sie ergreifen wird, damit auch Frauen ungefährdet und sicher das Oktoberfest besuchen können?*

**Antwort der Staatsregierung:** Bei den einzelnen Taten, einschließlich des jüngsten Falls (25.09.00) einer 16-Jährigen, die an der Theresienweise ein Auto angehalten hatte, um sich nach Schwabing fahren zu lassen, handelte es sich nach bisher vorliegenden Ermittlungserkenntnissen um verschiedene Täter. Es gibt keine Hinweise auf Tatzusammenhänge. Gezielte Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen sind aufgrund der unterschiedlichen Tatzeiten und -orte nur eingeschränkt möglich.

Dennoch wurden die zur Wiesn-Zeit ohnehin verstärkten Einsatzkräfte über diese Straftaten speziell informiert und mit gezielten Fahndungs- und Raumschutzmaßnahmen beauftragt. Es werden insbesondere die Parkplatzbereiche und die Grünanlagen in der Nähe des Oktoberfestes kontrolliert. Zusätzlich wird die Streifenfälligkeit im Rahmen der Möglichkeiten intensiviert.

Eine besondere Bedeutung kommt jedoch den vorbeugenden Maßnahmen zu. Das Opferschutzkommissariat des PP München hat bereits Verhaltenshinweise gegeben, die in der Presse veröffentlicht wurden.

Die Aufklärung in der Bevölkerung und insbesondere der Frauen, bewusst Gefahrensituationen zu vermeiden, wird insbesondere vor dem Hintergrund der jüngsten Tat, wo eine junge Frau ein Auto angehalten hat, noch intensiviert werden.

**Frau Peters (SPD):** *Gab es mittlerweile von Seiten der Staatsregierung Anfragen bzw. Verhandlungen mit der Bundesregierung über mögliche Vorfinanzierungen von Baumaßnahmen an Bundesautobahnen, insbesondere für die A94, nachdem mir wiederholt vom Bundesverkehrsministerium mitgeteilt wurde, dass im Einzelfall und bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen neben der Mitfinanzierung auch die Vorfinanzierung durch das Land in Betracht komme?*

**Antwort der Staatsregierung:** Nach bekannt werden der Absicht der Bundesregierung, die A31 (Emslandautobahn) durch das Land Niedersachsen bzw. die Region vor- bzw. kofinanzieren zu lassen, habe ich mich mit Schreiben vom 26.05.2000 an Herrn Bundesverkehrsminister Klimmt gewandt und ihm meine Rechtsauffassung hierzu mitgeteilt, die im Übrigen noch bis Ende 1999 vom Bundesverkehrsministerium selbst vertreten wurde. Nach meiner Meinung verstößt eine derartige Fremd- bzw. Drittfinanzierung gegen die strikte Zuständigkeitsregelung des Art. 104a Abs. 1 und 2 GG. Meine Auffassung wird bestätigt durch das Gutachten der wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages vom 10.08.2000.

Eine Antwort von Herrn Bundesminister Klimmt auf mein Schreiben vom Mai diesen Jahres steht immer noch aus, obwohl ich mit Schreiben vom 12.09.2000 die Antwort angemahnt habe und auch Herrn Verkehrsminister Klimmt wiederholt persönlich auf die noch ausstehende Antwort angesprochen habe.

Im Übrigen ist es nicht vertretbar, durch Vor- und Kofinanzierungen der Länder Versäumnisse der rot-grünen Bundesregierung zu kaschieren. Unsere Aufgabe ist es, den Staats- und Kommunalstraßenbau bestmöglich trotz engen Haushalts voranzutreiben und nicht unsere Haushaltsmittel für Bundesaufgaben auszugeben.

**Frau Schopper (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** *Wieviele Creutzfeldt-Jakob-Erkrankungen bzw. -Todesfälle wurden seit 1995 pro Jahr in Deutschland und davon in Bayern registriert und wieviele davon erkrankte Personen waren unter 40 Jahre?*

**Antwort der Staatsregierung:** Für die Jahre 1995 bis 1999 wurden 82 Fälle an CJK in Bayern registriert. Eine ansteigende Tendenz ist im Bezug auf die Einzeljahre ab 1995 nicht feststellbar. Nach den hier vorliegenden Meldungen war eine Person unter 40 Jahre. Die registrierten Fälle umfassen sowohl Verdachtsdiagnosen auf Grund entsprechender klinischer Symptomatik als auch im Rahmen von Sektionen und feingeweblichen Untersuchungen gesicherte CJK-Erkrankungen.

Für Deutschland ergeben sich ausweislich der Berichte des Statistischen Bundesamtes zur Diagnose humane spongiforme Encephalopathie, die der Creutzfeldt-Jakob-Krankheit gleichgesetzt werden kann, ab 1995 folgende Zahlenangaben:

1995: 46 gemeldete Fälle  
1996: 69 gemeldete Fälle  
1997: 97 gemeldete Fälle

1998: 66 gemeldete Fälle  
1999: 80 gemeldete Fälle (gemäß fernmündlicher Auskunft, Bericht liegt noch nicht vor).

Angaben über die Zahl der erkrankten Personen unter 40 Jahren für ganz Deutschland liegen uns nicht vor.

Bislang ist in Deutschland kein Fall einer nv-CJK diagnostiziert worden.

**Frau Paulig (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** *Wo werden die Creutzfeldt-Jakob-Erkrankungen seit 1995 registriert und wo und mit welcher Methode wurden die Erkrankungsfälle von Personen unter 40 Jahren auf Neue-Variante-Creutzfeldt-Jakob-Krankheiten (nv-CJK) untersucht?*

**Antwort der Staatsregierung:** Die Erkrankungs- und Sterbefälle an Creutzfeldt-Jakob-Krankheit werden von den Gesundheitsämtern über die oberste Landesgesundheitsbehörde dem Robert-Koch-Institut berichtet und dort registriert. Eine weitere Erfassung erfolgt durch das Bayer. Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung sowie durch das Statistische Bundesamt. Gesetzliche Grundlage ist die „Verordnung über die Ausdehnung der Meldepflicht nach § 3 BSeuchG auf die humanen spongiformen Encephalopathien“ vom 1. Juli 1994 (BGBl I S. 1455).

Eine letztlich sichere Methode zur Feststellung einer CJK liegt in einer Gewebsuntersuchung durch ein hierauf spezialisiertes Neuropathologisches Institut. Eine derartige Untersuchung setzt grundsätzlich die Obduktion des Verstorbenen voraus. Diese Obduktion ist aus rechtlichen Gründen nur mit Zustimmung der Angehörigen möglich. Dies bedeutet, dass in einem Teil der Fälle keine Obduktion und somit keine sichere Untersuchungsmethode zur Feststellung einer CJK zur Anwendung kommt. Dies gilt unabhängig vom Alter der Personen. So erfolgte nach den vorliegenden Unterlagen bei der einzigen Patientin, die in Bayern im erfragten Zeitraum im Alter von unter 40 Jahren verstarb, keine Obduktion.

Für nv-CJK sprechen verschiedene klinische Besonderheiten im Krankheitsverlauf, die jedoch keine gesicherte Abgrenzung gegenüber der klassischen Variante von CJK zulassen. Hierzu zählen beispielsweise das Fehlen von EEG-Veränderungen, das psychiatrische Krankheitsbild und ein etwa doppelt so langer Krankheitsverlauf.

Die Bayerische Staatsregierung ist seit Jahren bestrebt, bei Verstorbenen, die Symptome einer Creutzfeldt-Jakob-Erkrankung aufweisen, eine Obduktion und die damit verbundene Möglichkeit feingeweblicher Untersuchungen zur Sicherung der Diagnose CJK und zur Abgrenzung von der neuen Variante zu erwirken. So sind die Gesundheitsämter gehalten, im Gespräch mit den Angehörigen auf die Einwilligung einer Obduktion hinzuwirken. Ferner trägt der Freistaat Bayern die im Rahmen der Obduktion zusätzlich anfallenden Kosten für den Transport der Leiche.

**Frau Radermacher (SPD):** *Wie wird nach dem Ausstieg der katholischen Kirche der gesetzlich vorgegebene flächendeckende Anspruch eines pluralen Angebotes für die Schwangerschaftskonfliktberatung in Unterfranken sichergestellt und welche Beratungsstellen wird es aus Sicht der Staatsregierung in Zukunft in Unterfranken geben?*

**Antwort der Staatsregierung:** In Unterfranken wurden von Donum vitae Bayern, Frauen beraten e.V. und Pro Familia Anträge auf staatliche Anerkennung bzw. öffentliche Förderung bei der zuständigen Regierung von Unterfranken gestellt. Die Regierung wird in den nächsten Wochen über die Anträge entscheiden. Sie wird der erforderlichen Pluralität des Beratungsangebotes Rechnung tragen.

**Wahnschaffe (SPD):** *Warum wurde dem neu gegründeten Verein „Donum vitae“ in Regensburg kurz nach seiner Gründung die Anerkennung als Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen im Sinne des § 9 Schwangerschaftskonfliktgesetz gewährt und eine staatliche Förderung in Aussicht gestellt, während dem Ortsverband Regensburg von „Pro Familia“ bis heute eine solche Förderung von Seiten des Freistaats Bayern verwehrt wird, obwohl die Staatsregierung durch Urteil des Verwaltungsgerichts Regensburg vom 03.02.2000 verpflichtet wurde, für die anerkannte Beratungsstelle von „Pro Familia“ einen Einzugsbereich festzulegen und die gesetzliche Förderung zu bewilligen?*

**Antwort der Staatsregierung:** Für die staatliche Anerkennung von Schwangerenberatungsstellen und die Festlegung der Einzugsbereiche sind nach dem Bayerischen Schwangerenberatungsgesetz die Regierungen zuständig. Nachdem die gesetzlichen Voraussetzungen für die staatliche Anerkennung als Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen i.S. des § 8 Schwangerschaftskonfliktgesetz, Art. 12 Bayerisches Schwangerenberatungsgesetz vorgelegen haben, hat die Regierung der Oberpfalz die Anerkennung für die Schwangerenberatungsstelle von Donum vitae in Regensburg ausgesprochen.

Der Antrag von Pro Familia Ortsverband Regensburg e.V. auf Festlegung eines Einzugsbereiches und öffentlich Förderung wurde von der Regierung der Oberpfalz bereits am 08.07.1999 mangels Bedarfs abgelehnt. Ein dagegen erhobenes Klageverfahren ist derzeit in zweiter Instanz abhängig. Der Bayerische Verwaltungsgerichtshof hat dem Antrag des Freistaates Bayern auf Zulassung der Berufung am 31. Mai 2000 stattgegeben. Das Urteil bleibt abzuwarten.

**Dr. Heinz Köhler (SPD):** *Nachdem der Staatsminister für Landesentwicklung und Umweltfragen, Dr. Werner Schnappauf, kürzlich ein Programm für die grenznahen Regionen in Höhe von 4 Milliarden DM gefordert hat, frage ich die Staatsregierung, ob sie diese Ansicht teilt, wie der finanzielle Spielraum im EU-Haushalt für ein solches Programm aussieht und inwieweit diese Forderung mit der bisherigen Position der Staatsregierung in Einklang steht, Förderprogramme der EU abzulehnen, weil*

*damit der deutsche und bayerische Finanzbeitrag erhöht wird?*

**Antwort der Staatsregierung:** Kommissar Verheugen hat auf der Europaministerkonferenz in Schlangenbad am 29.5.2000 mit Blick auf die bevorstehende Erweiterung der EU ein Aktionsprogramm zur Unterstützung der Grenzregionen in Aussicht gestellt und die betroffenen deutschen Länder eingeladen, entsprechende Anregungen zu machen.

Die Europaminister der Freistaaten Bayern und Sachsen sowie der Länder Berlin, Brandenburg, und Mecklenburg-Vorpommern haben sich darauf in einem gemeinsamen Schreiben an Kommissar Verheugen gewandt, in dem die wirtschaftliche Sondersituation der Grenzregionen näher dargestellt und eine Reihe von Vorschlägen für ein Sonderprogramm zugunsten der Grenzregionen unterbreitet werden.

Nach Ansicht aller betroffenen Länder sollte das Aktionsprogramm für die grenznahen Räume insbesondere die Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, die Förderung der Wirtschaft, insbesondere der kleinen und mittleren Unternehmen sowie der Arbeitsmärkte, aber auch die soziale und kulturelle Vorbereitung der Bevölkerung zum Gegenstand haben.

Die genannten Länder weisen in ihrem Schreiben ferner darauf hin, dass der notwendige Strukturwandel in den Grenzregionen im Rahmen der bisher bestehenden Programme der EU weder strukturell noch finanziell umsetzbar ist. „Erforderlich ist vielmehr eine spezifische regionale Flankierungsstrategie, die deutlich vor der Erweiterung wirksam und für die Dauer der Sonderbelastungen fortgeführt wird. Die Umsetzung einer solchen Strategie bedarf eines eigenständigen zusätzlichen Programms, dessen Größenordnung sich an der Ausstattung des Sonderprogramms zur Vorbereitung der Süderweiterung der EU orientieren sollte“.

Aussagen über die Finanzierung des Aktionsprogramms bleiben der Kommission vorbehalten

**Hartenstein (fraktionslos):** *Welche Rechtsfolgen ergeben sich aus der in einem Eilverfahren getroffenen rechtskräftigen Entscheidung des 21. Senats des Oberverwaltungsgerichtes Münster, einem Landwirt aus Verbraucherschutzgründen die Verwertung von Raps, der neben einem Versuchsfeld mit gentechnisch veränderten Pflanzen derselben Art aufwuchs, zu untersagen, und welche Konsequenzen sind daraus zu Schutz der bayerischen Bauern zu ziehen, die auf den Einsatz gentechnisch veränderter Saat verzichten möchten?*

**Antwort der Staatsregierung:** Das Oberverwaltungsgericht Münster (OVG) hat in einem Eilverfahren eine Anordnung der Bezirksregierung Arnberg durch Beschluss vom 31. August bestätigt und damit einen gegenteiligen Beschluss des Verwaltungsgerichtes Gelsenkirchen aufgehoben.

Grund der Anordnung der Bezirksregierung Arnberg war die Tatsache, dass ein Landwirt unmittelbar neben einer Freisetzungsfäche mit gentechnisch veränderten Raps auf seinen Flächen gentechnisch nicht veränderten Raps angebaut hatte. Die Bezirksregierung ging davon aus, dass eine Einkreuzung der gentechnisch veränderten Rapspflanzen in die gentechnisch nicht veränderten Pflanzenbestände eintreten könnte und eine Veräußerung der daraus gewonnenen Samenernte eintreten könnte und eine Veräußerung der daraus gewonnenen Samenernte – als ein in Verkehr Bringen (§ 14 Nr. 1 GenTG) – genehmigungspflichtig sei.

Die auf § 26 Abs. 1 GenTG gestützte Anordnung betraf:

- Die Untersagung des in einem Abstand von 50 Metern zur Freisetzungsfäche geernteten und keimungsfähigen Saatgutes in den Verkehr zu bringen,
- das betreffende Erntegut innerhalb von 3 Tagen nach der Ernte keimungsunfähig zu machen und

- die Erntearbeiten 3 Werktage vor ihrer Durchführung anzuzeigen.

Die Entscheidung im Hauptsacheverfahren, das nach den dem Staatsministerium vorliegenden Informationen der Landwirt betreiben will, ist noch offen.

Aus dem Beschluss des OVG können keine Rechtsfolgen gezogen werden, da sich dieser zum einen konkret nur auf eine bestimmte Fallkonstellation bezieht. Zum anderen hat das OVG ausdrücklich in seinem Beschluss darauf hingewiesen, eine summarische Prüfung vorgenommen zu haben und die Frage, inwieweit das Erntegut des Landwirts gentechnisch veränderte Organismen enthalte, für die eine Genehmigung für das in Verkehr Bringen notwendig sei, einer weiteren Klärung und Vertiefung im noch durchzuführenden Hauptsacheverfahren vorbehalten bleiben müsse.

Erst nach Vorliegen einer rechtskräftigen Entscheidung in der Hauptsache können in fundierter Weise etwaige Folgerungen geprüft werden.



### **Rede des Staatssekretärs im Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Karl Freller, im Bayerischen Landtag zum Thema „Rechtsextremismus“ am 28. September 2000 in München**

Das Thema ist zweifellos wichtig und darf keineswegs verharmlost werden. Allerdings sind wir in Bayern in einer vergleichsweise günstigen Situation:

- An unseren Schulen wurden bisher keine gravierenden rechtsextremistischen Ausschreitungen beobachtet.
- Auch die aktuelle Welle der erschreckenden gewalttätigen Aktionen gerade sehr junger Menschen gegen Ausländer hat Bayern bisher kaum erfasst.

Dennoch stellen fremdenfeindliche und rechtsextremistische Einstellungen eine ständige erhebliche Herausforderung an die Schulen dar. Insofern stimmen wir mit der Opposition überein. Die Schulen haben den klaren gesetzlichen Auftrag zur Erziehung im Sinne von Freiheit, Toleranz und im Geiste der Völkerverständigung. Sie sollen die Schüler gegen menschverachtende Ideologien sensibilisieren und Intoleranz, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit entschieden und konsequent bekämpfen. Diesen Auftrag nehmen die Schulen sehr ernst. Die bayerischen Lehrerinnen und Lehrer brauchen dazu nicht die Anträge der Opposition.

Der Schwerpunkt schulischer Arbeit liegt in der Prävention. Seit Jahren setzen wir an unseren Schulen ein Präventionsprogramm um, das weit über den Unterricht hinausgreift und den Schüler als Gesamtpersönlichkeit anspricht. Im Unterricht möglichst vieler Fächer werden Radikalismus und Gewalt thematisiert, um die Schüler zu informieren und zu Reflexion und Beurteilung anzuregen. Daneben zielen Schulleben und außerunterrichtliche Aktivitäten darauf ab, die Kinder und Jugendlichen in eine Gemeinschaft einzubinden und ihre Persönlichkeitsbildung zu unterstützen.

- In den Lehrplänen sind Themen wie Extremismus und Nationalsozialismus ihrer Bedeutung entsprechend enthalten. Der Unterricht berücksichtigt den neuesten Forschungsstand.
- Menschenrechts- und Demokratieerziehung sind fächerübergreifendes Unterrichtsprinzip in allen Schularten. In den gesellschaftswissenschaftlichen Fä-

chern werden entsprechende Themen explizit angesprochen.

- Die Lernbereiche Migration, Vertreibung und Heimatsuche thematisieren nicht zuletzt auch die gegenwärtigen Migrationsbewegungen. Damit soll u.a. Verständnis geschaffen werden für die Probleme von Spätaussiedlern und Asylbewerbern.
- Einen Schwerpunkt der Menschenrechtserziehung bildet in allen Schularten die Geschichte der Judenverfolgung und des Holocaust im Dritten Reich.
- Der Unterricht wird ergänzt durch Fahrten zu den KZ-Gedenkstätten nach Dachau oder Flossenbürg oder zu jüdischen Museen. Allein die Gedenkstätte Dachau haben im letzten Jahr 6000 Schulklassen besucht. Der Freistaat förderte die Schulfahrten zu den Gedenkstätten 1999 mit rund 250 000 DM.

Für die Gedenkstättenarbeit in Dachau und Flossenbürg gab Bayern im vergangenen Jahr über 4,6 Mio. DM aus.

Die für Flossenbürg aufgewendeten Mittel (eine knappe Mio DM) dienen der umfangreichen Aufbauarbeit, die hier zu leisten ist. Die Konzeption der Gedenkstätte zielt nicht darauf ab, einen Nazi-Nachbau zu schaffen, sondern will vor heutigen Volksführern warnen.

Darüber hinaus bezuschusste das Land die Neugestaltung des Reichsparteitagsgeländes Nürnberg mit 5 Mio DM.

1998 wurde das v.a. mit bayerischen Mitteln errichtete Jugendgästehaus Dachau als Ort der historischen und politischen Bildung, aber auch der Begegnung und des Gedankenaustauschs eingeweiht. Allein 1999 wurden 21443 Übernachtungen gezählt. Hier können sich Jugendliche in unmittelbarer Nähe zum ehemaligen Konzentrationslager gründlich mit dem Geschehen auseinandersetzen, um sich der eigenen Verantwortung für eine menschenwürdige Zukunft bewusst zu werden. Gleichzeitig treten sie in einen Dialog mit Jugendlichen

aus anderen Ländern. Dies ist ein ganz konkreter Beitrag zur Völkerverständigung, der in die Zukunft weist.

- An allen Schulen wird der „Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus“ jeweils am 27. Januar gewürdigt. Den Lehrern steht eine Handreichung mit Anregungen zur Gestaltung zur Verfügung. Oft wird der Tag als Anlass für Gespräche mit Zeitzeugen genutzt, die bei den Schülern stets einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen (Vermittlung auch durch das Ministerium u. a. über Internet).
- Von großer Bedeutung ist heute eine auf differenzierte Wahrnehmung und rationale Distanz zielende Medienerziehung. Die Fähigkeit, kritisch zu lesen, kritisch zu schreiben und schließlich zu denken macht resistent gegen Ideologien und „Rattenfänger“.
- Eine Vorreiterrolle hat Bayern in der Theorie und Praxis der interkulturellen Erziehung. Ein eigenes Fachreferat im Kultusministerium mit dem Aufgabenschwerpunkt „Ausländerpädagogik“ entwickelt seit 1973 vielfältige Fördermaßnahmen für ausländische Schüler. Diese sollen die deutsche Sprache als unabdingbare Voraussetzung für die Integration erlernen, ohne ihre sprachliche und kulturelle Identität zu verlieren. (Ergänzungsunterricht für 35 000 türkische Schüler durch etwa 200 türkische Lehrer, die der bayerische Staat beschäftigt.) Interkulturelle Bildung heißt aber auch, dass nichtdeutsche und deutsche Mitschüler „miteinander und voneinander lernen“. So wird ein wesentlicher Beitrag zu gegenseitigem Verständnis und zur Toleranz geleistet.
- Dieses Ziel verfolgt auch das seit 1990 laufende Modellprojekt „Integration ausländischer Kinder in Regelklassen“ an so genannten Brennpunktschulen.
- An den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Bayern werden im laufenden Schuljahr rund 140 000 ausländische Schüler unterrichtet. Hier wird von Schülern, Lehrern und Eltern täglich eine enorme Integrationsleistung erbracht.
- Schulpsychologen und Beratungslehrer unterstützen die Erziehungsarbeit an bayerischen Schulen.
- Mit einer zügigen Erweiterung der Angebote der Tagesbetreuung verbessern wir die Erziehungssituation von Kindern berufstätiger Eltern. Zugleich entwickeln wir Modelle für Tagesschulen mit rhythmisierten Unterrichtsprogrammen, an denen Lehrkräfte und Sozialpädagogen tätig sind.

(Ab Schuljahr 2001/2002 Erprobung an einigen Versuchsschulen.)

- Die Schulen werden mit den Institutionen der Jugendhilfe und den freien Trägern der Jugendarbeit künftig noch enger zusammenarbeiten, um die erzieherische Wirksamkeit der Schulen zu stärken. Gemeinsam mit dem Sozialministerium hat das Kultusministerium einen Leitfaden zur Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe erstellt, der u.a. die gemeinsamen erzie-

herischen Zielsetzungen verdeutlicht sowie die Kooperationsfelder konkret beschreibt.

Im Mittelpunkt unserer Maßnahmen stehen emotional und sozial vernachlässigte und damit gefährdete Jugendliche. Für sie streben wir eine stärkere Einbindung von Sozialpädagogen vor allem in Schulen an sozialen Brennpunkten an. Bisher gibt es an 22 Schulen Modellprojekte. Das Kultusministerium bemüht sich um einen weiteren Ausbau dieser effizienten Einzelfallhilfe.

- Davon abgesehen, erhalten Lehrkräfte im Blick auf die Zielgruppe der erziehungsschwierigen Kinder und Jugendlichen auf zentraler und regionaler Ebene Fortbildungsangebote zum Umgang mit verhaltensauffälligen Schülern.
- Intensiviert wurde auch die Zusammenarbeit mit der Polizei. Das Innenministerium hat unter dem Motto „Prävention im Team“ Ansprechpartner für die Schule bei den Polizeiinspektionen ernannt, die für die realitätsnahe Aufklärung in einem kriminalpräventiven Unterricht zur Verfügung stehen und die Schulen im Deliktfall unterstützen.
- Außerdem werden an einzelnen Schulen „Streitschlichterprogramme“ entwickelt und „Konfliktlotsen“ eingesetzt.
- Es gibt überdies an allen Schulen aus eigenem Antrieb zahlreiche Initiativen und Aktivitäten zur Bekämpfung von Ausländerfeindlichkeit; etwa Aktionsprogramme oder Projekttag zur Gesamthematik, schulische Nachbarschaftshilfe für ausländische Mitbürger, Besuche in Asylbewerberheimen oder Partnerschaften und Brieffreundschaften mit ausländischen Schulen und Schülern.
- Die Landeszentrale für politische Bildungsarbeit unterstützt auf vielerlei Weise die Prävention gegen rechtsextremistische Gewalt:
  - Die ca. 100 Eigenpublikationen werden durch Ankauf von Fremdveröffentlichungen gezielt erweitert. Pro Jahr werden ca. 1 Mio Publikationen an Interessierte ausgegeben.
  - Das Video-Programm deckt ein breites Feld der politischen Bildung ab und bietet auch praktische Strategien zur demokratischen Konfliktbewältigung an.
  - Mit dem Forschungsverbund SED-Staat und Thüringen ist eine Kooperation geplant, die Entwicklung und Ursachen von Rechtsextremismus und demokratiefeindlicher Bestrebungen in den neuen und alten Ländern vergleichend untersuchen soll.

Individualisierung und Auflösung tradierter Wertvorstellungen führen bei Jugendlichen nicht selten zu Verunsicherung und Orientierungslosigkeit, die wiederum Gewaltverherrlichung und extremistischem Gedankengut Vorschub leisten. Die beste Prävention gegen Gewalt und Rechtsextremismus ist daher eine konsequente

Werteerziehung im Sinne des Grundgesetzes und der Bayerischen Verfassung, wie sie an den Schulen Bayerns bereits heute vorbildlich und erfolgreich geleistet wird.

Auf eine weitere Optimierung der Gewaltprävention im Freistaat zielt das Gesamtkonzept der CSU-Fraktion „Gegen Extremismus und Gewalt“ ab, das wir ausdrück-

lich begrüßen und unterstützen. Die wirksame Eindämmung bzw. Verhinderung von politischem Radikalismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, zu der jeder seinen Beitrag leisten muss. Die bayerischen Schulen tun dies, indem sie das christlich fundierte Welt- und Menschenbild mit seinen ethischen Prinzipien engagiert vermitteln und der Persönlichkeitsbildung breiten Raum beimessen.



## Anlage zur Tagesordnung der 46. Plenarsitzung: (Tagesordnungspunkt 5)

### Abstimmung über Anträge, die gemäß § 63 Abs. 6 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

**Kennzeichnung mit [x] = abweichendes Votum bei der Mitberatung, soweit bei Versand der Tagesordnung die Beschlussempfehlungen und Berichte vorlagen.**

- |  |  |
|--|--|
| 1. Antrag der Abgeordneten Sinner, Mirbeth, Schreck u.a. CSU<br>NEUE SOZIAL- UND BÜRGERKULTUR<br>Entwicklung eines Kriterienkatalogs für den Vorrang der Eigenverantwortung und Selbstorganisation vor staatlicher Aktivität<br>Drs. 14/2862, 14/4017 (G)<br><br>Im federführenden Ausschuss für<br>Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik waren<br>Berichterstatter: <b>Unterland</b><br>Mitberichterstatter: <b>Schultz</b> | 2. Antrag der Abgeordneten Paulig, Kellner, Schammann u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN<br>Entwicklung der Hennenhaltung in Bayern<br>Drs. 14/3415, 14/4179 (E) [X]<br><br>3. Antrag der Abgeordneten Dr. Kempfler, Herrmann, Kreidl u.a. CSU<br>Sonderwarneinrichtungen für Helfer vor Ort/First Responder<br>Drs. 14/3558, 14/4187 (E)<br><br>4. Antrag der Abgeordneten Hölzl, Dr. Kempfler u.a. CSU<br>Verbreiterung der Basis für eine landesweite Kriminalprävention<br>Drs. 14/3676, 14/4188 (ENTH) |
|--|--|

